

---

Peer Pasternack (Hrsg.)

# Wissensregion Sachsen-Anhalt

Hochschulen, Bildung und Wissenschaft:  
Die Expertisen aus Wittenberg



---

Institut für Hochschulforschung an der  
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (HoF)



Peer Pasternack (Hg.)

Wissensregion Sachsen-Anhalt

Hochschulen, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg

# **Hochschulforschung Halle-Wittenberg**

Herausgegeben für das Institut für Hochschulforschung (HoF) von  
Peer Pasternack

Peer Pasternack  
(Hrsg.)

**Wissensregion Sachsen-Anhalt**  
**Hochschulen, Bildung und Wissenschaft:**  
**Die Expertisen aus Wittenberg**

Akademische Verlagsanstalt  
Leipzig 2014

*Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek*

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <http://dnb.dbb.de> abrufbar.

Reihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014

© Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg (HoF)  
Collegienstraße 62, 06886 Lutherstadt Wittenberg, [institut@hof.uni-halle.de](mailto:institut@hof.uni-halle.de),  
<http://www.hof.uni-halle.de>

Druck: Osiris-Druck Leipzig  
Umschlag: Volker Hopfner, Leipzig

ISBN 978-3-931982-88-1

## Inhalt

Sachsen-Anhalt als ‚interessanter Fall‘ ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	9
Das HoF-Programm (9). Sachsen-Anhalt als Fenster in die Zukunft (12). Sachsen-Anhalt im HoF-Programm (13)	

## Stadtentwicklungspotenziale

Chancen der Nichtmetropolen. Hochschulen als Ressource der Stadtentwicklung ( <i>Daniel Hechler, Peer Pasternack</i> ) .....	20
Hochschulen und die Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur ( <i>Steffen Zierold, Peer Pasternack</i> ) .....	25
Die Bildungs-IBA. Die IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ ( <i>Uwe Grelak, Peer Pasternack</i> ) .....	29
Stadtumbau und Hochschulen ( <i>Uwe Grelak, Peer Pasternack</i> ) .....	35
Plattenbaustädte im Demografietest. Der Fall Halle-Neustadt ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	40
Kommunal planbare Kreativität? Die lokalen Chancen, Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern: Der Fall Halle (Saale) ( <i>Steffen Zierold</i> ) .....	46
Wissensgesellschaft in der Peripherie. Wittenberg als Bildungsstandort ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	52

## Forschungspotenziale

Gemeinsam stärker werden. Kooperationspotenziale zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen ( <i>Daniel Hechler, Peer Pasternack</i> ) .....	60
Profilerverweiternd und bislang kaum untersucht: An-Institute ( <i>Justus Henke, Peer Pasternack</i> ) .....	67
Geistes- und Sozialwissenschaften in Sachsen-Anhalt. Regional so relevant wie unverzichtbar ( <i>Jens Gillissen, Peer Pasternack</i> ) .....	73
Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	79
Demografieforschung in Sachsen-Anhalt ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	85
Regionales Wissensmanagement ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	91

## **Bildungspotenziale**

Studienkapazitätsauslastung als Beitrag zur Regionalentwicklung ( <i>Thomas Erdmenger, Peer Pasternack</i> ) .....	96
Systematisch unzutreffend und dennoch unverzichtbar. Die Prognosen der regionalen Studiennachfrage ( <i>Peer Pasternack, Sarah Schmid</i> ) .....	101
Mit Vielfalt rechnen. Der Umgang mit studentischer Heterogenität in MINT-Studiengängen ( <i>Susen Seidel, Franziska Wielepp</i> ) .....	105
Studienerfolg besser messen. Hochschul- und fächerspezifische Studienerfolgsquoten in Sachsen-Anhalt ( <i>Justus Henke</i> ) .....	111
Studienerfolg als Demografieressource ( <i>Justus Henke, Peer Pasternack, Sarah Schmid</i> ) .....	117
Wer schon da ist, könnte auch bleiben. Internationale Studierende als künftiges Fachkräftepotenzial in ostdeutschen Regionen ( <i>Martina Dömling, Peer Pasternack</i> ) .....	121
Studienbegleitende Hochschule-Praxis-Kooperationen. Ein Weg zur Fachkräftegewinnung für die Region ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	126

## **Organisations- und Steuerungspotenziale**

Hochschulen in peripherer Metropolregion. Der Fall Mitteldeutschland ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	134
Leistungsdaten und Reputation. Eine Auswertung einschlägiger Hochschulleistungsvergleiche ( <i>Daniel Hechler, Peer Pasternack</i> ) .....	139
Genderkompetent zu gestaltender Kulturwandel. Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts ( <i>Karin Zimmermann</i> ) .....	146
Ein demografiesensibles Hochschulfinanzierungsmodell ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	152
EU-Strukturfonds und wissenschaftliche Einrichtungen. Regionale Finanzierungschancen und -hindernisse ( <i>Jens Gillessen, Isabell Maue</i> ) .....	158
Bedarfslagen in schrumpfenden Regionen und Hochschulaktivitäten. Wege zur Strategieentwicklung trotz hemmender Umstände ( <i>Justus Henke, Romy Höhne, Peer Pasternack, Sebastian Schneider, Steffen Zierold</i> ) .....	164

## **Zeitgeschichte als Ressource**

Zwischen Tradition und Reflexion. Wie die sachsen-anhaltischen Hochschulen ihre jüngere Geschichte aufarbeiten ( <i>Daniel Hechler, Peer Pasternack</i> ) .....	170
Die Universität Halle und die Franckeschen Stiftungen nach 1945 ( <i>Jan-Hendrik Olbertz</i> ) .....	176
Vor allem Arbeit. Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945-1990 ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	181
Zentrale Peripherie. Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1817 ( <i>Jens Hüttmann, Peer Pasternack</i> ) .....	187
Ein sperriger Intellektueller. Otto Kleinschmidt am Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg (1927-1953) ( <i>Peer Pasternack, Antje Schober</i> ) .....	192
Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town. Die „sozialistische Chemiarbeiterstadt“ Halle-Neustadt ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	197
Die Offene Arbeit in den Evangelischen Kirchen der DDR. Fallbeispiel Halle-Neustadt ( <i>Sebastian Bonk, Florian Key, Peer Pasternack</i> ) .....	203

## **Schluss**

Restriktionen und Potenziale. Resümee ( <i>Peer Pasternack</i> ) .....	210
Sämtliche HoF-Studien zu Sachsen-Anhalt .....	213
Studium und Lehre (213). Forschung (214). Wissenschaftlicher Nachwuchs, Hochschulpersonal, Gleichstellung (215). Demografischer Wandel & Regionalentwicklung (216). Regionale Zeitgeschichte (218)	
Verzeichnis der Übersichten .....	220
Autorinnen und Autoren .....	223



# Sachsen-Anhalt als ‚interessanter Fall‘

Peer Pasternack

Als Landeseinrichtung Sachsen-Anhalts widmet das Institut für Hochschulforschung seit seiner Gründung 1996 seinem Sitzland eine spezielle Aufmerksamkeit. Untersucht wurden und werden Themen aus dem gesamten Spektrum der Hochschulforschung und angrenzende Themen. Das Institut macht damit seine überregionale Expertise für die Entwicklung seines Sitzlandes nutzbar. Umgekehrt mobilisiert HoF mit diesen Arbeiten Sachsen-Anhalt als Fallbeispiel in Untersuchungen, die fallübergreifende Relevanz beanspruchen dürfen. Das betrifft insbesondere solche Fragen, die sich aus den spezifischen Entwicklungen demografisch herausgeforderter Regionen ergeben.

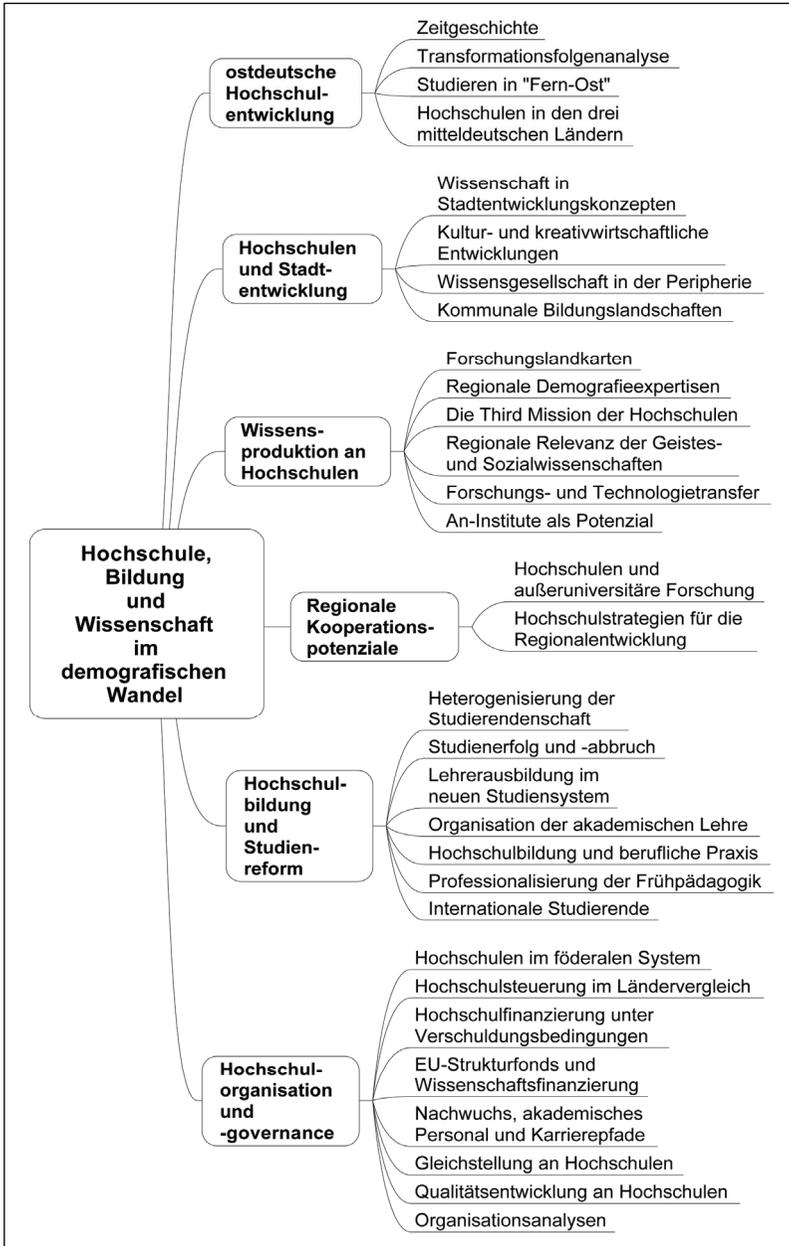
Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) wurde 1996 gegründet. Es knüpfte an die BMBF-finanzierte Vorgängereinrichtung „Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst“ an, die seit 1991 die ostdeutsche Hochschultransformation begleitet hatte. Als An-Institut ist HoF der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg assoziiert und dort am Master-Studiengang Soziologie beteiligt.

## Das HoF-Programm

Im Mittelpunkt der Arbeit des Instituts stehen handlungsfeldnahe Analysen der aktuellen Hochschulentwicklung. In diesem Rahmen und ihn an einzelnen Stellen auch überschreitend bearbeitet HoF ein breites Spektrum an Themen:

1. Zentral sind seit 2006 Untersuchungen zur *Hochschulentwicklung im demografischen Wandel*. (Übersicht 1)
2. Einen weiteren langjährigen Schwerpunkt bilden Untersuchungen zu *Nachwuchs, akademischem Personal und Karrierepfaden*.
3. Ebenso bearbeitet HoF mit Beständigkeit Fragen der Hochschulorganisation und -governance, Qualitätsentwicklung an Hochschulen, der Gleichstellung sowie der Hochschulbildung und Studienreform.
4. Daneben ist HoF die einzige unter den deutschen Hochschulforschungseinrichtungen, die kontinuierlich auch *zeithistorische Themen* bearbeitet.

Übersicht 1: HoF-Schwerpunktthema und Einzelthemen



Seit 1996 hat das Institut für Hochschulforschung sechs große Forschungsprogramme realisiert, d.h. mehrjährige Programme mit jeweils mehreren Einzelprojekten unter Beteiligung eines jeweils größeren Teils der HoF-Wissenschaftler/innen. Die Themen dieser Programme waren:

- Qualitätsentwicklung an Hochschulen<sup>1</sup>
- Hochschulzeitgeschichte<sup>2</sup>
- Transformation der ostdeutschen Hochschulen und Transformationsfolgenanalyse<sup>3</sup>
- Hochschulen nach der Föderalismusreform<sup>4</sup>
- Nachwuchsförderung und Karrierewege im deutschen Wissenschaftssystem<sup>5</sup>
- Hochschulentwicklung im demografischen Wandel.<sup>6</sup>

Die Finanzierung der Einzelprojekte erfolgt überwiegend durch Drittmiteleinwerbungen. Die Struktur der Drittmittelherkunft war und ist über die Jahre hin durch fünf Aspekte charakterisiert:

---

<sup>1</sup> Jan-Hendrik Olbertz/Peer Pasternack/Reinhard Kreckel (Hg.): Qualität – Schlüsselfrage der Hochschulreform, Weinheim/Basel 2001; Peer Pasternack: Qualität als Hochschulpolitik? Leistungsfähigkeit und Grenzen eines Policy-Ansatzes, Bonn 2006

<sup>2</sup> Peer Pasternack (Hg.): DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg, Weinheim/Basel 2001; Peer Pasternack (Hg.): Hochschul- und Wissensgeschichte in zeithistorischer Perspektive. 15 Jahre zeitgeschichtliche Forschung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), Halle-Wittenberg 2012; Daniel Hechler/Peer Pasternack: Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte, Leipzig 2013

<sup>3</sup> Peer Pasternack: „Demokratische Erneuerung“. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989 – 1995, Weinheim 1999; Peer Pasternack (Hg.): Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost, Leipzig 2007

<sup>4</sup> Peer Pasternack (Hg.): Hochschulen nach der Föderalismusreform. Leipzig 2011

<sup>5</sup> Anke Burkhardt (Hg.): Wagnis Wissenschaft. Akademische Karrierewege und das Förder-system in Deutschland, Leipzig 2008; Reinhard Kreckel (Hg.): Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Leipzig 2008; Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs: Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland, Bielefeld 2013; Reinhard Kreckel/Karin Zimmermann: Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich, Leipzig 2014

<sup>6</sup> Peer Pasternack (Hg.): Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen, Leipzig 2013

- Zirka der Hälfte der laufenden Projekte wurden durch Einwerbungen beim BMBF realisiert.
- Seit 2004 läuft am Institut immer jeweils ein DFG-Projekt.
- Zirka ein Fünftel der Drittmiteleinwerbungen gelingen bei Bundesministerien (ohne BMBF) und Landesministerien.
- Ebenfalls zirka ein Fünftel der Drittmittel wird bei Stiftungen eingeworben.
- Für den größeren Teil der zeithistorischen Projekte konnten seit 2001 in jedem Jahr Mittel bei der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eingeworben werden.

Die Grundfinanzierung des Instituts leistet das Land Sachsen-Anhalt. Doch nicht nur deshalb liegt es nahe, dass HoF seit seiner Gründung seinem Sitzland eine spezielle Aufmerksamkeit widmet. Vielmehr mobilisiert das Institut mit diesen Arbeiten Sachsen-Anhalt als Fallbeispiel in Untersuchungen, die fallübergreifende Relevanz beanspruchen dürfen. Das betrifft insbesondere solche Fragen, die sich aus den spezifischen Entwicklungen demografisch herausgeforderter Regionen ergeben.

### **Sachsen-Anhalt als Fenster in die Zukunft**

Sachsen-Anhalt hat – wie die anderen östlichen Bundesländer – soeben eine Großtransformation hinter sich gebracht und befindet sich mittlerweile in einer neuerlichen. Diese wird bestimmt durch den demografischen Wandel und den gleichzeitigen Abschied von der transfergetriebenen Entwicklung der ostdeutschen Siedlungsgebiete. Neben Mecklenburg-Vorpommern ist Sachsen-Anhalt am intensivsten von diesen Entwicklungen betroffen.

Allerdings: Wie in anderen frühindustrialisierten Ländern, so wird auch in *ganz* Deutschland in den nächsten Jahrzehnten raumbezogene ‚Schrumpfung‘ zu gestalten sein. Lediglich die Zeitpunkte, zu denen sich der entsprechende Problemdruck als unabweisbar darstellt, werden regional unterschiedlich ausfallen.

Bislang wird der demografische Wandel gesamtdeutsch vor allem unter dem Aspekt der Alterung, einhergehend mit geringer Fertilität, und im Hinblick auf die ethnisch-kulturell-religiöse Vielfaltssteigerung thematisiert. Dagegen sind die Problemlagen in Ostdeutschland – und dort insbesondere in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – vielschichtiger. Die Alterung durch ein unausgeglichenes Fertilitäts-Mortalitäts-Verhältnis wird dort insbesondere durch die Abwanderung ergänzt, genauer: durch einen negativen Gesamtsaldo der Zu- und Abwanderungen.

Der vergleichsweise frühe Zeitpunkt, zu dem in Sachsen-Anhalt diese Herausforderungen und ihre Verschärfung durch das Auslaufen von Finanztransfers und Sonderfinanzierungsmodalitäten zu gestalten sind, erzeugt weniger eine sachsen-anhaltische Sondersituation, sondern eher einen

Problemvorsprung gegenüber Westdeutschland. Dieser lässt sich in einen Problemlösungsvorsprung überführen – wobei das Problem dabei nicht zum Verschwinden gebracht, sondern in einen produktiven Bearbeitungsmodus überführt wird.

Gelingt dies, kann Sachsen-Anhalt für andere Bundesländer zu einem Fenster in die Zukunft werden: Dort lässt sich dann besichtigen, wie die Folgen des demografischen Wandels jenseits des grassierenden Demografie-Alarmismus produktiv zu bearbeiten sind – Sachsen-Anhalt als ‚demografisches Labor‘.

Um über verlässliches Wissen für politische Entscheidungsprozesse zu verfügen, werden Forschungsergebnisse zum demografischen Wandel und seine Auswirkungen benötigt. Die möglichst umfangreiche Kenntnis etwa der gegebenen Handlungsoptionen vermag, die Rationalität der Entscheidungsprozesse zu steigern.

### Sachsen-Anhalt im HoF-Programm

Untersucht wurden und werden vom Institut für Hochschulforschung Themen aus dem gesamten Spektrum der Hochschulforschung und angrenzende Themen. Das Institut macht dabei ebenso seine überregionale Expertise für die Entwicklung seines Sitzlandes nutzbar, wie es Sachsen-Anhalt als interessanten Untersuchungsfall mobilisiert.

Die Daten zum Hochschulsystem unterstreichen, dass das Land gerade in diesem Sektor einigen Herausforderungen gegenübersteht (Übersicht 3).

Übersicht 2: Zentrale Herausforderungen in den demografisch schrumpfenden Regionen



### Übersicht 3: Kennziffern: LSA-Hochschulen im überregionalen Vergleich

Kennziffer (Jahr)				Sachsen- Anhalt	Flächen- länder Ost	Deutsch- land
<b>ALLGEMEINES</b>						
Bevölkerung (in Mio.)	Bevölkerungszahl 2011			2,3	12,8	82,0
	Prognose 2025			2,0	11,6	79,3
	Prognose 2050			1,6	9,4	71,5
Bevölkerungsanteil (%)				2,9		100
Anteil am BIP (%)				2,1		100
Arbeitslosenquote 2012 (%)				10,5	9,4	6,5
Landeshaushalt 2020: Realminderung ggü. 2008				ca. 30 %		
<b>HOCHSCHULEN</b>						
Studierneigung 2008				67	67	72
Studienberechtigtenquote (%) (2010)				35,1	41,0	49,0
Studien- anfänger/innen	2012			9.767	56.782	492.674
	Prognose 2025	KMK (2012)		7.061	41.248	300.520
		CHE (2012)		7.132	45.028	393.923
	Studienanfängerquote 2010 (%)			28,2	30,5	45,2
Studierende nach Hochschultyp (2012)	Anteil Universität (%)			60,7	67,1	64,4
	Anteil FH (%)			36,5	29,9	31,8
Ausländer 2011 (%)	Anteil an Studienanfänger/innen			16,5	19,1	17,0
	Anteil an Studierenden			9,3	9,4	11,1
Studierenden- anteile Fächer (2011)	Sprach- u. Kulturwissenschaften			16,7	19,2	19,2
	Rechts-, Wirtsch., Sozialwiss.			31,5	28,8	30,5
	Mathematik, Naturwissenschaften			14,0	15,3	17,8
	Humanmedizin			7,6	5,7	5,5
	Ingenieurwissenschaften			19,9	22,5	19,8
Studienerfolgsquote				69 %		75 %
CEWS-Gleichstellungsranking: Platzierungen in Gruppe 1 (Spitzen- gruppe) bis 3 (Schlussgruppe)	2003	2005	1	2		
	2007	2009	3	2		
	2011	2013	3	3		
Anteil am Bundes- gesamt (in %)	Professorenschaft			2,6		100
	Beschäftigte Forschungsorganisationen			2,7		100
	Ausgaben für Universitäten			2,3		100
	Ausgaben Forschungsorganisationen			2,35		100
DFG-Drittmittel- bilanzen MLU: Platzierungen im Bundesranking (2008-2010)	Geistes- und Sozialwissenschaften			16		n = 71
	Lebenswissenschaften			30		
	Naturwissenschaften			39		
	Gesamtplatz MLU			41		

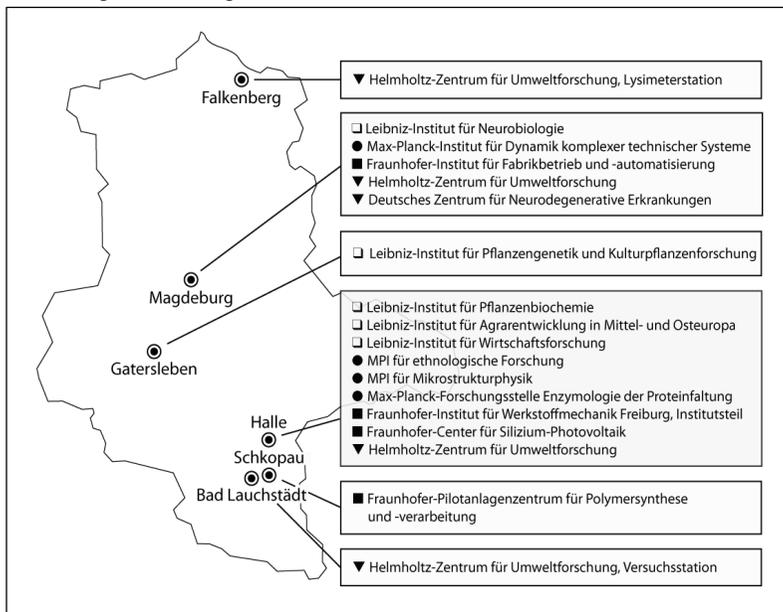
Quellen: Thomas Erdmenger/Peer Pasternack: Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt, Halle-Wittenberg 2013, sowie die Artikel dieses Bandes

Zugleich zeigt ein Blick auf die Wissenschaftslandschaft, dass die vorhandenen institutionellen Potenziale kaum einen Vergleich scheuen müssen (Übersichten 4 und 5). Wie diese Ressource für eine zukunftsfähige Landesentwicklung genutzt werden kann, steht im Mittelpunkt der Darstellungen dieses Buches.

Übersicht 4: Die sachsen-anhaltische Hochschullandschaft



## Übersicht 5: Öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt



Die Breite der einschlägigen Themen, die HoF in den letzten Jahren bearbeitet hat, verdeutlichen die Kapitelüberschriften des vorliegenden Bandes: „Stadtentwicklungspotenziale“, „Forschungspotenziale“, „Bildungspotenziale“, „Organisations- und Steuerungspotenziale“ sowie „Zeitgeschichte als Ressource“. Eine Komplettübersicht der HoF-Studien zu Sachsen-Anhalt findet sich am Ende des Bandes.<sup>7</sup>

Soll aus dem oben erwähnten Problemvorsprung auch tatsächlich ein Problemlösungsvorsprung hervorgehen, dann wird dies nicht nur, aber wesentlich eine Aufgabe der Hochschulen sein: als Quellen und Agenturen sowohl wirtschaftlicher als auch sozialer Innovationen. Sie stellen hochqualifizierte Arbeitskräfte bereit, können system-, prozess- und produktbezogenes Problemlösungswissen erzeugen und ihre Sitzregionen an die globalen Wissensströme anschließen. Damit sind sie eine zentrale Voraussetzung dafür, die Resonanzfähigkeit ihrer Regionen für wissensbasierte und damit zukunftssträchtige Entwicklungen zu verbessern bzw. zu erhalten.

<sup>7</sup> siehe „Sämtliche HoF-Studien zu Sachsen-Anhalt“, S. 213-219

Vom demografischen Wandel als der zentralen Herausforderung des Landes sind die Hochschulen sowohl als Objekt betroffen, wie sie auch Subjekte der Gestaltung des Wandels sein können. Im Blick auf ihre *objektive Betroffenheit* stellt sich eine Reihe von Fragen, die zugleich wesentlich die HoF-Untersuchungen motivieren:

- In welcher Weise sind Hochschulen als Agenturen der Verteilung des Wissens im Raum von der raumbezogenen ‚Schrumpfung‘ tangiert?
- Welche Einflüsse auf ihre Qualität hat die Verortung von Hochschulen in Zentren oder Peripherien?
- Ist mit einer Differenzierung der Hochschulen in solche innerhalb eines global interagierenden Metropolenetzes und solchen außerhalb dieses Netzes zu rechnen, und welche funktionsbezogenen Konsequenzen hätte dies gegebenenfalls?
- Ist die Entstehung weitgehend wissensfreier Zonen vorstellbar, gleichsam der Ozonlöcher der Wissensgesellschaft, beispielsweise deshalb, weil die Einschränkung öffentlich vorgehaltener Infrastrukturen auch auf Hochschulen, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen ausgedehnt wird? Oder aber: Werden die Hochschulen dereinst in bestimmten Regionen die alleinigen Träger einer Kultur der Neugierde, Forschung und Innovation in ansonsten kulturell entkernten Räumen sein?
- Wird das seit der westdeutschen Hochschulexpansion gültige Paradigma der Versorgung mit Hochschulangeboten in der Fläche schon allein deshalb aufzugeben sein, weil die prokopfbезogenen Kosten jeglicher Infrastrukturen umgekehrt proportional zum Rückgang der Siedlungsdichte ansteigen?

Im Blick auf die Hochschulen als *Subjekte* einer produktiven Gestaltung des demografischen Wandels drängen sich folgende Fragen auf, die wiederum die vom Institut für Hochschulforschung durchgeführten Untersuchungen motivierten und motivieren:

- In welcher Weise können Hochschulen als Agenturen der Verteilung wissenschaftlichen Wissens im Raum zur produktiven Bearbeitung der demografisch bedingten Schrumpfungprozesse beitragen?
- Welche Prägungen der Raumstruktur sind durch Hochschulen leistbar, etwa als regionale Infrastruktur? Welche Leistungen können und müssen Hochschulen zur Stabilisierung von Räumen unter Schrumpfbedingungen erbringen, und welche Veränderungen ihrer Leistungsstruktur erfordert dies?

- Welche kulturellen, sozialen und ökonomischen Wirkungen sind von Hochschulen zu erwarten, und wie werden diese Erwartungen erfüllt?
- Welche (je nach Standort unterschiedlichen) Aufgaben ergeben sich für Hochschulen aus einer etwaigen dauerhaften Differenzierung des Raumes in Prosperitätsinseln und Abschwungkorridore?
- Stehen die Hochschulen vor der Aufgabe, sich zu den zentralen Inkubatoren regionaler Wissensproduktion zu entwickeln, da sie als einzige Akteure in der Lage sind, ihre jeweilige Region an überregionale Wissenskreisläufe anzudocken?
- Wie kann es gelingen, zur Sicherung des Fachkräftebedarfs die weitgehend hochschulbildungsferne Bevölkerungsgruppe der schwächer qualifizierten Einkommensschwachen für Hochschulbesuche ihrer Kinder zu motivieren (und letztere entsprechend zu qualifizieren)?
- Welche Herausforderungen ergeben sich aus der veränderten sozialen Zusammensetzung der nachwachsenden Generationen für das Hochschulsystem?
- Wie können sich Hochschulen unter Schrumpfungsbedingungen so im Raum positionieren, dass sie überlebensrelevante Stabilität gewinnen?

Die Antworten auf solche Fragen in Gestalt von Forschungsergebnissen sind nicht immer umstandslos ‚lesbar‘, d.h. durch Praktiker in ihrer Relevanz für konkrete Problemlösungen einzuschätzen. Daher sind hier Übersetzungsleistungen nötig: Die Ergebnisse müssen entsprechend aufbereitet werden. Das unternimmt für die einschlägigen HoF-Studien der vorliegende Band: Auf jeweils vier bis sechs Seiten werden in aller Kürze und Prägnanz zentrale Ergebnisse aus 33 Sachsen-Anhalt-bezogenen Untersuchungen des Instituts für Hochschulforschung präsentiert.<sup>8</sup> An die Ergebnisdarstellungen schließen sich jeweils Hinweise zu Handlungsoptionen an.

---

<sup>8</sup> Dabei erfolgt eine Beschränkung auf die Untersuchungen, deren Ergebnisse nicht durch Zeitablauf, veränderte politische Schwerpunktsetzungen oder institutionelle Umgestaltungen inzwischen unaktuell oder obsolet geworden sind. Beispielsweise hatte HoF die ursprünglich in Angriff genommene Neugründung einer FH Altmark in Stendal wissenschaftlich begleitet – was hier nicht näher dargestellt werden muss, da schließlich die Entscheidung getroffen worden war, den Standort Stendal in die Fachhochschule Magdeburg, nun Hochschule Magdeburg-Stendal, zu integrieren.

# **Stadtentwicklungspotenziale**

# Chancen der Nichtmetropolen

## Hochschulen als Ressource der Stadtentwicklung

Daniel Hechler | Peer Pasternack

*Der vorrangige regionale Bezugspunkt von Hochschulen ist ihr jeweiliger Sitzort. Dies sind ausnahmslos Städte, selbst dann, wenn die Hochschulen in ländlich geprägten Regionen liegen. Seit der Bildungsexpansion sind die Hochschulen zudem mehrheitlich in Städten angesiedelt, die keine Metropolen, häufig auch keine Großstädte sind. Städtisch, aber nichtmetropolitan ist damit für viele Hochschulen ein Charakteristikum ihrer Umweltbedingungen.*

Einstmals konnten die Hochschulen vor Ort soziale und ökonomische Umweltbedingungen voraussetzen (und entsprechend vernachlässigen), die eine Nachfrage nach ihren Leistungen in Forschung und Lehre beständig reproduzieren. Heute dagegen sind Hochschulen zunehmend mit der Herausforderung konfrontiert, selbst wesentlich zur (Re-)Produktion jener Umweltbedingungen beitragen zu müssen, die sie unentbehrlich machen.

Das trifft besonders für die Hochschulen in kleineren (5.000 bis 20.000 Einwohner) und mittelgroßen Städten (20.000 bis 100.000 Einwohner) zu. Metropolen dagegen sind besonders große Großstädte, die Kräfte, Aufmerksamkeiten, Aktivitäten, Entscheidungen und Leistungsangebote eines weiten Umlands auf sich konzentrieren, eine Vielfalt von Informationen verfügbar machen und nationale wie internationale Zentralität in politischer, ökonomischer und (hoch-)kultureller Hinsicht aufweisen. Nichtmetropolen wiederum werden nicht dadurch zu ihrem Gegenteil, dass man sie zu Teilen von „Metropolregionen“ erklärt.

### Ergebnisse

Die in der Literatur meist herangezogenen Modelle für lokale Hochschulwirkungen sind typischerweise für bzw. anhand von Metropolen

#### **Methodik**

Mittels Dokumentenauswertungen, systematischen Internetrecherchen und einer Analyse der lokalen Presse wurden für die beiden Universitätsstädte und für zwei Fachhochschulstandorte in Sachsen-Anhalt die lokal bezogenen Kooperationsaktivitäten zwischen Stadt und den jeweils ortsansässigen Hochschulen erhoben. Diese wurden mit der einschlägigen Fachliteratur und den verbreiteten Konzepten kontrastiert, um spezifische Faktoren für die Kooperation von Hochschulen und Städten in nichtmetropolitanen Sitzorten zu identifizieren

entwickelt worden. Ein Großteil der einschlägigen Debatte widmet sich den großstädtischen bzw. metropoliten Existenzbedingungen und Wirkungen von Hochschulen. Die Konzepte zu Knowledge City, Wissensmilieus, Kreativitätswirtschaft usw. gehen fraglos von großstädtischen Kontexten aus, wenn sie den Zusammenhang von Wissen und Stadtentwicklung thematisieren. Hochschulen in mittleren und kleineren Städten schließen in ihren Selbstbeschreibungen häufig daran an, ohne den fehlenden großstädtischen Kontext angemessen zu berücksichtigen.

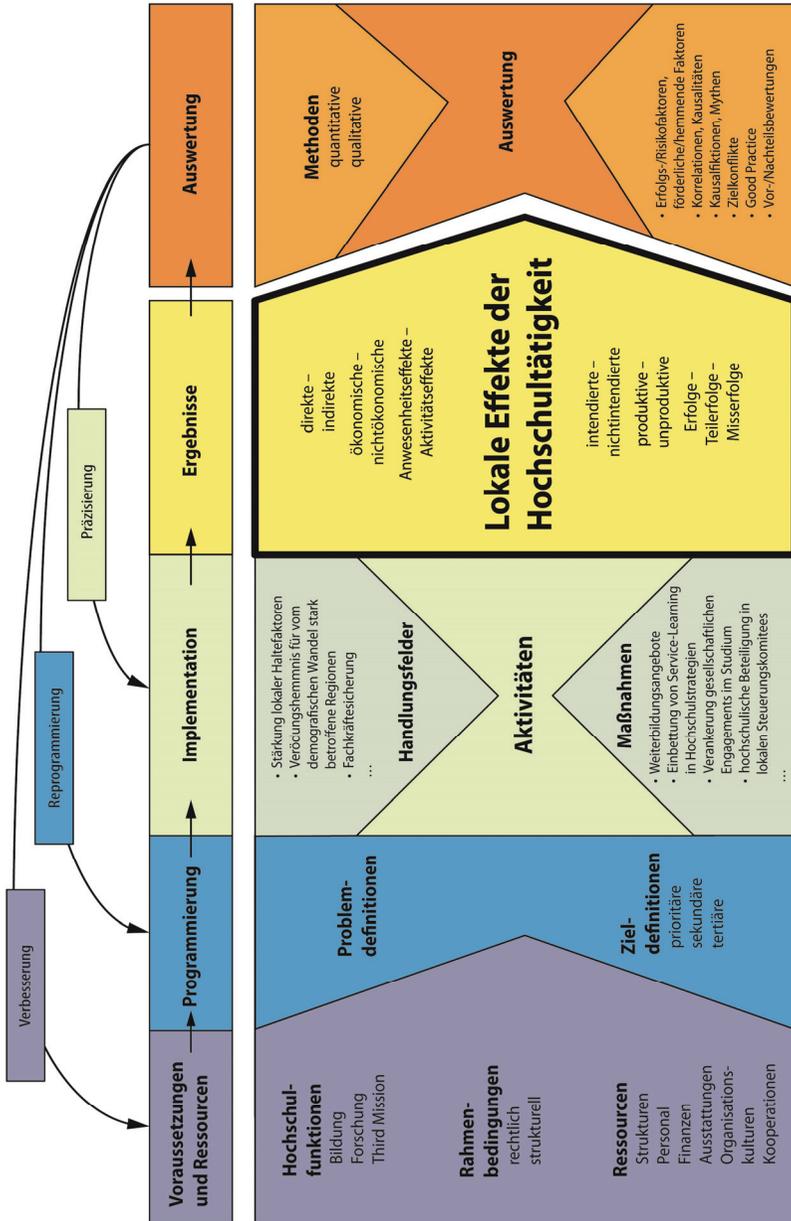
Da aber in Metropolen spezifische Bedingungen hinsichtlich der Größe, Dichte, Heterogenität und Anziehungskraft bestehen, greifen diese Konzepte an nichtmetropoliten Orten nur bedingt. So sind in der Analyse der historischen Entwicklungen kreativer Zentren – neben einer gewissen Stadtgröße und einer grundsätzlichen Offenheit für Außenseiter und Fremde – zwei zentrale Rahmenbedingungen für deren erfolgreiches Entstehen identifiziert worden: zum einen eine krisenhafte Situation, zum anderen mobilisierbares Kapital (Hall 1998). Ersteres ist z.B. in sachsenanhaltischen Städten unzweifelhaft gegeben, letzteres in der Regel nicht.

Um dem Widerspruch von metropoliten Konzepten und nichtmetropoliten Umsetzungsbedingungen zu begegnen, müssen die Unterschiede zwischen Metropolen und kleineren/mittleren Städten sowie die Wirkungen der unterschiedlichen Ortsbedingungen herausgearbeitet werden. Damit lässt sich ein Beitrag zur Ausprägung realistischer Erwartungshaltungen leisten: Welche Resonanzbedingungen finden Hochschulen an ihren jeweiligen Standorten vor, um innerhalb der Stadtentwicklung eine prägende Rolle zu spielen?

Sollen diese Resonanzbedingungen gezielt entwickelt werden, stößt man auf charakteristische Hemmnisse. Sowohl die Entwicklung von Städten als auch von Hochschulen gilt als in besonderer Weise steuerungsresistent. Sollen beide miteinander synchronisiert werden, hat man es folglich mit Steuerungsresistenz im Quadrat zu tun. Daher beschränken sich die Handlungsmöglichkeiten darauf, Gelegenheitsstrukturen für potenziell produktive wechselseitige Verstärkungen der Hochschul- und Stadtentwicklung zu schaffen – also die entsprechenden Rahmenbedingungen zu verbessern.

So sind bspw. Hochschulen für Städte die besten Chancen, Menschen in einer biografisch stark aufnahme- und prägefähigen Phase für sich zu begeistern und an sich zu binden. Indem Bedingungen geschaffen werden, mit denen Studierende und dann Hochschulabsolventen an die Stadt gebunden werden, lassen sich zentrale Voraussetzungen erzeugen, um wissensbasierte Entwicklungen wahrscheinlicher zu machen. Zwar können dafür keine Erfolgsgarantien abgegeben werden, doch wenn eine

# Übersicht 6: Modell lokaler Hochschulwirkungen



Stadt schon daran scheitert, von jedem Hochschulabsolventenjahrgang relevante Anteile an sich zu binden, dann fehlen bereits wesentliche Grundvoraussetzungen für wissensbasierte Stadtentwicklungen.

Beide, Hochschulen und Städte, sind Inkubatoren von Innovation, weil (und wenn) sie Freiräume und geschützte Zonen für das bisher noch nicht Gedachte und Ausprobierte, für scheinbar Abwegiges und noch Unreifes bieten:

■ Innovation ist immer das Noch-nicht-Mehrheitsfähige; was bereits mehrheitsfähig ist, ist Mainstream; dieser erstarrt irgendwann zur Orthodoxie – und ist spätestens dann reif für die Ablösung durch erneute Innovation. Dieser Kreislauf benötigt permanente Zufuhr kognitiver Energien – und den können Hochschulen sicherstellen, indem sie interessierte und interessante Menschen in die Stadt ziehen.

■ Beide, Städte und Hochschulen, sind zudem gleichermaßen durch Heterogenität gekennzeichnet, d.h. hier: Sie vereinen Konformität und Nichtkonformität. Das erzeugt Spannungen, aus denen Neues entstehen kann.

### **Handlungsoptionen**

Für Kooperationen zwischen Hochschulen und städtischen Partnern muss immer auf der Grundlage der lokalen Situation, der gegebenen Interessenlagen und der einsetzbaren Ressourcen entschieden werden, welche Schwerpunkte gesetzt werden sollen und können. Dafür gibt es einige strategische Erfolgsfaktoren. Diese sollten in die jeweilige institutionelle Policy eingebaut werden:

- Vermieden werden sollten grobe Dysfunktionalitäten, etwa: Überbeanspruchungen, Konformitätsdruck, der dem Ausprobieren innovativer Ideen entgegensteht, oder städtische Bürokratie, die Kooperationen erschwert.
- Hilfreich sind angemessene, d.h. aufgabenadäquate Ressourcen: personelle, sächliche und – vor allem zur Umsetzung konkreter Projekte – finanzielle.
- Um Ideen für die Stadt hervorzubringen, bedarf es seitens der Hochschulen eines Problembewusstseins für die lokalen Gegebenheiten. Ist dieses entwickelt, muss es wiederum auf Resonanz in der Stadt treffen. Das heißt: Nicht nur die Hochschulen, auch die lokalen Akteure müssen für die Problemlagen und Handlungsbedarfe der eigenen

Stadt und die Möglichkeiten, darauf mit Hilfe der Wissenschaft reagieren zu können, sensibilisiert sein.

- Die motivierte Mitarbeit von Wissenschaftlern/Wissenschaftlerinnen an lokalen Kooperationen wird wahrscheinlicher, wenn sie diese nicht als zusätzliche Aufgabe, sondern als Möglichkeitsraum zur Entfaltung von Forschungs- und Lehrinteressen erfahren.
- Institutionalisierungen von Kooperationen sind erfolgsversprechender, wenn Kooperationsbürokratie vermieden wird.
- Der erfahrbare Kooperationsnutzen muss höher sein, als es die Kooperationskosten sind.

#### *Literatur*

Hall, Peter (1998): *Cities in Civilization*, Pantheon Books, New York.

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Daniel Hechler: *Von der Hochschule in der funktionalistischen Stadt zur Hochschule in der kreativen Stadt. Die Theorieangebote und ihre zentralen Erklärthesen*, in: Peer Pasternack (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschule & Bildung in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, S. 57-88.

# Hochschulen und die Stabilisierung der Bevölkerungsstruktur

Steffen Zierold | Peer Pasternack

*Teil des demografischen Wandels in Sachsen-Anhalt ist die Alterung der Bevölkerung. Höhere Lebenserwartungen gehen einher mit niedrigeren Geburtenraten und folglich reduzierten jüngeren Altersgruppen. Während die ältere Bevölkerung eher sesshaft ist, erweisen sich die nachwachsenden Generationen als sehr viel stärker mobil. Wesentliche Voraussetzungen dafür, dass davon relevante Teile in der Region verbleiben oder in sie gezogen werden, erzeugen die Hochschulen.*

Das Wanderungsverhalten der mobilen Bevölkerungsteile folgt der Verteilung von Lebenschancen im Raum – den tatsächlichen und den wahrgenommenen. Beides fällt nicht immer und umstandslos zusammen. In den ostdeutschen Ländern ergibt sich die Nachfrage nach bestimmten Fachkräften früher und stärker als in den westdeutschen. Daher können dort für zahlreiche Berufsfelder bereits heute faktische Arbeitsplatzgarantien für die Zeit nach Abschluss einer Ausbildung oder eines Studiums gegeben werden.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass die Fachkräfte dann auch zur Verfügung stehen, erzeugen die Hochschulen. Sie stellen regionale Haltefaktoren für junge Leute dar, und sie können junge Leute aus anderen Regionen anlocken. Wer auf Grund seines Studiums schon da ist, kann eher dafür gewonnen werden, seine Lebenschancen in der Region zu suchen und zu finden.

## Ergebnisse

Derzeit und in den kommenden Jahren noch ist im Bundesdurchschnitt mit einer relativ konstanten Zahl an Studienanfängern auf hohem Niveau zu rechnen:

- Ermöglicht wird dies durch Nachlaufeffekte der doppelten Abiturjahrgänge, die Wehrpflichtabschaffung und den Anstieg derjeni-

### Methodik

Der Darstellung liegen sekundärstatistische Auswertungen, Dokumentenanalysen und Experteninterviews zugrunde, die in verschiedenen Projekten zur ostdeutschen Hochschulentwicklung durchgeführt wurden

gen, die zu einem Hochschulstudium berechtigt sind (Studienberechtigtenquote).

- Zudem ist der Anteil derer, die tatsächlich ein Studium aufnehmen (Studienanfängerquote), in den vergangenen zwölf Jahren kontinuierlich angestiegen. Das gilt für Westdeutschland und, abgesehen von kleineren Ausreißern, für die östlichen Bundesländer, so auch für Sachsen-Anhalt.

Die hohe Studienplatznachfrage führt in den derzeit am stärksten von Schrumpfungprozessen betroffenen ostdeutschen Regionen zu Wandergewinnen aus den westdeutschen Bundesländern. Die Folgen sind beträchtlich:

- Durch den Zuzug (wie auch den Verbleib) von Studienanfängern wird ein Beitrag zur Verjüngung der Bevölkerung geleistet. Wandergewinne aus den westlichen Ländern verstärken den ‚normalen‘ direkten Effekt der Hochschultätigkeit, jüngere Menschen anzuziehen.
- In einigen Städten stellen Studierende einen signifikanten Anteil der Stadtbevölkerung – beispielweise in Magdeburg 8,7 Prozent, in Jena sogar 24,4 Prozent (2010).

Ein Studium nehmen heute mehrheitlich junge Frauen auf. In demografisch herausgeforderten Regionen wirken die Hochschulen daher dem Trend entgegen, dass vor allem junge und gut gebildete Frauen abwandern und eher junge Männer mit vergleichsweise niedrigerem Bildungsniveau zurückbleiben. Hochschulen haben also einen Bindungseffekt für junge Frauen.

Neben der Präsenz junger Studierender an Hochschulstandorten sind es direkte und indirekte Beschäftigungseffekte, die auf die regionale Altersverteilung wirken:

■ Hochschulen ziehen mit ihren Bildungsangeboten zukünftige Absolventen in ihre Region, die im Beschäftigungssystem jetzt und in den kommenden Jahren verstärkt nachgefragt werden. Darüber kann ein Beitrag zur Schließung der Fachkräftelücke geleistet werden.

■ Daneben gilt es, einer Überforderung der jüngeren Bevölkerung als gesellschaftliche Leistungsträger entgegenzuwirken (Geißler 2006). Ein Beitrag dazu ist, Ältere aktiv in Bildungsangebote einzubinden. Weiterbildungen, wie sie insbesondere von den Fachhochschulen mittlerweile regelhafte offeriert werden, sind hier ein wichtiger Aktivitätsschwerpunkt.

Hochentwickelte Gesellschaften wie die deutsche zeichnen sich durch eine zunehmend wissensbasierte Wirtschaft aus. In dieser besteht ein steigender Bedarf an speziellem Wissen, dessen Halbwertszeit zugleich sinkt. Kombiniert man steigende Wissensbedarfe und Alterung, so wird klar: Hochschulische Bildungsleistungen können nicht ausschließlich an der Nachfrage grundständiger Studiengänge bemessen werden. Geänderte Bildungsanforderungen müssen in angepasste Bildungsoptionen und -wege münden. Lebenslanges Lernen erlangt daher zunehmende Bedeutung. Gleiches gilt für den Ausbau kooperativer Bildungsangebote von Hochschule und hochschulexternen Akteuren aus Wirtschaft und Verwaltung.

### **Handlungsoptionen**

Eine breite regionale Humankapital- bzw. Wissensbasis wird wesentlich über akademische Fachkräfte hergestellt und gebunden. Sie fördert innovative Leistungen und wirtschaftliche Entwicklungen. Hierzu erbringen die regionalen Hochschulen zentrale Beiträge. Für schrumpfende Regionen sind Hochschulen ein Instrument, um Jüngere anzuziehen, zu halten und von den dadurch hervorgerufenen Effekten zu profitieren. Dass die Hochschulen deutlichen Einfluss auf regionale Altersverteilungen nehmen, sollte nicht zuletzt berücksichtigt werden, wenn es um künftige Ressourcenausstattungen der Hochschulen unter Schrumpfungsbedingungen geht.

Um Ausgleichseffekte zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung zu stabilisieren, sollten Hochschulen die Fächer, die verstärkt von Frauen nachgefragt werden, stärken bzw. nicht schwächen. Dabei handelt es sich eher um sozial- und geisteswissenschaftliche Bereiche. Aber auch im MINT-Bereich gibt es positive Erfahrungen: Durch eine Anreicherung sog. ‚harter‘ Fächer um ‚weiche‘ Studienanteile kann es gelingen, mehr junge Frauen für solche Studiengänge zu interessieren. Beispiele dafür sind naturwissenschaftliche Studiengänge mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitsschwerpunkt.

Auch der Zuzug nichtdeutscher Studierender und Wissenschaftler/innen ist ein möglicher Weg, um die regionale Fachkräftebasis zu stärken. Ansatzpunkt dafür kann sein, verstärkte Unterstützungs- und Servicestrukturen vorzuhalten. Diese können über die Etablierung international kompatibler Studiengänge, den Abbau von Sprachbarrieren und Hilfestellungen bei der Wohnungssuche und Behördengängen realisiert werden.

Insgesamt kann seitens der Hochschulen zur Stabilisierung der regionalen Bevölkerungsstruktur beigetragen werden, indem

- Hochschulen besonders von Frauen nachgefragte Fächer anbieten und so den Bindeeffekt für junge Frauen erhöhen;
- der Zuzug nichtdeutscher Studierender und Mitarbeiter/innen verstärkt angeregt wird;
- die hochschulische Weiterbildung ausgebaut wird;
- Hochschulen sich besonders in ländlich geprägten Regionen verstärkt bei der dualen Ausbildung engagieren;
- verstärkte Vermittlungsanstrengungen unternommen und Kooperationen der Hochschulen mit lokalen Unternehmen angestrebt werden, um Absolventen besser in den regionalen Arbeitsmarkt integrieren zu können. Beschäftigung fungiert als Haltefaktor, während fehlende Beschäftigungsperspektiven zum Wegzug zwingen.

#### *Literatur*

Geißler, Clemens (2006): Zukunftsperspektiven der Hochschulen in der Gesellschaft des langen Lebens, in: Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 3/2006, S. 63-69; auch unter <http://www.die-bonn.de/doks/geissler0601.pdf> (27.3.2014).

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack/Steffen Zierold: *Überregional basierte Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgeforderter Regionen. Kommentierte Thesen*, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillissen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2014. Auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/Handreichungen/HoF-Handreichungen4.pdf>

# Die Bildungs-IBA

## Die IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“

Uwe Grelak | Peer Pasternack

*Die IBA Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 (2002-2010) zielte darauf, der Herausforderung schrumpfender Städte zu begegnen, indem diese Städte selbst exemplarische Antworten entwickeln. Die ‚schrumpfende Stadt‘ – bislang allein als Problem wahrgenommen – sollte zum Ausgangspunkt eines Denkens von Chancen und neuen Möglichkeiten werden. Von den 19 IBA-Städten hatten insgesamt 15 solche Profile entwickelt, die entweder auf das Thema Bildung fokussierten oder Bildungsthemen integrierten.*

Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ lief von 2002 bis 2010. Unter dem Leitthema „Neue Perspektiven für Städte im Umbruch“ wurde in 19 Städten daran gearbeitet, leistungsfähige und zugleich günstige Infrastrukturen zu entwickeln, die auf die Herausforderungen des demografischen Wandels reagieren. Die IBA war damit Bestandteil der Versuche, den demografischen Wandel auch als Chance zu begreifen und die Folgen dieses Wandels jenseits des grassierenden Demografie-Alarmismus zu formulieren.

Jede der Teilnehmerstädte behandelte ein individuelles und zukunfts-fähiges Thema („Profil“). Dieses zielte auf Attraktivitätssteigerung durch Betonung jeweiliger Besonderheiten. Die IBA war die erste ihrer Art, deren Versuchsfeld ein gesamtes Flächenland ist. 15 der Stadtprofile fokussierten dabei auf oder aber integrierten Bildungsthemen (Übersicht 7).

Damit war Bildung das meistge-wählte Thema innerhalb der 19 städ-tischen IBA-Profile. Das ist insofern beachtenswert, als die Kommunen frei waren in der Wahl ihrer Themen. Das heißt: die erwähnten 15 IBA-Städte haben eigenständig Po-tenziale von Bildung zur produkti-ven Bearbeitung des demografi-schen Wandels erkannt.

### **Methodik**

Es wurden die gedruckte IBA-Literatur und die Antragsunterlagen sowie Proto-kolle der jährlichen Evaluationsgesprä-che mit den einzelnen IBA-Städten aus-gewertet, sekundärstatistische Auswer-tungen vorgenommen sowie 30 Exper-teninterviews mit 35 Akteuren geführt, die über relevantes Wissen verfügen und/oder eine Schlüsselposition im IBA-Prozess (lokal in beteiligten Städten oder überregional) innehatten

## 19 IBA-Städte

### 15 IBA-Bildungsstädte

#### Bildungsbezogene IBA-Profile

Bernburg: „ZukunftsBildung – Lernen im Zentrum“

Köthen/Anhalt: „Homöopathie als Entwicklungskraft“

Lutherstadt Wittenberg: „Campus Wittenberg“

Naumburg/Saale: „Stadtbildung – Bürgerschaft und Baukultur“

#### Bildungsprojekte als Elemente des IBA-Profiles

Aschersleben: „Bildungszentrum Bestehornpark“	Quedlinburg: „Forschung für nachhaltige Sanierung und Lernlabor Quedlinburg“
Dessau-Roßlau: Wissensquartier	Stendal: „Wirtschaftlich und pädagogisch nachhaltiges Schulsystem“
Magdeburg: „Wissenschaftshafen“	Wanzleben: „Familie Stadt“
Merseburg: „Europäisches Romanik Zentrum“	Weißenfels: „Wirtschaft schafft Bildung“

#### Bildungsaspekte als Bestandteile einzelner Projekte innerhalb des IBA-Profiles

Bitterfeld-Wolfen: Bildung als Standortfaktor, Kooperation Schulen-Wirtschaft, Ansiedlung von FuE-Einrichtungen

Halberstadt: Erfahrbarkeit einer „Ästhetik der Leere“

Halle (Saale): Öffnungen: Franckesche Stiftungen, Kreative Erkundung Halle-Neustadts

## Ergebnisse

Was ohnehin passiert, sollte in der Tat immer daraufhin geprüft werden, ob es auch Chancen birgt. Aus dem demografieinduzierten Problemvorsprung, wie er derzeit in Ostdeutschland und dort insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt besteht, lässt sich durch entsprechende Aktivitäten auch ein Problemlösungsvorsprung generieren.

Die IBA erzeugte hierzu eine temporäre Sondersituation, in der über die administrative Normalität integrierter Stadtentwicklung hinaus Grenzen überschreitbar wurden. Die IBA wandelte die zwischen den Basisprozessen Schrumpfung und Stadtentwicklung aufeinanderwirkenden Energien, z.B. durch Übersetzung in andere Handlungslogiken. Die Wirkungen problemlösungsbehindernder Störgrößen schwächte sie ab und stärkte lösungsfördernde Einflüsse.

Eine zentrale Idee der Moderne ist die Erzeugung gesellschaftlicher Teilhabechancen durch Bildung. Dabei verbinden sich emanzipatorische

Ideen der Aufklärung mit wirtschaftlichen Bedürfnissen nach verstetigter Fachkräfteversorgung. Unter Schrumpfungbedingungen heißt das: Den weniger vorhandenen Menschen müssen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll.

Die bildungsbezogenen Einzelthemen der Städte waren sehr heterogen. Dennoch lassen sich einige Häufungen von Anliegen entdecken:

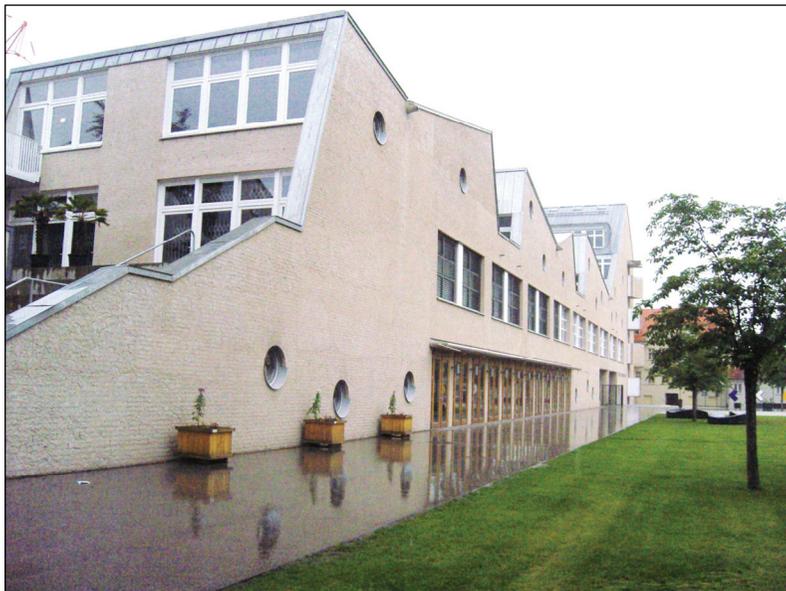
- Insgesamt sechsmal zielten die Bildungsprojekte auf die Verbesserung der *schulischen Bildung* bzw. die kooperative Ergänzung schulischer Angebote durch außerschulische Aktivitäten.
- Ebenfalls sechsmal wurde eine *Campus-Idee*, d.h. die Zusammenführung verschiedener Einrichtungen und Funktionen an einem integrierten Ort, verfolgt.
- *Kulturelle Bildung*, häufig an die eigenen Einwohner adressiert, war in gleichfalls sechs Städten Gegenstand der Bildungsprojekte.
- Wiederum sechsmal gelang es, die *Versäulung* einzelner Bildungsträger aufzulösen und dadurch Bildungsübergänge fließender zu gestalten.
- Jeweils dreimal wurden *Lebenslanges Lernen*, die Gewinnung „temporärer Bewohner“ und Beiträge zur regionalen Sicherung des *Fachkräftenachwuchses* als Zielstellung verfolgt.

Dabei konnten die städtischen IBA-Aktivitäten nicht anstreben, die lokal gegebenen bildungsbezogenen Probleme systematisch zu lösen. Was sie leisten konnten, war, fokussierte Impulse jenseits der herkömmlichen Handlungsroutrinen zu geben.

Es ließ sich eine Reihe von Spannungen, die während der IBA prozessiert werden mussten, herausarbeiten – Spannungen innerhalb der zentralen IBA-Struktur, zwischen den IBA-Gremien und den Städten sowie innerhalb der einzelnen Städte:

- „*Querschnittsthema*“ *Demografie vs. Ressortegoismen*: Auf Landesebene kam die angestrebte interministerielle Zusammenarbeit nur ausnahmsweise zustande.
- *Stiftung Bauhaus vs. SALEG*: Die beiden zentralen operativen Akteure arbeiteten zunächst zusammen, trennten sich dann aber, indem die Betreuung der Einzelstädte zwischen beiden Einrichtungen aufgeteilt wurde.
- *Negative vs. positive Bilder des demografischen Wandels*: Die IBA musste drastische Vorstellungsbilder von den Konsequenzen des demo-

## Übersicht 8: IBA-Projekt Bildungszentrum Bestehornpark, Aschersleben



grafischen Wandels erzeugen, um eine angemessene Problemwahrnehmung durchzusetzen. Zugleich wollte sie produktive Aspekte dieses als problematisch markierten Prozesses herausarbeiten. Hier die Vermittlung zwischen Risiken und Chancen herzustellen erwies sich, was kaum überraschen kann, als schwierig.

■ *Diskursneigungen vs. Pragmatismus*: Die Stiftung Bauhaus suchte internationale Diskurse in die IBA einzubringen, während die Pragmatiker in den Städten und den IBA-Gremien dafür wenig Resonanzfähigkeit auszubilden vermochten. Letztere wollten praktische Probleme vor Ort lösen, und die Relevanz des Diskursiven erschloss sich ihnen dafür häufig nicht.

■ *Innovation vs. Pfadabhängigkeiten*: Dem Innovationsanspruch der IBA standen häufig lokale Pfadabhängigkeiten, d.h. die Anknüpfung an bisheriges Handeln und die prognostizierte Anschlussfähigkeit an künftiges, d.h. IBA-nachgelagertes Handeln der kommunalen Administrationen entgegen.

■ *bildungsbezogene Bauprojekte vs. „Konzeptions-IBA“*: Wo gebaut wurde, wurde eine Hardware für die Software Bildung geschaffen. In den

Städten, in denen allein konzeptionell gearbeitet, aber nichts gebaut wurde, fehlte dieses bekräftigende und befestigende Element.

■ *breite Öffentlichkeit vs. ‚Bürgereliten‘*: Der Mangel bisheriger Stadtentwicklungsprozesse, dass Verwaltungen für die Bürgerschaft, aber nicht mit dieser planen, konnte nur ansatzweise behoben werden. Lokale ‚Bürgereliten‘, also ohnehin Aktive aus Vereinen, Verbänden und Initiativen, mussten dann häufig als ‚die Bürger‘ das Partizipationselement repräsentieren.

■ *Innovation ohne Hochschulen*: Konzeptionell-strategische Beteiligungen ortsansässiger Wissenschaftseinrichtungen an den lokalen IBA-Prozessen waren nur ausnahmsweise zu verzeichnen. Damit fehlten in den meisten IBA-Bildungsstädten die Impulse der – im doppelten Sinne: inhaltlich wie räumlich – naheliegendsten Innovationsagenturen.

■ *Integration möglichst vieler Akteure vs. Innovation*: Die Einbeziehung zahlreicher Akteure sollte breite Ideenmobilisierung und Legitimation sichern, führte aber auch dazu, dass zahlreiche Partikularinteressen zu berücksichtigen waren. Damit setzte sich eine Orientierung auf das Mehrheitsfähige durch. Dieses ist häufig gerade nicht innovativ und konkurrenzfähiger dadurch den Innovationsanspruch der IBA.

■ *Diversität vs. Innovation*: Da die IBA einerseits auf die Fantasien in den einzelnen Städten setzte und diese sehr differenziert ausgeprägt sind, andererseits auch niemand entmutigt werden sollte, musste sie auch manche Banalität als IBA-würdig verkaufen.

Die IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ wollte innovativ sein, also noch nicht Mehrheitsfähiges ausprobieren – was bereits mehrheitsfähig ist, ist Mainstream. Sie hatte keinen Masterplan, sondern wollte Planungen, vor allem Umplanungen anregen. Die IBA sah sich als Labor und war als Experiment angelegt. Experimente zeichnen sich durch Ergebnisoffenheit aus: Sie können gelingen oder nicht gelingen. Dass einige der IBA-Projekte nicht zustandekamen oder abgebrochen werden mussten, dass es Planungs- und Umsetzungsprobleme gab, ist insoweit wenig verwunderlich.

Als Erfolgsfaktoren für das Gelingen lassen sich, neben dem dezidiert experimentellen Charakter der IBA, sieben konstatieren:

- der erleichterte Fördermittelzugriff,
- die temporäre Veränderung der Aktivitätsstruktur,
- die Anknüpfung an lokale Voraussetzungen,
- inhaltlich begründete räumliche Konzentration,
- Veränderungen im Bildungsverständnis,

- das Zustandekommen von Kooperationen und
- die Beteiligung der Bürgerschaft (wenn auch meist in Gestalt deren ohnehin aktiver Teile).

Als zentrales Ergebnis der IBA aber hat sich erwiesen: Während zu Beginn der 2000er Jahre in den sachsen-anhaltischen Städten der demografische Wandel als ein zwar bedauerlicher, doch durch angemessene Anstrengungen auch wieder umkehrbarer Prozess betrachtet wurde, so wurde er im Laufe der IBA als unabweisbarer Vorgang akzeptiert, der gestaltet werden muss und gestaltet werden kann.

Sowohl das Gelingen als auch das Scheitern brachten in jedem Fall Erfahrungen, von denen vergleichbare Projekte und Prozesse profitieren können. Indem Versuche begonnen worden waren, die dann fallweise gelangen oder misslingen, hat sich jedenfalls gezeigt, dass die IBA tatsächlich ein ergebnisoffener Prozess war.

## Handlungsoptionen

Fragt man danach, welche systematisierenden Konsequenzen aus den Erfahrungen der IBA-Bildungsstädte gezogen werden können, so lassen sich zwei Auffälligkeiten mobilisieren: Die IBA-Bildungsprojekte wiesen in ihren Umsetzungen Ähnlichkeiten zu zwei Konzepten auf, die für den Typus der im vorliegenden Falle dominierenden Mittelstadt beträchtliche Eignung besitzen:

- Mit dem Konzept des *Community Organizing* (Bürgerplattformen) kann an die IBA-Erfahrungen der Bürgerschaftsbeteiligung angeschlossen werden.
- Mit dem Konzept der *Kommunalen Bildungslandschaft* lässt sich an die Erfahrungen im Umgang mit der hemmenden Versäulung lokaler Bildungsstrukturen anknüpfen.

Kommunale Bildungslandschaften in Verbindung mit Bürgerplattformen – dies könnte der Zukunftsweg für die Gestaltung von Bildungsprozessen in demografisch herausgeforderten Städten sein.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Uwe Grelak/Peer Pasternack: *Die Bildungs-IBA. Bildung als Problembearbeitung im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014

# Stadtumbau und Hochschulen

Uwe Grelak | Peer Pasternack

*Wenn Bildungsprozesse und -strukturen zum Gegenstand von Stadtentwicklung werden, dann liegt es nahe, dass auch die ortsansässigen Wissenschaftseinrichtungen involviert sind. Am Beispiel der 15 Städte, die während der IBA Stadtumbau Bildungsthemen bearbeitet haben, lässt sich prüfen, ob Stadtentwicklungsprozesse an solchen Orten besser gelingen, an denen auch Hochschulen oder Forschungsinstitute vorhanden sind.*

Hochschulen und Forschungsinstitute gelten per se als Innovationsagenturen einer Gesellschaft. Daher scheint eines nahe zu liegen: In Regionalentwicklungsprozessen wie dem einer Stadtumbau-Gestaltung, der explizit als Innovationsvorgang angelegt ist, würden sie eine prominente Rolle spielen. Immerhin: Wissenschaftseinrichtungen, anders als sonstige Akteure, sind prädestiniert, Entwicklungen nicht einfach geschehen zu lassen. Vielmehr können sie dazu beizutragen, einen strategischen Umgang damit zu entwickeln: Sie haben die intellektuellen Kapazitäten, um die Aufklärung der Problemlagen zu betreiben, im Haus.

## Ergebnisse

Verbindungen zwischen der Wissenschaft, die am jeweiligen Ort ansässig ist, und den IBA-Städten mit Bildungsthemen („IBA-Bildungsstädte“) waren in dreierlei Weise vorgekommen:

- Zum ersten beteiligten sich einige Hochschulen – meist: einzelne Hochschulinstiute, mitunter einzelne Personen – an der Programmierung und/oder Durchführung der lokalen IBA-Aktivitäten.
- Zum zweiten suchten einige der Städte die IBA zu nutzen, um in Kooperation mit den ortsansässigen Wissenschaftseinrichtungen die Hochschule bzw. Wissenschaft und ihre lokalen Wirkungen in der Stadt zu stärken.

### Methodik

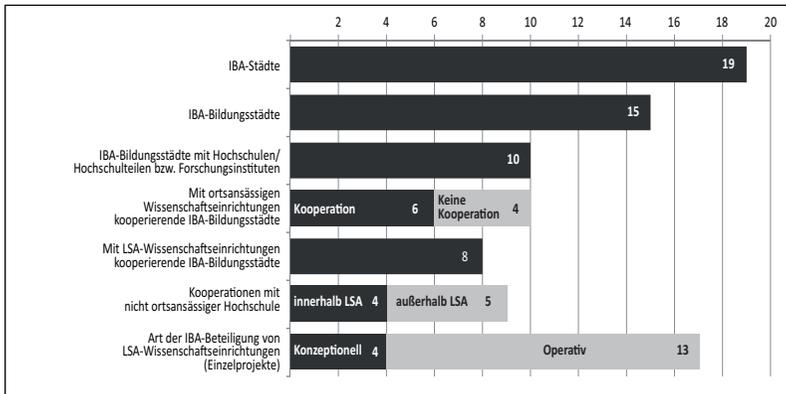
Es wurden die gedruckte IBA-Literatur und die Antragsunterlagen sowie die Protokolle der jährlichen Evaluationsgespräche mit den einzelnen IBA-Städten ausgewertet sowie 21 Experteninterviews mit Akteuren geführt, die über relevantes Wissen verfügten und/oder eine Schlüsselposition im IBA-Prozess (lokal in beteiligten Hochschulstädten oder überregional) innehatten

■ Zum dritten bemühten sich einige der Städte darum, im Rahmen der IBA in Kontakt zur Wissenschaft zu gelangen, entweder um sie in ihren Mauern erstmals zu etablieren, oder aber um externe wissenschaftliche Expertise für die eigene Stadtentwicklung zu organisieren.

Eine quantitative Auswertung ergibt:

- Insgesamt suchten acht der 15 IBA-Bildungsstädte Kooperationen mit sachsen-anhaltischen Hochschulen oder Forschungsinstituten. Beteiligt daran waren 13 Einrichtungen (wobei Hochschulteile jeweils gesondert gezählt werden) in insgesamt 16 Einzelkooperationen.
- In sechs von zehn Orten, die wissenschaftliche Einrichtungen beherbergen, waren die ortsansässigen Einrichtungen in der einen oder anderen Weise in den IBA-Prozess ihres Sitzortes involviert.
- Lediglich in drei dieser zehn Städte aber waren ortsansässige Hochschulen oder Institute an der *konzeptionellen* Erarbeitung des jeweiligen lokalen IBA-Profiles beteiligt (hinzu trat eine solche Beteiligung einer sachsen-anhaltischen Hochschule, die nicht in der betreffenden Stadt sitzt).

Übersicht 9: IBA-Bildungsstädte und Wissenschaftseinrichtungen: Kooperationsstatistik



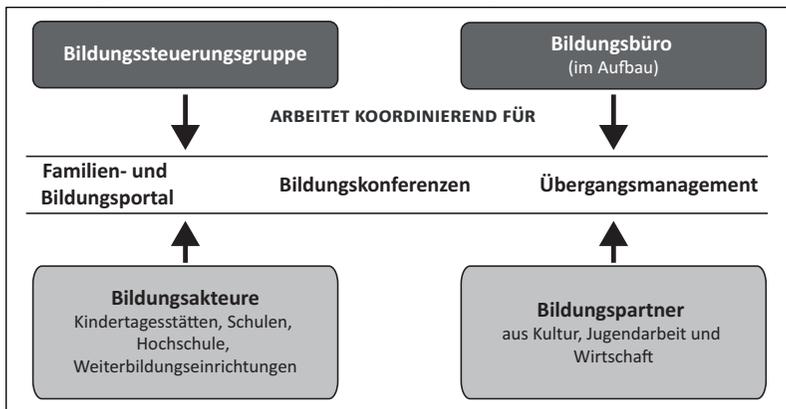
- In vier der zehn IBA-Hochschulstädte waren die ortsansässigen Einrichtungen weder konzeptionell noch operativ an der IBA beteiligt, darunter die beiden größten Hochschulen MLU und OvGU in Halle und Magdeburg.
- Schließlich gab es fünf Fälle, in denen über Sachsen-Anhalt hinaus mit wissenschaftlichen Einrichtungen kooperiert wurde, wenn auch in

vier Fällen letztlich ohne Erfolg. Dies verweist darauf, dass es durchaus Bedarfe nach Wissenschaftskooperation gab, die über das Maß hinausgingen, welches mit sachsen-anhaltischen Einrichtungen realisiert werden konnte.

Eine Besonderheit der IBA Stadtumbau bestand darin, dass nicht jedes Projekt mit einem Bauvorhaben verbunden war. Dort, wo gebaut wurde, handelte es sich überwiegend um Sanierungs- und Umnutzungsprojekte. In einigen der IBA-Bildungsstädte wurde nicht nur im Zusammenhang der Bildungsprojekte nicht, sondern überhaupt nichts gebaut (Quedlinburg, Stendal, Wanzleben, Bitterfeld-Wolfen).

Wo nichts gebaut wurde, bezog sich die IBA-Beteiligung auf die Entwicklung des Stadtraums im Kontext der demografischen Schrumpfung. Diese Projekte benötigten in besonders intensiver Weise konzeptionelles Wissen und kreative Ideen. Hier wären entsprechende Beteiligungen der ortsansässigen Wissenschaftseinrichtungen folglich auch besonders nahe liegend gewesen. Tatsächlich kamen in den sieben Städten, in denen die IBA-Bildungsprojekte nicht mit IBA-Bauvorhaben verbunden waren, nur in zwei Fällen konzeptionelle Beteiligungen örtlicher Hochschulen zustande (Merseburg und Stendal).

*Übersicht 10: Mit Beteiligung der Hochschule Magdeburg-Stendal: Initiierung einer Kommunalen Bildungslandschaft in Stendal*



Insgesamt offenbaren die beobachtbar gewesenen Stadt-Hochschule-Kooperationen, dass die diesbezüglichen Kooperationspotenziale innerhalb der IBA noch nicht ausgereizt werden konnten:

■ Typische Arbeitsformen der Hochschulen waren vergleichsweise selten zum Einsatz gekommen: Studien, Lehrveranstaltungen, Lehrforschungsprojekte oder Abschlussarbeiten sind seitens der ortsansässigen Hochschulen im IBA-Kontext kaum durchgeführt worden.

■ Die meisten Hochschulbeteiligungen waren eher isolierte Initiativen einzelner Institute oder Hochschullehrer/innen statt Beteiligungen der jeweiligen Hochschule als solcher.

■ Wo eine Stadt und eine Hochschule zusammenkamen, handelte es sich mehrheitlich um strikt punktuelle, einzelprojektbezogene Kooperation. Fragt man dagegen nach der Beteiligung der Hochschulen an der konzeptionellen Entwicklung des IBA-Profiles der je eigenen Stadt, so ist die Bilanz nüchterner: Solche Beteiligungen waren in den hier untersuchten 15 IBA-Bildungsstädten nur in vier Fällen zustande gekommen.

Insgesamt: In wissenschaftlichen Einrichtungen sind konzeptionelle Fertigkeiten in besonderer Dichte versammelt. Diese aber waren in einer Reihe der IBA-Bildungsstädte entweder nicht abgerufen oder nicht angeboten worden – oder beides.

*Übersicht 11: Kein IBA-Bau-, aber -Ansiedlungsprojekt: Europäisches Romanik Zentrum, An-Institut der Universität Halle in Merseburg*



## Handlungsoptionen

Während der IBA gab es offenkundig noch nicht in allen Städten verfestigte Strukturen, in denen die jeweilige Stadt an die ortsansässigen Wissenschaftseinrichtungen Expertisebedarfe adressieren konnte, und sie ad hoc zu entwickeln, erwies sich augenscheinlich als nicht möglich. Um solche Strukturen zu entwickeln, müssen folgende Aspekte berücksichtigt werden:

- Kommunikation der wissenschaftlichen Einrichtungen mit lokalen Akteuren ist Schnittstellenkommunikation. Damit sind Übersetzungsleistungen zwischen drei unterschiedlichen Rationalitäten zu erbringen: zwischen der wissenschaftlichen, der politischen und der Verwaltungsrationalität.
- Die Hochschulkommunikation mit lokalen Akteuren bedarf solcher Formate, die an Kommunikationsgewohnheiten der Adressaten anschließen. Denn welche Expertise sie zu welchem Zweck nutzen, bestimmen immer die Nachfrager, nicht die Anbieter.
- Elementare inhaltliche Voraussetzung jeglicher Kooperation ist, dass inhaltliche Anknüpfungspunkte zwischen Hochschulen und den Partnern bestehen und erkannt werden. Die Offenlegung der jeweiligen Eigeninteressen ist hier hilfreich.
- Im Anschluss daran muss die Einsicht in den je eigenen Nutzen der Kooperation bestehen bzw. erzeugt werden. Ideal sind Positivsummenspiele, in denen sich Nutzen für alle Beteiligten ergibt, also sog. Win-Win-Situationen erzeugt werden.
- Ebenso bedarf es einer Synchronisierung von Zeitvorstellungen und Planungshorizonten der Partner, da diese unterschiedlichen Funktionslogiken und Zeitregimen folgen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Uwe Grelak/Peer Pasternack: *IBA und Hochschulen. Die IBA Stadumbau als Third-Mission-Test*, in: Peer Pasternack (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschule & Bildung in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, S. 296-319.

# Plattenbaustädte im Demografietest

## Der Fall Halle-Neustadt

Peer Pasternack

*Halle-Neustadt wurde von 1964 bis 1989 erbaut. 2014 jährt sich die Grundsteinlegung zum fünfzigstenmal. 25 der bisherigen Jahre lagen in der DDR, weitere 25 im vereinigten Deutschland. Beides hatte Folgen. Der dramatische Einschnitt nach 1990 machte sie unübersehbar: Halle-Neustadt verwandelte sich in rasend kurzer Zeit vom Prototyp der geplant expandierenden sozialistischen Stadt in der DDR zum Prototyp der ungeplant schrumpfenden Stadt in Ostdeutschland. Seither ist es nicht gelungen, dem heutigen größten Stadtteil von Halle (Saale) eine neue produktive Funktion zu organisieren. Dies aber erscheint als Voraussetzung einer Zukunft.*

In der DDR war die Stadt ein Versprechen: modern, funktional, komfortabel. Das folgte den allgemeinen Stadtvorstellungen des 20. Jahrhunderts, in Ost wie West: Typisierung, Weite, Licht und grüne Stadt, Nachbarschaft und Planbarkeit urbanen Lebens waren die zentralen Ideen. Die Halle-Neustädter Wohnungen verfügten zu moderatem Preis über fließend warmes Wasser, einen Zentralheizungsanschluss, Innentoilette, lichtdurchflutete, wengleich enge Räume, und sie waren von städtischer Infrastruktur umgeben. Das war seinerzeit nicht selbstverständlich (und ist es in weiten Teilen der Welt auch heute nicht). Nach 1990 erlebte Halle-Neustadt eine massive Abwertung von außen – aber auch von innen.

## Ergebnisse

Die Abwertung von innen dokumentiert der hohe Anteil derjenigen, die der Stadt den Rücken kehrten: Über zwei Drittel der Einwohner verließen die Stadt, die nunmehr ein Stadtteil von Halle, und zwar der größte, ist. Die verbliebenen Alteinwohner indes haben eine hohe Identifikation mit der Neustadt. Neuzuzüge machten den Stadtteil einerseits deutlich bunter – mit zehn Prozent Bevölkerungsanteil mit Migrationshintergrund ist Halle-Neustadt gleichsam die Integrationshauptstadt Sachsen-

### Methodik

Durchgeführt wurden eine Literaturstudie, eine systematische Auswertung der lokalen Print- und Onlinepresse, eine Sekundäranalyse der amtlichen Daten und ein Brainstorming-Workshop

Anhalts. Andererseits wurde der Stadtteil sozialer Schwerpunkt: 66 Prozent aller Kinder leben in sog. Bedarfsgemeinschaften (in Halle-Altstadt sind es 39 Prozent).

Die Kommune war nicht umhin gekommen, Halle-Neustadt als Problemfall wahrnehmen zu müssen. Die erste Hälfte der 90er Jahre war noch von administrativer Unentschlossenheit geprägt. Dann jedoch unternahm man – im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten – beträchtliches, um die problematischen Entwicklungen einzuhegen.

Die Einbindung des Stadtteils in das Straßenbahnnetz der Gesamtstadt, 1999 vollzogen, war dabei nicht nur alltagspraktisch bedeutsam, sondern auch ein wichtiges Signal: Wenn so viel investiert wird, ist der Stadtteil jedenfalls nicht abgeschrieben. Weitere Aufwertungen gelangen sowohl über die Freiraumentwicklung, vor allem im Rahmen des Landesprogramms URBAN 21, und die Massensanierung der Wohnblöcke – 60 Prozent aller Wohngebäude sind heute saniert und 30 Prozent teilsaniert – als auch über Abriss. Eine soziale Stabilisierung des Alltags konnte erreicht werden – wenngleich auf der Basis einer verfestigten Prekariät größerer Teile der Einwohnerschaft.

Für wirklich zupackende Lösungen allerdings fehlte die Resonanzfähigkeit in den Administrationen. Ein entsprechender Vorschlag lag (liegt) auf dem Tisch: der Kolorado-Plan von raumlabor berlin (2004). Er gab mit seiner Gliederung der Teilstadt in 82 Planungsfelder eine prozessorientierte Antwort. Unabhängig voneinander sollten im Rahmen assistierter Bürgeraktivitäten Maßnahmenkonzepte für zukünftige Entwicklungen der einzelnen Felder erstellt werden. Dem lag die Annahme zu Grunde, dass ein Masterplan für Gesamt-Neustadt nur fragmentarisch umgesetzt werden könnte. Dies darf inzwischen als bestätigt gelten.

Ausdrücklicher Bestandteil des Konzepts war, dass die Planungsfelder sich in unterschiedlichen Geschwindigkeiten entwickeln können – je nach Engagement ihrer Bürger/innen. Dieser Abschied von gleichmäßiger Entwicklung schockiert herkömmliches stadtplanerisches Denken. Der Aufwand, ein solches Konzept umzusetzen, wäre daher gewaltig gewesen. Nun wird der damals vermiedene Aufwand investiert, um fortwährend Alltagskrisenzustände unterhalb der Kippschwelle zu halten.

Die Realität schert sich freilich nicht darum, ob gleichmäßige Entwicklung aller Stadtteile ein planerisches Ziel ist. Sie verhilft der differenzierten Entwicklung auch dann zur Geltung, wenn dies nicht geplant ist. Es ließe sich daher auch ermunternd sagen: Was das Leben ohnehin produziert, könnte man auch getrost in eine lebensnahe Planung einbeziehen.

## Übersicht 12: Halle-Neustadt: Grünzug am Tulpenbrunnen



Heute hat Halle-Neustadt 45.000 Einwohner. Gäbe es den Stadtteil nicht, müsste man ihn bauen, denn so viele Menschen wären andernorts nicht unterzubringen. Da es den Stadtteil nun aber gibt, und er einst 93.000 Einwohner beherbergte, muss man ihn weiter zurückbauen auf die heutige Größenordnung der Bevölkerung.

Das Hauptproblem jedoch liegt tiefer: Halle-Neustadt hatte mit dem Zusammenbruch der alten Beschäftigungsstrukturen in der Chemieindustrie seine zentrale Funktion verloren. Halle-Neustadt war eine Industriestadt ohne Industrie. Jetzt ist es Stadtteil von Halle und damit Teil einer jüngst entindustrialisierten Industriestadt. Durch vier Grenzverschiebungen – Mauerfall, Auflösung der DDR-Bezirke, EU-Integration und EU-Osterweiterung – ist Halle-Neustadt in ein völlig anderes Raumsystem gelangt. In der DDR im industriellen Herzen des Landes gelegen, ist es nun mehrfache Peripherie: auf der Makroebene als Teil Ostdeutschlands

und Sachsen-Anhalts, auf der Mikroebene als Randlage und Problemfall Halles.

Im Augenblick der Irrelevanz der ursprünglichen Funktion, Industriewohnstadt zu sein, war für Halle-Neustadt das westliche Modell zum Zuge gekommen. Der anfangs im eigentlichen Sinne tatsächlich *sozial* gedachte DDR-Wohnungsbau wurde plötzlich zum sozialen Brennpunkt, gemildert nur durch die zivilisierend wirkenden Alltagsroutinen der alternden Ersteinwohner, soweit sie in der Teilstadt verblieben. Nicht gelungen ist es seither, für den Stadtteil eine neue produktive Funktion zu entwickeln. Kulturhauptstadt Sachsen-Anhalts, um ein Beispiel zu nennen, ist Halle allein auf seiner Nord-Süd-Achse – Halle-Neustadt ist davon gänzlich unberührt.

### **Handlungsoptionen**

Von Halles Charakter als Wissenschaftsstadt indes könnte die Neustadt künftig stärker partizipieren. Durch den neuen Universitätscampus Heide-Süd verstärkt sich seit einiger Zeit die studentische Nachfrage nach Wohnraum im Nordosten Halle-Neustadts. Die Wohnungsgesellschaften fördern dies mit speziellen WG-Angeboten. Stabilisiert wird so etwas aber erst, wenn sich auch eine milieuspezifische Infrastruktur herausbildet: entsprechende Kneipen, Klubs, Versorgungsangebote – und schließlich die Toleranz dafür seitens der Mehrheitseinwohnerschaft. Dann könnte das studentische Milieu den Stadtteil mitprägen. Dies würde sozial stabilisieren, den öffentlichen Raum beleben und Urbanität fördern. Das lässt sich nicht stadtplanerisch herstellen, aber durch begünstigende Rahmenbedingungen fördern.

Um ein Beispiel zu nennen, wie: Man könnte Halle-Neustadt zur ersten Stadt Sachsen-Anhalts mit kostenfreier öffentlicher, mobiler Internet-Vollversorgung machen. Das wäre ein Standortvorteil, wie ihn Studierende immens schätzen. Die Wirkungen dessen könnten jedoch noch weiter gehen.

Der Stadtteil ist trotz aller Befriedung, die erreicht wurde, ein sozialer Brennpunkt. Damit verbunden ist, dass viele der dort Aufwachsenden geringere Möglichkeiten haben, sich die Welt durch Bildung zu erschließen. Ihre Eltern sind mit dem Organisieren des prekären Alltags vollauf beschäftigt. Geld für Sportverein, Musikschule oder Ferienlager ist in ihren Familien nicht vorhanden. Museums- oder Theaterbesuche entfallen mangels Interesse oder Geld.

### Übersicht 13: Halle-Neustadt: Wohngebiet West



Unter Bedingungen schrumpfender Altersjahrgänge der Nachwachsenenden aber ist es nicht nur wünschenswert, dass jeder Mensch größtmögliche (Bildungs-)Chancen erhält, aus seinem Leben etwas machen zu können. Vielmehr ist dies auch funktional notwendig: Den weniger vorhandenen Menschen müssen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll.

Wollte man angesichts dessen ein ambitioniertes Ziel für die Stadtteilentwicklung formulieren, dann könnte es lauten: Es darf kein biografischer Nachteil sein, seine Kindheit und Schullaufbahn in Halle-Neustadt verbracht bzw. absolviert zu haben. Dazu müsste man einen Ausgleich dafür organisieren, dass die Kinder in vielen Neustädter Familien in geringerem Maße Bildungsanregungen erhalten, als das etwa im Durchschnitt der halleschen Altstadt der Fall ist.

Damit Bildungsanregungen auch angenommen werden, müssen sie adressatengerecht offeriert sein. Wer keine musikalische Früherziehung

genossen hat, ist auch eher selten mit dem Angebot zu locken, kostenlos Violine spielen lernen zu können. Eines aber benötigt heutzutage nahezu keine Überzeugungskraft: das Angebot, sich die Welt über ihre virtuelle Spiegelung und Erweiterung zu erschließen. Computer und die Online-Welt begeistern praktisch jedes Kind und jeden Jugendlichen – und sie liefern spielerisch den Zugang zu Anregungen, die den Horizont erweitern, Interessen entstehen lassen und herkunftsbedingte Beengtheiten sprengen. Daran ließe sich anknüpfen.

Die Bundestags-Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ hatte 2012 den Vorschlag unterbreitet, jeden Schüler und jede Schülerin mit einem Laptop oder Tablet auszustatten (Enquete-Kommission 2013: 89). Die Umsetzung scheidet bislang an der Finanzierung. Hier wären Pilotprojekte naheliegend. Warum nicht in Halle-Neustadt?

In Verbindung mit der erwähnten mobilen Internet-Vollversorgung wäre der Stadtteil binnen kurzem die Internet-Hauptstadt des Landes. Wenige Jahre später gäbe es mit hoher Wahrscheinlichkeit kaum noch Neustädter Jugendliche, die nicht ausbildungsreif sind, zudem viele, die auf völlig neue Ideen gekommen sind, wie sie etwas aus ihrem Leben machen können. Das wäre eine Idee für ein Förderprogramm, bei dem man zwar nicht genau weiß, was herauskommt, aber ziemlich sicher sein kann, *dass* etwas herauskommt.

#### *Literatur*

Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ (2013): Sechster Zwischenbericht. Bildung und Forschung, Berlin 2013, URL <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/120/1712029.pdf> (20.11.2013).

raumlabor berlin (o.J. [2004]): Neustadt Kolorado. Perspektiven für Halle-Neustadt, Berlin. Auch unter [http://www.raumlabor-berlin.de/projekte/pdf/kolorado\\_booklet\\_web.pdf](http://www.raumlabor-berlin.de/projekte/pdf/kolorado_booklet_web.pdf) (16.8.2008).

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack u.a.: *50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation*, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2014

# Kommunal planbare Kreativität?

## Die lokalen Chancen, Kultur- und Kreativwirtschaft zu fördern: Der Fall Halle (Saale)

Steffen Zierold

*Die Entwicklung der Kultur- und Kreativwirtschaft (KKW) ist mit hohen Erwartungen verbunden, zum einen hinsichtlich ökonomischer Wertschöpfung, zum anderen im Blick auf Quartiersentwicklungen. Hierbei stellt sich für Kommunen die Frage nach der Planbarkeit kreativwirtschaftlicher Entwicklungen: Welche planungs- und förderbezogenen Aktivitäten sollten realisiert werden? Oder sind die Prozesse in der KKW überhaupt durch steuernde Zugriffe beeinflussbar?*

Regionale Wirtschaftsstrukturen, die im Sektor der Kultur- und Kreativwirtschaft keine nennenswerten Potenziale vorzuweisen haben, gelten mittlerweile hinsichtlich ihrer Fertigungstiefe als unvollständig. Entsprechend suchen nahezu alle größeren Städte nach Wegen, kultur- und kreativwirtschaftliche Potenziale zu entwickeln. Planungs- und Entwicklungsstellen setzen vor allem in strukturschwachen Gebieten auf die post-industriellen Wirtschaftsbereiche einer zunehmend wissensbasierten Ökonomie. Mit den Kreativen und Kulturschaffenden werden Entwicklungschancen verbunden, die neben der Stärkung der Wirtschaft auch kulturelle Dimensionen und Stadtentwicklungsprozesse einbeziehen.

Administrative Planungsstellen stehen hier vor der Aufgabe, individuelle Instrumente zu entwickeln, wenn sie dem Ziel, KKW-förderliche Bedingungen zu schaffen, näher kommen wollen. Zugrunde liegt dem meist die Vorstellung, administrative Planung könne Innovationen zur Stadtentwicklung wirksam erzeugen bzw. umsetzen.

### **Methodik**

Untersucht wurden drei Fallbeispiele in Halle (Saale) und Erfurt: das Mitteldeutsche Multimediazentrum (MMZ) und die damit verbundene Konzeption Halles als „Medienstadt“, das „Designhaus Halle“ der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle sowie das Kindermedienzentrum Erfurt. Neben Dokumentenanalysen wurden an allen drei Einrichtungen insgesamt sieben Experteninterviews mit Akteuren geführt. Die Ergebnisse wurden fallvergleichend untersucht und mit der einschlägigen Fachliteratur kontrastiert.

## Ergebnisse

Es lassen sich einige *förderliche Faktoren* identifizieren, die durch auch kommunal mögliche Anreizsetzungen hergestellt werden können:

- Dazu gehört die zielgruppengerechte Bereitstellung technischer oder sonstiger Infrastruktur.
- Finanzielle Anreize in Form subventionierter Mieten wirken sich positiv auf gezielte Ansiedlungen an einem dafür geschaffenen Ort aus.
- Zudem sind vorhandene Großakteure (wie etwa der MDR) der Ansiedlung einer bestimmten Anzahl und Größe von Unternehmen der KKW zuträglich. Derartige ‚Zugpferde‘ können zunächst für eine kritische Masse an Unternehmen sorgen, die meist im Bereich der Zulieferung und Dienstleistung agieren.

Die dadurch geförderten Strukturen können je nach Zielsetzung aber auch als *hemmende Faktoren* wirksam werden. Das ist beispielsweise dann der Fall, wenn das System der zusammenarbeitenden KKW-Unternehmer weitestgehend geschlossen und damit für Markteinsteiger unzugänglich ist. Dadurch kann die Zielsetzung behindert werden, Netzwerke und Kooperationen zu bilden. Für Quartiersentwicklungsbestrebungen kann eine multiple Schwerpunktsetzung der Stadt bei gleichzeitiger finanzieller Ressourcenknappheit als entwicklungshemmender Faktor wirken.

Obwohl harte Standortfaktoren wie Mietvergünstigungen und technische Ausstattung die Ansiedlung begünstigen, kann nicht von einer unmittelbaren Ursache-Wirkungs-Beziehung gesprochen werden. Für langfristige Unternehmensstrukturen und überlebensfähige Existenzgründungen reicht es nicht, durch bauliche Maßnahmen und finanzielle Unterstützung Vorteile bei den harten Standortfaktoren zu schaffen. Hierzu bedarf es zusätzlich weicher Bedingungen, wie sie etwa durch Gründerzentren bereitgestellt werden können: Synergieeffekte und Kooperationen. Bei den KKW-Unternehmern stehen jedenfalls die Themen Netzwerkbildung, Kooperationen und Synergieeffekte auf der Prioritätenliste ganz oben.

Was die Umsetzung derartiger weicher Standortfaktoren angeht, zeigen sich der Einfluss durch administrative Planer begrenzt und die Grenzen des Realisierbaren schnell erreicht. Soweit von den befragten Unternehmern hinsichtlich Kooperationen, Synergien und der Netzwerkbildung Defizite benannt werden, mündet dies allerdings nicht in Ablehnung der Einflussnahmen von ‚oben‘ (hierarchische Governance). Vielmehr werden weitere Maßnahmen gefordert, die gemeinsam umzusetzen

seien (Co-Governance). Der administrativen Ebene muss es gelingen, eine lediglich koordinierende und unterstützende Rolle einzunehmen.

Weitestgehend außerhalb des Einflussbereiches administrativer Ebenen liegen Entwicklungen, die sozialräumliche Aspekte betreffen:

■ Es ist nicht auszumachen, dass die (wirtschaftliche) Entwicklung an szenische oder milieuartige Strukturen („Kreatives Milieu“) im urbanen Raum gekoppelt sein *muss*. Dennoch *können* derartige Verhältnisse fördernd wirken oder als wesentlicher Bestandteil kultur- und kreativwirtschaftlicher Entwicklungen angesehen werden.

■ Dabei deutet sich an, dass diesbezüglich Unterschiede zwischen den verschiedenen KKW-Branchen bestehen: Dort, wo die Arbeits- und Geschäftsmodelle eher traditionellen Formen entsprechen, Abläufe also zeitlich, personell und örtlich relativ klar gefasst sind, scheint die Ausprägung der sozialräumlichen Tangenten („kreatives Quartier“) kaum eine Rolle für wirtschaftliche Aktivitäten zu spielen. Ein Bezug auf den Ort erfolgt dann nur bedingt.

#### Übersicht 14: Mitteldeutsches Multimediazentrum (MMZ) Halle (Saale)



Die herkömmlichen kultur- und kreativwirtschaftlichen Konzepte erweisen sich in ihrer Thematisierung der Ausbildung von Szene- oder Milieustrukturen als zu stark an die Stadtgattung der Metropole gebunden. Ins-

besondere die sozialräumlichen Entwicklungen in Richtung eines „kreativen Quartiers“ sind in Metropolen eher wahrscheinlich als in mittleren Großstädten, wie etwa Halle und Magdeburg. Insoweit liegt es nahe, zupackendes kommunales Handeln zur Gestaltung förderlicher Kontexte mit realistischen Selbstbildern und Erwartungen zu verbinden. Für kommunale Planungsprozesse ist daher zu beachten:

(1) An den Bau von Gründerzentren, deren Konzeptionen auf die Bedarfe der KKW ausgerichtet sind, sollten keine *direkten* Erwartungen oder Hoffnungen an eine Quartiersentwicklung gekoppelt werden:

- Erfolgreiche Ansiedlungsprozesse, die mit einem Anstieg kultur- und kreativwirtschaftlicher Unternehmens- und Beschäftigtenzahlen einhergehen, stehen nicht in direktem Zusammenhang mit Quartiersentwicklungsprozessen.

- Sollen Kreative und Kulturschaffende als positiver Einflussfaktor auf Stadtentwicklungsprozesse genutzt werden, ist es geboten, vor der Schaffung baulicher Realitäten in einen Austausch mit der Zielgruppe zu treten. Nur wenn frühzeitig Bedarfe, Erwartungen und Ressourcen abgestimmt werden, können ausbleibende oder unerwünschte Entwicklungen vermieden werden. Wesentlich scheint demnach ein Verfahren zu sein, welches sich am Co-Governance-Modell orientiert und möglichst viele Freiräume für die kreativen Akteure lässt.

(2) Für den Betrieb von Einrichtungen – wie dem Mitteldeutschen Multimediazentrum oder dem Designhaus in Halle (Saale) – empfiehlt es sich, den jeweiligen Hausleitungen einen möglichst großen Handlungsspielraum zu ermöglichen:

- Dies betrifft zeitliche Ressourcen. Die Betreuung und Förderung der Unternehmer bedarf ausreichender Zeit. Beschränken sich die wahrgenommenen Aufgaben aus Zeitmangel auf die Selbstverwaltung u.ä., kann die Kommunikation zwischen Leitung und Mietern, die für das Funktionieren solcher kooperativen Förderinstitutionen unabdingbar erscheint, schnell gestört werden.

- Eine Möglichkeit zur Optimierung kann ein zentraler Ansprechpartner für die Belange der Mieter sein (ähnlich einem Quartiersmanager), der diese dann vermittelnd an die administrative Ebene weiterleitet.

- Die finanzielle Ausstattung der Häuser sollte eine gewisse Flexibilität zulassen. Diese ist Grundlage dafür, die Entscheidungsautonomie der Hausleitungen in bestimmten Grenzen flexibel zu gestalten (administrative Ressourcen). Tritt man den häufig flexiblen, spontanen und wenig

formellen Arbeits- und Organisationsformen der KKW mit verwaltungsrechtlichen, hierarchischen und starren Bestimmungen gegenüber, sind Unstimmigkeiten vorprogrammiert.

*Übersicht 15: Designhaus Halle (Saale)*



### **Handlungsoptionen**

Insgesamt können die gewonnen Ergebnisse – übersetzt in Handlungsmöglichkeiten – wie folgt zusammengefasst werden:

■ Für Städte hält die KKW großes Potenzial in wirtschaftlicher und stadtentwicklerischer Hinsicht bereit. Es empfiehlt sich, Entwicklungsziele vor dem Hintergrund der lokalspezifischen Voraussetzungen, den zur Verfügung stehenden Ressourcen und in Abstimmung mit allen (potenziell) betroffenen Akteursgruppen bzw. Anspruchsgruppen zu formulieren. Reichweite und Detailierungsgrad der Ziele sollten je nach Bearbeitungsphase ganz bewusst variieren können – sei es, um am Beginn einer Konzeptionsphase Brain-Stormings unabhängig von späteren Konkretisierungsbedarfen kreativen Lauf lassen zu können oder um in einer fortgeschrittenen Bearbeitungsphase realistische Zielhorizonte von Utopien unterscheiden zu können. So erscheint die Aufnahme grundlegender

Leitlinien und Zielhorizonte in Integrierte Stadtentwicklungskonzepte (ISEK) ratsam. Diese können eine detaillierte Projektierung von Einzelvorhaben jedoch nicht ersetzen.

■ Die Förderung und Unterstützung der KKW kann durch örtlich fokussierte Ansiedlungen unterstützt werden. Die kultur- und kreativwirtschaftlichen Akteure stehen einem steuernden Eingriff administrativer Ebenen prinzipiell offen gegenüber, d.h. es kommt nicht zur Ablehnung hierarchischer Governance. Für die administrativen Planer ist es geboten, eine koordinierende und unterstützende Rolle einzunehmen. Dies gelingt dann, wenn die KKW-Akteure nicht „beplant“, sondern in allen Entwicklungsphasen mit ihnen geplant wird.

■ Die Möglichkeiten der kommunalen Einflussnahme bei weichen Standortfaktoren sind begrenzter als bei den harten. Neben der Vermeidung überzogener Erwartungen bei der Entwicklung weicher bzw. sozialräumlicher Standortbedingungen erscheint es wichtig, die Förderung der KKW nicht mit der Schaffung baulich-physischer Realitäten enden zu lassen. Eine aktive Begleitung während der Betriebsphase kann zur Gestaltung weicher Faktoren beitragen. Neben baulichen Maßnahmen und finanzieller Unterstützung kann bspw. ein „Kümmerner“ – ähnlich einem Quartiersmanager – zur Förderung einer Kommunikationskultur beitragen und kleinere Probleme (technischer, sozialer, bürokratischer oder rechtlicher Natur) direkt aufgreifen.

■ Die Rolle, die sozialräumliche Bedingungen und Vergemeinschaftungen (Szene, Milieu) in Bezug auf den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmer spielen, gestaltet sich je nach Branche unterschiedlich. Für Planungsprozesse empfiehlt es sich daher, die verschiedenen Branchen innerhalb der breiten Definition von Kultur- und Kreativwirtschaft zu differenzieren. Die Bedeutung der Eigenschaften, die in ihrer Gesamtheit ein „kreatives Quartier“ beschreiben, scheint abzunehmen, wenn Arbeitsorganisation und Geschäftsmodelle eher traditionell-formellen Mustern entsprechen – Abläufe also zeitlich, personell und örtlich relativ klar gefasst sind und die Unternehmensstruktur eher hierarchisch aufgebaut ist.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Steffen Zierold: *Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren*, Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität, Halle-Wittenberg 2012. Auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_1\\_2012.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2012.pdf)

# Wissengesellschaft in der Peripherie

## Wittenberg als Bildungsstandort

Peer Pasternack

*Das Schlagwort Wissensgesellschaft wird typischerweise exklusiv mit Metropolen und verdichteten Räumen assoziiert. Allerdings lebt die Hälfte der deutschen Wohnbevölkerung in ländlichen und klein- bzw. mittelstädtisch geprägten Regionen. Das verweist auf ein wissengesellschaftliches Gestaltungsproblem: das Zentrum-Peripherie-Verhältnis. Wie lassen sich periphere Orte in wissengesellschaftliche Entwicklungen einbinden? Am Beispiel Lutherstadt Wittenbergs ist das untersucht worden.*

In welcher Weise partizipieren peripher gelegene Städte an der rasanten Verbreiterung von Qualifikationserfordernissen, Bildungsbedürfnissen und Verwissenschaftlichungstendenzen? Wie ist zu verhindern, dass es zum biografischen Makel gerät, außerhalb großstädtischer Milieus aufgewachsen, sozialisiert worden und zur Schule gegangen zu sein? Welche Vermarktungschancen haben kleinere Orte für ihre spezifischen Bildungsangebote, seien es solche in der beruflichen Qualifizierung oder kulturtouristische Attraktionen?

Wittenberg – einst Sitz einer berühmten Universität – ist ein geeigneter Fall, um solche Fragen exemplarisch zu verhandeln: Welche Potenziale hat die Stadt, um sich als Bildungsstandort zu profilieren? Dabei wird von dreierlei ausgegangen: Bildung und Bildungsangebote sollen zum ersten Teilhabechancen und Lebensqualität der ansässigen Wohnbevölkerung steigern, zum zweiten die Stadt überregional attraktivieren und zum dritten zu wirtschaftlichen Entwicklungen beitragen.

### Ergebnisse

Wittenberg hat im Jahre 1817 seine Universität an Halle verloren. Mit dem politischen Systembruch 1890/91 war unter anderem der Möglichkeitsraum geöffnet worden, an eine Universitätswieder-

#### Methodik

Erstmals wurde eine Erfassung aller bildungsbezogenen Institutionen, Aktivitäten und Wirkungen in Wittenberg sowie vorhandener Vernetzungen unternommen. Daneben wurden über Dokumentenanalysen, acht Experteninterviews mit zentralen lokalen Bildungsakteuren und Diskussionen mit lokalen Gremien systematisch alle Ideen erfasst, die zur Entwicklung Wittenbergs als Bildungsstandort seit Beginn der 90er Jahre formuliert worden waren. Abschließend wurden im Rahmen dreier Entwicklungsszenarien Handlungsoptionen formuliert

gründung denken zu können. Im Ergebnis wurde 1994 die Stiftung Leucorea gegründet. Das hieß zugleich: Keine Universität Wittenberg wurde neu errichtet. Dafür bestand angesichts des Halbkranzes von sieben Universitäten im Einstundenabstand ringsherum kein hinreichend belegbarer Bedarf. Aber es entstand mit der Stiftung Leucorea ein eigenständiger Standort für wissenschaftliche Forschung – wobei sich nach Auffassung zahlreicher Akteure in der Stadt die damit verbundenen Hoffnungen bislang nur sehr eingeschränkt erfüllt haben.

Gefüllt wird das Stiftungsgebäude heute durch Eigenaktivitäten der Stiftung im Bereich der Reformationsgeschichte, vor allem das Forschungsprojekt „Ernestinisches Wittenberg“, durch das Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik (WZGE), das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF), das Institut für deutsche Sprache und Kultur sowie die Geschäftsstelle der Luther-Gesellschaft. Mit WZGE und HoF ist Wittenberg erstmals in seiner Geschichte auch ein Ort der Sozialwissenschaften.

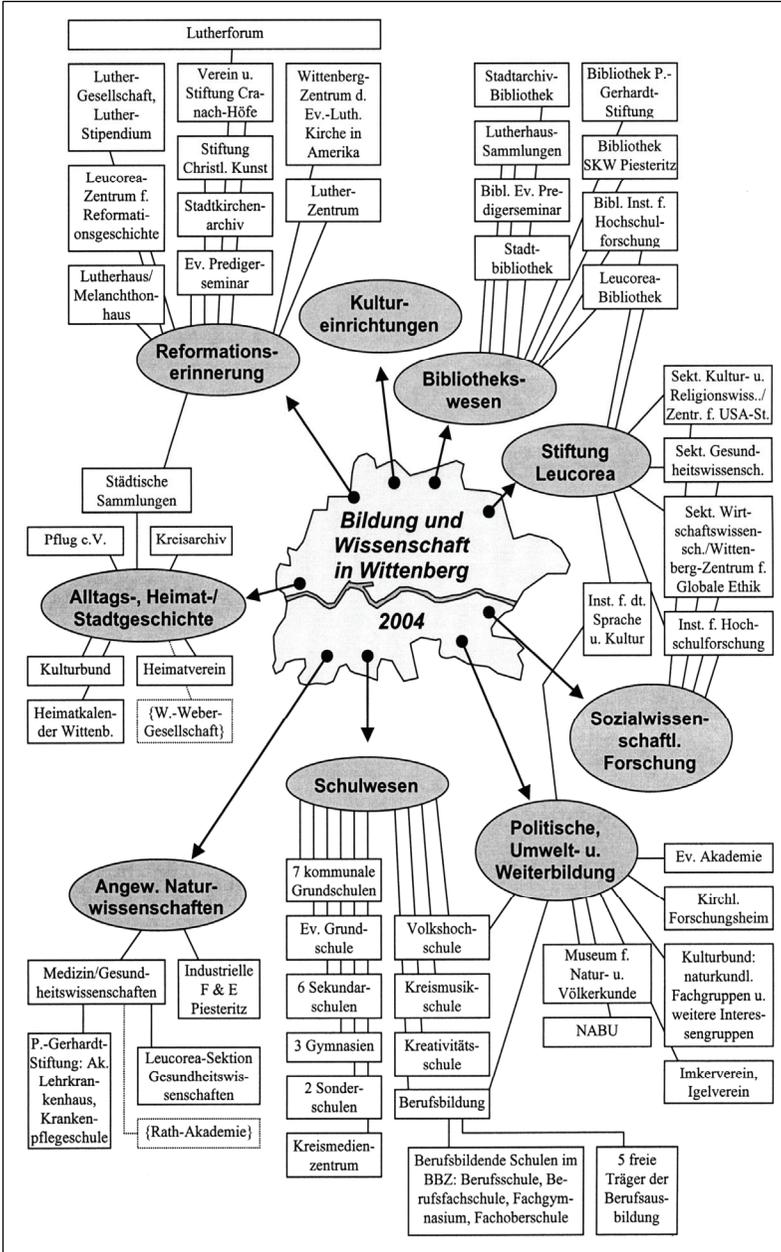
Einschließlich der genannten ließen sich insgesamt 135 verschiedene Bildungsakteure in der Stadt identifizieren und in sieben Gruppen zusammenfassen:

- Reformationsgeschichte
- Sozialwissenschaftliche Forschung
- Politische, Umwelt- und Weiterbildung
- Alltagsgeschichte, Heimat- und Stadtgeschichtsschreibung, Technikgeschichte
- Angewandte Naturforschung
- Schulwesen und Berufsausbildung
- Kultur.

Drei Umstände erfordern dabei eine nähere Betrachtung: (a) Die institutionelle Landschaft der Stadt ist ausgesprochen unübersichtlich. (b) Die Abgrenzung der Aufgaben einzelner Akteure ist unzureichend, und der Sinn mancher Doppelangebote erschließt sich dem Betrachter häufig nicht. (c) Die Kooperationsdichte bleibt hinter den Kooperationsmöglichkeiten zurück.

Eines wird sich bei Betrachtung der Vielfalt dessen, was sich der aufmerksamen Beobachtung erschließt, jedenfalls schwerlich behaupten lassen: dass Wittenberg an einer Unterversorgung mit Institutionen litte. Gleichwohl gibt es in der Stadt Defizitempfindungen. Diese haben zwei andere Gründe als Institutionenmangel: zum einen unzulängliche Finanzierungen, zum anderen unausgeschöpfte Vernetzungspotenziale. Ersteres ist nur zum Teil innerhalb der Stadt zu lösen, letzteres kann kaum außer-

Übersicht 16: Wissenslandschaft Wittenberg



halb der Stadt gelöst werden. Überdies entsteht nicht der Eindruck, dass die Angebote die gesamte Stadt durchzögen: Man kann auch in Wittenberg leben, ohne von dem kulturellen und Wissensreichtum relevant tangiert zu werden, und es können in Wittenberg Initiativen gestartet werden, die ihre Adressaten nahezu ausschließlich unter den Gästen der Stadt finden.

Als limitierende und stabilisierende Faktoren denkbarer Entwicklungen konnten die folgenden herausgearbeitet werden:

■ *limitierende Faktoren für „Wittenberg als Bildungsstandort“*: keine öffentlich finanzierte Universität und kein halleischer Studienort; Schrumpfung der Einwohnerzahl; Haushaltsdefizit, gebremste wirtschaftliche Dynamik und dadurch eingeschränkte öffentliche Leistungsfähigkeit; Unübersichtlichkeit der institutionellen Landschaft incl. unzureichender Abgrenzung der Aufgaben einzelner Bildungsakteure, mancher Doppelangebote und Parallelaktivitäten; nicht ausgeschöpfte Vernetzungspotenziale; eine unzulängliche Gästeorientierung sowie die abendliche Unbelebtheit der Innenstadt; inner-sachsen-anhaltische Randlage mit schlechter Verkehrsanbindung im Land;

■ *stabilisierende Faktoren für „Wittenberg als Bildungsstandort“*: die authentischen Reformationsstätten; Außenstandort der Universität Halle; Kreisstadt; geografische Lagegunst: Wittenbergs Lage bei Berlin mit sehr guter überregionaler Verkehrsanbindung; Bestandteil der mitteldeutsch-anhaltischen Kulturlandschaft; ungewöhnliche Vielfalt an kulturellen und Bildungsaktivitäten und -akteuren, nicht zuletzt im Bereich bürgerschaftlichen Engagements.

## Handlungsoptionen

Wittenberg als Bildungsstandort zu entwickeln erfordert eine Zweigleisigkeit:

■ Es geht einerseits darum, Angebote für *externe Interessenten* – Bildungstouristen, Studierende, Wissenschaftler/innen – zu entwickeln und vorzuhalten: Hier hat Wittenberg eine überregionale Verantwortung als Bestandteil der reformatorischen Erlebnis- und Wissenstopografie.

■ Andererseits muss die Stadt ihre *Bürger und Bürgerinnen* im wohlverstandenen Eigeninteresse aktivieren: Hier steht sowohl die Frage, wie in der unwiderruflichen Situation des Aussterbens arbeits(platz)intensiver industrieller Massenfertigung neue Chancen zu gewinnen sind, etwa durch Aktivierung von Wissensressourcen. Ebenso steht die Frage,

wie durch immaterielle Faktoren die Bindung an Stadt und Region gefördert werden kann, um die Lebensqualität zu steigern, Abwanderungsneigungen zu dämpfen, Zuwanderung und etwaige Rückkehrbereitschaft zu fördern.

Hierfür bietet sich die Weiterentwicklung des Konzepts „Campus Wittenberg“ an. Es nutzt eine gegebene stadträumliche Situation: Nahezu alle wichtigen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen befinden sich in der Wittenberger Innenstadt, und diese ist nicht größer als etwa der Universitätscampus des Saarlandes, Düsseldorfs oder Magdeburgs. Die Innenstadt wurde daher zum „Campus“ erklärt. Dessen Erfahrbarkeit indes muss noch gestärkt werden.

Das maßgebliche inhaltliche Kriterium aller Aktivitäten muss sein, dass *selbsttragende Prozesse* ausgelöst und stabilisiert werden. Um Zielerreichungschancen zu gewinnen, sind die *Schlüsselfaktoren* zu identifizieren, d.h. die Stellschrauben, an denen die Entwicklungen wirksam beeinflusst werden können. Nicht alle davon sind auf lokaler Ebene bearbeitbar, doch einige, jedenfalls zum Teil:

- Umgang mit der Bevölkerungsschrumpfung,
- Reformationserinnerung,
- kulturwirtschaftliche Entwicklung,
- Entwicklung des akademischen Standorts.

Zur Umsetzung in operatives Handeln sollten eine Zielprojektion und Handlungsprioritäten entlang eines so pragmatischen wie durchschlagenden Aspekts bestimmt werden: an Hand der für einzelne Zielrealisierungen notwendigen Finanzmittel. Dann lassen sich Ziele und Maßnahmen in drei Gruppen ordnen:

1. erreichbar durch organisatorische Maßnahmen und ohne zusätzlichen Finanzmitteleinsatz bzw. durch interne Ressourcenumschichtungen (Finanzmittel bzw. Arbeitskraft) – diese sind vorrangig zu betreiben;
2. erreichbar durch geringes finanzielles Engagement der öffentlichen Hand bzw. Selbstfinanzierung – diese sind zeitnah in Angriff zu nehmen;
3. erreichbar durch größeres finanzielles Engagement der öffentlichen Hand oder Dritter: (a) investiv, (b) konsumtiv – hierfür sind vorbereitende Klärungen unternehmen.

Zugleich ergibt sich aus dieser Betrachtung auch das entscheidende Ausschlusskriterium: Es werden diejenigen Ideen nicht weiterverfolgt, für deren Umsetzung keinerlei realistische Aussicht auf Finanzierungsmöglichkeiten bestehen. (Übersicht 17)

Übersicht 17: Ziele und notwendige Maßnahmen, gegliedert nach Finanzbedarf

Ziel / Anliegen	Kein / geringer Finanzbedarf	Größerer Finanzbedarf
	<i>Oben:</i> Organisatorische Maßnahme, ggf. interne Ressourcenumschichtung nötig	<i>Oben:</i> investiv
	<i>Unten:</i> geringer Finanzbedarf bzw. Selbstfinanzierung	<i>Unten:</i> konsumtiv
<b>Aktivierung der Bürgerschaft</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Bürgerberatung durch Bürger</li> <li>• Einrichtung Senior-Experten-Netzwerk</li> <li>• Konvent der Wittenberger Bürgergesellschaft, Ziel: Formulierung städtisches Leitbild 2025</li> <li>• Einrichtung Zukunftszentrum als lokaler Think Tank</li> </ul>	
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• günstige Möglichkeiten der Raumnutzung für Vereine mit bildungsnahen Vereinszwecken in der Innenstadt</li> <li>• Jahresempfang der Stadt für das Stadtimago prägende Bürger/innen</li> </ul>	
<b>Ertüchtigung nachwachsender Generationen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Qualifizierungspass für junge Leute</li> <li>• Wissenslandkarte „Die Wissensgesellschaft in WB“</li> <li>• Wissenswettbewerbe für Schüler/innen</li> <li>• regionale Unternehmen unterstützen Fachunterricht an Schulen</li> </ul>	
<b>Kontaktpolitik mit Wittenbergern außerhalb Wittenbergs</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• E-Mail-Newsletter mit aktuellen Stadt-Nachrichten</li> <li>• nichtoffener Bereich auf Wittenberg-Homepage</li> <li>• Versendung des „Wittenberger Heimatkalenders“ zum Vorzugspreis</li> <li>• aller 5 Jahre Wittenberg-Alumnitreffen (synchronisiert mit Wittenberger Schulen)</li> </ul>	
<b>Reformations-erinnerung weiter-entwickeln</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• fachliche Entwicklung der Stadtführungen durch kontinuierliche Weiterbildungen der Stadtführer</li> <li>• „Wege zu Luther“ entwickeln</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• gemeinsame Internetpräsentation aller Archiv- und Bibliotheksbestände mit einheitlicher Recherchemöglichkeit</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 2 Routen touristisch-historischer Stadtwanderungen („Lutherstadt Wittenberg – alles bleibt anders“ + „Geschichtlicher Lehrpfad“)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Reformationsjubiläum 2017 als Bundesangelegenheit</li> <li>• Graduate-Collegs und Summer Schools von Evangelischer Akademie und ELCA</li> <li>• Gründung einer Großstiftung „Reformation und Geschichte Wittenberg“</li> </ul>

Ziel / Anliegen	Kein / geringer Finanzbedarf	Größerer Finanzbedarf
	<i>Oben:</i> Organisatorische Maßnahme, ggf. interne Ressourcenumschichtung nötig	<i>Oben:</i> investiv
	<i>Unten:</i> geringer Finanzbedarf bzw. Selbstfinanzierung	<i>Unten:</i> konsumtiv
Leucorea entwickeln	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Angebot organisatorischer Rundum-Absicherung von Blockseminaren für Uni Halle</li> <li>• Stiftung als Holding aller wissenschaftlichen Einrichtungen in Wittenberg</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gastforschungsaufenthalte von Fellows</li> <li>• Sommeruniversitäten</li> <li>• Verstetigung der Forschungen zur Reformationsgeschichte im Rahmen eines mitteldeutschen „Zentrums für Reformationsgeschichte“</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• wissenschaftliche Weiterbildungsaktivitäten</li> <li>• Studienzentrum für Fernhochschulen</li> </ul>	
Stadtattraktivierung, Erhöhung Besucheranzahl/ Besuchsdauer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Sprachregelung/öffentliche Wahrnehmung „Wittenberg bei Berlin“ durchsetzen</li> <li>• Kultur der Gastlichkeit</li> <li>• Angebote für ‚Schlecht-Wetter-Reisende‘</li> <li>• Anpassungen Wittenberger Innenstadt-Gastronomie an Bedürfnisse von Bildungstouristen</li> <li>• Virtuelles Stadtgeschichtliches Museum</li> <li>• Einbeziehung der kulturellen incl. der privater Initiative entspringenden kulturellen Aktivitäten in das Stadtmarketing</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbindung zwischen Stadt und Fluss attraktivieren</li> <li>• Präsentation Geschichte des Kirchlichen Forschungsheims im Stadtgeschichtlichen Museum</li> <li>• Präsentation der „Schmidt’schen Telefonsammlung“</li> </ul>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadtwanderweg durch den grünen Parkring um die Innenstadt (Festungsgeschichte/Entfestigung)</li> </ul>	

Zum Weiterlesen:

☞ Peer Pasternack/Axel Müller: *Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2005; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/cms/download.php?id=65>

☞ Uwe Grelak/Peer Pasternack: *Lutherstadt Wittenberg: „Campus Wittenberg“*, in: dies., Die Bildungs-IBA. Bildung als Problembearbeitung im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, S. 93-117

# **Forschungspotenziale**

# Gemeinsam stärker werden

## Kooperationspotenziale zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen

Daniel Hechler | Peer Pasternack

*Sachsen-Anhalt ist vergleichsweise gut mit öffentlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen ausgestattet. Daher liegt es nahe, hier besondere Potenziale der Forschungsk Kooperation mit den Hochschulen zu vermuten. Zwar ist die wissenschaftliche Kommunikation prinzipiell grenzenlos, doch ermöglicht die räumliche Nähe Kooperationen mit niedrigen Transaktionskosten: Kurze Wege, Face-to-face-Kommunikation usw. verringern den Aufwand, um Kooperationen anzubahnen und aufrechtzuerhalten.*

Insgesamt verfügt Sachsen-Anhalt über 18 außeruniversitäre Forschungseinrichtungen: vier Einrichtungen der Fraunhofer-Gesellschaft, fünf Zweigstellen von zwei Helmholtz-Zentren, fünf Forschungseinrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft, drei Max-Planck-Institute und eine MPG-Forschungsstelle. Davon gehört die Hälfte zur Fächergruppe Naturwissenschaften/Medizin, ein Viertel sind ingenieurwissenschaftliche und ein Achtel sozial- und geisteswissenschaftliche; ein weiteres Achtel der Institutionen arbeitet zu sowohl natur- als auch sozialwissenschaftlichen Fragestellungen.

### Ergebnisse

Um Größenordnungen angemessen einordnen zu können, müssen sozioökonomische und wissenschaftsbezogene Referenzdaten berücksichtigt werden. Die Anteile Sachsens-Anhalts am jeweiligen deutschen Gesamtwert betragen bei Bevölkerung, Bruttoinlandsprodukt als Messgröße für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Professoren-schaft, Beschäftigten der vier großen Forschungsorganisationen, Ausgaben aller Länder für Universitäten

#### Methodik

Über Internetrecherchen und Dokumentenanalysen wurden die bestehenden Kooperationen strukturiert in Datenblättern erfasst und den Universitäten und Forschungseinrichtungen zur Vervollständigung übergeben. Die Ergebnisse wurden auf die Kooperationsdichte und die räumlichen Muster hin ausgewertet. Mithilfe eines statistischen Erwartungswertes ließen sich überdurchschnittlich, durchschnittlich und unterdurchschnittlich genutzte Kooperationsinstrumente identifizieren. Abschließend wurden hemmende und förderliche Kooperationsfaktoren herausgearbeitet

und Ausgaben der außeruniversitären Einrichtungen zwischen 2,1 und 2,9 % (Übersicht 18).

Unter Bezugnahme auf diese Daten lässt sich auch das Kooperationsgeschehen zwischen Universitäten und außeruniversitärer Forschung betrachten. Nimmt man das Mittel der Anteile am jeweiligen Bundesgesamt, so lässt sich ein statistischer Erwartungswert des Anteils Sachsen-Anhalts an der Partizipation an bestimmten Kooperationsinstrumenten taxieren: Etwa 2,5 % der bundesweiten Anwendungen der Kooperationsinstrumente würden Größe und Potenzial Sachsen-Anhalts entsprechen.

Von den herkömmlichen und den in jüngerer Zeit neu entwickelten Kooperationsinstrumenten werden in Sachsen-Anhalt einige sehr intensiv, andere unterdurchschnittlich, manche bislang noch nicht genutzt:

*Übersicht 18: Nutzung der Kooperationsinstrumente in Sachsen-Anhalt*

LSA-Anteile am deutschen Gesamt (in %)		Statistischer Erwartungswert	Anteile der Nutzung in LSA am deutschen Gesamt		
			Kooperationsinstrument	%	Gruppe
Bevölkerung	2,9	2,5 %	Helmholtz Graduate School: eine von 8	12,5	oberhalb des statistischen Erwartungswertes
			FhG-Innovationscluster: 2 von 19	10,5	
Max-Planck-Fellowship: 3 von 40	7,5				
gemeinsame Berufung: 38 von 778	4,9				
International Max Planck Research School: 2 von 62	3,2				
BIP	2,1		SFB mit Universitäten + außeruniversitären Instituten	0,8 bis 2	unterhalb des statistischen Erwartungswertes
Professoren-schaft	2,6		DFG-Graduiertenkolleg mit Uni-versitäten + außeruniversit. Instituten		
			Helmholtz Virtuelles Institut		
			Helmholtz Nachwuchsgruppe		
Beschäftigte der Forschungsorganisationsen	2,7		DFG-Forschungszentrum	nicht angewandt	
Ausgaben aller Länder für Universitäten	2,3	Exzellenzcluster			
		MPG-Tandemprojekt			
Ausgaben außeruniversit. Einrichtungen	2,4	Max-Planck-Forschungsgruppe			
		Helmholtz-Allianz			
		Helmholtz-Institut			
		Helmholtz Translationszentrum			
		Fraunhofer Projektgruppe			

Das Kooperationsgeschehen führt zu stabilen Vernetzungen. Diese sind in Sachsen-Anhalt, so zeigt die Analyse, wesentlich räumlich bestimmt.

Eine raumbezogene Betrachtung fragt nach dem Verhältnis von Zentrum und Peripherie, der Rolle von Nähe und Distanz sowie dem Zusammenhang von räumlichen und funktionalen Kopplungen. Diesbezüglich erweisen sich in Sachsen-Anhalt drei Aspekte als zentral:

■ Zum ersten werden auf der *Mikroebene* Institutionenverdichtungen so entwickelt und ausgebaut, dass sie Interaktionen erleichtern und anreizen. Dies betrifft in Halle den „Weinberg Campus“ und in Magdeburg den „Wissenschaftshafen“ als Nukleus eines Wissenschaftsquartiers. Auf dem halleschen Areal befinden sich neben acht Fachbereichen der MLU sieben außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, desweiteren 50 Unternehmen. Das Magdeburger Quartier ist erst jüngst in Gang gesetzt worden. Mehrere wissenschaftliche Einrichtungen unterschiedlichen institutionellen Charakters sind dort bisher angesiedelt und räumlich mit der Universität, einem Fraunhofer- und einem Max-Planck-Institut verzahnt.

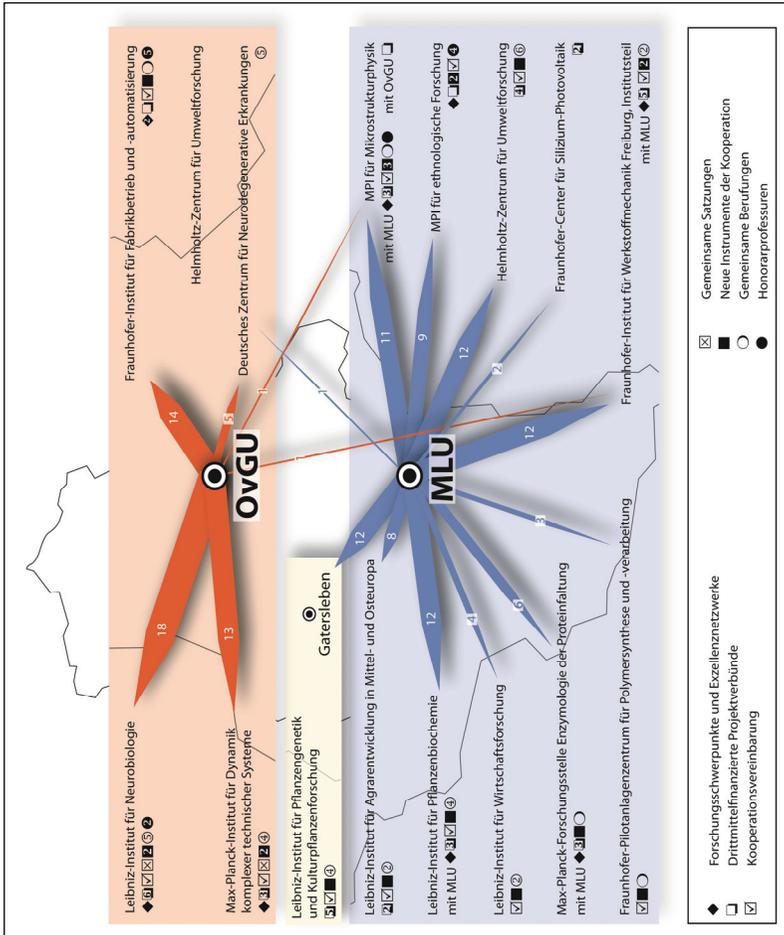
■ Zum zweiten werden auf der *Mesoebene* lokale Standortsysteme entwickelt, die durch hohe Kooperationsdichte innerhalb einer Stadt gekennzeichnet sind. Die beiden Universitäten Sachsens-Anhalts unterhalten, mit einer Ausnahme in Magdeburg, zu allen außeruniversitären Forschungseinrichtungen an ihrem jeweiligen Ort Kooperationsbeziehungen. Die Ursachen für die lokalen Intensitäten der Kooperation liegen in der inhaltlichen Passfähigkeit an den beiden Standorten: Zwischen den Magdeburger und Halleschen Einrichtungen sind solche Passfähigkeiten nur bedingt gegeben.

Die Integrationskraft der beiden Großstädte ist so stark, dass sie überdies zu regionalen Interaktionssystemen führen: Es lassen sich in Sachsen-Anhalt zwei Wissenschaftsräume identifizieren, zum einen das nördliche Sachsen-Anhalt mit einer Universität, zwei Fachhochschulen und sechs außeruniversitären Einrichtungen, zum anderen das südliche Sachsen-Anhalt mit einer Universität, zwei Fachhochschulen und einer Kunsthochschule sowie zwölf außeruniversitären Einrichtungen. Die Kooperationsverdichtungen führen sowohl zur Verfestigung als auch zur gegenseitigen Abgrenzung der beiden Wissenschaftsräume. (Übersicht 19)

■ Zum dritten gibt es auf der *Makroebene* inter- und überregionale Verbindungen unterschiedlicher Intensitäten: einige wenige Kooperationen zwischen Einrichtungen in Halle und Magdeburg, eine intensive Zusammenarbeit zwischen der MLU und dem Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung Gatersleben, vereinzelt Kooperationen mit Einrichtungen an anderen peripher gelegenen Standorten Sachsens-Anhalts, kooperative Verflechtungen mit der Nachbarschaft jenseits der Landesgrenze – Halle und Leipzig, auch Halle und Jena sowie Magde-

burg und Braunschweig bzw. OvGU und TU Berlin, schließlich Verbindungen überregionaler bzw. internationaler Art.

Übersicht 19: Kooperationsdichte zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen



## Handlungsoptionen

Bei den oben dargestellten unterdurchschnittlich und noch nicht genutzten Kooperationsinstrumenten bestehen die größten unausgeschöpften Kooperationspotenziale. Auffällig ist hier: Die bislang nicht angewandten Instrumente sind solche, für die starke Partner in den Universitäten benö-

tigt werden. Dies kann einen Hinweis auf nötige Kooperationsvoraussetzungen geben: Es muss eher die Attraktivität der Universitäten verbessert werden, als Kooperationen etwa durch den Einsatz entsprechender Anreizinstrumente steuernd erzeugen zu wollen.

Fragt man die Akteure nach den Ursachen, warum Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschulen und außeruniversitären Instituten noch nicht ausgeschöpft werden, so werden vor allem drei Probleme genannt:

■ Eine *strukturelle Benachteiligung der Hochschulen* gegenüber den außeruniversitären Forschungseinrichtungen: Die Hochschulen müssten funktionsgemäß einen großen Teil ihrer Ressourcen in Lehre und Studium investieren. Das aber sei bei stagnierender finanzieller Ausstattung problematisch: Denn dadurch würden die Anteile der Forschungsfinanzierung innerhalb der Hochschuletats entsprechend geringer.

■ Eine *strukturelle Benachteiligung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen* gegenüber den Universitäten: Letztere seien durch den Erstzugriff auf die Studierenden und damit die potenziellen Nachwuchswissenschaftler/innen sowie durch das traditionelle Privileg des Promotionsrechts begünstigt, die außeruniversitären Institute entsprechend benachteiligt.

■ Eine sog. *Versäulung*, d.h. gegenseitige Abschottung der einzelnen (hochschulischen und außerhochschulischen) Segmente des Wissenschaftssystems, hervorgerufen durch Eigeninteressen: Dadurch sei die Kommunikation zwischen diesen Segmenten eingeschränkt. Selbst nahe liegende Kooperationen – etwa bei der Gestaltung von Doktorandenprogrammen – kämen nur in unzureichendem Umfang zustande.

Wird nach möglichen Lösungen gefragt, so lassen sich die Problemanzeigen gut aufeinander beziehen: Gelänge es, die Versäulung aufzuheben, dann ergäben sich Möglichkeiten, die strukturellen Asymmetrien zwischen hochschulischer und außeruniversitärer Forschung zu mildern. Ein Interesse daran müssen insbesondere solche Regionen haben, die auf Leistungen der öffentlich finanzierten Forschung besonders angewiesen sind, um regionale Entwicklungsimpulse realisieren zu können. Die Kooperation zwischen Hochschul- und außeruniversitärer Forschung stellt eine der wichtigsten endogenen Ressourcen einer Region dar.

Kooperationen haben bestimmte Voraussetzungen, insbesondere ein gemeinsames Interesse der potenziellen Partner. Interessen sind in der Wissenschaft vorrangig kognitiv bestimmt, d.h. sie zielen auf Erkenntnisgewinn. Um kognitiv bestimmte Interessen und räumliche Nähe in gemeinsame Aktivitäten münden zu lassen, bedarf es zweierlei: zum einen

der Gestaltung günstiger Kontexte und zum anderen eines auf das konkrete Vorhaben abgestimmten Einsatzes der zur Verfügung stehenden Kooperationsinstrumente.

Die Gestaltung günstiger Kontexte zielt darauf ab, Gelegenheitsstrukturen zu schaffen, in denen potenzielle Partner die Chance haben, ihre gemeinsamen Interessen zu entdecken und wahrzunehmen. Günstige Gelegenheitsstrukturen wiederum vereinfachen Suchprozesse nach neuem Wissen. Dabei sind die wissensbezogenen Such- und Findeprozeduren grundsätzlich nicht planbar. Gelegenheiten werden genutzt oder auch nicht. Plan- und gestaltbar sind hingegen Arrangements und Kontexte, welche die Wahrscheinlichkeit von Kontakten, Kopplungen und letztendlich Kooperationen erhöhen.

Zu vermeiden ist dabei, Prozess und Akteure zu überfordern, und es müssen gegebene Ressourcenbegrenzungen berücksichtigt werden. Aber: In zumindest einigen Bereichen sollten auch möglichst schnell sichtbare werdende Erfolge erreicht werden. Dies fördert die Mitwirkungsbereitschaft zunächst eher zögerlicher Partner. Aus diesen Gründen sollten Kooperationsbeziehungen in *Ausbaustufen* projektiert und mit Leben erfüllt werden. Als allgemeines Handlungsschema zur Intensivierung des Kooperationsgeschehens kann ein dreistufiges Vorgehen empfohlen werden.

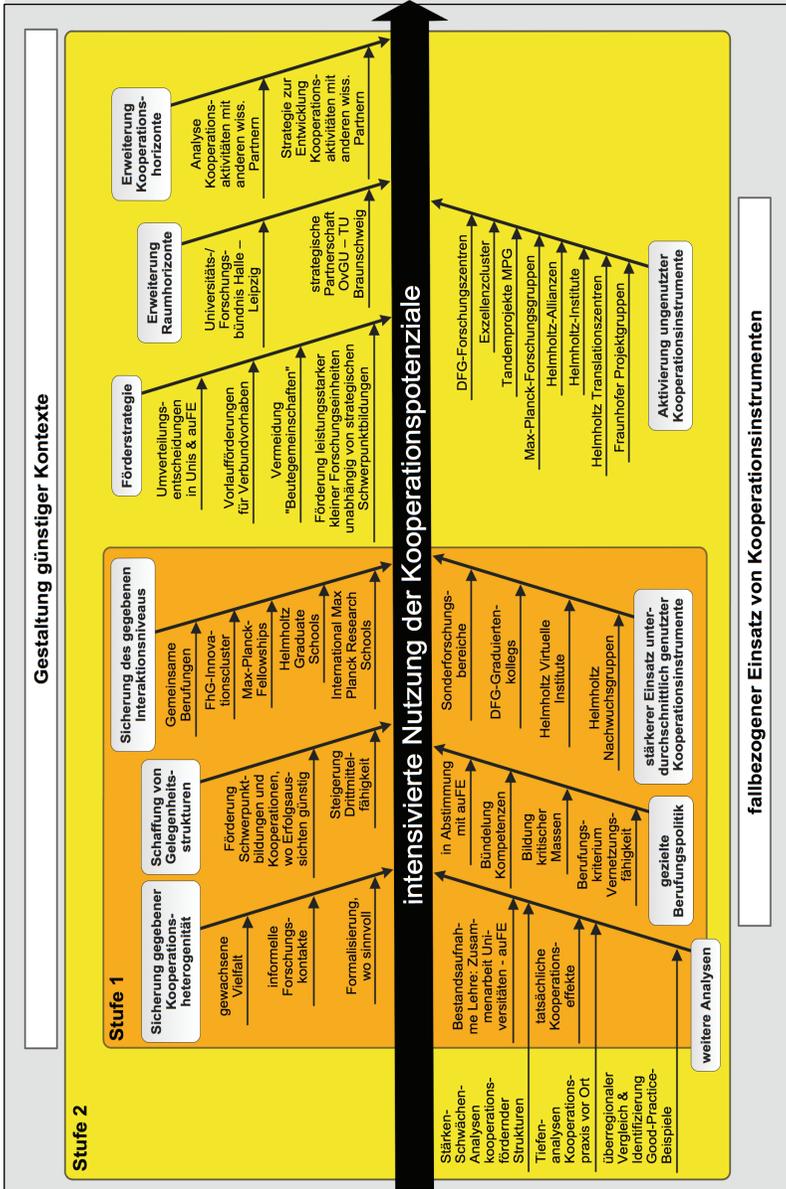
- Auf *Stufe 1* sind die Prioritäten, d.h. die Unverzichtbarkeiten umzusetzen.
- Auf *Stufe 2* werden solche Initiativen eingeleitet, die (a) zwar nicht prioritär, aber dringend wünschenswert sind, und bei denen (b) Einvernehmlichkeit zwischen den Partnern besteht.
- Auf *Stufe 3* lassen sich dann Maßnahmen vorbereiten und umsetzen, die zunächst noch konfliktbehaftet sind, für die also erst ein Konsens unter den Beteiligten gefunden werden muss.

Übersicht 20 visualisiert die Handlungsschritte der Stufen 1 und 2. Hierbei wird davon ausgegangen, dass es a) um die Gestaltung günstiger Kontexte für Kooperationen (oberer Teil der Übersicht) und b) um den fallbezogenen möglichst optimalen Einsatz von Kooperationsinstrumenten (unterer Teil der Übersicht) geht.

Zum Weiterlesen:

☞ Daniel Hechler/Peer Pasternack: *Scharniere & Netze. Kooperationen und Kooperationspotenziale zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt*, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel und Martin Winter, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011; auch unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW\\_Arbeitsberichte\\_1\\_2011.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW_Arbeitsberichte_1_2011.pdf)

# Übersicht 20: Umsetzungsstufen zur intensivierten Nutzung der Kooperationspotenziale zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen



# Profilerweiternd und bislang kaum untersucht: An-Institute

Justus Henke | Peer Pasternack

*Die Leistungsangebote von An-Instituten sollen ergänzend bzw. komplementär zu ihrer Hochschule sein, also nicht in Konkurrenz zu dieser stehen. Sachsen-Anhalt verfügt mit 67 solcher Einrichtungen im Verhältnis zu seiner Größe und der Größe seines Wissenschaftssystems über die bundesweit dichteste An-Institutslandschaft. Diese wurde erstmal kartiert und anhand wesentlicher Merkmale analysiert.*

An-Institute sind organisatorisch und rechtlich eigenständige wissenschaftliche Einrichtungen, die einer Hochschule assoziiert sind. Die 67 An-Institute der sieben öffentlichen und einer privatrechtlichen Hochschule in Sachsen-Anhalt spielen eine wichtige Rolle in der Erweiterung des Leistungsprofils der regionalen Wissenschaft.

## Ergebnisse

Die An-Institute lassen sich in mehrererlei Hinsicht differenzieren. Neben den Unterscheidungen nach Fächergruppenzugehörigkeit, Rechtsform, Alter, Größe, Personalstruktur und des Einnahmenumfanges sind vor allem zwei Differenzierungen wichtig:

■ *funktionsspezifisch*: (a) An-Institute, die Forschung betreiben, d.h. unmittelbar in der Erzeugung wissenschaftlichen Wissens tätig sind; (b) An-Institute, die überwiegend Transfer und Dienstleistungstätigkeiten auf Basis weitgehend ausgereifter Technologien und Wissensbestände verfolgen, etwa über die Durchführung von Transferprojekten oder durch Beratung von Unternehmen und Ausgründungen; (c) solche, die Aufgaben in der Weiterbildung wahrnehmen;

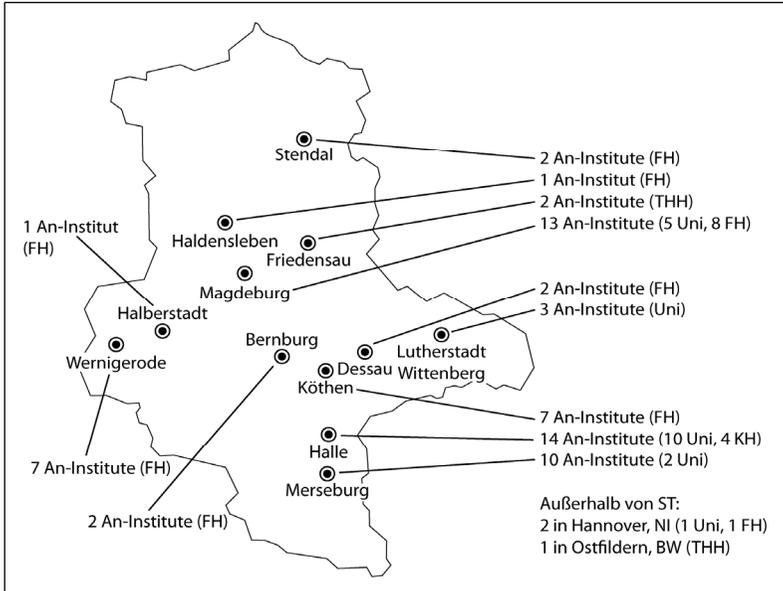
■ *hinsichtlich der Frage der Gewinnorientierung*: Bei den gewinnorientierten An-Instituten sind die Hochschulen über Kooperationsverträge an den Gewinnen beteiligt. Die

### Methodik

Über Internetrecherchen wurden Basisinformationen strukturiert in Datenblättern erfasst und den An-Instituten im Rahmen einer schriftlichen Erhebung zur Vervollständigung übergeben. Die gewonnenen Informationen wurden in einen Datensatz überführt und unter Einbeziehung von abgeleiteten Merkmalen ausgewertet

überwiegende Mehrzahl der An-Institute ist allerdings nicht gewinnorientiert, beschränkt sich also darauf, die jeweiligen auftragsgebundenen Kosten zu akquirieren.

Übersicht 21: An-Institutslandschaft Sachsen-Anhalt



Die zentralen Rechercheergebnisse finden sich in Übersicht 22 dargestellt.

Übersicht 22: Struktur- und Leistungsdaten der An-Institute im Überblick

Merkmal			N	Anzahl / Wert			
Hochschule/ An-Institute	MLU		67	15		6	
	Harz	MD-St.		9	11	11	8
	Burg Giebichenst.			4		3	
Hochschulart	OvGU		67	21		58 %	
	Anhalt			39		31 %	
	Mersebg.			7		11 %	
Räumliche Verteilung*	ThH Friedensau		67	19		28 %	
	nördliches LSA			45		67 %	
	südliches LSA			3		5 %	
außerhalb LSA							

Merkmal		N	Anzahl / Wert		
Fächer-- gruppen	Naturwissenschaften		67	11	16 %
	Medizin, Gesundheitswissensch.			9	13 %
	Ingenieurwissenschaften			15	22 %
	Rechts-, Wirtschafts-, Sozialwiss.			21	31 %
	Geisteswissenschaften			10	16 %
	Sportwissenschaften			1	2 %
Rechtsform	eingetragener Verein		67	38	61 %
	Körperschaft öffentl. Rechts			3	4 %
	gGmbH			1	2 %
	GmbH			18	29 %
	Unternehmergesellschaft			1	2 %
	Aktiengesellschaft			1	2 %
Tätigkeits- schwer- punkt	Forschung		67	42	63 %
	Transfer			21	31 %
	Weiterbildung			4	6 %
Alter (Grün- dungsjahr)	1990-1995		44	6	13 %
	1996-2000			15	33 %
	2000-2005			11	25 %
	2006-2012			13	29 %
Personal	0-5 Mitarbeiter/innen		32	16	50 %
	6-10 Mitarbeiter/innen			8	25 %
	11-20 Mitarbeiter/innen			4	12,5 %
	Über 20 Mitarbeiter/innen			4	12,5 %
Einnahmen (jährlich)	Gesamt- einnahmen	Alle An-Institute	20	12.311.752 €	
		Durchschnitt		615.588	
		Median		286.143	
	Drittmittel	Alle An-Institute	12	9.872.712	
		Durchschnitt		822.726	
		Median		414.274	
Lehre & Nach- wuchsför- derung**	Lehrveranstaltungen		20	45 %	
	Studienprojekte & Praktika			50 %	
	Betreuung Abschlussarbeiten			35 %	
	(Mit-)Betreuung Promotionen			40 %	
Dritt- mittel- herkunft**	EU		20	20 %	
	Bund			35 %	
	Land			15 %	
	Kommunen			10 %	
	Fördereinrichtungen			25 %	
	Industrie und Banken			45 %	

\* Wittenberg und Dessau sind hier die nördlichsten Standorte des südlichen LSA

\*\* Mehrfachnennungen möglich

Im weiteren lässt sich eine Reihe *funktionaler Besonderheiten* identifizieren:

- Die An-Institute können *jenseits des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes* (WissZVG) operieren. Die ersatzweise Geltung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TZBefrG) eröffnet personalwirtschaftliche Freiräume.
- Die An-Institute unterliegen, anders als die Hochschulen, *keiner zwingenden Tarifbindung*. Das ist dann wichtig, wenn auch solche Projekte realisiert werden sollen, die bei Zugrundelegung tariflicher Entlohnung nicht kostendeckend wären.
- An-Institute erreichen auch *andere Drittmittelgeber* und erweitern damit das Spektrum der Mitteleinwerbungen der Hochschulen.
- An-Institute besitzen eine *größere operative Flexibilität* bei der Mitteleinwerbung und damit einen Vorteil gegenüber den Hochschulen mit deren interner Mehrstufigkeit von Verfahren. Sie können zudem leichter als die Hochschulen aus Projektmitteln unterschiedlicher Herkunft lückenlos aneinander anschließende befristete Beschäftigungsverläufe ‚basteln‘.

## Handlungsoptionen

Im Zuge verstärkter Profilbildung und Rechenschaftspflichtigkeit der Hochschulen gibt es Überlegungen, wie die Leistungen der An-Institute den Einrichtungen, denen sie assoziiert sind, deutlicher zugerechnet werden könnten. Hierzu erscheinen drei alternative Szenarien denkbar:

*(1) Unternehmensgründung bzw. -beteiligung durch Hochschulen:* Leistungen, die bisher einem (ggf. neu zu gründenden) An-Institut übertragen wurden, könnten auf zweierlei Weise durch die Hochschule selbst erbracht werden:

- Die Hochschulen prüfen in Zukunft, ob eine angestrebte Leistungserstellung, für die herkömmlich auf die Gründung eines An-Instituts zurückgegriffen worden wäre, besser im Rahmen eines hochschuleigenen Unternehmens oder einer hochschulischen Unternehmensbeteiligung erbracht werden könnte.
- Vorhandene An-Institute werden daraufhin geprüft, ob sie in ein hochschuleigenes Unternehmen überführt bzw. umgewandelt werden sollten oder eine hochschulische Unternehmensbeteiligung ratsam ist. In solchen Fällen müssen allerdings die gegebenen Konstruktionen in Rech-

nung gestellt werden: Die Hochschule ist nicht Inhaber des jeweiligen An-Instituts. Lediglich die Verleihung des Status „An-Institut“ geht auf die Hochschule zurück und steht zu ihrer Disposition. Daher könnte einem An-Institut zwar dieser Status entzogen werden, doch berührte dies nicht die Existenz der Einrichtung an sich. Mithin ist die Durchsetzungsmacht der Hochschulen gegenüber ihren An-Instituten, was Strukturveränderungen betrifft, vergleichsweise gering. Folglich wäre die Voraussetzung dafür, ein An-Institut zur freiwilligen Umwandlung zu bewegen, dass ein Angebot unterbreitet wird, dessen Attraktivität auch für das An-Institut hinreichend überzeugend ist.

*(2) Die Hochschulen bemühen sich, die Leistungen der An-Institute künftig selbst zu erbringen:* Dafür bedürfte es einiger praktischer Voraussetzungen:

- hinreichende Flexibilität der Hochschulverwaltungen, die das erfolgreiche Agieren im Projektgeschäft ermöglicht. Das heißt insbesondere: Es müssen die im Projektgeschäft typischen sehr kurzen Fristen bei der Angebotserstellung bzw. Antragseinreichung, zwischen Bewilligung und Projektstart sowie häufig auch zwischen Projektstart und Projektende administrativ verarbeitet werden können;
- havariefreie, insbesondere rechtssichere Administration auch von Drittmitteln solcher Einrichtungen, die keine herkömmlichen Forschungsförderer sind, durch die Hochschulverwaltungen;
- Flexibilität der hochschulischen Personalverwaltungen, aus mehreren Drittmittelquellen einheitliche und über die Zeit hin lückenlose Beschäftigungsbiografien qua entsprechender befristeter Arbeitsverträge zu erzeugen. Insbesondere ist es hierbei nötig, dass die Hochschulen ihre Zurückhaltung hinsichtlich einer Überschreitung der sog. 12-Jahres-Schwelle aufgeben, d.h. entweder die auch nach WissZVG mögliche Befristung mit Sachgrund nutzen oder aber eine unbefristete Beschäftigung ermöglichen, deren Aufrechterhaltung arbeitsvertraglich an den Zweck der Einwerbung entsprechender Mittel gebunden wird.

Unter diesen Bedingungen erschiene es jedenfalls denkbar, dass ein Teil der heutigen An-Instituts-Funktionen auch in die Hochschulen hineinverlagert werden könnte. Hinzunehmen wäre dabei, dass

- Projekte, die bei Zugrundelegung tariflicher Entlohnung nicht kostendeckend sind, entweder nicht übernommen werden können oder die Differenz zur Personalkostendeckung anderweitig auszugleichen wäre;

- bestimmte Mittel, z.B. aus dem ESF oder von Kommunen, die auf Grund der Zuwendungsbedingungen nur durch eine privatrechtlich organisierte Institution einzuwerben sind, dann nicht mehr eingeworben werden können.

Geht es nicht um künftige Neugründungen, sondern sollen bisherige An-Institute direkt in die Hochschulen inkorporiert werden, dann müssen – wie in Szenario (1) – die gegebenen Konstruktionen in Rechnung gestellt werden: Die Hochschule ist nicht Inhaber des jeweiligen An-Instituts.

*(3) Fortführung der An-Institute in der herkömmlichen Weise:* In diesem Falle erscheint es wünschenswert, dass die Leistungen und Erträge der An-Institute ihren Hochschulen in deren Leistungsberichterstattung zugeordnet werden können:

- Das ließe sich z.B. im Rahmen gesonderter Kategorien der Drittmitteleinnahmen und der Personalbeschäftigungen bewerkstelligen („Einnahmen der An-Institute“, „Personal an An-Instituten“).
- Publikationen, Patente usw. ließen sich wohl vereinfachend und ohne größere Verwerfungen dem jeweiligen Fachbereich, dem das An-Institut qua seiner Direktion zugeordnet ist, zurechnen.
- Notwendig dafür wäre eine zwischen den An-Instituten vergleichbare Form der öffentlichen Berichterstattung über ihre Leistungen. Dabei sollte im Mittelpunkt stehen, wie es den An-Instituten gelingt, zur Ergänzung des Leistungsauftrags ihrer jeweiligen Hochschule beizutragen.

Die Fortführung der bisherigen An-Institute schliesse weder aus, dass die Hochschulen unter Nutzung des sog. HSG-Beteiligungsparagraphen eigene Unternehmen gründen oder sich an Unternehmen beteiligen, noch dass Leistungen, die bisher eher einem An-Institut zugewiesen worden wären, künftig innerhalb der Hochschule erbracht werden. Insofern ließen sich die Varianten (1), (2) und (3) auch miteinander kombinieren.

*Zum Weiterlesen*

☞ Justus Henke/Peer Pasternack: *Die An-Institutslandschaft in Sachsen-Anhalt*, WZW Wissenschaftszentrum Wittenberg, Lutherstadt Wittenberg 2012, [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Zielvereinbarungen/2012/UAG\\_AI/121025\\_Bericht\\_An-Institute\\_in\\_ST.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Zielvereinbarungen/2012/UAG_AI/121025_Bericht_An-Institute_in_ST.pdf)

# Geistes- und Sozialwissenschaften in Sachsen-Anhalt

Regional so relevant wie unverzichtbar

Jens Gillessen | Peer Pasternack

*Die Geistes- und Sozialwissenschaften (GSW) befinden sich, wenn es um die Zuweisung von Ressourcen geht, strukturell und seit langem in der Defensive. Der demografische Wandel und die Entwicklung der öffentlichen Finanzen setzen die GSW unter einen weiter erhöhten Rechtfertigungsdruck. Während die Natur- und Ingenieurwissenschaften als unersetzlich für die wirtschaftliche Entwicklung gelten, stehen die Geistes- und Sozialwissenschaften weithin im Ruf, zur Entwicklung ihres Landes wenig beizutragen. Daher werden die GSW künftig aller Voraussicht nach darauf angewiesen sein, ihre Ausstattung stärker als bisher dadurch zu rechtfertigen, dass sie überzeugend auch auf Beiträge zur Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft ihrer Sitzregion verweisen können – also auf ihre (auch) regionale Relevanz.*

Gewählt wird hier eine Betrachtungsweise der Geistes- und Sozialwissenschaften, die der Mehrheit ihrer Vertreter/innen üblicherweise suspekt erscheint: eine regional fokussierte. In inhaltlicher Hinsicht gibt es in der Tat keine regionalen Geistes- und Sozialwissenschaften. Regionale Funktionen können sie gleichwohl wahrnehmen, doch bedürfen sie dafür des Kontakts zu den Fronten des Wissens – und diese verlaufen nicht regional. Zugleich gilt: Allein das Normensystem der Wissenschaft – Unabhängigkeit, Kritik, Methodenbindung usw. – zu vertreten, sichert noch keine (ggf. überlebensrelevante) Stabilität.

Das kollidiert einerseits beträchtlich mit dem Selbstbild der Geistes- und Sozialwissenschaften als ‚zweckfrei‘ forschende und lehrende Fächer, die sich ausschließlich innerhalb des Kosmos der Wissenschaften zu legitimieren hätten. Andererseits besteht

## Methodik

Es wurde ein Modell entwickelt, mit dem sich das etwas sperrige Thema angemessen bearbeiten lässt. Zum einen werden Ausstattung und Strukturen, Forschungsstärke, Studienerfolgsquoten, Transfertiätigkeiten und spezifische Wertschöpfungsbeiträge sowie demografische Effekte erfasst und bewertet. Zum anderen werden die regionalen Entwicklungsbeiträge, die sich nicht unmittelbar quantifizieren lassen, qualitativ beschrieben. Dabei handelt es sich in erster Linie um Beiträge zur Aufklärung der Gesellschaft, zur Pflege des kulturellen Erbes und zur Minimierung gesamtgesellschaftlicher Risiken. Abschließend wurden Handlungsoptionen entwickelt

außerhalb der Geistes- und Sozialwissenschaften häufig ein nur sehr unzureichendes Bild davon, was diese Fächer bereits heute an Beiträgen für die Entwicklung ihrer Sitzregionen leisten. Die genauere Betrachtung vermag eine Reihe von geläufigen Urteilen deutlich zu relativieren.

**Übersicht 23: Analysemodell: Regionale Relevanz der Geistes- und Sozialwissenschaften**

(dominierende) Perspektiven		Innenperspektive			Außenperspektive	
Quantitativ-strukturell	Voraussetzungen	Leistungen des Schulsystems			Landeshaushalt	Gesellschaftliche Erwartungen
	Strukturen	Disziplinen	Studienfächer	Studierendenzahl	Kontexte: außerhochschulische Forschung	
				Studiengänge		
	Ausstattung	Fächerspektrum	Professuren	Betreuungsrelation	Hochschulausgaben	
	Leistungsdaten	Publikationen	Fachliche Reputation		Drittmittel	Studienerfolgsquoten
Transfer	Zweckfreiheit			Wissenstransfer in Anwendungskontexte	Absolventen-Beschäftigungserfolg	
Qualitativ-inhaltlich	Strukturen	Forschungsschwerpunkte		Forschungsbreite	Universitäten	Fachhochschulen
	Themen	Aufklärung	Soziales Frühwarnsystem		Identität	Image
		Kulturelles Erbe	Soziale Innovation			
	Kognitive Ansprüche	durch hohe Gewissheitsgrade ausgezeichnete Aussagen			Handlungsbefähigende Informationen	
	Funktionen	Grundlagen- vs. Anwendungsorientierung			Dienstleister für die Wissensgesellschaft	Demografische Effekte

**Ergebnisse: Input und Output**

Eine Betrachtung der Ausstattung, Strukturen, Forschungsstärke und Transfertätigkeiten der Geistes- und Sozialwissenschaften Sachsen-Anhalts kommt zu Resultaten, die manchen verbreiteten Vorurteilen entgegenstehen:

- Mit ihrer gegenwärtigen Ausstattung liegen die GSW in Sachsen-Anhalt etwa im Durchschnitt der vergleichbaren Bundesländer. Von einer Überdimensionierung kann aktuell keine Rede sein. Die Ausstattung bewegt sich vielmehr auf dem Niveau, das Wirtschaftskraft, Bevölkerungsgröße und -dichte des Landes erwarten lassen.
- Auf der anderen Seite lässt sich auch ein gegenteiliger Vorwurf nicht erhärten: Es besteht keine eklatante Unterausstattung. Die im Bundesvergleich immer noch vorteilhaften durchschnittlichen Betreuungsrelationen sprechen dagegen. Hinter diesem Durchschnitt verbergen sich in einzelnen Fächern allerdings auch deutliche Überbeanspruchungen der Studienkapazitäten.
- Mit 28 % studiert in Sachsen-Anhalt weniger als ein Drittel aller Studierenden ein geistes- oder sozialwissenschaftliches Fach.

## Übersicht 24: Zentrale Daten Geistes- und Sozialwissenschaften in LSA

Kennziffer			LSA		Dtl.		
Dritt- mittel GSW	Geistes- wissen- schaf- ten	Drittmittel pro Wis- senschaftler/in (LSA 2009)	10.414 €		Ø 11.038 €		
		MLU: Bundesran- king aller Drittmit- teleinwerbungen (2009)	Platz 23		n = 89		
		MLU: DFG-Bewilli- gungen (2008-2010)	10,7 Mi- o. € ≅ Platz 20		n = 71		
	Sozialwissenschaften MLU: DFG-Bewilligungen (2008- 2010)		2,4 Mio. € ≅ Platz 12		n = 71		
	GSW, MLU	DFG-Bewilligungen (2008-2010)	Platz 16	<i>Zum Vergleich:</i> Lebenswissenschaften MLU: Platz 30 Naturwissenschaften MLU: Platz 39 Gesamtplatz MLU: 41		n = 71	
		DFG-Bewilligungen pro Wissenschaft- ler/in (2008-2010)	21.042 € ≅ Platz 20	Lebenswissenschaften MLU: Platz 34 Naturwissenschaften MLU: Platz 35		n = 71	
		DFG-Bewilligungen pro Professor/in (2008-2010)	97.193 € ≅ Platz 22	Lebenswissenschaften MLU: Platz 35 Naturwissenschaften MLU: Platz 39		n = 71	
Anteil GSW-Studierende an allen Fächern (2010)			28 %		30 %		
4- Län- der- Ver- gleich Geistes- wis- sen- schaf- ten			<b>Sachsen- Anhalt</b>	<b>Branden- burg</b>	<b>Thüringen</b>	<b>Schleswig- Holst.</b>	
	Ausgaben absolut (Mio. €)	Sprach- und Kulturwissensch.	31,3	41,8	69,3	29,4	
		Kunst/Kunst- wissenschaften	13,9	13,4	23,6	10,1	
	Ausgaben pro 1.000 € BIP	Sprach- u. Kulturwissensch.	60 Cent	75 Cent	139 Cent	39 Cent	
Kunst/Kunstw.		27 Cent	24 Cent	47 Cent	13 Cent		

■ Die Geistes- und Sozialwissenschaften tragen nur zu einem geringen Teil dazu bei, dass Sachsen-Anhalt beim Studienerfolg insgesamt, d.h. über alle Fächer, hinter dem Bundesdurchschnitt um acht Prozentpunkte zurückliegt. Sie liegen gemittelt 3,7 Prozentpunkte unter dem bundesweiten Durchschnitt ihrer Fächergruppen. Dagegen unterschreiten MINT-Fächer und Medizin in Sachsen-Anhalt die bundesdeutschen Erfolgsquoten gemittelt um 10,3 Prozentpunkte.

■ Sachsen-Anhalt wendet nicht in ungewöhnlich hohem Maße Haushaltsmittel für die Geisteswissenschaften auf. Mit 86,6 Cent pro 1.000 Euro seines nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt es mit Brandenburg (99,1 Cent) fast gleichauf. Während Thüringen für jede Milliarde Euro seines Bruttoinlandsprodukts 6,5 Professuren in dieser Fächergruppe unterhält, leistet sich Sachsen-Anhalt 4,8 Professuren.

■ Die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung in Sachsen-Anhalt konzentriert sich vor allem auf die Martin-Luther-Universität. Diese erweist sich im bundesweiten Vergleich als überaus forschungsstark. So gelangten die Geistes- und Sozialwissenschaften der MLU bei den DFG-Einwerbungen zuletzt auf Platz 16 der 71 bewilligungsstärksten Hochschulen. Sie schneiden damit besser ab als jede andere Fächergruppe in Sachsen-Anhalt. Besonders forschungsstark zeigen sich insbesondere die Sozialwissenschaften der MLU, die im bundesweiten Wettbewerb um DFG-Bewilligungen Rang 12 unter den deutschen Hochschulen erreichten.

### **Ergebnisse: Außenperspektive**

Eine funktionale Außenperspektive auf die Geistes- und Sozialwissenschaften macht regionale Entwicklungsbeiträge sichtbar, welche die Fachvertreter selbst in aller Regel nicht ins Feld führen – z.B. weil sie fürchten, einer ihrer Arbeit letzten Endes abträglichen Verpflichtung auf wissenschaftsexterne Nutzeneffekte das Wort zu reden. Hier lassen sich die folgenden Beiträge identifizieren:

■ *Beschäftigungserfolge*: Die Absolventinnen und Absolventen tragen, dem Klischee der ‚brotlosen Kunst‘ zum Trotz, ebenso zur ökonomischen Wertschöpfung bei wie die Absolventen anderer Studiengänge auch: Sie arbeiten nicht mehr nur in herkömmlichen Berufsfeldern, sondern haben sich längst neue Beschäftigungschancen erschlossen. Daneben ist insbesondere auf die Unverzichtbarkeit der GSW für die Lehramtsausbildung zu verweisen.

■ *Dienstleister für die Wissensgesellschaft*: Ein wachsender Anteil der Wertschöpfung vollzieht sich in Gestalt von wissensbasierten Dienstleistungen. Die Absolventen der Geistes- und Sozialwissenschaften haben sich in der Wissensgesellschaft bisher Zug um Zug ihren Platz erobert.

■ *Demografische Rendite*: Die Abwanderung begabter junger Menschen – insbesondere von Frauen – verschärft die demografische Schrumpfung. Die Studienanfänger der Geistes- und Sozialwissenschaften sind jung, begabt – und überproportional weiblich. Die für sie aufgewandten

Mittel sind Investitionen in steuerzahlende junge Akademikerfamilien, die eine demografische Rendite versprechen.

### **Ergebnisse: Innenperspektive**

Die Innenperspektive erschließt die Sichtweise der Wissenschaftler/innen auf ihre eigenen Fächergruppen. Hierbei lässt sich eine Reihe von Leistungen als anschlussfähig an die Forderung nach regionalen Entwicklungsimpulsen identifizieren:

■ *Aufklärung hier und heute:* Die Geistes- und Sozialwissenschaften kultivieren in ihrer Forschung Distanzierungsfähigkeiten, die, vermittelt vor allem durch die Lehre, in die Gesellschaft hineindiffundieren. Sie fördern dadurch eine langfristig breitenwirksame Form der Aufklärung, durch die es besser gelingt, gesellschaftliche Konflikte in sachliche Diskurse zu überführen. Die Widerstandskräfte etwa gegen extremistische Ideologien können gestärkt werden – gerade auch unter ökonomisch schwierigen Bedingungen.

■ *Kulturelles Erbe – Identität – Image:* Die Geisteswissenschaften erschließen das kulturelle Erbe des Landes. Sie schaffen damit die Voraussetzungen für eine positive Identifikation der Bevölkerung mit dem Land und seinen Kommunen – die dann wiederum eine positive überregionale Wahrnehmung des Landes begünstigt. Auf vielfältige Weisen wirken die Geisteswissenschaften als Motoren des Imagewandels und unterstützen die Entwicklung des Kulturtourismus-Sektors.

■ *Soziales Frühwarnsystem, soziale Innovatoren:* Die Sozialwissenschaften sind das soziale Frühwarnsystem einer Gesellschaft. Indem sie gesellschaftliche Entwicklungen laufend beobachten, ermöglichen sie rechtzeitige Gegensteuerung. Indem sie soziale Innovationen konzipieren, beteiligen sie sich ganz direkt an der Lösung der Probleme.

### **Handlungsoptionen**

Zentral ist eine aktivere Außenkommunikation der Geistes- und Sozialwissenschaften. Dabei muss anschlussfähig argumentiert und präsentiert werden. Das heißt im einzelnen:

■ *Reden über das, was bereits geschieht:* Selbst dort, wo sie es gar nicht als ihre Aufgabe ansehen, verfügen die Geistes- und Sozialwissenschaften in ihrem Handeln über durchaus zahlreiche regionale Anknüpfungspunkte und vorzeigbare Ergebnisse mit regionaler Relevanz. Diese her-

auszustellen, da sie ja nun einmal vorhanden sind, ist ein erster und nahe liegender Schritt.

■ *Qualitativ und quantitativ argumentieren:* Geistes- und Sozialwissenschaftler argumentieren professionstypisch vorzugsweise inhaltlich. Doch lässt sich qualitatives Argumentieren auch immer quantitativ ergänzen: mit Zahlen zu Studierenden, Drittmitteln, außerwissenschaftlichen Kooperationen, Ausstattungen im Vergleich zu anderen und Studienerfolgsquoten. Qualitative Argumente lassen sich durch quantitative Informationen besser verstärken (wie auch umgekehrt), als qualitative durch weitere qualitative Argumente verstärkt werden können.

■ *Aktiv Leistungsangebote unterbreiten:* Anzunehmen ist, dass künftig die Refinanzierungsfähigkeit desjenigen Anteils an den Landeszuschüssen, der über eine Grundausrüstung hinausgeht, über dessen direkte und indirekte Effekte innerhalb des Landes dargestellt werden muss.

■ *Selbstdefinition als zentraler Teil regionaler Wissensinfrastrukturen:* Die offensive Selbsteinordnung in regionale Wissensinfrastrukturen hat in einer wissenschaftsgesellschaftlichen Perspektive eine unmittelbare Plausibilität. Sie steigert die Wahrnehmung der geistes- und sozialwissenschaftlichen Institute als Teil eines über dem Land liegenden Netzes, das Zukunftsfähigkeit verbürgt. Implizit wird damit auch die Verantwortung des Landes für Aufrechterhaltung und Förderung dieser Strukturen formuliert.

■ *Regionales Wissensmanagement:* Regional wie überregional verfügbare wissenschaftliche Wissensbestände sind für regionale Akteure nutzlos, wenn sie nicht von ansprechbaren Experten gewusst und mit Blick auf die Situation vor Ort durchsucht, geordnet, aufbereitet und kommuniziert werden. Die Geistes- und Sozialwissenschaften des Landes könnten zu den Knotenpunkten eines in die Region vernetzten Wissensmanagements werden, das drei Aufgaben hätte: (a) ungenutztes Wissen aktivieren, (b) die Erzeugung noch nicht vorhandenen, aber benötigten Wissens anregen und (c) Problemstellungen mit vorhandenem Problemlösungswissen zusammenführen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Jens Gillissen/Peer Pasternack: *Zweckfrei nützlich: wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013. Auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_3\\_2013.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf)

# Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt

Peer Pasternack

*Sachsen-Anhalt steht vor der Herausforderung, einen beträchtlichen Teil fehlender materieller Ressourcen durch die besondere Qualität von Bildungs- und Qualifikationsprozessen zu kompensieren – sowohl um die allgemeine Wohlfahrt zu sichern als auch um die Demokratie in sämtlichen Regionen und sozialen Milieus zu stabilisieren. Ohne bildungspolitische Neuorientierungen, die sich von alten Konfliktlinien und Denkgewohnheiten befreien, wird das kaum möglich sein. Dazu wiederum ist bildungsforschende Expertise unabdingbar. Worauf dabei aufgebaut werden kann, ist in einer Forschungslandkarte dargestellt worden.*

Die Bildungsforschung ist in Sachsen-Anhalt im überregionalen Vergleich dicht vertreten, deckt inhaltlich sämtliche Lebenslaufphasen ab, integriert zahlreiche Fachperspektiven und befasst sich intensiv auch mit Sachsen-Anhalt-spezifischen Fragen. Zugleich ist sie keine provinzielle Forschung, sondern vermag ihre Sitzregion in die überregionalen Kontaktschleifen des bildungswissenschaftlichen Wissens einzubinden.

## Ergebnisse

Sachsen-Anhalt verfügt über eine beträchtliche Dichte verschiedener Institutionen und Personen mit bildungsbezogenen Forschungsinteressen und -aktivitäten. Das wird zum einen institutionell sichtbar. Zum anderen ist auf prägende Wissenschaftler/innen weiterer Institute zu verweisen, die durch stellenbedingten Auftrag oder/und individuelle Forschungsinteressen bildungsforschend wirksam sind.

Die institutionelle Landschaft der sachsen-anhaltischen Einrichtungen mit bildungsforschender Relevanz setzt sich zusammen aus

### Methodik

Durchgeführt wurde eine schriftliche Befragung von 67 HochschullehrerInnen und ArbeitsbereichsleiterInnen, bei denen aufgrund institutioneller Zugehörigkeit, Stellendenomination und/oder einschlägigen Veröffentlichungen angenommen werden konnte, dass sie sich (auch) als BildungsforscherInnen definieren (Rücklauf 42 %). Ermittelt wurden Forschungsinteressen, Forschungsprojekte, Publikationen, Drittmittelinwerbungen und ggf. vorhandene Sachsen-Anhalt-Spezifika der bearbeiteten Themen und Projekte. Daneben wurden ergänzende Internetrecherchen realisiert.

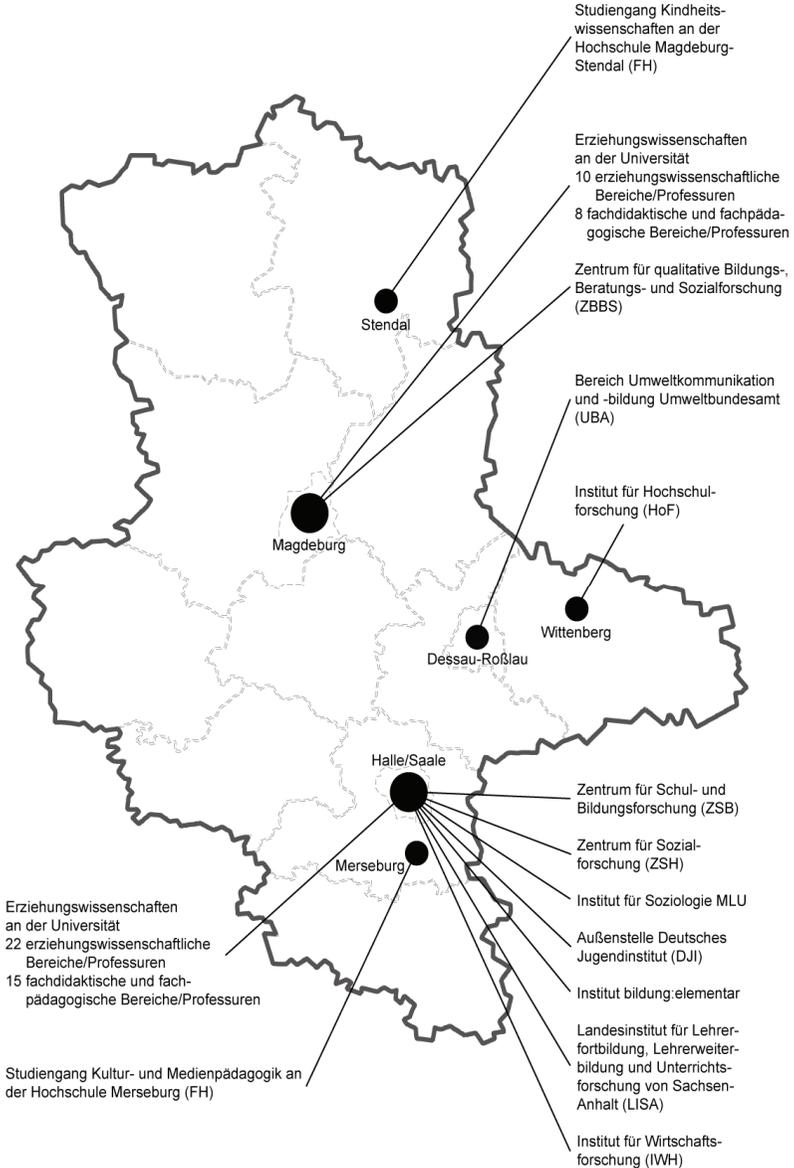
- den *erziehungswissenschaftlichen Bereichen* der Universitäten Magdeburg und Halle mit insgesamt 32 Professuren bzw. Arbeitsbereichen,
- zusammen 23 *fachdidaktischen Professuren* und Bereichen an den beiden Universitäten,
- desweiteren drei Einrichtungen, die sich ausschließlich oder vorrangig *empirischer Bildungsforschung* widmen: das Zentrum für Schul- und Bildungsforschung Halle (ZSB) an der MLU, das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) und das Institut bildung:elementar Halle/S.

Daneben gibt es einige Einrichtungen, die Schnittmengen zur Bildungsforschung aufweisen:

- *sechs Institutionen sozial-, wirtschafts- bzw. erziehungswissenschaftlicher Prägung*: die Außenstelle Halle des Deutschen Jugendinstituts (DJI), das Landesinstitut für Lehrerfortbildung, Lehrerweiterbildung und Unterrichtsforschung von Sachsen-Anhalt (LISA), die Institute für Soziologie der MLU und der OvGU, das Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH), der Bereich Umweltkommunikation und -bildung des Umweltbundesamtes Dessau (UBA) und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH);
- *zwei pädagogische Studiengänge an Fachhochschulen*: Kindheitswissenschaften an der Hochschule Magdeburg-Stendal sowie Kultur- und Medienpädagogik an der Hochschule Merseburg;
- durch Mitteleinwerbungen im Rahmen des *Qualitätspakts Lehre* existieren zudem seit 2012 das Zentrum für Hochschuldidaktik und angewandte Hochschulforschung an der Hochschule Magdeburg-Stendal und das landesweite Netzwerk „Heterogenität in der Hochschulbildung“ (HET LSA). In letzterem arbeiten, über die Hochschulen des Landes verteilt, sechs Projekte, eine Transferstelle „Qualität der Lehre“ am Institut für Hochschulforschung (HoF) sowie eine Professur für Hochschulforschung und Professionalisierung der akademischen Lehre an der OvGU. (Übersicht 25)

Werden die Themen und Forschungsgegenstände betrachtet, so fällt vor allem eines auf. Es gerät mit ihnen eine große Bandbreite pädagogischer Handlungsfelder und Qualifizierungssegmente in den Blick:

Übersicht 25: Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt: Institutionen (2008)



- in einer *horizontalen Perspektive* von der Kleinkind- und Kindergartenerziehung über die Schule, die Jugendhilfe, Sozialpädagogik und außerschulisch-informelle Bildungsorte bis zu Berufsbildung und Hochschulbildung sowie beruflicher Fort- und Weiterbildung;
- in einer *diachronen Perspektive*, indem die Bildungsprozesse vom Kleinkind über das Schulkind und den Jugendlichen bis zum jungen Erwachsenen wie auch älterer Erwachsener und Senioren in den Blick genommen werden.

Ebenso wird eine eindrucksvolle Vielfalt der fachlichen Perspektiven deutlich. Überdies lassen sich mehrere Zentren der empirischen Bildungsforschung identifizieren:

- Schulforschung,
- Hochschulforschung,
- Berufsbildungsforschung (incl. Fort- und Weiterbildung) und
- Arbeitsmarktforschung –

sie verfügen in Sachsen-Anhalt jeweils über eigene institutionelle Heimstätten. Zugleich werden Themen, die diesen Bereichen zuzuordnen sind, nicht allein am ZSB, ZSH und HoF bearbeitet, sondern darüber hinaus auch von Wissenschaftlern/Wissenschaftlerinnen an anderen Einrichtungen. Weitere Themen, die jeweils an mehreren Einrichtungen erforscht werden, sind

- Bildungsgeschichte,
- Lehrerbildung,
- Professionsentwicklung in pädagogischen Handlungsfeldern,
- Elementarpädagogik,
- Lernforschung,
- neue Lehr- und Lernformen,
- das Verhältnis von Schule und Familie sowie
- von Jugendhilfe und Schule,
- schulische Selektionsprozesse,
- Bildungsexklusion und -inklusion,
- außerschulische Bildung und Erziehung,
- Geschlechtsspezifika von Bildungsprozessen,
- politische Einstellungen von Schülern und Demokratieerziehung,
- Organisationsentwicklung in Bildungsinstitutionen,
- ostdeutsche Transformationsprobleme im Bildungsbereich sowie
- die Zusammenhänge von Qualifikation und Regionalentwicklung.

Auch sind nahezu sämtliche Schulstufen und -arten Gegenstand diverser Forschungsprojekte – von der Grundschule über die Förderstufe, Sekundarschule, Ganztagschule bis hin zum Gymnasium und zur Berufsschule.

Von den 25 HochschullehrerInnen und ArbeitsbereichsleiterInnen, die sich an unserer Umfrage beteiligt hatten, waren in den Jahren 2002-2007 insgesamt 140 Drittmittelprojekte eingeworben worden. Das sind durchschnittlich pro Jahr 5,6 oder je Person rund ein Projekt pro Jahr (Übersicht 26).

*Übersicht 26: Drittmittelinwerbungen der Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt 2002-2007*

<b>Drittmittelgeber</b>	<b>Anzahl der Projektförderungen</b>
Kultusministerium Sachsen-Anhalt	28
Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)	26
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	10
EU-Kommission	9
Weitere 45 Drittmittelgeber	67

In überregionalen Leistungsvergleichen und Rankings ist es vor allem die Erziehungswissenschaft der Martin-Luther-Universität, die regelmäßig Platzierungen im obersten Leistungsdrittel erlangt – sowohl hinsichtlich der Studienqualität als auch ihrer Forschung.

Bildungsforschung *in* Sachsen-Anhalt ist selbstredend nicht zwingend Bildungsforschung *für* Sachsen-Anhalt – zumindest nicht im engeren Sinne. Es ist unabdingbar, dass die Bildungsforschung – wie jeder Forschungsbereich – an überregionalen und internationalen Fragen und Standards ausgerichtet ist. Gleichwohl widmen sich zahlreiche Projekte der Aufklärung spezifisch sachsen-anhaltischer Problemlagen.

### **Handlungsoptionen**

Im „Deutschen Lernatlas“ erreicht die Schulbildungsqualität in Sachsen-Anhalt mit 31,9 Punkten den elften von 16 möglichen Plätzen. Damit liegt Sachsen-Anhalt weit unter der durchschnittlichen Punktzahl der ostdeutschen (36,6 Punkte) und westlichen Flächenländer (40,3 Punkte) sowie unter dem Bundesdurchschnitt (39,8 Punkte).

Problematisch schneidet Sachsen-Anhalt auch bei den Schulabgängern ohne (Haupt-)Schulabschluss ab: mit 12,3 Prozent wird Platz 15 erreicht (Bundesdurchschnitt: 7,5 %). Im Osten insgesamt beenden 11,6

Prozent, im Westen 6,5 Prozent aller Schüler ihre Schullaufbahn ohne einen Abschluss.

Angesichts solcher Befunde liegt es nahe, die endogenen Probleme des Landes stärker noch als bisher auch mit den vorhandenen endogenen Problembearbeitungskapazitäten zu verknüpfen – nicht zuletzt mit der im Lande verfügbaren und wesentlich vom Land finanzierten bildungsforscherischen Fachexpertise. Zwei Verbände haben sich in jüngerer Zeit gebildet, die spezifisches Wissen für Sachsen-Anhalt verfügbar machen:

- Das „Forschungsnetz Frühe Bildung in Sachsen-Anhalt“ (FFB), koordiniert vom Bereich Kindheitswissenschaften der Hochschule Magdeburg-Stendal, organisiert die einschlägig tätigen Wissenschaftler/innen des Landes und unterstützt Aktivitäten zur praxisbezogenen Nutzung von Forschungserträgen.
- Der Verbund „Heterogenität in Studium und Lehre Sachsen-Anhalt“ (HET LSA) wurde zur produktiven Bewältigung einer heterogener werdenden Studierendenschaft gegründet. Sein Ziel ist es, gemeinsam Ansätze zum Umgang mit studentischer Heterogenität zu erarbeiten und auszubauen.

Diese beiden Verbände können eine Blaupause liefern, wie sich die verstärkte Mobilisierung der landeseigenen Bildungsforschung gestalten ließe. Eine entsprechende Priorisierung der Bildungsforschung auch in der Hochschulpolitik des Landes wäre dafür die Voraussetzung.

#### *Literatur*

Deutscher Lernatlas (2011): [www.deutscher-lernatlas.de](http://www.deutscher-lernatlas.de) (20.11.2012)

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack/Ursula Rabe-Kleberg: *Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme*. Unter Mitarbeit von Daniel Hechler, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2008; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/cms/download.php?id=112>

# Demografieforschung in Sachsen-Anhalt

Peer Pasternack

*Eines der wichtigsten endogenen Potenziale Sachsen-Anhalts zur Bewältigung der Herausforderungen des demografischen Wandels stellt die im Lande ansässige Wissenschaft dar. Von außen wird die notwendige Expertise nicht im erforderlichen Umfang zu bekommen sein, da der Außenblick auf Sachsen-Anhalt immer nur so etwas wie einen ‚interessanten Fall‘ entdeckt – also einen, der sporadisch, aber nicht dauerhaft Interesse zu wecken vermag. Die demografierelevante Forschung in Sachsen-Anhalt ist 2014 in einer Forschungslandkarte erfasst und systematisiert worden.*

Nahezu jedes Thema, das im Zuge des demografischen Wandels Relevanz gewinnt, wird an mindestens einer Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung Sachsen-Anhalts wissenschaftlich bearbeitet. Diese Expertise künftig noch stärker als bisher zu nutzen, erscheint als ein Gebot der Klugheit.

## Ergebnisse

Insgesamt forschen in Sachsen-Anhalt 38 Institutionen zu demografierelevanten Fragen. In den Jahren 2009 bis 2013 haben sie dazu 94 Projekte realisiert.

Dabei ist demografierelevante Forschung Sache aller Hochschulen des Landes. Neben den beiden Universitäten sind hier auch die vier Fachhochschulen sowie die Kunsthochschule Burg Giebichenstein aktiv:

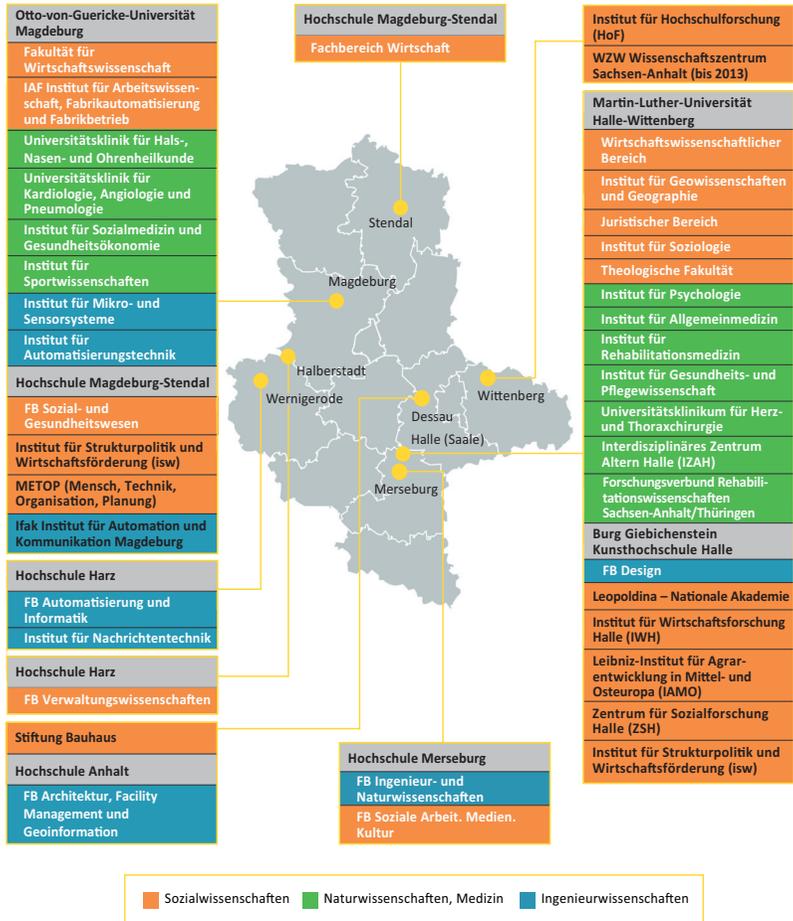
- Die meisten Einrichtungen, die zum demografischen Wandel forschen, finden sich an der MLU und der OvGU: Institute der beiden Universitäten machen mehr als der Hälfte (54 Prozent) aller einschlägig engagierten Einrichtungen aus.
- An den vier Fachhochschulen sind es sieben verschiedene Fachbereiche bzw. Institute, die demografie-relevant arbeiten.

### Methodik

Um die Dichte der Forschungen zum demografischen Wandel an sachsen-anhaltischen Wissenschaftseinrichtungen und ihre thematischen Schwerpunkte zu erfassen, wurden Internetrecherchen durchgeführt (Homepages der Institutionen, Forschungsdatenbank Sachsen-Anhalt), Forschungs-jahresberichte ausgewertet und die Kontakte der Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“ ausgewertet. Ergänzend sind die Einrichtungen kontaktiert worden.

Die Institute der außeruniversitären Forschungsorganisationen sind vergleichsweise gering vertreten. Unter sämtlichen nichthochschulischen incl. An-Instituten ist das Institut für Hochschulforschung (HoF) das aktivste bei der Bearbeitung demografierrelevanter Fragen.

Übersicht 27: Wissenschaftliche Einrichtungen in Sachsen-Anhalt mit demografierrelevanten Forschungsaktivitäten



Demografierrelevante Forschung ist in Sachsen-Anhalt Sache fast aller Fächergruppen. Eine absolute Konzentration besteht dabei bei den Sozialwissenschaften. Doch auch die Naturwissenschaften, Medizin und In-

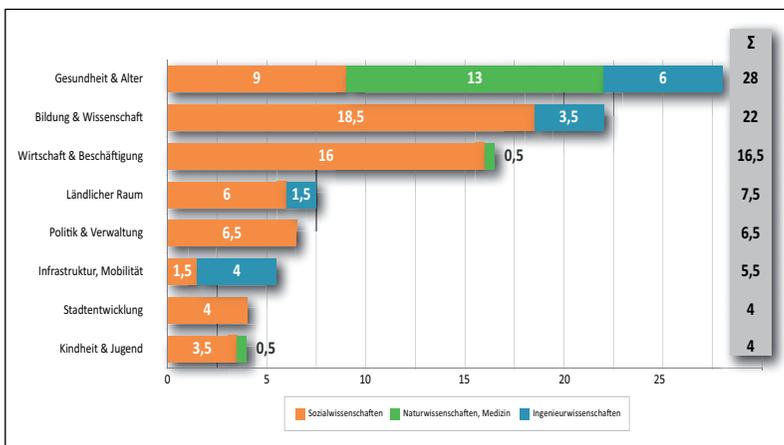
genieurwissenschaften sind bemerkenswert aktiv. Sie sorgen vor allem dafür, dass „Gesundheit & Alter“ das meistforschte demografiebezogene Thema in Sachsen-Anhalt sind. (Übersicht 28)

*Übersicht 28: Anzahl der demografie relevanten Projekte nach Institutionentyp und Fächergruppen (absteigend sortiert)*

Institutionentypen	Fächergruppen – Anzahl der Projekte			Summen	Anteil am Gesamt (in %)
	Sozialwissenschaften	Naturwissenschaften, Medizin	Ingenieurwissenschaften		
Universitäten	17	15	2	34	36
An-Institute, freie Institute	26		4	30	32
Fachhochschulen	12	1	7	20	21
Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen	9			9	10
Sonstige Hochschulen			1	1	1
<b>Summen</b>	<b>64</b>	<b>16</b>	<b>14</b>	<b>94</b>	<b>100</b>
<b>Anteil am Gesamt (in %)</b>	<b>68</b>	<b>17</b>	<b>15</b>	<b>100</b>	

Thematisch konzentrieren sich die wissenschaftlichen Aktivitäten zum demografischen Wandel auf die Felder „Gesundheit & Alter“, „Bildung & Wissenschaft“, „Wirtschaft & Beschäftigung“ sowie „Raumbezogene Fragen“ (Übersicht 29).

*Übersicht 29: Demografie relevante Forschungsprojekte nach Themenbereichen und Fächergruppen (absteigend sortiert)*



N=94. 28 Projekte sind jeweils zwei Themenbereichen zugehörig (=0,5 gezählt)

Eine spezifische Perspektive auf das inhaltliche Forschungsgeschehen gewinnt man, wenn die Themen der Forschungsprojekte ins Verhältnis zu den Handlungsfeldern gesetzt werden, die das Handlungskonzept der Landesregierung „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ (IMAK 2010) formuliert hat. Dort wurden sieben prioritäre Handlungsfelder definiert (Übersicht 30).

Bis auf „Nachhaltige Finanzpolitik“ sind alle Handlungsfelder des Handlungskonzepts Gegenstand wissenschaftlicher Bemühungen im Lande. Weniger bearbeitet und damit unterbelichtet erscheint hierbei aber die Entwicklung der Kultur und des (Vereins-)Sports im demografischen Wandel. Diese müssten nach Lage der Dinge in engster Verbindung mit dem Finanzpolitik-Thema bearbeitet werden. Auch die Themen „Familien stärken“ und „Solidarische Bürgergesellschaft“ stellen keine ausge-

*Übersicht 30: Forschungsprojekte im Verhältnis zu den Handlungsfeldern im demografischen Wandel lt. Handlungskonzept der Landesregierung*

Handlungsfeld		Fächergruppe – Anzahl der Projekte			Summen
		Sozialwissenschaften	Naturwissenschaften, Medizin	Ingenieurwissenschaften	
Nachhaltige Finanzpolitik					
Wirtschaftlicher Aufbau & Fachkräfte für morgen sichern		●●●●● ●●●●● ● ●●●●●	●	●● ○	18,5
Bildung & Qualifikation		●●●●●● ●●●●●● ●●●●●●		●●	20
Familien stärken		● ○	○		2
Potenzial der Älteren nutzen – ihre Versorgung sichern		●●●●● ●●●●● ○	●● ●●● ○	●● ○	16,5
Solidarische Bürgergesellschaft		●●● ○			3,5
Daseinsvorsorge – Infrastrukturen	Stadtumbau	●●●● ●●			5
	Ländlicher Raum	●●●●● ●●●		●●	9
	Gesundheitsversorgung	○	●●●● ●●●●● ○	●●●	12
	Sport & Kultur	●●	○		2,5
	Technische Infrastruktur	●●●		●●	5
<b>Summen</b>		<b>64</b>	<b>16</b>	<b>14</b>	<b>94</b>

33 Projekte sind jeweils zwei Handlungsfeldern zugehörig (= je 0,5 gezählt)

prägten Forschungsschwerpunkte dar, jedenfalls nicht in Verbindung mit dem demografischen Wandel.

Als Besonderheit ist schließlich zu vermerken, dass es vier thematisch relevante Verbände in Sachsen-Anhalt gibt:

- An der Medizinischen Fakultät der Martin-Luther-Universität haben der *Forschungsverbund Rehabilitationswissenschaften Sachsen-Anhalt/Thüringen* sowie
- das *Interdisziplinäre Zentrum Altern Halle* (IZAH) ihren Sitz.
- Gleichsam komplementär zum letzteren ist aktuell das *Forschungsnetz Frühe Bildung* (FFB) im Aufbau. Es vereint diejenigen, die in Sachsen-Anhalt zu früher Kindheit und Frühpädagogik forschen, und wird am Bereich Kindheitswissenschaften der Hochschule Magdeburg-Stendal, Standort Stendal koordiniert.
- Vor allem aber arbeitet seit 2010 die *Expertenplattform „Demografischer Wandel in Sachsen-Anhalt“*. Die Expertenplattform ist in Sachsen-Anhalt die wichtigste Trägerin der wissenschaftlichen Expertise zum demografischen Wandel. Sie vereint rund 50 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus zahlreichen Fächern und macht die einschlägige Expertise in ihrer ganzen Breite zugriffsfähig.

## Handlungsoptionen

Unausgeschöpfte Kooperationsressourcen zwischen Wissenschaft und den Praxisakteuren bestehen vor allem beim Thema Stadtumbau: Dieses ist – trotz IBA Stadtumbau – bislang kein Schwerpunkt der Forschungen in Sachsen-Anhalt selbst geworden. Infolgedessen waren die Hochschulen und Institute des Landes auch auffallend gering in die IBA involviert.

Das setzt sich heute fort, wenn das Magdeburger Kompetenzzentrum Stadtumbau mit drei wissenschaftlichen Partnern aus Berlin und Sachsen kooperiert, aber bislang keine verstetigten Kontakte innerhalb der Wissenschaftslandschaft Sachsen-Anhalts bestehen. Gleichwohl gibt es entsprechende Kompetenzen im Land, etwa bei der Stiftung Bauhaus Dessau oder an den beiden Universitätsinstituten für Soziologie und am Institut für Hochschulforschung (HoF) – überall dort werden kontinuierlich Projekte zu Stadtentwicklungsfragen realisiert. Hier zeigt sich auffällig: Expertise muss ebenso offensiv angeboten wie offensiv nachgefragt werden.

Forschungsergebnisse zum demografischen Wandel und seine Auswirkungen sind notwendig, um über verlässliches Wissen für Entscheidungsprozesse zu verfügen. Die möglichst umfangreiche Kenntnis etwa

zu den gegebenen Handlungsoptionen vermag, die Rationalität der Entscheidungsprozesse zu steigern.

Gleichzeitig sind Forschungsergebnisse nicht immer umstandslos ‚lesbar‘, d.h. durch Praktiker in ihrer Relevanz für konkrete Problemlösungen einzuschätzen. Daher bedarf es hier Übersetzungsleistungen: Die Ergebnisse müssen für verschiedene Verwendungen und Formate unterschiedlich aufbereitet werden. Es erscheint als notwendig,

- handlungsrelevante Systematisierungen des vorhandenen Wissens zu leisten,
- überregionale Erfahrungen und Good-Practice-Beispiele zu erschließen,
- Wissenslücken zu identifizieren und durch Forschung aufzufüllen,
- überregionale und internationale, d.h. außerhalb Sachsen-Anhalts vorhandene Expertise zu erschließen und Kontakte zu entsprechenden Experten herzustellen – dies immer dann, wenn Themen zu behandeln sind, die im Land selbst nicht bearbeitet werden.

#### *Literatur*

IMAK, Interministerieller Arbeitskreis Raumordnung, Landesentwicklung und Finanzen unter Federführung des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt: Handlungskonzept „Nachhaltige Bevölkerungspolitik in Sachsen-Anhalt“ 2010, URL [http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek\\_Demografieportal/Dokumente/4.2.2011\\_HK\\_Endfassung.pdf](http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Demografieportal/Dokumente/4.2.2011_HK_Endfassung.pdf) (26.8.2011)

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Benjamin Köhler/Isabell Maue/Peer Pasternack: *Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demografie*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2014; auch unter: [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Demografie/HoF\\_AB/01\\_Demografie\\_FLK\\_LSA\\_DINA5.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Demografie/HoF_AB/01_Demografie_FLK_LSA_DINA5.pdf)

☞ Homepage der Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“: <http://www.wzw-lsa.de/demografie.html>

# Regionales Wissensmanagement

Peer Pasternack

*An den Hochschulen einer Region sind immer mehrere, häufig die meisten Fächergruppen vertreten. Dadurch verfügen sie als alleiniger regionaler Akteur über die intellektuellen Ressourcen und überregionalen Vernetzungen, um sowohl einen Teil identifizierter regionaler Wissensprobleme im eigenen Hause zu lösen als auch für den anderen Teil die Lösung unter Einbeziehung überregionaler Partner organisieren zu können.*

Die Wissensform, die durch die jeweils höchsten Grade an empirischer und theoretischer Fundierung gekennzeichnet ist, ist das wissenschaftliche Wissen. Dieses wiederum wird wesentlich durch die Hochschulen ‚verwaltet‘ und gespeichert. Zugleich sind wissenschaftliche Wissensbestände für regionale Akteure nutzlos, wenn sie nicht von ansprechbaren Experten gewusst und mit Blick auf die Situation vor Ort durchsucht, geordnet, aufbereitet und kommuniziert werden.

Wenn sich die Hochschulen dadurch, dass sie ein regionales Wissensmanagement aufbauen und unterhalten, zu Knotenpunkten der regionalen Wissensinfrastruktur entwickeln, wird es ihnen leichter fallen, ihre Unentbehrlichkeit nicht nur zu behaupten, sondern auch zu plausibilisieren.

## Ergebnisse

Regionales Wissensmanagement umfasst mehr als die Einrichtung von Technologietransferstellen und Forschungsdatenbanken. In der Realität handelt es sich bei den Technologietransferstellen eher um Informations-transfer- und Hochschulmarketing-Einrichtungen, denn die Angebote einer ganzen Hochschulen zu erklären und zu vermarkten muss die Teams der Transferstellen überfordern (Rosner/Weimann 2003: 153). Forschungsdatenbanken hingegen sind *Voraussetzungen* für Problemlösungen, aber noch nicht die Problemlösungen selbst.

Wenn die Hochschulen zu Schaltstellen für die Freisetzung regionaler

### Methodik

Unternommen wurde eine Metaauswertung von 68 Studien Evaluationen, Gutachten und Studien zu Hochschule-Region-Beziehungen, die von 2000 bis 2010 entstanden und sich auf einzelne Förderprojekte, Förderprogramme, Hochschulen oder Regionen bezogen

Entwicklungsdynamiken werden sollen, dann stellt sich die Frage: Wo ist der Schalter, dessen Bedienung der spezifischen Leistungsfähigkeit von Hochschulen am ehesten entspräche?

Hochschulen haben ihre Kernkompetenzen in der Aufbereitung, Erzeugung, Verwaltung und Vermittlung von Wissen. Insofern liegt hier eines nahe: Das Instrument, mit dem Hochschulen ihre regionalen Kontexte durch Nutzung eigener Kompetenzen gestalten können, ist der Aufbau und die Unterhaltung eines regional vernetzten Wissensmanagements. Dieses müsste dreierlei sicherzustellen:

- Erstens ist der Zugang zu dem in der Region – an verteilten Orten, in differenzierten Formaten und unterschiedlichem Besitz – vorhandenem Wissen niedrigschwellig zu ermöglichen – unmittelbar oder durch entsprechende Navigation.
- Derart soll zweitens eine solche Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von Wissen erreicht werden, die potenziell jeden Problemlösungsbedarf mit den regional vorhandenen problemlösungsbezogenen Wissensressourcen verbindet.
- Drittens müssen Wissensbedarfe, die regional nicht zu befriedigen sind, überregional weitervermittelt werden.

### **Handlungsoptionen**

Ein regional vernetztes Wissensmanagement muss Wissensbedarfe etwa bei der regionalen Wirtschaft, öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Einrichtungen *aktiv* identifizieren, statt allein passive Informationsangebote zu unterhalten. Insbesondere dann, wenn innovationsferne Branchen und Bereiche in Innovationsprozesse einbezogen werden sollen, ist ein solches Aktivwerden zwingende Voraussetzung.

Forschungsdatenbanken z.B. müssen um weitere datenbankbasierte Wissenssysteme ergänzt werden:

- Transferatlanten,
- Experten-Pools (unter Einbeziehung auch außerhochschulischer Experten) oder
- Verfügbarkeitskataloge zu Spezialgeräten und Laboren, die an Hochschulen existieren und auch von außerhochschulischen Partnern genutzt werden können, etwa für Rapid Prototyping.

Zu berücksichtigen sind die Größenordnungen in der jeweiligen regionalen Wirtschaftsstruktur. Wo diese gekennzeichnet ist durch kleinteilige KMU-Strukturen mit geringer Kapitalausstattung, dort erfolgt die Nach-

frage nach Wissens- und Technologietransfers oder Qualifizierung und Weiterbildung seltener aus eigener Initiative.

Ebenso geht es um die gleichfalls aktive Verknüpfung der hochschulischen Lehrangebote mit regionalen Wissensbedarfen:

- Weiterbildungsangebote zur innovationsorientierten Personalentwicklung in Unternehmen und öffentlichem Dienst, z.B. zur Stärkung der betriebswirtschaftlichen Kompetenz in technologieorientierten KMUs;
- Berücksichtigung der Bedürfnisse von KMUs bei der Studienreform – d.h. konkret vorrangig die Ausbildung von Generalisten statt (Nur-) Spezialisten, da kleine und mittlere Unternehmen auf Grund ihrer vergleichsweise kleinen Belegschaften besonders auf flexibel einsetzbares Personal angewiesen sind;
- duale Studiengänge;
- Kooperation bei Praktika und Studienabschlussarbeiten, usw.

Die Navigation durch die öffentlich finanzierten Wissensangebote sollte nicht den unter Wettbewerbsdruck stehenden privaten Unternehmen oder den personell angespannt arbeitenden Verwaltungen überantwortet werden. Erfolgversprechender dürfte es sein, wenn es im Sinne einer *One-Stop-Agency* eine definierte Ansprechstelle gibt:

■ Dort wird das Wissensproblem aufgenommen und ggf. gemeinsam eine Präzisierung des Anliegens vorgenommen.

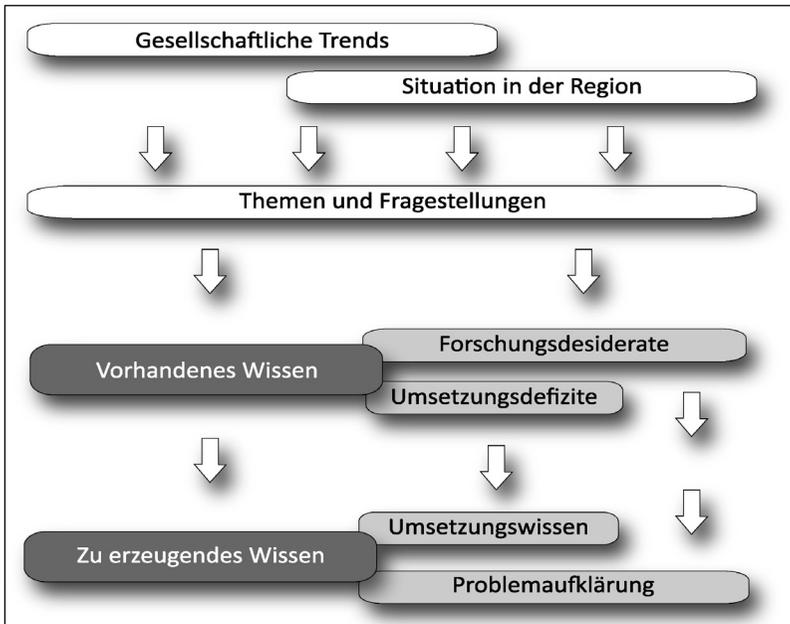
■ Von dort aus wird dieses Problem bearbeitet, wobei für den Anfragenden interne und externe Hochschul- oder sonstige Institutionengrenzen weitestgehend unsichtbar bleiben sollten.

■ Am Ende wird ein Problemlösungspaket präsentiert, das, soweit im konkreten Falle sachlich geboten, sämtliche Instrumentarien mobilisiert, die zur Verfügung stehen: Informationsrecherche, Erschließung bereits analysierter vergleichbarer Fälle, empirische Untersuchung, neu auszulösende FuE-Aktivitäten, Lehrforschungsprojekt, studentische Abschlussarbeit, Zugang zu technischem Equipment, Weiterbildung von Mitarbeitern, Vermittlung von Absolventen usw.

Ein solch komplexes Wissensmanagement wird sich ohne Beteiligung der regional vorhandenen Hochschulen kaum umsetzen lassen. Zu leisten ist ein doppelter Transfer: einerseits aus der Wissenschaft in Anwendungskontexte, andererseits aus der überregional verfügbaren Wissensbasis in Sachsen-Anhalt-Kontexte. Ein in die Region vernetztes Wissensmanagements hat drei Aufgaben zu erledigen:

- ungenutztes Wissen aktivieren,
- die Erzeugung noch nicht vorhandenen, aber benötigten Wissens anregen und
- Problemstellungen mit vorhandenem Problemlösungswissen zusammenführen. (Übersicht 31)

Übersicht 31: Wissensplattform für die Region: Arbeitsmodell



#### Literatur

Rosner, Ulf/Joachim Weimann (2003): Die ökonomischen Effekte der Hochschulausgaben des Landes Sachsen-Anhalt, Teil II: Fiskalische, Humankapital- und Kapazitätseffekte der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg und der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), unt. Mitarb. v. Renate Bendel, Hagen Findeis und Harald Simons, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Magdeburg.

#### Zum Weiterlesen:

☞ Peer Pasternack/Romy Höhne/Steffen Zierold: *Ein Jahrzehnt Hochschule-und-Region-Gutachten für den Aufbau Ost (2000–2010). Erträge einer Meta-Analyse*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2012. Auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_5\\_2012.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_5_2012.pdf)

☞ Peer Pasternack (Hg.): *Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potenziale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/Handreichungen/HoF-Handreichungen2.pdf>

# **Bildungspotenziale**

# Studienkapazitätsauslastung als Beitrag zur Regionalentwicklung

Thomas Erdmenger | Peer Pasternack

*Niedrigschwellige Hochschulbildungsangebote unterbreiten, indem heimatortnahe Studienmöglichkeiten eröffnet werden: Dies ist ein wesentlicher politischer Grund dafür, dass in Deutschland eine nahezu flächendeckende Versorgung mit Hochschulen realisiert wird. Auch in Sachsen-Anhalt steigern die vorgehaltenen Angebote regional die Neigungen in den nachwachsenden Generationen, ein Hochschulstudium aufzunehmen. Ebenso gilt: Der überwiegende Teil der Studierenden wird allerorten regional rekrutiert, und dieser Anteil ist in der Regel umso höher, je kleiner der Sitzort der jeweiligen Hochschule ist.*

Die Eingangsschnittstelle der Hochschulen baut auf den Vorleistungen des Schulsystems auf, das die bildungsbiografischen Eingangsvoraussetzungen der Studienanfänger/innen bestimmt. Das Schulsystem wiederum ist in hohem Maße von Bedingungen abhängig, die es nicht beeinflussen kann. Dazu zählt heute insbesondere der demografische Wandel.

## Ergebnisse

Schaut man auf die Entwicklung der Schülerschaft in den unterschiedlichen Schulformen, in denen eine Hochschulreife erworben werden kann, so zeigen sich sehr verschiedene Bilder in den westlichen und östlichen Flächenländern, und dort wiederum in Sachsen-Anhalt: Während die Anzahl der Schulabsolventen mit Fachhochschulreife im gesamten Bundesgebiet zwischen 2002 und 2010 zunahm (+11,4 %), wuchs die Zahl der Absolventen mit allgemeiner Hochschulreife nur in den westlichen Flächenländern (+34,8 %). Im Osten (-37,4 %) und in Sachsen-Anhalt (-51,3 %) war die Entwicklung dagegen rückläufig. (StatBA 2011: Tab 6.1.1–2010)

Die zurückgehenden Zahlen verweisen darauf, dass sich die Jahrgänge der Nachwachsenden in Sachsen-Anhalt deutlich reduzieren. Dies gilt

### Methodik

Im Rahmen einer Sekundärauswertung landes- und bundesstatistischer Daten wurden schul-, hochschul- und beschäftigungsrelevante Daten ins Verhältnis gesetzt und im Rahmen einer Meta-Analyse vorhandener wissenschaftlicher Studien mit qualitativen Befunden konfrontiert

für alle Städte. Zugleich streuen die Rückgänge der Absolventenzahlen allgemeinbildender Schulen von 2000/01 bis 2010/11 in den Städten zwischen –22 und –58 %. (Übersicht 32)

*Übersicht 32: Entwicklung der Schulabgänger/innen allgemeinbildender Schulen in Städten Sachsen-Anhalts*

Gemeinde	Schulabgänger/innen allgemeinbildender Schulen		
	2000/2001	2010/2011	Prozentuale Veränderung von 2000/01 zu 2010/11
Halle (Saale)	2.386	1.472	–38,3
Magdeburg	2.148	1.304	–39,3
Dessau-Roßlau	870	482	–44,6
Ha. Stendal	544	366	–32,7
Lu. Wittenberg	519	331	–36,2
Bitterfeld-Wolfen	661	327	–50,5
Naumburg (Saale)	411	321	–21,9
Halberstadt	508	307	–39,6
Bernburg (Saale)	485	263	–45,8
Weißenfels	559	247	–55,8
Aschersleben	351	229	–34,8
Köthen (Anhalt)	382	227	–40,6
Merseburg	440	226	–48,6
Quedlinburg	372	218	–41,4
Wanzleben-Börde	209	87	–58,4
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>28.061</b>	<b>13.809</b>	<b>–50,8</b>

Quellen: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; eigene Berechnungen

Die quantitativen Entwicklungen werden von sehr durchwachsenen qualitativen Entwicklungen begleitet:

- Nach dem „Deutschen Lernetlas“ erreicht die Qualität der Schulbildung in Sachsen-Anhalt den elften von 16 Plätzen.
- Hinsichtlich einzelner Testbereiche wie Lese- sowie mathematische und naturwissenschaftliche Kompetenzen erreichte Sachsen-Anhalt in den PISA-Tests (2006) schlechtere Platzierungen als die östlichen und westlichen Flächenländer.
- Gegenteilig verhielt es sich bei den IGLU- (2006) und IQB-Tests (2006, 2012). Dort nahm Sachsen-Anhalt obere Platzierungen ein.
- Hinsichtlich der Chancengerechtigkeit des Schulsystems belegt Sachsen-Anhalt im „Chancenspiegel“ (2012) in den Dimensionen Integra-

tionskraft, Durchlässigkeit sowie Zertifikatsvergabe Plätze in der unteren Gruppe.

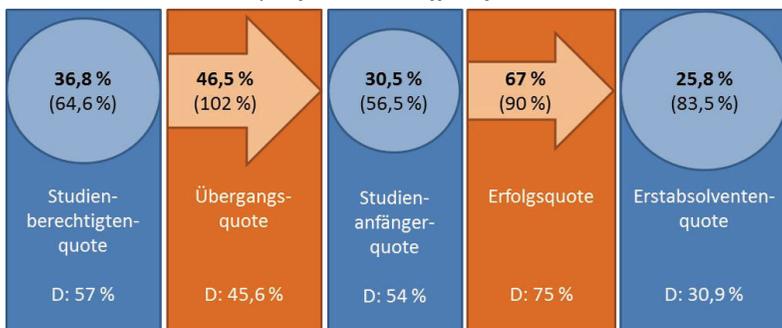
- Zur Spitzengruppe zählt Sachsen-Anhalt im „Chancenspiegel“ hingegen in der Dimension der Kompetenzförderung.

Von 2000 bis 2010 sank die Zahl der studienberechtigten Schulabgänger in Sachsen-Anhalt um 41 Prozent. Die Zahl der tatsächlichen Studienanfänger aus dem Lande selbst sank im gleichen Zeitraum um zwölf Prozent. (StatBA 2012: Tabellen 10.1, 11.1)

Vor diesen Hintergründen müssen die sachsen-anhaltischen Hochschulen ihre Studienkapazitätsauslastung organisieren. Dabei können sie wiederum an die Jahre seit 2000 anknüpfen: Trotz der reduzierten Jahrgänge einheimischer Nachwachsener gelang es nämlich, die Zahl der Hochschulabsolventen von 2000 bis 2011 in Sachsen-Anhalt um mehr als 130 Prozent zu steigern.

Zwar ist hier die Erhöhung der Abschlusszahlen durch die Bachelor-Master-Reform enthalten. Doch dies gilt bundesweit, und dort stieg im gleichen Zeitraum die Zahl der Abschlüsse nur um 80 Prozent. (StatBA 2012a: Tabellen 14, 18) Der Hauptgrund für den deutlichen Unterschied zwischen Bundesmittel und Sachsen-Anhalt ist, dass die LSA-Ergebnisse ausgehend von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau entstanden waren und zunächst eine Normalisierung auf das bundesdurchschnittliche Niveau herstellten. Aber sie zeigten zugleich: Durch aktive Anstrengungen sind die Hochschulen in der Lage, so etwas auch tatsächlich in überschaubaren Zeiträumen zu erreichen.

*Übersicht 33: Hochschulspezifische Kennziffern für Sachsen-Anhalt*



Werte für Sachsen-Anhalt: 2011. Werte in Klammern: Verhältnis zum Bundesdurchschnitt. Unten: Bundesdurchschnitt

Datenquelle: StatBA (2012b)

Die Studienkapazitäten auch langfristig auszulasten, liegt nicht nur im Eigeninteresse der Hochschulen, damit sie ihre Ausstattungen dauerhaft legitimieren können. Vielmehr wird mit dem Auslastungsziel auch eine der zentralen regionalen Funktionen der Hochschulen bedient. Dazu werden sich die Hochschulen in den demografisch schrumpfenden Regionen nicht allein auf die ‚natürliche‘ Nachfrage verlassen können. Vielmehr werden sie aktive Strategien der Kapazitätsauslastung verfolgen müssen.

### **Handlungsoptionen**

Zahlreiche Hochschulen haben auch schon entsprechende Maßnahmen ergriffen. Diese können nachgenutzt werden. Insgesamt bestehen Handlungsmöglichkeiten und -notwendigkeiten in folgenden Maßnahmengruppen:

- Die individuellen Bildungswegentscheidungen werden vor allem auf Grund der Prognose getroffen, welche *beruflichen Chancen* sich mit dem jeweiligen Abschluss eröffnen. Daher sind aktiv kommunizierte Signale zu den regionalen Zukunftschancen notwendig. Auf Grund des demografischen Wandels und des Generationsübergangs in den Beschäftigungsstellen kann bereits heute den Studienanfängern zahlreicher Studiengänge eine faktische Arbeitsplatzgarantie in der Region für die Zeit nach ihrem Studienabschluss gegeben werden.
- Sicherzustellen ist, dass möglichst *breitgefächerte Fächerangebote* regional verfügbar sind, um möglichst jedes individuelle Fachstudieninteresse in der Region bedienen zu können. Es sollten daher nicht ausgerechnet solche Studienangebote reduziert oder gar geschlossen werden, die regional nur einmal verfügbar sind. In Regionengrenznähe kann und sollte dabei das jeweilige Hochschulangebot in der Nachbarregion in die Betrachtungen mit einbezogen werden.
- Die *Durchlässigkeit* zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung kann verbessert sowie die zwischen Bachelor und Master weit offen gehalten werden. Beides signalisiert: An den Hochschulen wird Wert darauf gelegt, dass jeder seine individuellen Talente ausschöpfen kann und dabei keine künstlichen Barrieren im Wege stehen. Hier dürfte gelten: Wer sich in Sachen Durchlässigkeit an die Spitze setzt, kann Innovationsgewinne einfahren. Wer darauf verzichtet, wird um die Sache selbst – etwas später – nicht herum kommen, dann allerdings keinen Wettbewerbsvorteil mehr daraus ziehen können.

- Zur Verfestigung einer Erhöhung des *Anteils ausländischer Studierender* muss vor allem das Risiko ausländerfeindlicher Übergriffe, im weiteren auch die Fremdenfeindlichkeit im Alltag eingedämmt werden.

#### *Literatur*

Chancenspiegel (2012): Zur Chancengerechtigkeit und Leistungsfähigkeit der deutschen Schulsysteme. Zusammenfassung zentraler Befunde, Bertelsmann Stiftung/Institut für Schulentwicklung, Gütersloh; URL <http://goo.gl/IgErN> (4.11.2012).

Deutscher Lernatlas online (2011): [www.deutscher-lernatlas.de](http://www.deutscher-lernatlas.de) (20.11.2012).

StatBA, Statistisches Bundesamt (2011): Allgemeinbildende Schulen. Fachserie 11 Reihe 1. Schuljahr 2010/11, Wiesbaden; URL <http://goo.gl/hn1i8> (11.10.2012).

StatBA, Statistisches Bundesamt (2012): Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980–2010. Fachserie 11 Reihe 4.3.1., Wiesbaden; URL <http://bit.ly/TefwmB> (22.11.2012).

StatBA, Statistisches Bundesamt (2012a): Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980–2011. Fachserie 11 Reihe 4.3.1., Wiesbaden; URL <http://goo.gl/tBi6M> (22.11.2012).

Statistisches Bundesamt (2012b): Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen. Bildung und Kultur, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/KennzahlenNichtmonetaer2110431067004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/KennzahlenNichtmonetaer2110431067004.pdf?__blob=publicationFile) (11.2.2013).

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack/Thomas Erdmenger: *Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt*, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011; auch unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW\\_Arbeitsberichte\\_2\\_2011.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW_Arbeitsberichte_2_2011.pdf)

☞ Thomas Erdmenger/Peer Pasternack: *Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_2\\_2013.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2013.pdf)

# Systematisch unzutreffend und dennoch unverzichtbar

## Die Prognosen der regionalen Studiennachfrage

Peer Pasternack | Sarah Schmid

*Prognosen der Studienanfängerzahlen sind dann heikle Instrumente, wenn sie nicht angemessen eingeordnet und interpretiert werden. Hierbei ist in Rechnung zu stellen, dass Prognosen systematisch unzutreffend sind. Das heißt, sie werden praktisch immer durch die Realentwicklungen dementiert: Die prognostizierten Werte werden entweder unter- oder überschritten. Das spricht nicht gegen die Prognosen. Es ist vielmehr Ausdruck der Dynamik sozialer Entwicklungen, und es ist Folge von Aktivitäten, die ohne die Prognosen nicht unternommen worden wären.*

In den demografisch herausgeforderten Regionen Ostdeutschlands reduzieren sich die Geburtenjahrgänge seit 1990 bis 2020 auf etwa die Hälfte der Ursprungsgröße. Entsprechend kleiner sind dann auch die Altersjahrgänge derjenigen, die das typische Studienaufnahmealter erreichen. Dementsprechend werden, beginnend ab 2015, auch geringere Studienanfängerzahlen vorhergesagt (vgl. KMK 2012; CHE 2012, aber auch CHE 2013).

Zugleich ist die Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Deutschland in den letzten Jahrzehnten von keiner Vorausberechnung auch nur annähernd zutreffend antizipiert worden. Vielmehr waren die Prognosezahlen beständig nach oben zu korrigieren. Dafür wiederum gibt es Gründe. Wie ergeben sich die Differenzen bei den Vorhersagen von Studienanfängerzahlen, und wie aussagekräftig sind vor diesem Hintergrund die Prognosen?

### Ergebnisse

Abweichungen der Modellrechnungen zu den realen Zahlen entstehen zum einen durch die Methodik der Vorausberechnungen. Zum anderen beruhen Prognosen auf Fortschrei-

#### Methodik

Es wurden die diversen Prognosen der Studiennachfrage der letzten fünf Jahre miteinander verglichen und zu den Realentwicklungen ins Verhältnis gesetzt. Auf dieser Grundlage konnten die Prognosemethodiken daraufhin geprüft werden, welche real wirksamen Einflussfaktoren sie nicht einbeziehen (können), so dass die Realabweichungen von den Prognosen erklärbar werden

bungen vergangener Entwicklungen und können Unvorhersehbarkeiten der Zukunft systematisch nicht berücksichtigen. Sozialwissenschaftliche Prognosen, die sich auf künftiges Verhalten von Menschen beziehen, sind immer unsicherheitsbehaftet.

Kurz: Die Studienanfängerprognosen können aus methodischen Gründen zentrale Chancen und Risiken, die sich erst in der Zukunft realisieren, nicht abbilden. Deren wichtigste sind im Falle Sachsen-Anhalt:

■ Derzeit können die Hochschulen hohe Zuwanderungen aus westlichen Bundesländern realisieren. Hier kann eine wieder zurückgehende West-Ost-Wanderung eintreten, sobald sich die Studienplatzverfügbarkeit in westdeutschen Regionen etwas entspannt: Die aktuellen Überlaufteffekte von West nach Ost schmelzen dann ab. Denn traditionell beginnt die weit überwiegende Mehrheit aller deutschen Studienanfänger/innen, ca. 75 Prozent, ihr Studium im 100-Kilometer-Umkreis ihres Heimatortes.

■ Die insgesamt geringer werdende Anzahl der Nachwachsenden lässt erwarten, dass es zu einer verschärften Konkurrenz zwischen dem berufsbildenden Sektor und der Hochschulbildung kommt: Es gibt entsprechende Bedarfe bei den Beschäftigten, und auch die Einrichtungen des berufsbildenden Sektors haben ein organisationales Bestandserhaltungsinteresse. Folglich kommt es im berufsbildenden Bereich zu verstärkten Werbeanstrengungen.

■ Die mittelfristigen Effekte der gestuften Studienstruktur sind unklar. In Betracht gezogen werden müssen zwei Möglichkeiten, die sich ggf. negativ auf die Zahl der Studierenden auswirken: (a) der Bachelor-Abschluss wird überwiegend genutzt als Ausstiegsoption aus dem Studium bzw. Einstiegsoption in den Beruf, und zwar ohne eine spätere Rückkehr an die Hochschule, um ein Master-Programm zu absolvieren; (b) die Bachelor/Master-Schwelle wird zum willkommenen Anlass für einen Ortswechsel in ein anderes Bundesland.

■ Ebenso unsicher ist, wieweit es gelingt, die an der Bachelor/Master-Schwelle Weggehenden zu ersetzen durch externe Neuzugänge in sachsen-anhaltische Master-Programme. Diese Unsicherheit stiege in dem Maße, wie es nicht gelänge, Hochschullehrer/innen, die auf Studierende magnetisch wirken, zu verpflichten oder aber zu halten – etwa weil ihnen keine entsprechenden Ausstattungen offeriert werden können.

■ Eine Unklarheit besteht schließlich darin, wieweit es gelingen wird, die heute gegebene hochschulische Fächervielfalt in den verschiedenen Regionen aufrecht zu erhalten. Aus einer Reduzierung der heute vergleichsweisen breiten Angebote können sich Risiken für die Studieren-

denzahlen ergeben: Empirisch nachgewiesen ist ein Zusammenhang zwischen räumlicher Nähe zu präferierten Fächerangeboten und der individuellen Neigung, ein Studium aufzunehmen.

In den letzten Jahren hat es aber aktive Bemühungen um die Steigerung der Studierendenzahlen gegeben, die nicht ohne Effekte geblieben sind. Das betrifft insbesondere die Sicherung der Aufnahmekapazitäten der Hochschulen durch den Hochschulpakt 2020 und die Anstrengungen der Hochschulen, die Nachfrage nach Studienplätzen auch unter Inkaufnahme von Überlast zu bedienen. So konnte das Zuwanderungsverhalten, politisch motiviert und durch Kampagnen wie „Studieren in Fernost“ gefördert, beeinflusst werden.

Zugleich sind die Voraussetzungen für eine aktive Beeinflussung der Kapazitätsauslastung auch künftig gegeben: Der Umfang der relevanten Altersjahrgänge nimmt in Sachsen-Anhalt seit 2011 und bis zumindest 2025 moderat zu. Er wird 2025 mit über 17.000 knapp 5.000 junge Erwachsene mehr umfassen als 2012 (13.262) (KMK 2013: Tabellenwerk).

Auch unterscheidet sich Sachsen-Anhalt beim Übergang studienberechtigter Schulabgänger/innen in das Hochschulstudium nicht mehr vom Bundeswert. Unter den studienberechtigten sachsen-anhaltischen Schulabsolventen des Jahres 2011 begannen 46,5 Prozent im selben Jahr ein Hochschulstudium (Deutschland: 45,6 %). (StatBA 2012: 170, 180)

Die dennoch geringe Binnennachfrage nach Studienplätzen ist mit der deutlich unterdurchschnittlichen Studienberechtigtenquote im Land zu erklären. Wüchse jedoch der Anteil studienberechtigter Schulabgänger/innen ebenfalls moderat, so könnten die demografisch bedingten Verminderungen der Alterskohorten über einen längeren Zeitraum durchaus kompensiert werden (CHE 2013).

Ebenso stellt der Umstand, dass 2010 immer noch 46 Prozent der Studienberechtigten aus Sachsen-Anhalt, die ein Studium aufnahmen, aus diesem Anlass das Land verließen, einen Ansatzpunkt für aktive Beeinflussungen dar: Eine erhöhte Bindungswirkung der Hochschulen und des Landes insgesamt könnte die Zahl derjenigen, die sich für ein Studium in Sachsen-Anhalt interessieren, steigern. In jüngerer Zeit wächst die Bindungsquote Sachsens-Anhalts um jährlich nur zwei Prozentpunkte.

Wie sich sowohl in der Beschreibung der Prognoserisiken als auch in der Realentwicklung der jüngsten Vergangenheit zeigt, sind aktive Beeinflussungen der Hochschulkapazitätsauslastungen möglich. Dies ist auch eine wesentliche Funktion von Prognosen: Sie zeigen an, was voraussichtlich passieren wird, wenn die Dinge weiter so laufen, wie sie bisher gelaufen

sind. Sie machen damit auch darauf aufmerksam, wo ggf. Handlungsbedarfe bestehen. Insofern lässt sich auch sagen: Zeigt eine Prognose kritische Entwicklungen an, denen auf Grund der Kenntnis der Prognose durch aktives Handeln entgegengearbeitet wird, dann liegt der Erfolg dieser Prognose gerade darin, dass die vorhergesagten Entwicklungen so *nicht* eintreten.

Fazit: Unter Berücksichtigung der Herausforderungen des demografischen Wandels bestünde die angemessene Antwort in Sachsen-Anhalt weniger in einer restriktiven Hochschul- als vielmehr einer expansiven Bildungspolitik.

#### *Literatur*

CHE, Centrum für Hochschulentwicklung Gütersloh (2012): Modellrechnungen zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Deutschland, Gütersloh; URL [www.che.de/downloads/CHE\\_AP152\\_Studienanfaengerprognose.pdf](http://www.che.de/downloads/CHE_AP152_Studienanfaengerprognose.pdf) (23.6.2013).

CHE Consult, Centrum für Hochschulentwicklung Consult Gütersloh (2013): Zur Entwicklung der Studiennachfrage an Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt, Bericht 18. Juni 2013; [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW\\_Arbeitsberichte\\_2\\_2013.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW_Arbeitsberichte_2_2013.pdf) (2.7.2013).

KMK, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2012): Vorausberechnung der Studienanfängerzahlen 2012-2025. Erläuterungen der Datenbasis und des Berechnungsverfahrens; URL [http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/KomStat/Dok\\_197\\_Vorausberechnung.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/KomStat/Dok_197_Vorausberechnung.pdf) (17.6.2013).

KMK, Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2013): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2012-2025, Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz; URL [http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Dokumentation\\_Nr.\\_200.pdf](http://www.kmk.org/fileadmin/pdf/Statistik/Dokumentation_Nr._200.pdf) (5.7.2013); Tabellenwerk: [www.kmk.org/fileadmin/xls/Statistik/SP2011\\_Tabellenwerk.xls](http://www.kmk.org/fileadmin/xls/Statistik/SP2011_Tabellenwerk.xls) (7.8.2013).

StatBA, Statistisches Bundesamt (2012): Nichtmonetäre hochschulstatistische Kennzahlen 1980-2011. Bildung und Kultur, Fachserie 11 Reihe 4.3.1, Wiesbaden; [https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/KennzahlenNichtmonetaer2110431117004.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/BildungForschungKultur/Hochschulen/KennzahlenNichtmonetaer2110431117004.pdf?__blob=publicationFile) (6.8.2013).

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Sarah Schmid/Peer Pasternack: *Systematisch unzutreffend und dennoch unverzichtbar. Die Prognosen der regionalen Studiennachfrage*, in: Peer Pasternack (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschule & Bildung in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, S. 413-442

# Mit Vielfalt rechnen

## Der Umgang mit studentischer Heterogenität in MINT-Studiengängen

Susen Seidel | Franziska Wielepp

*Der demografische Wandel wird auch eine fassettenreichere Studierendenschaft bewirken, die sich bezogen auf individuelle Vorbildung, Herkunft und Lebenssituation, aber auch hinsichtlich der Lernerpersönlichkeiten unterscheidet. Doch bereits heute kann für Lehrende der fokussierte Blick auf die Unterschiedlichkeiten ihrer Klientel hilfreich sein. Mit Studierenden aus hochschulfernem Elternhaus und ausländischen Studierenden lassen sich zwei Gruppen identifizieren, deren besondere Berücksichtigung auch rein zahlenmäßig sinnvoll scheint.*

Reduzierte Altersjahrgänge und gleichzeitig erheblicher Fachkräftebedarf erzwingen es, dass auch solche jungen Menschen an ein Hochschulstudium herangeführt werden, die für ihre individuelle Qualifizierung bisher eher nichtakademische Optionen präferiert hätten. Daraus folgt: Die Heterogenität der Studierenden wird deutlich zunehmen.

Unter dem Stichwort „heterogene Studierendenschaft“ werden oft nur Studierende thematisiert, deren Studierfähigkeit in Frage gestellt wird oder deren vorhandene Defizite ausgeglichen werden sollen. Der dem zugrundeliegende Begabungsbegriff spricht zirka einem Drittel der Studierenden die Studierfähigkeit ab, weil anlagebedingt kognitive Schwächen vorlägen. Das konnte allerdings bislang empirisch nicht bestätigt werden. Die Charakterisierung ‚heterogen‘ wird daher häufig mit dem Wunsch verbunden, die heterogene Studierendenschaft zu vereinheitlichen.

Im hier relevanten Zusammenhang bezeichnet Heterogenität die Unterschiedlichkeit innerhalb der Studierendenschaft hinsichtlich der Merkmale, die als lernrelevant eingeschätzt werden. Das sind beispielsweise Intelligenz und Begabung, Vorwissen, aber auch die eigene Lernorganisation sowie Motivation und Interesse am Fach. Diese Unterschiedlichkeit hat Einfluss auf Lern- und Studienprozesse.

### **Methodik**

Erfasst, systematisiert und ausgewertet wurden die Heterogenitätssituation in der sachsen-anhaltischen Studierendenschaft sowie die heterogenitätsbearbeitenden Aktivitäten an den Hochschulen des Landes, insbesondere Mathematik-Brückenkurse. Diese wurden dann ins Verhältnis gesetzt zum empirischen Forschungsstand hinsichtlich heterogenitätsgerechter Gestaltung von Studienprozessen und Lehr-Lern-Situationen

## Ergebnisse

Besonders relevant ist zunächst die Frage, wie viele Studierende sich eigentlich von ‚dem Regelfall‘ unterscheiden. Die Regelfallerwartung bezieht sich auf einen vorgestellten ‚Normalstudierenden‘: Dieser ist circa 25 Jahre alt, ledig und kinderlos, hat keinen hochschulfernen Hintergrund, ist Inländer/in ohne Migrationshintergrund und hat eine Hochschulzugangsberechtigung auf dem ersten Bildungsweg erworben. Er/sie studiert Vollzeit und weist keine gesundheitliche Beeinträchtigung auf. Idealerweise werden die studiennotwendigen Verhaltensweisen, Vorkenntnisse und Einstellungen mitgebracht, und die Integration innerhalb der Hochschule funktioniert gut.

Allerdings: Tatsächlich unterscheidet sich beinahe jede/r zweite Studierende von dieser Vorstellung. Übersicht 34 verdeutlicht dies für die Fächergruppe der Ingenieurwissenschaften. In dieser studiert jede/r fünfte sachsen-anhaltische Studierende, insgesamt knapp 11.100 (Wintersemester 2011/2012).

In den MINT-Fächern ist ein Studienabbruch aufgrund fachlicher Überforderungen am häufigsten: Studienabbrechende der Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften sowie Ingenieurwissenschaften sind am ehesten vom fachlichen Niveau ihres Studiums überfordert. Die sachsen-anhaltische Erfolgsquote dieser Fächergruppe liegt über die Hochschularten hinweg zehn Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Durchschnitt.

Unter den Gruppen mit besonderem Unterstützungsbedarf sollten insbesondere zwei eine erhöhte Aufmerksamkeit erfahren:

1. Studierende aus hochschulfernem Elternhaus, die zugleich häufig regional verankert sind, also aus Sachsen-Anhalt stammen;
2. ausländische Studierende, deren Anteil fächerübergreifend in Sachsen-Anhalt bei 10,2 Prozent liegt; in den Ingenieurwissenschaften sind es 13,5 Prozent.

Die schichtspezifische Sozialisationsforschung geht davon aus, dass der soziale Status von den Eltern auf die Kinder durch verschiedene Erziehungspraktiken, durch berufliche Erfahrung und Bildung geprägt und weitergegeben wird. So wird der Herkunft zugeschrieben, dass hochschulfern sozialisierte junge Erwachsene größere Anpassungsleistungen an die habituell fremde akademische Welt zu erbringen haben oder dass sie geringe Selbstwirksamkeitseinschätzungen vornehmen.

In diesem Zusammenhang ist auch relevant, dass ein erheblicher Teil dieser Studierenden häufiger in regionaler Nähe des Herkunftsortes studiert und bei den Eltern wohnt. Demzufolge ist davon auszugehen, dass

*Übersicht 34: Heterogenität in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen in Sachsen-Anhalt in Prozentzahlen (Isa=Sachsen-Anhalt, b=bundesweit)*

20% der Studierenden in Ingenieurstudiengängen sind **weiblich**. (Isa)

Die Mehrzahl der Studierenden ist **21 Jahre** alt. Die Altersspanne liegt dabei zwischen 16 und 39 Jahren im Erststudium. (Isa)

Nach bundesweiten Zahlen kann davon ausgegangen werden, dass 13 % der Ingenieursstudierenden bereits einen **Studiengangswechsel** vollzogen haben. (b)

Knapp die Hälfte der Studierenden kommt aus **Sachsen-Anhalt**. (Isa)

Annähernd 1.500 **internationale Studierende** verzeichnet diese Fächergruppe, dies entspricht einem Anteil von 13,5 %. (Isa)

Etwa die Hälfte der Studierenden kommt aus einem **hochschulfernen** Elternhaus. Dabei ist der Anteil dieser an Fachhochschulen höher als an den Universitäten. (b)

Laut Sozialerhebung sind 19 % der Studierenden **gesundheitlich beeinträchtigt**. (b)

7 % der Studierenden geben an, dass sich eine gesundheitliche Beeinträchtigung **studienschwerend** auswirkt. Diese Beeinträchtigungen sind eher selten sichtbar. (b)

Ungefähr 30 % der Ingenieurstudierenden **leben bei den Eltern**. (b)

In **Studentenwohnheimen** kommen circa 12 % aller Studierenden unter. (b)

Über 60 % der Studierenden sind **erwerbstätig**. Dabei sind mehr als die Hälfte davon laufend erwerbstätig. (b)

Circa 17 % der Studierenden dieser Fächergruppe **finanzieren ihr Studium** hauptsächlich durch eigenen Verdienst. (b)

Knapp 3 % der Studierenden der Ingenieurwissenschaften haben ein oder mehrere **Kinder**. (b)

Ungefähr 3 % der gesamten Studierendenschaft **pfliegen** einen Angehörigen. (b)

9 % der Studierenden ingenieurwissenschaftlicher Fächer absolviert im Erststudium einen **Auslandaufenthalt** von mind. mehreren Wochen. (b)

79 % der Ingenieurstudierenden in Sachsen-Anhalt beenden das Studium erfolgreich. Die **Erfolgsquoten** an Fachhochschulen und Universitäten fallen unterschiedlich aus. (Isa)

sie zum Hochschulstandort pendeln, wodurch der Zugang zu (informellen) studentischen Netzwerken erschwert wird, wie auch die Integration in Hochschule und Fachbereich.

Studierende mit hochschulfernem Hintergrund geben häufig an, dass sie besonders mit den Randbedingungen des Studierens Probleme haben. Dadurch ist es für sie schwieriger, vorhandene Leistungsfähigkeiten zu entwickeln, abzurufen und zu präsentieren. Die Integration innerhalb der Hochschule, Transparenz in der Studienstruktur, Sicherheit bezüglich der Studienfinanzierung und die Berufsaussichten sind für diese Studierendengruppe von großer Bedeutung. Innerhalb der Lehrveranstaltungen sind für sie besonders Methoden mit praktischem Bezug hilfreich.

Die Studierenden mit ausländischer Hochschulzugangsberechtigung, die zum Studieren nach Deutschland kommen, stammen zum größten Teil aus Akademikerfamilien (87 %). Sie verfügen zudem durchschnittlich über eine bessere Note der Hochschulzugangsberechtigung als deutsche Studierende. Trotz dieser guten Voraussetzungen liegt ihre Studienabbruchsquote laut HIS bei 46 Prozent.

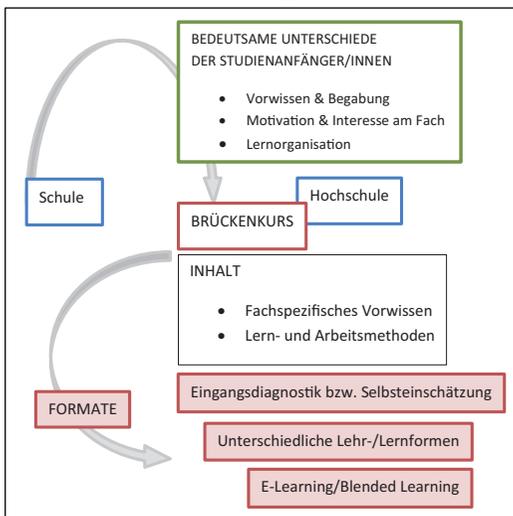
Ein Weg, die heterogenen Eingangsvoraussetzungen aktiv zu bearbeiten, wird (auch) in Sachsen-Anhalt in Vor- und Brückenkursen gesehen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen hierbei Mathematik-Kurse für Studienanfänger/innen in den MINT-Fächern sowie in den Wirtschaftswissenschaften. Im Wintersemester 2013/2014 wurden in Sachsen-Anhalt insgesamt vierzehn solcher Kurse in verschiedenen Fachbereichen angeboten. Hochschullehrenden fällt dabei zumeist das Fehlen von fachspezifischem Vorwissen bzw. Basiskompetenzen auf. Brückenkurse sind in diesem Sinne dazu gedacht, das Vorwissen an die Studierenderfordernisse anzugleichen.

Typischerweise setzen sich diese Brückenkurse aus vormittäglichen Vorlesungen sowie betreuten Übungen oder Tutorien am Nachmittag zusammen. Inhaltlich steht in den fünf- bis zehntägigen Kursen meist das Wiederholen elementarer Rechentechniken im Vordergrund. Dies wird aus mathematikdidaktischer Sicht als problematisch angesehen, da Basiskompetenzen kontinuierlich und über einen langen Zeitraum geübt werden müssen. Ein Thematisieren in geraffter Form kann dagegen nur kurzfristige Effekte haben.

## **Handlungsoptionen**

Ein herausragender Verantwortungsbereich der Hochschulen besteht bereits in den Zulassungsregelungen und der Vorbereitung auf das Studium. Für die Eingangsphase sind Eingangsdiagnosen und Fördermaßnahmen

### Übersicht 35: Studentische Heterogenität in Brückenkursen berücksichtigen



für leistungsgefährdete Studierende besonders sinnvoll. Ein gängiges Förderformat sind hier die mathematischen Brückenkurse.

Um Frustrationserlebnisse auf Seiten der Lehrenden wie der Studierenden zu vermeiden, kann in diesen Kursen zweierlei hilfreich sein: zum einen die Zielsetzung der Brückenkurse überprüfen und zum anderen den Studierenden auch mathematische

Lern- und Arbeitsmethoden näherzubringen, um auf den universitären Alltag vorzubereiten. Dies erscheint besonders vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Vorerfahrungen mit wissenschaftlichem Arbeiten notwendig. Es zielt auf eine stärkere Kompetenzorientierung. Kompetenzorientierte Brückenkurse können unterstützen, indem sie mit Hilfe ausgewählter fachlicher Inhalte Methoden der Selbstorganisation explizit vermitteln.

Sowohl für Studierende aus hochschulfernen Elternhäusern als auch für ausländische Studierende ist die Integration in Hochschule, Fakultät und innerhalb der Fachkultur entscheidend. Dafür ist es hilfreich, Bindungen an den Hochschulstandort und in studentische Netzwerkwerke herzustellen. Die Integration in die Fachkultur wird erleichtert, wenn es gelingt, eine Fachidentität aufzubauen. Hierzu bedarf es einer Stärkung (fach-)sprachlicher Kompetenzen, der differenzierenden Berücksichtigung von Vorwissen und Lernpräferenzen, z.B. über die Visualisierung des Lehrstoffes, sowie Transparenz bezüglich (prüfungsrelevanter) Anforderungen.

Daneben haben sich einige Faktoren herausgestellt, die – z.B. in Brückenkurs-Angebote eingebaut – erfolgreich auf die Lernendenheterogenität Bezug nehmen:

■ *Unterschiedliche Lehr-Lernformen*: Heterogenität besonders von Studierendengruppen innerhalb einer Lehrveranstaltung wird von den Lehrenden in der Regel als Problem wahrgenommen. Im Kontrast dazu findet sich in der Didaktik auch die Position, dass sich aus der Heterogenität von Lerngruppen didaktische Funken schlagen lassen können. So wird z.B. im Mathe0-Kurs an der HS Emden-Leer die Heterogenität der Teilnehmenden nicht nur defizitorientiert betrachtet, sondern gezielt in Lehr-Lern-Formen wie paarweises Bearbeiten eines Arbeitsblattes einbezogen. Eine heterogenitätsgerechte Lehre beinhaltet darüber hinaus angepasste Lernaufgaben sowie den Wechsel von angeleitetem und selbstgesteuertem Lernen.

■ *Instrumente zur Eingangsdagnostik bzw. Selbsteinschätzung*: Einige der bundesweit bestehenden Vorkursmodelle arbeiten mit vorgeschalteten Diagnostikinstrumenten. Dies kann zum einen den Hochschullehrenden einen Eindruck über den tatsächlichen Leistungsstand der Brückenkurs teilnehmenden geben. Das wiederum erlaubt eine entsprechende Aufteilung der Leistungsniveaus etwa in Übungsgruppen bzw. Tutorien. Zum anderen hilft es den Studierenden, ihre Leistungen richtig einzuschätzen. Erfahrungsgemäß herrscht häufig ein zu positives Selbstbild vor. Die Universität Magdeburg bietet seit Wintersemester 2013/2014 einen freiwilligen Selbsteinschätzungstest mit Empfehlungsfunktion zur Einordnung in die Vorkurse an.

■ *E-Learning / Blended Learning*: Mit onlinegestützten Angeboten können Selbsteinschätzungsverfahren unterstützt werden. Zudem erlauben sie ein selbstbestimmtes Studium im eigenen Tempo und können auch bei großen Teilnehmerzahlen Individualisierung schaffen. Mit Hilfe virtueller Kurse können Lernstrategien und solcher Lernstoff, der eine Präsenzveranstaltung überlasten würde, geübt werden.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Franziska Wielepp: *Heterogenität. Herausforderung der Hochschulbildung im demografischen Wandel*, in: Peer Pasternack (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, S. 363-387; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/14\\_Wielepp\\_Sammelband.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/14_Wielepp_Sammelband.pdf)

☞ Franziska Wielepp: *Studentische Heterogenität. Unterschiede zwischen Studierenden: verstehen, einordnen, beziehen. Fächergruppe Ingenieurwissenschaften*, Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2013; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Broschuere\\_StudHet\\_Ing.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Broschuere_StudHet_Ing.pdf)

☞ Andrea Hoffkamp/Ulrich Kortenkamp/Susen Seidel: *Vorschläge zur didaktisch-methodischen Ausgestaltung von mathematischen Brückenkursen*. Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2013; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Broschuere\\_Mathe\\_kurz.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Broschuere_Mathe_kurz.pdf)

# Studienerfolg besser messen

## Hochschul- und fächerspezifische Studienerfolgsquoten in Sachsen-Anhalt

Justus Henke

*Die diversen statistischen Berichterstattungen über das Studienabbruchgeschehen enthalten keine Abbruchquoten für die einzelnen Hochschulen oder für Fächergruppen auf Landesebene. Erstmals wurde daher ein entsprechendes Berechnungsmodell entwickelt und angewandt, um für die sachsen-anhaltischen Hochschulen hochschul- und fächergruppenspezifische Studienerfolgsquoten zu ermitteln.*

Bei der Erhebung von Studienerfolg und -abbruch sind einige Schwierigkeiten zu bewältigen: Durch die amtliche Statistik werden keine individuellen Studienverläufe erfasst (sondern die Zahlen der Immatrikulierten an den Hochschulen, die Exmatrikuliertezahlen und Daten zu den Abschlussprüfungen). Zugleich variieren Studierendenzahlen und die individuelle Studiendauer, wechseln einige Studenten die Hochschule oder unterbrechen ihr Studium. Deshalb errechnen die diversen regelmäßigen Berichterstattungen über das Studienabbruchgeschehen keine Abbruchquoten für die einzelnen Hochschulen oder für Fächergruppen auf Landesebene.

Da aber deutliche Unterschiede im Abbruchverhalten verschiedener Fächergruppen und Hochschularten bestehen, bedarf es deren Kenntnis für eine angemessene Einschätzung von Erfolgs- und Abbruchquoten. Diese können indes nicht ohne die jeweiligen Kontexte gelesen werden. Die Gründe und Ursachen sind jedenfalls zu komplex, um einfache Zusammenhänge mit der Leistung der jeweiligen Hochschule anzunehmen.

### Ergebnisse: Berechnungsmodell

Studienerfolgsquoten werden vom Statistischen Bundesamt als Landesgesamtwerte veröffentlicht. Für die einzelnen Hochschulen bzw. nach Fächergruppen der einzelnen Hochschulen differenziert liegen diese jedoch nicht vor. Darüber hinaus gibt

#### Methodik

Es wurden Sekundärauswertungen der Daten des Statistischen Bundesamtes unternommen und mit den Hochschulstatistiken des Landes Sachsen-Anhalt verknüpft. Zudem wurde ein Berechnungsmodell entwickelt, mit dem sich erstmals hochschulspezifische Studienerfolgsquoten ermitteln lassen

es auf Bundesebene aggregierte fächergruppenspezifische Erfolgsquoten, differenziert nach Hochschularten. Hier stellt sich für regionalisierte Auswertungen die Aufgabe, den Erfolg auf der Ebene einzelner Hochschulen und deren Fächergruppen zu differenzieren. Dafür bedarf es einer entsprechenden Berechnungsmethode.

Auf der Grundlage der Basiszahlen des Statistischen Bundesamtes ist ein entsprechendes Berechnungsmodell entwickelt worden. Mit diesem können – unter Hinzunahme von weiteren Hochschulkennzahlen – mittels Regressionsanalyse und den hieraus gewonnenen Koeffizienten hochschulspezifische Erfolgsquoten berechnet werden. Mathematisch handelt es sich dabei um Näherungswerte. Auf diesem Wege lassen sich erstmals hochschul- und fächergruppenspezifische Studienerfolgsquoten ermitteln, hier für Sachsen-Anhalt.

Zwei Datensätze werden dafür benötigt: Zum einen ist ein Länderdatensatz zu erstellen, der Erfolgsquoten der Bundesländer und hierzu korrespondierende Hochschulstatistiken (Berichtsjahr, Studierende, Studienanfänger, Absolventen) abbildet. Damit können Unterschiede Sachsen-Anhalts gegenüber anderen Bundesländern ermittelt werden, was für spätere Anpassungen des Modells notwendig ist. Zum anderen wird ein Fächerdatensatz erstellt mit Erfolgsquoten nach Fächergruppen und Hochschulart differenziert und ergänzt um die zuvor erwähnten Hochschulstatistiken (Übersicht 36):

■ *Schritt 1 – Korrelationen:* Für den Länderdatensatz ergeben sich signifikante Korrelationen für die Relationen Absolventen je Studienanfänger, Absolventen je Studierenden sowie Studienanfänger je Studierenden. Für den Fächergruppensatz sind diese Relationen mit Ausnahme von Studienanfänger je Studierenden signifikant. Außerdem weisen die einzelnen Kennzahlen (d.h. Studierende, Studienanfänger und Absolventen) zusätzlich signifikante Korrelationen auf. Das Merkmal Jahr korreliert in keinem der beiden Datensätze mit den Erfolgsquoten, d.h. es gibt keinen stabilen Zeittrend in den Daten. Für die Regressionsmodelle werden auch Merkmale getestet, die hier noch keine signifikante Korrelation aufweisen.

■ *Schritt 2 – Korrekturwert für Land Sachsen-Anhalt:* Die aus der Korrelationsanalyse isolierten drei Merkmale zu Studierenden, Studienanfängern und Absolventen werden per Vorwärtseinschluss in ein lineares Regressionsmodell mit aufgenommen. Das heißt, es werden dem Modell solange zusätzliche Merkmale hinzugefügt, bis die Aufnahme einer weiteren Variable keine Verbesserung der Erklärungskraft des Gesamtmodells mit sich bringt. Zusätzlich wird in das Modell eine Dummy-Variable in-

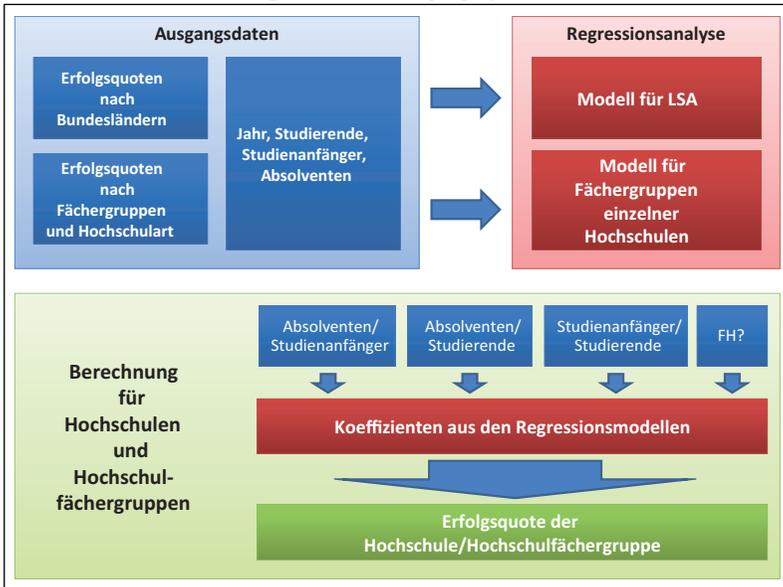
kludiert, die den Effekt für Sachsen-Anhalt kontrolliert: Dummy-Variablen sind Stellvertreter-Variablen, d.h. sie haben lediglich die Ausprägungen „1“ oder „0“, womit gekennzeichnet wird, ob ein bestimmter Umstand für eine Beobachtung gilt oder nicht. Die Effektstärke liegt bei  $-4,1$ , d.h. das Ergebnis der Modellgleichung verschiebt sich um diesen Wert nach unten. Mit anderen Worten: Legt man sachsen-anhaltische Hochschulkennzahlen zugrunde, muss die sich ergebende Erfolgsquote um diesen Wert abgezogen werden.

■ *Schritt 3 – Erfolgsquoten für Fächergruppen:* Ähnlich wie im zweiten Schritt werden bei der Regressionsanalyse mit dem Fächergruppendatensatz nur die Variablen aufgenommen, die den Erklärungsgehalt des Modells erhöhen. Statt des Länderdummies werden die Effekte der Fachhochschulen als Dummyvariable mit aufgenommen. Dabei ergibt sich ein Wert von  $+10,4$ . Das heißt, die später zu berechnenden Erfolgsquoten der Fachhochschulen müssen um diesen Wert korrigiert werden. Zusätzlich wird die Gleichung noch einmal ohne Fachhochschul-Dummy für die Fächergruppendaten ohne Differenzierung nach Hochschulart gerechnet. Die sich hieraus ergebende Gleichung ermöglicht es, Erfolgsquoten für ganz Sachsen-Anhalt zu ermitteln, d.h. für alle Universitäten und Fachhochschulen zusammen.

■ *Schritt 4 – Berechnung der Erfolgsquoten der Hochschulen Sachsen-Anhalts:* Im letzten Schritt sind die aus der der Regressionsanalyse gewonnenen Koeffizienten auf die spezifischen Kennzahlen zu Studierenden, Studienanfängern und Absolventen der Hochschulen Sachsen-Anhalts anzuwenden. Während die Koeffizienten zwar mittels statistischer Verfahren geschätzt wurden und damit innerhalb einer begrenzten Fehler-toleranz um den „wahren“ Wert schwanken, werden die Erfolgsquoten nun durch simple Berechnung ermittelt. Hierfür müssen lediglich die Koeffizienten mit den jeweiligen auf amtlichen Statistiken beruhenden hochschulspezifischen Kennzahlen multipliziert und addiert werden.

Zunächst werden die Erfolgsquoten für alle Hochschulen gemeinsam berechnet. Die hierfür eigens ermittelten Koeffizienten des Regressionsmodells aus Schritt 3 kommen dabei zur Anwendung. Allerdings ist noch eine geringfügige Kalibrierung der zuvor statistisch geschätzten Konstanten notwendig, damit die exakte Erfolgsquote des Statistischen Bundesamts für Sachsen-Anhalt errechnet wird, die über vier Studienanfängerjahrgänge gemittelt  $68,95$  beträgt – einbezogen werden die Berichtsjahre 2007 bis 2010, welche Erfolgsquoten für die Studienanfängerkohorten 1998 bis 2002 ausweisen.

## Übersicht 36: Berechnung der Studienerfolgsquoten



### Ergebnisse: Exemplarische Berechnungen

Mittels der beschriebenen statistischen Verfahren kann ein linearer Zusammenhang zwischen den amtlichen Hochschulstatistiken und den Erfolgsquoten hergestellt werden. So lassen sich auch für einzelne Hochschulen und Fächergruppen Erfolgsquoten berechnen. Die wichtigsten Ergebnisse dieser Ermittlung sind:

- Die größte Differenz zum Bundeswert der Studienerfolgsquote weisen die Hochschulen Sachsen-Anhalts in der Fächergruppe Medizin/ Gesundheitswissenschaften auf (–18 Prozentpunkte). Die sehr hohe Erfolgsquote im Bundesmittel von 95 % ist eine Besonderheit dieser Fächergruppe.
- In den „Problemfächern“ bezüglich der Studienabbruchquoten – den MINT-Fächern – schneidet Sachsen-Anhalt nach unseren Berechnungen vergleichsweise zufriedenstellend ab. Insgesamt, d.h. über die Hochschularten hinweg, liegt die Erfolgsquote Sachsen-Anhalts in mathematischen und naturwissenschaftlichen Fächern zwei Prozentpunkte über dem bundesdeutschen Durchschnitt, in den Ingenieurwissenschaften zehn Prozentpunkte darunter:

- Die universitäre ingenieurwissenschaftliche Ausbildung in Sachsen-Anhalt (OvGU) liegt zwar mit ihrer Abbruchquote deutlich unter dem Bundeswert (-13 Prozentpunkte). Doch in Mathematik/Naturwissenschaften entsprechen die beiden sachsen-anhaltischen Universitäten dem Bundesmittel.
- Die sachsen-anhaltischen Fachhochschulen liegen in beiden Fächergruppen über dem Bundeswert für Fachhochschulen: ein Prozentpunkt in Ingenieurwissenschaften und 15 Prozentpunkte in Mathematik/Naturwissenschaften.
- In der zahlenmäßig größten Fächergruppe Sachsen-Anhalts und Deutschlands, den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, liegen Universitäten und Fachhochschulen Sachsen-Anhalts jeweils um etwa fünf bis acht Prozentpunkte unter dem jeweiligen Bundeswert.
- Insgesamt liegt die Erfolgsquote für Sachsen-Anhalt nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts rund sechs Prozentpunkte unter dem bundesdeutschen Durchschnitt von 75 % (gemittelt über vier Studienanfängerjahre):
  - Nach unseren Berechnungen liegen die sachsen-anhaltischen Fachhochschulen nur knapp (-2 Prozentpunkte) hinter allen bundesdeutschen Fachhochschulen.
  - Die Universitäten Sachsen-Anhalts liegen knapp zehn Prozentpunkte unter der durchschnittlichen Erfolgsquote aller deutschen Universitäten.
- Im direkten Vergleich mit dem Gesamtwert der Universitäten Sachsen-Anhalts (MLU und OvGU) ist festzustellen, dass die MLU im Hinblick auf Erfolgsquoten überwiegend leicht zurückfällt. Am deutlichsten unterscheiden sich die beiden Universitäten in den zahlenmäßig größten Fächergruppen der MLU, den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie den Sprach- und Kulturwissenschaften. In diesen Fächergruppen wurden für die OvGU deutlich höhere Erfolgsquoten berechnet.
- In der Fächergruppe Medizin/Gesundheitswissenschaften erreichen an den sachsen-anhaltischen Universitäten deutlich weniger Studierende ihr Examen als an anderen Universitäten Deutschlands (78 % gegenüber 94 %).
- Die Hochschule Merseburg kann über alle angebotenen Fächergruppen hinweg Erfolgsquoten aufweisen, welche die durchschnittlichen

Quoten sachsen-anhaltischer Fachhochschulen sowie den Bundeswert der Fachhochschulen (zum Teil deutlich) übersteigen.

- Unter den Fachhochschulen Sachsen-Anhalts liegt in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften einzig die Hochschule Harz unter dem Bundeswert, und dies nur geringfügig mit  $-2$  Prozentpunkten (73 % gegenüber 75 %). Alle anderen sachsen-anhaltischen Fachhochschulen überstiegen diesen Wert.
- Die für die HS Anhalt errechneten Erfolgsquoten liegen insgesamt mit 78 % knapp unterhalb der Vergleichswerte für Land und Bund.
- Die für die HS Magdeburg-Stendal ermittelten Erfolgsquoten entsprechen im großen und ganzen den Landes- und Bundeswerten.

### Handlungsoptionen

Studienerfolgsquoten lassen keine Aussagen zu den *Gründen* der darin auch abgebildeten Studienabbrüchen zu. Deren Kenntnis jedoch ist notwendig, um den Abbrüchen entgegenwirken zu können. Infolge der vielen Faktoren und Ursachen, die jeder individuellen Entscheidung für oder gegen einen Studienabbruch zugrunde liegen, gibt es auch keine Maßnahmen, mit denen sich Studienabbrüche komplett vermeiden ließen.

Allerdings können die Hochschulen ein Studiensumfeld schaffen, welches Studienschwierigkeiten nicht (zusätzlich) verschärft, sondern dazu beiträgt, diese Schwierigkeiten zu lösen. Durch eine professionelle und abgestimmte Studienplanung und -organisation kann das Empfinden von übermäßiger Arbeitsbelastung und Leistungsdruck reduziert werden, statt diese z.B. durch die Ballung von Prüfungen zu erhöhen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Justus Henke/Peer Pasternack/Sarah Schmid: Wem gelingt studieren? Studienerfolg und Studienabbrüche, in: Peer Pasternack (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschule & Bildung in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, S. 388-412

# Studienerfolg als Demografieressource

Justus Henke | Peer Pasternack | Sarah Schmid

*Die Hochschulen Sachsen-Anhalts vermochten es im vergangenen Jahrzehnt, einen Zuwachs an Studierenden um fast 50 Prozent zu bewältigen. Die studienberechtigten Schulabsolventen Sachsen-Anhalts – vor allem solche mit Fachhochschulreife – konnten gut in das Hochschulsystem überführt werden. Das starke Anwachsen der Hochschulbildungsbeteiligung führte nicht zu einer deutlichen Zunahme von Studienabbrüchen. Gleichwohl bestehen Herausforderungen: Die Studienerfolgsquoten Sachsen-Anhalts entsprechen 92 Prozent des Bundeswertes.*

Die Anzahl der sachsen-anhaltischen Schüler/innen verringerte sich von 2002 bis 2010 in nahezu allen Bildungseinrichtungen des Sekundarbereichs II. Die Gymnasien verloren 49 Prozent ihrer Sek-II-Schüler. Die Zahl der Schulabsolventen mit allgemeiner Hochschulreife halbierte sich zwischen 2002 und 2010. Die Qualität der Schulbildung in Sachsen-Anhalt erreicht nach dem Deutschen Lernetlas der Bertelsmann Stiftung den elften von 16 Plätzen. Auf diesen Grundlagen bauen die Hochschulen in Sachsen-Anhalt auf.

## Ergebnisse

Nach den Berechnungen des Statistischen Bundesamts erreichten 2010 an den Hochschulen Sachsen-Anhalts im Vergleich zu den anderen Flächenländern am wenigsten Studierende ihren Hochschulabschluss. 67 Prozent der sachsen-anhaltischen Studierenden in schlossen ihr Studium erfolgreich ab. Der bundesdeutsche Durchschnitt lag im gleichen Jahr bei 75 Prozent. Allerdings lässt sich dies durchaus auch als (Teil-)Erfolg lesen:

■ Die Hochschulen Sachsen-Anhalts hatten es vermochten, einen Zuwachs an Studierenden innerhalb von zehn Jahren um fast 50 Prozent zu bewältigen, ohne dass Studienabbrüche deutlich zunahmen. Das heißt: Die studienberechtigten Schulabsolventen Sachsen-Anhalts –

### Methodik

Es wurden Sekundärauswertungen der Daten des Statistischen Bundesamtes unternommen, die Literatur zu Studienabbruchgründen systematisch ausgewertet und die Ergebnisse mit der Situation in Sachsen-Anhalt gekoppelt und analysiert. Dabei wurden geeignete Handlungsoptionen für die sachsen-anhaltischen Hochschulen identifiziert

hier vor allem solche mit Fachhochschulreife – konnten gut in das Hochschulsystem überführt werden.

■ Während die Zahl der Absolventen deutscher Hochschulen (bestandene Hochschulprüfungen incl. Promotionen) von 2000 bis 2011 um mehr als 80 Prozent gestiegen ist, nahm sie in Sachsen-Anhalt um 134 Prozent zu. Betrachtet man nur die Absolventen des Erststudiums, so ist der Unterschied zwischen bundesdurchschnittlicher Steigerung der Absolventenzahlen und derjenigen in Sachsen-Anhalt noch deutlicher: Bundesweit nahm die Zahl der Absolventen um 74 Prozent zu, in Sachsen-Anhalt um 141 Prozent.

Gleichwohl bestehen Herausforderungen: Die Studienerfolgsquoten Sachsens-Anhalts entsprechen 92 Prozent des Bundeswertes. Zudem wird künftig ein Zielkonflikt an Bedeutung gewinnen, der dauerhaft prozessiert werden muss, da er nicht aufzuheben sein wird:

■ Einerseits gehört gerade Sachsen-Anhalt zu den am stärksten demografisch herausgeforderten Regionen. Reduzierte Altersjahrgänge und gleichzeitig erheblicher Fachkräftebedarf machen eines notwendig: Es müssen auch solche jungen Menschen für ein Hochschulstudium interessiert werden, die für ihre individuelle Qualifizierung bisher eher nichtakademische Optionen präferiert hätten.

■ Andererseits ergibt sich daraus, dass die Heterogenität der Studierendenschaft deutlich zunehmen wird. Das betrifft differenzierte kognitive Anfangsausstattungen, unterschiedliche (berufs-)biografische Erfahrungshintergründe, kulturelle Herkünfte (sozial oder/und ethnisch), Lebensalter sowie Erwartungen und Intentionen, die sich individuell mit einem Hochschulstudium verbinden. Damit werden zunehmend auch solche Studierende in die Hochschulen gelangen, die nach den bisherigen Erfahrungen erhöhten Studienabbruchrisiken unterliegen.

Für die Zukunft wird es auf Grund des demografischen Wandels darum gehen, *sowohl* die Öffnung der Hochschulen voranzutreiben und damit eine zunehmende Heterogenität der Studierendenschaft zu verarbeiten *als auch* die damit erhöhten Abbruchrisiken nicht in ein Anwachsen der Studienabbruchzahlen münden zu lassen.

## **Handlungsoptionen**

Um die gegebenen Stärken beim Organisieren erfolgreichen Studierens zu stärken und vorhandene Schwächen auszugleichen, ergeben sich folgende Handlungsoptionen:

■ Für eine gefestigte Studienwahl benötigen die Studierenden ausreichend Informationen zu den Studienbedingungen und -inhalten. Zudem muss es gelingen, die individuellen Interessen mit den Studieninhalten zu verknüpfen, um Studienmotivation und Fachidentifikation zu stärken. Hierfür können die Hochschulen den Studienbeginnern, z.B. in *Orientierungsseminaren*, die Möglichkeit geben, die Studienwahl zu überprüfen.

■ Frühzeitige Maßnahmen in der *Studieneingangsphase* sind besonders erfolgsversprechend, um mögliche potenzielle Abbruchgründe im weiteren Studienverlauf zu reduzieren.

■ *Individuelle Studienwege* sollten zugelassen und darüber hinaus explizit begünstigt werden. Hierzu sind Brückenkurse für Quereinsteiger, duale Studienmöglichkeiten, größtmögliche Durchlässigkeiten zwischen beruflicher und hochschulischer Bildung, den Hochschularten und Bachelor- und Master-Studiengängen sowie Möglichkeiten unterschiedlicher Studiengeschwindigkeiten vorteilhaft.

*Übersicht 37: Maßnahmen zur Reduzierung von Studienabbrüchen*

<b>Zeitpunkt</b>	<b>Ziele</b>	<b>Zielgruppe</b>	<b>Maßnahmen</b>
Studieneingangsphase	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausgleichen von ungleichen Startbedingungen</li> <li>• Information</li> <li>• akademische Integration</li> <li>• soziale Integration</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• uninformierte Studienbeginner</li> <li>• Studienbeginner mit Defiziten in der Vorbildung (Sprach-/Wissensdefizite)</li> <li>• Studierende, die einer Minderheit angehören</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Beratung</li> <li>• Unterstützungsmaßnahmen</li> <li>• Information</li> <li>• integrative Maßnahmen</li> </ul>
Studieneingangsphase und weiterer Studienverlauf	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Leistung verbessern</li> <li>• Motivation erhalten</li> <li>• Verbesserung der Lehr- und Lernkultur</li> <li>• Integration in studentische Netzwerke</li> <li>• problematische Studienbedingungen wie Zeitkonflikte vermeiden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Studierende mit Leistungsproblemen</li> <li>• Studierende mit geringem Selbstvertrauen / Selbstwirksamkeitseinschätzung</li> <li>• Studierende ohne Zugang zu informellen Netzwerken</li> <li>• erwerbstätige Studierende</li> <li>• Studierende mit Finanzierungsproblemen</li> <li>• Studierende mit Familie</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützungsmaßnahmen (z.B. Vermittlung von Lernstrategien)</li> <li>• Motivationsveranstaltungen</li> <li>• Änderung der Didaktik / Lehrkultur</li> <li>• Unterstützung und Beratung (z.B. Finanzierungsmöglichkeiten)</li> <li>• Flexibilisierung von Studienangeboten</li> <li>• Studienorganisation professioneller gestalten</li> </ul>

■ Hilfreich dürfte es sein, sich stärker als bisher den – in vielen nicht-deutschen Hochschulsystemen selbstverständlichen – *Aufgaben der Studierendendenbetreuung* zu öffnen. Die verbreitete Rede von der „Hochschule als Dienstleistungsunternehmen“ kann sich an dieser Stelle als eindrucksvoll umsetzbare Handlungsmaxime erweisen.

■ Es sind Strategien zum Umgang mit einer *zunehmenden Heterogenität* erforderlich, die sich dadurch ergibt, dass auch solche jungen Menschen für ein Hochschulstudium motiviert werden müssen, die für ihre individuelle Qualifizierung bisher eher nichtakademische Optionen präferiert hatten.

In diesem Sinne könnten die Hochschulen mit einer ersten Botschaft für sich werben – und sie einlösen: „Bei uns können Sie *studieren*. Um alles andere kümmern wir uns“. Eine zweite Botschaft sollte daran anknüpfen, dass insbesondere Studienanfänger/innen – adoleszent, verhaltensunsicher und daher in potenzieller Krisenerwartung – besondere sozial-emotionale Sicherheitsbedürfnisse haben. Diese Botschaft könnte daher lauten: „Bei uns sind Sie nur dann allein, wenn Sie es wirklich mal wollen. Vor allem aber sind Sie bei uns Mitglied einer Hochschul*community*“.

Werden diese beiden Kernbotschaften glaubwürdig vermittelt und eingelöst, spricht sich das herum. Und die Neigung, an einer solchen Hochschule ein Studium aufzunehmen, steigt.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Sarah Schmid/Justus Henke/Peer Pasternack: *Studieren mit und ohne Abschluss. Studien-erfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013. Auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_1\\_2013.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2013.pdf)

# Wer schon da ist, könnte auch bleiben

## Internationale Studierende als künftiges Fachkräftepotenzial in ostdeutschen Regionen

Martina Dömling | Peer Pasternack

*In Ostdeutschland zeichnet sich ein Fachkräftemangel ab, und gleichzeitig ist die Zahl der ausländischen Studierenden auf hohem Niveau. Hier können die Hochschulen durch die Verbesserung von Integrations-, Informations- und Beratungsangeboten Willkommenssignale setzen, beim Übergang in das Beschäftigungssystem konkrete Unterstützung bieten und maßgeblich auf den Bleibewillen dieser Zielgruppe Einfluss nehmen. Zugleich spielt das gesellschaftspolitische Umfeld eine erhebliche Rolle. Diesem wiederum können Hochschulen durch ihre internationale Ausrichtung wichtige Impulse geben. Das Etablieren einer entsprechenden Willkommenskultur braucht eine Vernetzung mit anderen relevanten Akteuren in der Region und eine breite gesellschaftliche Basis.*

Verbindet man die steigende Attraktivität der Hochschulen für ausländische Studierende und den Fachkräftemangel miteinander, so liegt eine Schlussfolgerung auf der Hand: Ein Teil der Nachwuchsprobleme der ostdeutschen Unternehmen und Beschäftiger könnte gelöst werden, wenn es gelänge, ausländische Absolventen und Absolventinnen der regionalen Hochschulen für einen Verbleib im Lande zu gewinnen.

Zwei Drittel der internationalen Studierenden würden gerne in Deutschland bleiben und arbeiten, so der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2012. Tatsächlich verbleiben aber nur rund 25 Prozent. Ebenfalls nur etwa ein Viertel kennt die rechtlichen Regelungen, die eine Arbeitsaufnahme nach erfolgreichem Studienabschluss ermöglichen. 45 Prozent fühlen sich schlecht oder gar nicht informiert, und zwei Drittel fühlen sich als Fachkraft nicht willkommen.

Bemerkenswert ist auch der hohe Anteil von rund 50 Prozent der aus-

### **Methodik**

Die Analyse basiert auf einer Online- und Dokumentenauswertung, einer schriftlichen Befragung von Career Centern bzw. anderen mit ausländischen Studierenden befassten Serviceeinrichtungen an ostdeutschen Hochschulen sowie Interviews mit Career Centern u.ä. Stellen sowie mit ausländischen Studierenden. Daneben wurden vier Workshops mit International Offices und Career Centern durchgeführt und systematisch ausgewertet

ländischen Vollzeitstudierenden, der sein Studium nicht beendet. Die Gründe dafür sind vielfältig. Laut Hochschul-Informations-System Hannover (HIS) lassen sich vor allem die ungewohnte Lehr- und Lernkultur in Deutschland, Sprachprobleme, fehlende Kommunikation und Begegnung und daraus resultierende geringe Integration als Hauptursachen für die Studienabbrüche nennen.

## **Ergebnisse**

Sollen internationale qualifizierte Akademiker/innen in Ostdeutschland gehalten werden, so müssten ihre Berufsperspektiven aktiv beworben sowie ihr Berufseinstieg in der Region unterstützt werden. Da ausländischen Studierenden aus Nicht-EU-Ländern nach Studienabschluss maximal 18 Monate zur Verfügung stehen, um einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden, sind Angebote erst am Ende eines Studiums wenig sinnvoll. Von Seiten der Hochschulen braucht es unterschiedliche Angebote wie Beratung, Information und Training bereits im Verlauf des Studiums, möglichst in Zusammenarbeit mit regionalen Arbeitsmarktakteuren.

Deutlich wird jedoch auch: Das Thema der Integration von ausländischen Studierenden und Absolvent/innen in den ostdeutschen Arbeitsmarkt und die Gesellschaft kann nicht auf die Aktivitäten von Hochschulen und ggf. deren berufsbezogenen Kooperationspartner beschränkt werden. Ebenso wichtig sind

- die Integration von ausländischen Studierenden bereits während des Studiums,
- eine (bislang noch schwach ausgeprägte oder wenig durchgängig praktizierte) Willkommenskultur in- und außerhalb der Hochschulen auf vielen Ebenen,
- die Umgangskultur in Behörden und die Ausprägung einer (oft noch mangelnden) Sensibilität für die Bedarfe von AusländerInnen und MigrantInnen generell,
- ein kreativer Umgang mit der Heterogenität der Studierendenschaft allgemein und der ausländischen Studierenden im besonderen.

Immerhin fast 40 Prozent der Befragten haben, laut Sachverständigenrat, Diskriminierung erfahren oder sahen sich Vorurteilen gegenüber, weil sie Ausländer/innen sind. Über 60 Prozent sehen es als schwierig an, nach Abschluss ihres Studiums eine Aufenthaltsgenehmigung zum bleiben zu erhalten. Besonders Menschen, die nicht ‚typisch mitteleuropäisch‘ aussehen, sind von Diskriminierung bis hin zu Gewalt betroffen. Fremdenfeindlichkeit spiele eine wesentliche Rolle bei der Jobsuche bzw. der

Auswahl von Mitarbeiter/innen. Selbst eine Hochschule, die im besten Falle selbst schon Willkommenskultur lebt, benötigt ein offenes und akzeptierendes Umfeld, damit ausländische Studierende und Gäste sich wohl fühlen.

*Übersicht 38: Gründe internationaler Absolvent/innen für einen Verbleib in Deutschland und die Abwanderung (Reihung nach Häufigkeit der Nennung)*

Schriftliche Befragung "Study and Work"	Interviews "Study and Work"	Studie Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration
<b>Verbleibsgründe</b>		
Jobangebot und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten	Lebensqualität und Lebensstil in Deutschland (hierunter diverse Beschreibungen wie deutsche Kultur und Eigenschaften, Sicherheit, Arbeitsbedingungen etc.)	Aussichten auf Arbeitsmarkt, internationale Arbeitserfahrung
Familie, Freunde, persönliche Beziehungen	Familie, Freunde, persönliche Beziehungen	Lebensqualität in Deutschland
Lebensstil / Attraktivität deutscher Kultur	Jobangebot und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten	Finanzielle Gründe, Bildungsmöglichkeiten
Region attraktiv		Lebensstil in Deutschland
Schwierige Lage im Heimatland		Familie, Freunde, persönliche Beziehungen
<b>Abwanderungsgründe</b>		
Fehlende Jobangebote in der Region	Familiäre, partnerschaftliche, private Gründe; auch: rechtlich schwieriger Familiennachzug	Familiäre, partnerschaftliche, private Gründe
Sprache	Aussichten auf dem Arbeitsmarkt anderenorts, verbunden mit finanziellen Aspekten	Aussichten auf dem Arbeitsmarkt andernorts
Bürokratische Hürden / keine Arbeitserlaubnis	Bürokratische Hürden/ keine Arbeitserlaubnis	Weitere Bildungsmöglichkeiten andernorts
Keine Willkommenskultur / Fremdenfeindlichkeit		Finanzielle Aspekte

Quellen: eigene Befragung und Interviews; Sachverständigenrat (2012: 19, 41f.)

Hochschulen können hierbei durch ihre internationale Ausrichtung, die auch für die Weiterentwicklung ihrer Kernfelder Forschung und Lehre grundlegend ist, wichtige Impulse geben. Sehr viele Wirtschaftszweige arbeiten auch in Ostdeutschland längst für einen internationalen Markt. Nur eine plurale Gesellschaft, die Unterschiede für ihre Weiterentwicklung auf allen Ebenen nutzt, statt diese auszugrenzen, kann langfristig Er-

folg haben. Gerade in Regionen, die vom demografischen Wandel stark betroffen sind, muss die Frage, wie Menschen zusammenleben wollen und welche Werte das Zusammenleben und die weitere Entwicklung prägen sollen, gestellt werden.

## **Handlungsoptionen**

Zunächst bedarf es zweierlei verstetigter Kooperationen: zum einen von Career Centern und International Offices an den Hochschulen, zum anderen der Hochschulen mit regionalen Akteuren. Während International Offices in der Regel stärker die Unterstützung von ausländischen Studierenden im Verlauf ihres Studiums sichern, können Career Center gemeinsam mit ihren Kooperationspartner/innen in- und außerhalb der Hochschule vor allem berufsbezogene Informationen und berufsbezogene Angebote anbieten bzw. entwickeln.

Handlungsoptionen auf Hochschulebene sind insbesondere:

- Stärkung der Dienstleistungsorientierung der Hochschulen, Entwicklung einer Willkommenskultur und interkulturelle Sensibilisierung;
- die Einrichtung von „One-Stop-Shops“, also zentraler Anlaufstellen an den Hochschulen, die alle Belange der internationalen Studierenden aufnehmen und ihre Klärung organisieren;
- Würdigung der Begleitung und Betreuung der internationalen Studierenden innerhalb der Hochschule durch Anerkennung, auch in Form von Ausstattung;
- Integrationsangebote sollten über die reine Studienunterstützung hinausgehen;
- Lehr- und Lernformen, die auch die Bedarfe internationaler Studierender im Blick haben;
- Gesamtstrategien zu Umgang mit und Begleitung von internationalen Studierenden sowie Konzepte zur Beantwortung der Heterogenität der Studierendenschaft;
- Beseitigung der bislang oft prekären Situation von Angestellten in Career Centern: An zahlreichen Hochschulen werden Sonderprogramme genutzt, um die Career Center zu finanzieren, so dass unklar ist, ob und in welcher Form die Center dauerhaft finanziert und weiterexistieren werden. Infolgedessen gibt es eine hohe Abwanderungsneigung der Angestellten, sobald sich Jobs mit verlässlicheren Perspektiven bieten;

- solide Deutschkenntnisse sind bis auf sehr wenige Ausnahmen für alle Arbeitgeber vorrangig, und es ist schwierig, gerade in der Endphase eines (englischsprachigen) Studiengangs noch intensiv Deutsch zu lernen. Daher besteht im Abbau der Sprachbarriere eine wichtige Voraussetzung, um insbesondere kleinen und mittelgroßen Unternehmen ausländische Studienabsolventen als (Teil-)Lösung ihrer Fachkräfteprobleme zu offerieren.

#### *Literatur*

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hg.) (2012): *Mobile Talente? Ein Vergleich der Bleibeabsichten internationaler Studierender in fünf Staaten der Europäischen Union*, Berlin

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Martina Dömling: *Willkommenssignale setzen. Ausländische Studierende in Ostdeutschland halten*, in: Peer Pasternack (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, S. 470-494.

# Studienbegleitende Hochschule-Praxis-Kooperationen

## Ein Weg zur Fachkräftegewinnung für die Region

Peer Pasternack

*In demografisch herausgeforderten Regionen bedarf es zur Befriedigung des Fachkräftebedarfs besonderer Anstrengungen. Ein Reservoir dafür sind die Absolventen und Absolventinnen der regionalen Hochschulen. Aktivitäten, um diese auch nach dem Examen in der Region zu halten, müssen frühzeitig einsetzen, nämlich bevor sich ein Abwanderungswunsch herausgebildet und ggf. verfestigt hat, d.h. in einem frühen Stadium des Studiums. Dafür sind Kooperationen zwischen Hochschulen und regionalen Beschäftigern vonnöten. Deren Aufbau benötigt die Kenntnis potenzieller Hindernisse, gelingt eher bei Berücksichtigung von Risiko- und Erfolgsfaktoren und kann in stabilisierte Hochschule-Praxis-Netzwerke münden.*

Regionale Beschäftiger haben Fachkräftebedarfe, und diese können mit geringerem Aufwand bedient werden, wenn Hochschulabsolventen in der Region gehalten werden, als wenn Fachkräfte aus anderen Regionen angeworben werden müssen.

Zur Abwanderung werden Hochschulabsolventen und -absolventinnen wesentlich durch das Image der jeweiligen Region, keine attraktiven Berufs- und Lebensperspektiven zu bieten, veranlasst. Solche Images ändern sich nur langsam und typischerweise schwerfälliger als die reale Situation. In Sachsen-Anhalt lässt sich zwar unterdessen für viele Studienrichtungen eine faktische Arbeitsplatzgarantie in der Region geben. Doch darf dies, wenn es Lebensentscheidungen beeinflussen soll, nicht nur behauptet, sondern muss erlebbar gemacht werden.

### **Methodik**

In die Untersuchung waren 46 ostdeutsche Hochschulen, 15 Industrie- und Handelskammern, 22 Verbände bzw. Initiativen und sechs Landesregierungen einbezogen. Eine Totalerhebung ergab 310 in Ostdeutschland laufende lehr- und studienbezogene Hochschule-Praxis-Aktivitäten. Diese wurden hinsichtlich der regionalen Aktivitätsdichte, ihrer Studienfachbindung, der regionalen Promotoren sowie der Risiko- und Erfolgsfaktoren ausgewertet. Zwei Fokusregionen sind exemplarischen Tiefenanalysen unterzogen worden

## Ergebnisse

Benötigt werden Verzahnungen zwischen Hochschulen und Beschäftigungssektor, die über Career Center oder sonstige berufsorientierende Angebote in der Schlussphase eines Studiums hinausgehen. Die Vorteile solcher Verzahnungen sind dreierlei: Sie erzeugen in den Hochschulen verbesserte Kenntnisse der beruflichen Praxisanforderungen. Sie erleichtern die individuellen beruflichen Einstiege. Schließlich schaffen sie für die Beschäftigten Planungssicherheit in der Personalentwicklung und verringern die betriebsintegrierenden Adaptionskosten für Neueinstellungen.

Allerdings stehen dem einige Hindernisse und Risikofaktoren entgegen, die das Gelingen von Hochschule-Praxis-Kooperationen unterlaufen (können). Hierbei werden am häufigsten *Ressourcenprobleme* genannt:

- An den Hochschulen seien die mit den entsprechenden Aufgaben betrauten Funktionseinheiten im Verhältnis zur Aufgabenfülle unzulänglich ausgestattet.
- Die klein- und mittelbetriebliche Struktur der regionalen Wirtschaft lasse nur eingeschränkte Beteiligungsmöglichkeiten seitens der Unternehmen zu. Dazu gehöre auch die fehlende Möglichkeit oder Bereitschaft der Kooperationspartner, finanzielle Ausgleichsleistungen zu übernehmen, d.h. für gewünschte Leistungen zu zahlen.

Zu beachten ist, dass immer dann, wenn die Kooperationskosten die Kooperationsgewinne übersteigen, jede Initiative gefährdet ist und sein muss. Kommt ein hoher Druck zur Amortisierung der Kosten hinzu, wie er unternehmensseitig typisch ist, dann müssen zudem die Kooperationsgewinne in überschaubaren Zeiträumen sichtbar werden.

Sowohl Hochschulvertreter als auch außerhochschulische Akteure identifizieren auch eine Reihe von *Organisationsproblemen* innerhalb der Hochschulen, die Praxiskooperationen behinderten:

- ein Mangel an sichtbarem Profil und eine verwirrende Außendarstellung der Hochschulen;
- die Umstellung auf die Bachelor-/Master-Studiengänge mit ihrer straffen Studienorganisation und kürzeren Regelstudienzeiten gehe zu Lasten von Praxisanteilen und -initiativen während des Studiums;
- auch erschwerten Hochschulwechsel an der Schwelle vom Bachelor zum Masterstudium den Zugang zur Hauptzielgruppe der fortgeschrittenen Studierenden;
- die Career Services kooperierten häufiger weniger mit Unternehmen als mit den (künftigen) Absolventinnen und Absolventen;

- die nur begrenzt attraktive Bezahlung des Personals in Career Centern und ähnlichen Hochschuleinrichtungen bewirke häufige Fluktuationen der dortigen Mitarbeiter/innen;
- kooperationsinteressierte Unternehmen und Verbände wiederum fänden mitunter keine geeigneten Ansprechpartner an den Hochschulen;
- beklagt werden fehlende Anreize – z.B. die nicht bestehende Möglichkeit, Hochschule-Praxis-Kooperationsaktivitäten auf das Lehrdeputat anzurechnen.

Problemwahrnehmungen, die sich auf *Unternehmen* beziehen, wurden allein von Hochschulakteuren genannt:

- Unternehmen neigten zu einem Engagement, das auf die Befriedigung eines konkreten aktuellen Personalbedarfs zielt, der möglichst sofort erfüllt werden solle. Langfristiges Denken, das die Unvorhersehbarkeit von wirtschaftlichen und Arbeitsmarktkonjunkturen berücksichtigt, sei dagegen zu selten.
- Unternehmen erwarteten in der Regel kostenlose Dienstleistungen der Hochschulen.
- Die Beschäftigten stellten den Hochschulen keine Informationen über potenzielle Entwicklungen zur Verfügung, gingen nicht häufig genug auch von sich aus auf die Hochschulen zu und erwarteten vorzugsweise Angebote, statt solche auch selbst zu unterbreiten.
- Praktika in den Unternehmen seien häufig unbezahlt oder sehr gering vergütet, was es schwierig mache, Praktikanten zu gewinnen.
- Die geringeren Gehälter, die von ostdeutschen Unternehmen gezahlt werden, unterliefen das Bestreben, die Studierenden auch nach ihrem Studium in der Region zu halten.

Als *kulturell begründete Hindernisse* erfolgreicher Hochschule-Praxis-Kooperationen ließen sich die folgenden ermitteln:

- An den Hochschulen speist sich eine z.T. vorhandene Skepsis gegenüber Kooperationen mit Unternehmen aus der Befürchtung, dass die Studieninhalte zu stark an ökonomischen Verwertungsinteressen ausgerichtet werden.
- Unterschiedliche Zeitvorstellungen und Planungshorizonte können das Zusammenwirken behindern.
- Studierende seien sich häufig im unklaren darüber, welche Kompetenzen und Qualifikationen sie im Berufsleben benötigen werden, so dass sie Kurse, die an der Hochschule extra (und kostenfrei) angeboten

werden – beispielsweise um bestimmte Schlüsselqualifikationen zu erwerben – nicht wahrnehmen.

Allgemeiner Konsens herrscht über den zentralen Erfolgsindikator von Hochschule-Praxis-Kooperationen: die erfolgreiche Beschäftigung der Absolventen und Absolventinnen. Damit ist die Wirkungsdimension angesprochen – wenn auch nicht vollständig, denn zu den beschäftigungsbezogenen Wirkungen eines erfolgreichen Studiums zählen neben dem einfachen Umstand, eine Beschäftigung gefunden zu haben, auch der längerfristige Berufslaufbahn- bzw. Karriereverlauf, die Einkommensentwicklung und die Berufszufriedenheit.

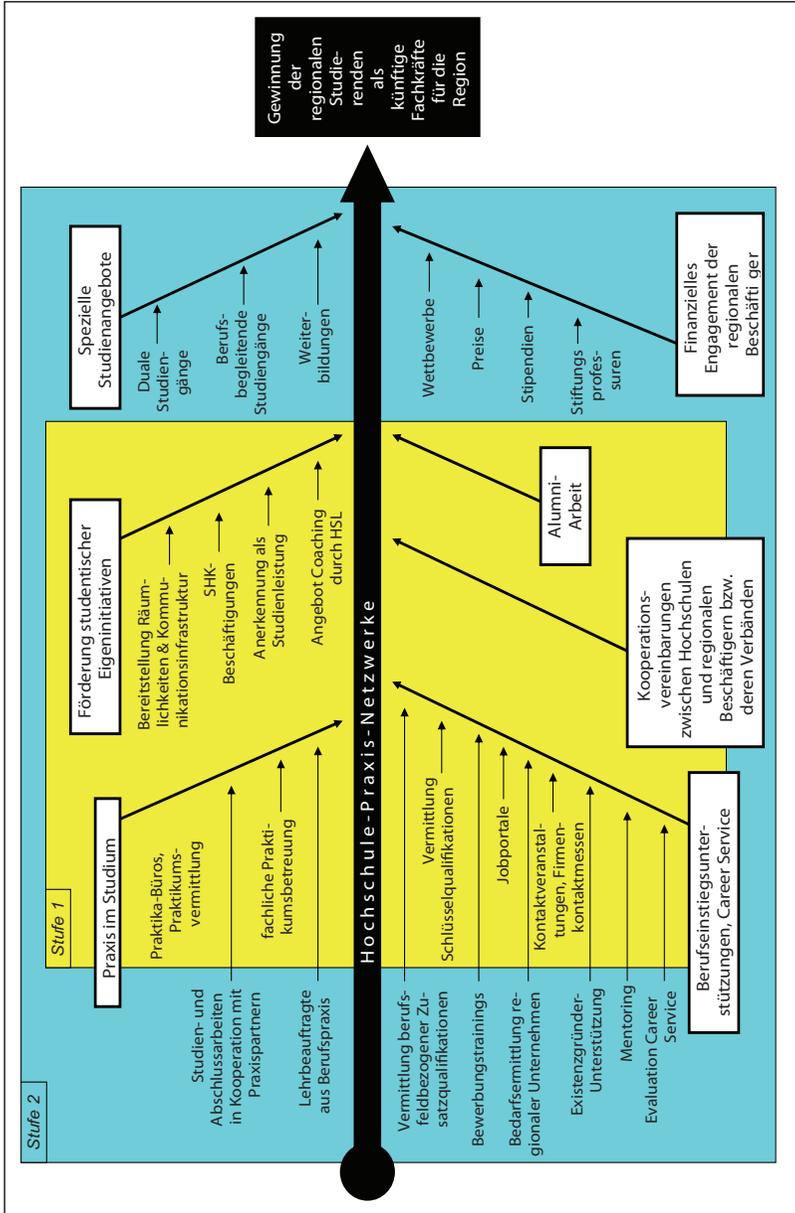
Daneben ließen sich Faktoren ermitteln, die den Kooperationserfolg von Hochschulen und ihren Praxispartnern wahrscheinlicher machen. Diese lassen sich als Handlungsoptionen formulieren.

### **Handlungsoptionen**

Die Hochschulen sind organisatorisch und inhaltlich überfordert, wenn sie allein die Verantwortung für die regionale Versorgung mit akademischen Fachkräften schultern sollen. Sie benötigen hierfür zwingend Kontakte und Partnerschaften mit der regionalen Wirtschaft und sonstigen Beschäftigern. Um diese mit Verbindlichkeit auszustatten, bieten sich Hochschule-Praxis-Netzwerke an. Sie vermeiden sowohl allein punktuelle Aktivitäten als auch ein systematisiertes Top-down-Programm, welches häufig als fremdbestimmt und aufgezwungen erlebt wird:

- Sowohl die Bedarfe der Beschäftigter als auch die Angebote der Hochschulen lassen sich so aktiv kommunizieren, um die wechselseitige Problemsensibilität zu fördern.
- Um unklare Kooperationsstrukturen und ein fehlendes Kooperationsmanagement zu vermeiden, sind klare Verantwortlichkeiten und Kommunikationsstrukturen vorteilhaft. Kooperationen, die positiv verlaufen, entwickeln sich weiter.
- Um zu einer Kontinuität zu gelangen, die auch das etwaige Ausscheiden einzelner Personen übersteht, und um intrinsische Motivationen extrinsisch zu stabilisieren, sind Anreize hilfreich. Die wichtigste Anreizform stellt die Bereitstellung von Ressourcen dar. Um an Hochschulen kontinuierlich die gleichen Ansprechpartner zu haben, bedarf es vor allem einer angemessenen Dotierung der entsprechenden Personalstellen und einer Personalpolitik, die auf stärkere Stabilität der Personalbesetzungen zielt.

# Übersicht 39: Stufenprogramm zur Entwicklung von regionalen Hochschule-Praxis-Netzwerken



- Personelle Ressourcen für Kooperationen müssen nicht nur an den Hochschulen bereit-, sondern sollten auch für klein- und mittelständische Unternehmen zur Verfügung gestellt werden: Diese selbst haben typischerweise keine großen personellen Spielräume für Aktivitäten, die nicht kurzfristig wirksam werden. Hier sind die Kammern, die Kommunen und ggf. die Länder gefragt.
- Wegen der Kürze der Studienzeit im neuen Studiensystem müssen Firmenkontakte bereits im 2. oder 3. Semester hergestellt werden.
- Praktika, die integrierter Bestandteil eines wissenschaftsbasierten Studiums sein sollen, müssen fachlich vor- und nachbereitet werden.
- Seitens der Unternehmen und sonstiger Praktikumsanbieter muss die in Ostdeutschland verbreitete Übung, Praktika ohne bzw. mit sehr geringem Praktikumsentgelt anzubieten, überdacht werden. Wenn in den westdeutschen Bundesländern bezahlte Praktika angeboten werden, um sich dort den frühzeitigen Zugriff auf den akademisch ausgebildeten Nachwuchs zu sichern, dann sind entgeltfreie Praktika in ostdeutschen Unternehmen kein Haltefaktor für die künftigen Fachkräfte.

Die wichtigsten Bottom-up-Initiativen im Blick auf Hochschule-Praxis-Kooperationen stellen studentische Aktivitäten dar: Sie sind einerseits durch eine starke, nämlich berufseinstiegsorientierte Motivation getragen und erzeugen unschätzbare fachliche wie persönlichkeitsbildende Effekte bei den beteiligten Studierenden. Derartige Initiativen sind zudem für die Hochschule mit nur geringem Ressourcenaufwand verbunden.

Vor diesem Hintergrund sollte es an Hochschulen keine unüberwindlichen Hindernisse geben, studentische Initiativen in diesem Bereich zu unterstützen. Das betrifft die Bereitstellung von Räumlichkeiten und technischer Infrastruktur, die Anerkennung der Tätigkeiten als Studienleistungen (ggf. nach einer hochschulinternen Zertifizierung), die Beschäftigung und Bezahlung von studentischen Aktivisten als SHKs sowie Angebote zur fachlichen Betreuung durch Hochschullehrer/innen. Motivationsfördernd wirken auch Prämierungen solcher Studenteninitiativen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack: *Studienbegleitende Hochschule-Praxis-Kooperationen. Erfolgs- und Risikofaktoren*, in: ders. (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschule & Bildung in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, S. 443-469.

☞ Peer Pasternack/Roland Bloch/Daniel Hechler/Henning Schulze: *Fachkräfte bilden und binden. Lehre und Studium im Kontakt zur beruflichen Praxis in Ostdeutschland*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2008; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/cms/download.php?id=148>



# **Organisations- und Steuerungspotenziale**

# Hochschulen in peripherer Metropolregion

## Der Fall Mitteldeutschland

Peer Pasternack

*Innerhalb Ostdeutschlands lässt die mitteldeutsche Region am ehesten erwarten, bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahre 2019 in die Nähe des zentralen Solidarpaktziels gelangen zu können: selbsttragende Entwicklungen. Gleichwohl ist die Entwicklung auch in den mitteldeutschen Ländern eine fragmentierte. Während sich einige Leistungsinseln herausbilden und stabilisieren, finden sich gleichzeitig Problemzonen. Welchen Beitrag können die Hochschulen leisten, um die soziale und ökonomische Entwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu stabilisieren, und welche leisten sie bereits?*

Zur Beantwortung wurden Stärken und Schwächen sowie Chancen und Risiken der Hochschulen in den mitteldeutschen Ländern herausgearbeitet. Generell ist die mitteldeutsche Großregion durch niedrige Fertilität, negative Wanderungsbilanz, klein- und mittelbetrieblich dominierte Wirtschaftsstrukturen sowie Produktivitätsrückstände und Innovationsschwächen bei fragmentierten Entwicklungen gekennzeichnet. Doch gibt es charakteristische Unterschiede zwischen den drei Ländern.

### Ergebnisse

Unter den östlichen Bundesländern gilt Sachsen als Musterland, Thüringen als besonders solide und Sachsen-Anhalt als Aufstiegskandidat:

■ *Sachsen* ist unter den drei mitteldeutschen Ländern wirtschaftlich am stärksten entwickelt. Es hat das höchste Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner unter allen ostdeutschen Ländern, wenn es auch noch beträchtlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Die Bevölkerungszahl

### Methodik

Auf der Basis von 13 Einzelstudien wurden aus den Einzelbefunden diejenigen destilliert, welche für die künftige Hochschulentwicklung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen besonders bedeutsam sind. Die dazu verwendete SWOT-Analyse-Methodik unterscheidet zwischen externen und internen Faktoren, die den Untersuchungsgegenstand aktuell beeinflussen bzw. künftig beeinflussen können. Interne Faktoren lassen sich durch Systembeobachtung, externe Faktoren durch Umweltbeobachtung erfassen. Interne Faktoren können systemintern aktiv bearbeitet werden: *Stärken* (Strengths) und *Schwächen* (Weaknesses). Die externen Faktoren lassen sich lediglich berücksichtigen, aber systemintern nicht ändern: *Chancen* (Opportunities) resultieren aus günstigen, *Risiken* (Threats) aus ungünstigen Kontextbedingungen

sank seit 1995 auf etwa 90 Prozent. Bezogen auf die Einwohnerzahl gibt Sachsen unter den ostdeutschen Ländern mit 259 Euro pro Einwohner den höchsten Betrag für laufende Grundmittel der Hochschulen aus und liegt damit über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer (234 Euro). Der Anteil der Hochschulausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist jedoch nur ähnlich hoch wie in Sachsen-Anhalt und in Thüringen. Sachsen liegt mit 14 Studienplätzen je 1.000 Einwohner im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Mit 25 Studierenden pro 1.000 Einwohner liegt es sowohl über dem Bundesdurchschnitt als auch über dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer.

■ *Thüringen* weist seit 1995 die höchste Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts und des Anteils am gesamten deutschen BIP auf; es hatte im Jahr 1995 noch das niedrigste Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, liegt unterdessen jedoch im Mittelfeld der ostdeutschen Flächenländer. Wie Sachsen hatte das Land seit 1995 einen Bevölkerungsrückgang auf etwa 90 Prozent zu verkraften. Beim Hochschulfinanzierungsindikator ‚laufende Grundmittel pro Einwohner‘ ist Thüringen mit 206 Euro näher an Sachsen-Anhalt (203 Euro) als an Sachsen (259 Euro). Thüringen liegt mit 11 Studienplätzen je 1.000 Einwohner unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer von 14. Hinsichtlich des Studierendenanteils an der Bevölkerung liegt Thüringen (21,5 Studierende pro 1.000 Einwohner) unter Sachsen (25), aber etwas über Sachsen-Anhalt (21).

■ *Sachsen-Anhalt* hatte seit 1995 den bundesweit stärksten Bevölkerungsrückgang zu verkraften. Es weist den niedrigsten Erwerbstätigen-Anteil an der Bevölkerung auf und hat gleichzeitig eines der niedrigsten verfügbaren Einkommen je Einwohner. Dennoch schaffte Sachsen-Anhalt die bundesweit zweitstärkste (nach Thüringen) Steigerung des Bruttoinlandsprodukts. Der Vergleich der Produktivität je Erwerbstätigen zeigt das Land mittlerweile vor Thüringen und Sachsen. Die laufenden Hochschulgrundmittel pro Einwohner betragen 203 Euro (Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer: 209 Euro). Sachsen-Anhalt liegt mit 12 Studienplätzen je 1.000 Einwohner unter dem Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer von 14. Bezogen auf die Steigerung des Studierendenanteils an der Bevölkerung besetzt das Land die Spitzenposition: Dieser Anteil hat sich von zehn auf 21 Studierende pro 1.000 Einwohner mehr als verdoppelt.

Zusammen haben die drei Länder neun Millionen Einwohner/innen. Bei der Bevölkerungsdichte, den wirtschaftlichen Leistungsdaten, der Ausstattung mit Verflechtungsräumen und Wachstumszentren, der Hoch-

schulausstattung sowie FuE-Dichte rangieren sie im inner-ostdeutschen Vergleich jeweils an der Spitze. Gleichwohl: Beim Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt die Drei-Länder-Region zwar vor Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, erreicht aber bislang nur zwei Drittel des westdeutschen Niveaus. Dennoch bilden die mitteldeutschen Länder, vor allem Sachsen und Thüringen, den Raum innerhalb Ostdeutschlands, der am ehesten erwarten lässt, bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahre 2020 in die Nähe des zentralen Solidarpaktziels – selbsttragende Entwicklung – gelangen zu können. Dazu trägt auch bei, dass die drei Länder

**Übersicht 40: SWOT-Analyse mitteldeutsche Hochschulen**

	Zu stärkende bzw. zu nutzende Aspekte	Zu reduzierende, eliminierende bzw. zu meidende Aspekte
<b>Interne Faktoren</b>	<p><b>Stärken</b> <i>(innerhalb des Hochschulsystems unmittelbar beeinflussbar)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• ausgeglichene Verteilung der Hochschulen im Raum</li> <li>• Investitionen sowohl in Breite als auch Spitze</li> <li>• Hochschulsteuerungsreformen mit Stärkung der dezentralen Ebenen</li> <li>• attraktive Fächer- und Studienangebote</li> <li>• vglw. wenig Zulassungsbeschränkungen</li> <li>• noch bestehende Leistungsstärken in der Lehre</li> <li>• gute Infrastruktur und Ausstattungsvorteile</li> <li>• studentische Abwanderungsmobilität insgesamt (über alle drei Länder) nicht überdurchschnittlich</li> <li>• dynamisch wachsender Frauenanteil an Promotionen</li> <li>• FH-Bereich personell überdurchschnittlich ausgestattet</li> <li>• Ingenieurwissenschaften personell überdurchschnittlich ausgestattet</li> <li>• sehr dichte außeruniversitäre Forschungslandschaft</li> <li>• drei wissenschaftliche Leistungsineln: Dresden, Leipzig, Jena</li> </ul>	<p><b>Schwächen</b> <i>(innerhalb des Hochschulsystems unmittelbar beeinflussbar)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• keine Abstimmungen der Hochschulstrukturplanungen über Landesgrenzen hinweg</li> <li>• unterdurchschnittliche Anzahl flächenbezogener Studienplätze</li> <li>• Abbau bisheriger Leistungsstärken in der Lehre</li> <li>• Verlust des ursprünglichen Gleichstellungsvorsprungs</li> <li>• vglw. geringe Anzahl von Promotionen je Universitätsprofessor/in</li> <li>• vglw. wenig Juniorprofessorinnen/-professoren</li> <li>• Spannungen zwischen Kooperations- und Wettbewerbspostulaten</li> <li>• vglw. schwache Wissenstransfer- und Wissensvermittlungseffekte</li> <li>• kein hinreichendes Problembewusstsein und Aktivitäten bzgl. Fachkräftelücke</li> </ul>

über die, abgesehen von dem Sonderfall Berlin-Potsdam, wichtigsten wissenschaftlichen Leistungsinself Ostdeutschlands verfügen: Dresden-Freiberg-Chemnitz, Leipzig-Halle und Jena-Ilmenau verdichten sich gleichsam zu einer mitteldeutschen Wissenschaftsleistungsachse. Vor dem so skizzierten Hintergrund – vergleichsweise hohe ökonomische Dynamik innerhalb Ostdeutschlands, drei wissenschaftliche Leistungsinself und fragmentierte Entwicklungen – sind auch die Hochschulsysteme der drei mitteldeutschen Länder zu betrachten.

	Zu stärkende bzw. zu nutzende Aspekte	Zu reduzierende, eliminierende bzw. zu meidende Aspekte
Externe Faktoren	<p><b>Chancen</b> <i>(aus günstigen Kontextbedingungen resultierend)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Abmilderung von Einsparauflagen durch Hochschulpakt 2020</li> <li>• hohe Studiennachfrage in Westdeutschland und dadurch Wanderungsgewinne</li> <li>• niedrigere Lebenshaltungskosten</li> <li>• massiv ansteigender Fachkräftebedarf in der Region → Beschäftigungschancen für Akademiker/innen</li> <li>• überdurchschnittliche Bedeutung öffentlich unterhaltener Hochschulressourcen (auf Grund geringer privat finanzierter FuE)</li> <li>• positive Stadtimages: Dresden, Leipzig, Jena</li> </ul>	<p><b>Risiken</b> <i>(aus ungünstigen Kontextbedingungen resultierend)</i></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• bis 2020 massive Einnahmehausfälle in den Landeshaushalten</li> <li>• problematische demografische Entwicklungen</li> <li>• Reduzierung der Zahl der Studienberechtigten</li> <li>• ab 2015 auch im Westen Deutschlands sinkende Studiennachfrage → geringere Ost-West-Mobilität zu erwarten</li> <li>• Verschlechterung der Betreuungsrelation</li> <li>• teilweise problematisches Image der Regionen</li> <li>• teilweise eingeschränkte Standortattraktivitäten</li> <li>• höhere Bewertung der Forschungs- im Vergleich zu Lehrleistungen: dadurch negativer Bias bei der Reputation</li> <li>• Abwerbeaktivitäten in Folge Fachkräftemangels in Westdeutschland</li> <li>• Gelingen des Generationenübergangs in Unternehmen ungewiss: ggf. negative Auswirkungen auf künftiges Arbeitsplatzangebot für Hochschulabsolventen durch Unternehmungsschließungen</li> <li>• geringere Produktivität und FuE-Aktivität der Wirtschaft und dadurch eingeschränkte Kooperationsmöglichkeiten mit Hochschulen</li> <li>• vglw. geringe Effizienz der Innovationsstrukturen</li> <li>• außeruniversitäre Forschung: hohe Zahl der Leibniz-Institute birgt Finanzierungsrisiken für die Länder</li> </ul>

## Handlungsoptionen

Mit dem absehbaren Ende der hohen Finanztransfers für die öffentliche Wohlfahrt und für die Stützung großer Teile der privaten Wirtschaft in Ostdeutschland sind vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Die Wohlstandsentwicklung in Mitteldeutschland wird unmittelbar mit dem Grad an selbsttragender Entwicklung korrelieren, der unter Mobilisierung der endogenen Entwicklungspotenziale entweder aus diesen selbst heraus oder durch Verbindung mit externen Ressourcen bzw. Akteuren realisiert wird.

Zu den endogenen Potenzialen gehören als zentrale Schaltstelle der Regionalentwicklung die Hochschulen, und ebenso sind die Hochschulen die Orte, an denen weitere endogene Potenziale erzeugt werden. Dabei sollten deren herausgearbeitete Stärken gestärkt und ihre Schwächen reduziert bzw. eliminiert werden; Chancen sollten genutzt und Risiken, wo möglich, einbezogen, ansonsten aber gemieden werden.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack (Hg.): *Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010. Auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Relativ-prosperierend.pdf>

# Leistungsdaten und Reputation

## Eine Auswertung einschlägiger Hochschulleistungsvergleiche

Daniel Hechler | Peer Pasternack

*Wettbewerbe und Rankings beeinflussen stark die Wahrnehmung der einzelnen Hochschulen und regionalen Hochschullandschaften; neuerdings treten auch Ratings hinzu. Die durch sie erzeugten Bilder prägen das Image einzelner Hochschulen. Sie können damit z.B. Wahlentscheidungen über Studien- und Berufsorte, Auftragsvergaben von Forschungsprojekten oder die Anbahnung internationaler Kooperationen beeinflussen. Wie schneiden die sachsen-anhaltischen Hochschulen in solchen Vergleichen ab?*

An den Hochschulen Sachsen-Anhalts sind 2,6 Prozent der deutschen Professorenschaft tätig, und die Ausgaben des Landes an den Ausgaben aller Länder für Universitäten machen 2,7 Prozent aus. Im Rahmen dessen verfügen die sachsen-anhaltischen Hochschulen über spezifische Stärken und Schwächen. Wie sich diese in bundesweiten Wettbewerben und Leistungsvergleichen abbilden, wurde 2010 durch eine Metaanalyse der einzelnen Erhebungen und Bewertungen ermittelt.

Im Detail erfassen die Wettbewerbe, Rankings und Ratings sehr unterschiedliche Sachverhalte. Evident ist auch, dass sich die Qualitäten so unterschiedlicher Bereichen wie Quantenmechanik, Bibelforschung, Onkologie, Jurisprudenz oder Pflanzengenetik weder umstandslos vergleichen noch aufsummieren lassen. Es handelt sich bei den ausgewerteten Quellen um standardisierte bzw. auf einen bestimmten Leistungsauschnitt fokussierte Leistungsvergleiche. Solche wiederum erzeugen *Bilder* von den Hochschulen.

Allerdings können die Leistungsvergleiche gerade auf Grund der Unterschiedlichkeit dessen, was jeweils erfasst und bewertet wird, auch produktiv genutzt werden: Indem eine Gesamtschau vorgenommen wird, ist überprüfbar, ob sich die Urteile der verschiedenen Erfas-

### **Methodik**

Ausgewertet wurden 18 Wettbewerbe, Rankings und Ratings, die 2006-2009 vorgelegt worden waren. 66 Indikatoren wurden dabei einbezogen. Die Auswertung erfolgte sowohl auf der Ebene der einzelnen Hochschulen als auch des Landes. Die Bewertungen der 18 Quellen wurden verdichtet und über die verschiedenen Erhebungs- und Darstellungsmethodiken vergleichbar gemacht, indem drei Ranggruppen gebildet wurden: oberes, mittleres und unteres Leistungsdrittel

sungen trotz ihrer inhaltlichen und methodischen Differenzen eher gegenseitig bestätigen oder aber korrigieren.

## Ergebnisse

Von 2006 bis 2009 hatte eine Reihe von bundesweiten Wettbewerben stattgefunden, von denen einige besonders geeignet schienen, auch den sachsen-anhaltischen Hochschulen Erfolgchancen zu eröffnen: Sie richteten sich z.B. an kleinere und mittlere Hochschulen oder bezogen sich auf Gleichstellungskonzepte oder Strategien für exzellente Lehre. Bei diesen beiden Themen verfügten die Hochschulen des Landes im gesamtdeutschen Vergleich ursprünglich über einen Vorsprung. Trotz einzelner Erfolge bleibt insgesamt festzuhalten, dass die sachsen-anhaltische Erfolgsbilanz in den Wettbewerben eher unterdurchschnittlich ausgefallen ist. (Übersicht 41)

*Übersicht 41: Erfolgsbilanz in Hochschulwettbewerben 2006-2009*

<b>Wettbewerb</b>	<b>Erfolgreiche Hochschulen</b>
Exzellenzinitiative	kein Erfolg
Wettbewerbsstrategien für kleine und mittlere Hochschulen	kein Erfolg
Spitzenforschung und Innovation in den neuen Ländern	U Halle (von insgesamt 11 Gewinnern)
Hochschulexzellenz in der Entwicklungszusammenarbeit	kein Erfolg
Exzellente Lehre	kein Erfolg
Professorinnenprogramm	U Magdeburg, U Halle

In Bezug auf *Studium und Lehre* lässt sich anhand überregionaler Leistungsvergleiche feststellen: In diesem Bereich weisen die sachsen-anhaltischen Hochschulen einen vergleichsweise guten Ruf auf. Insbesondere die Studierendenzufriedenheit ist höher als in anderen Bundesländern. Allerdings haben sich die diesbezüglichen Vorsprünge in den letzten Jahren deutlich verringert. (Übersicht 42)

**Übersicht 42: Lehre und Studium: Spitzenpositionen sachsen-anhaltischer Hochschulen in gesamtdeutschen Rankings**

Ranking	Gegenstand / Indikator	Sehr gute Platzierungen
CHE (2004-2006)	Bewertung der Hochschulausstattung durch die Studierenden	Sachsen-Anhalt belegt zusammen mit Thüringen die ersten beiden Plätze
„Focus“ (2007)	Reputation der Studiengänge	Eine Spitzenplatzierung („hohe Reputation“) bei der Lehre weisen folgende Studiengänge auf: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Politikwissenschaft MLU,</li> <li>• Pädagogik MLU,</li> <li>• Psychologie OvGU,</li> <li>• Mathematik OvGU</li> </ul>
Studienstiftung (2007)	Studienorte mit hoher Studienstiftungs-StipendiatInnen-Konzentration	Unter den fünf bundesweit aufgeführten Fachhochschulen befindet sich die Hochschule Harz

Quellen: Hachmeister/Hennings (2007), Focus (2007), Studienstiftung (2008)

Um aber nicht allein auf Spitzenpositionen zu fokussieren, lassen sich hier exemplarisch die Bewertungen der Studiengänge an den sachsen-anhaltischen Fachhochschulen in Augenschein nehmen (Übersicht 43).

**Übersicht 43: Platzierungen der sachsen-anhaltischen Fachhochschulen im Studienranking von CHE/Zeit**

Studien-gang	Hochschule													Summe	Ø Punkte je Studiengang
	Architektur	Bauingenieurwesen	Betriebswirtschaft	luk-Technik	Informatik	Wirtschaftsinformatik	Wirtschaftsrecht	Maschinenbau	Medien-, Kommunikationswissensch.	Pflege	Soziale Arbeit	Verfahrenstechnik/Chemieingenieurw.	Wirtschaftsingenieurwesen		
HS Harz			9	13	11	8							13	54	10,8
HS MD-SDL		13	6	10				11	9		9		10	68	9,7
HS Anhalt	9		8	8	10			10						45	9
HS Merseburg			7	10	8			5	6		8	11		55	8,1
Bundes-Ø	10	9,9	10	10,1	10,3	9,8	10,9	10	10,8	10,2	10,6	10,6	10,3		10,3

Quellen: CHE/Zeit-Ranking (Zeit-Studienführer 2008: 151-249); eigene Berechnungen

Zur *Forschung* stehen vergleichsweise zahlreiche Leistungsvergleiche zur Verfügung. Sie beziehen sich üblicherweise allein auf die Universitäten. Hierzu wurde eine Gesamtauswertung aller relevanten Leistungsvergleiche unternommen. Um die Auswirkungen von Verzerrungen durch Mess-Ungenauigkeiten zu minimieren, haben wir die Universitäten drei Gruppen zugeordnet: bundesweites oberes Leistungsdrittel, mittleres Drittel und (obere) Schlussgruppe; hinzu tritt die Gruppe „nicht vertreten“ als untere Schlussgruppe, welche die im jeweiligen Ranking nicht berücksichtigten, da in der Regel unterkritische Werte erzielenden Fächer bzw. Universitäten enthält.

**Übersicht 44: Gesamtauswertung der Leistungsvergleiche zur Forschung an sachsen-anhaltischen Universitäten**

		Es wird in den beiden rechten Spalten eine Gruppierung mit Punktzweisungen vorgenommen: Vertretung im bundesweiten oberen Leistungsdrittel = 3 Punkte, mittleren Leistungsdrittel = 2, unteren Leistungsdrittel = 1, nicht vertreten (= unterkritisch) = 0	U Halle-Witt.	U Magdeburg
<b>Objektive Indikatoren / Leistungsdaten</b>	Absolute Bewertungen	CHE: Forschungsstarke Fakultäten	2	2
		DFG: Drittmiteleinahmen	2	2
		DFG: DFG-Bewilligungen	2	2
		DFG: SFB-Bewilligungen	2	1
		DFG: FRP-Beteiligungen	1	1
		Exzellenzinitiative: Graduiertenschulen	--	--
	Relative Bewertungen	Exzellenzinitiative: Exzellenzcluster	--	--
		DFG: Drittmittelanteile an Hochschulausgaben	1	1
		DFG: Drittmittel pro Prof.	2	2
		DFG: DFG-Bewilligungen pro Prof.	2	2
<b>Subjektive Indikatoren / Reputation</b>	DFG: FRP-Beteiligungen pro Prof.	1	1	
	Focus: Forschungsreputation	2	1	
	CHE: Forschungsreputation	2	--	
	DFG: DFG-Fachgutachter absolut	2	2	
	DFG: DFG-Fachgutachter relativ	2	2	
	DFG: Anzahl DAAD-geförderter Wissenschaftler absolut	2	2	
	DFG: Anzahl DAAD-geförderter Wissenschaftler pro Prof.	1	3	
<b>Gesamtpunkte</b>			<b>26</b>	<b>24</b>
<b>Anzahl der Platzierungen</b>	Oberes Leistungsdrittel	--	1	
	Mittleres Leistungsdrittel	11	8	
	Unteres Leistungsdrittel	4	5	
	keine Nennung	2	3	

Quellen: Focus (2007); Berghoff et al. (2008); DFG: Förder-Ranking (2009); eigene Berechnungen

Darüber hinaus ist zu differenzieren zwischen Leistungsvergleichen, die auf objektivierten Indikatoren bzw. Leistungsdaten beruhen, und solchen, deren Grundlage subjektive Urteile bzw. Reputationszuschreibungen sind. Schließlich wird eine Unterscheidung zwischen absoluten und relativen Bewertungen vorgenommen, da sich hierbei deutliche Bewertungsunterschiede offenbaren. (Übersicht 44)

Diese Gesamtauswertung der Leistungsvergleiche zur Forschungsleistung und -reputation enthält als zentrale Informationen:

- Die beiden sachsen-anhaltischen Universitäten liegen in ihrer Forschungsleistungsstärke fast gleichauf.
- Sowohl die Universität Halle-Wittenberg als auch die Universität Magdeburg kommen auf überwiegend gute Werte, wenn ihre Leistungsdaten absolut betrachtet werden. In Relation zu Größenordnungen, insbesondere pro Professor/in, fallen die Platzierungen etwas ab.
- Bei der Universität Halle-Wittenberg zeigt sich eine hohe Stabilität der Bewertungen über die verschiedenen Bewertungsmethodiken hinweg. Nicht zuletzt fällt dort auf, dass die subjektiven Einschätzungen der Hochschule mit den objektivierten absoluten Leistungsdaten korrespondieren.

Insgesamt kann festgehalten werden:

■ Bei den Themen *Lehre, Studierendenbetreuung und -zufriedenheit* schneiden die Hochschulen Sachsen-Anhalts vergleichsweise gut ab und belegen z.T. auch Spitzenplätze. Allerdings nimmt der deutliche Vorsprung, den sie diesbezüglich einst hatten, inzwischen spürbar ab. Im Zeitverlauf stabile positive Einschätzungen bestehen bis heute dann, wenn die Studierenden die Ausstattungen der sachsen-anhaltischen Hochschulen bewerten.

■ Hinsichtlich der *Forschungsleistung und -reputation* bewegen sich die beiden Universitäten Halle und Magdeburg im bundesweiten Vergleich überwiegend im Mittelfeld und gelegentlich im unteren Leistungsdrittel. Dies korrespondiert damit, dass die Hochschulen Sachsen-Anhalts in bundesweiten Wettbewerben selten unter den Gewinnern sind, da es dort typischerweise immer um die Auswahl der besten unter den sich Beteiligten geht.

## **Handlungsoptionen**

Grundsätzlich geht es in Forschung und Lehre um zweierlei: die Herstellung und Sicherung flächendeckender Solidität zum einen sowie die Si-

cherung und Ermöglichung einzelner herausragender Leistungszentren zum anderen – oder anders gesagt: das Erreichen der Bergplateaus, von denen aus sodann Gipfel gestürmt werden können. Benötigt wird beides. So wenig eine beliebige Hochschullandschaft ausschließlich exzellent sein kann, so wenig kann sie darauf verzichten, *auch* Spitzenqualitäten vorzuweisen und in zumindest einigen Bereichen Spitzenforschung zu realisieren.

Wissenschaft orientiert sich grundsätzlich an den Fronten des Wissens, und diese Orientierung lässt sich auf Dauer nicht allein abstrakt aufrechterhalten, sondern muss auch durch Personen und Institutionen lokal repräsentiert sein. Das ist die Voraussetzung, um eine gut durchmischte Studierendenschaft zu haben, für internationale Kontakte und Kooperationen interessant zu sein, in der überregionalen Forschungsförderung hinreichende Satisfaktionsfähigkeit zu erlangen und leistungsfähigen Nachwuchs anzuziehen.

Daher sollte – anknüpfend an die bestehende Landesexzellenzoffensive – auch weiterhin ein Hochschulfinanzierungsanteil für Initiativen, die auf die Entwicklung von Spitzenforschung zielen, wettbewerblich verteilt werden. Damit sind vor allem drei zentrale Kontextbedingungen zu verbessern:

- die räumlichen, apparativen, bibliothekarischen und personellen Ausstattungen;
- die Gewinnung von Spitzenpersonal bzw. dessen Halten, indem auch andernorts umworbenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern überdurchschnittliche Angebote hinsichtlich Ausstattung, Besoldung oder/und Lehrdeputatsermäßigung unterbreitet werden können;
- Vernetzungen, indem die (zusätzlichen) Transaktionskosten, die bei Kooperationen jeglicher Art anfallen, finanziert werden.

Dies zielt darauf, kritische Massen zu erreichen – d.h. solche Kapazitätsverdichtungen an einem Ort, die ohne weitere Energiezufuhr von außen interne Kettenreaktionen auslösen und aufrechterhalten.

Die haushalterische Begründung dafür, derartige Leistungen der Hochschulen zusätzlich anzureizen, lautet: Hochschulfinanzierung, die allein darauf gerichtet ist, eine Basisversorgung sicherzustellen, verfehlt den Charakter des Finanzierungsgegenstands. Über kurz oder lang würde eine Abwärtsspirale der Qualität in Gang gesetzt werden, die dann auch auf die Erfüllung der sonstigen Hochschulaufgaben negativ durchschlüge. Eine Hochschulfinanzierung ist nur dann effektiv, wenn sie sowohl Breite als auch Spitze zulässt und anreizt.

### Literatur

Berghoff, Sonja/Gero Federkeil/Petra Giebisch/Cort-Denis Hachmeister/Mareike Hennings/Isabel Roessler/Frank Ziegele (2008): Das CHE-Forschungsranking deutscher Universitäten 2008, Centrum für Hochschulentwicklung, Gütersloh.

DFG, Deutsche Forschungsgemeinschaft (2009): Förder-Ranking 2009. Institutionen – Regionen – Netzwerke. Fachliche Profile von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen im Licht öffentlich geförderter Forschung, Bonn, URL <http://www.dfg.de/ranking/ranking2009/service/download.html> (16.9.2009).

Focus (2007): Focus Hochschul-Ranking 2007. in: Focus 19/2007, S. 84-110; 20/2007, S. 188-202; 21/2007, S. 96-108; 22/2007, S. 84-98; 23/2007, S. 106-118; 24/2007, S. 92-103.

Hachmeister, Cort-Denis/Mareike Hennings (2007): Indikator im Blickpunkt: Die Ausstattung der Hochschulen aus Sicht der Studierenden im Bundesländervergleich, CHE, Gütersloh; URL [http://www.che.de/downloads/Indikator\\_Ausstattung.pdf](http://www.che.de/downloads/Indikator_Ausstattung.pdf) (20.4.2007).

Studienstiftung des deutschen Volkes (2008): Tätigkeitsbericht 2008, URL <http://www.studienstiftung.de/fileadmin/files/Taetigkeitsbericht2008.pdf> (26.9.2009)

Zeit-Studienführer (2008): Zeit-Studienführer 2008/09, Hamburg.

### Zum Weiterlesen

☞ Daniel Hechler/Peer Pasternack: *Leistungsdaten und Reputation. Eine mitteldeutschland-spezifische Auswertung einschlägiger Hochschulleistungsvergleiche*, in: Peer Pasternack (Hg.), *Relativ prosperierend. Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, S. 386-430; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Relativ-prosperierend.pdf>

☞ Peer Pasternack: *Forschungslandkarte Ostdeutschland*, unt. Mitarb. von Daniel Hechler, Institut für Hochschulforschung HoF, Wittenberg 2007; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Forschungslandkarte-Ostdeutschland.pdf>

# Genderkompetent zu gestaltender Kulturwandel

## Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts

Karin Zimmermann

Mit einem im Jahr 2000 begonnenen Gender-Mainstreaming-Prozess nahm Sachsen-Anhalt im Bundesvergleich für kurze Zeit eine Vorreiterrolle ein. Dieser Prozess blieb unabgeschlossen. Die statistischen Kennziffern für den Stand der Gleichstellung an den Hochschulen Sachsen-Anhalts und die Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit legen einen Neustart nahe.

Mit gewisser Regelmäßigkeit hat HoF den Stand der Geschlechtergleichstellung an den Hochschulen Sachsen-Anhalt erhoben und bewertet. Die jüngste Untersuchung fand 2013 unter dem Eindruck der aktuellen Diskussionen über die künftige Hochschulstruktur und -entwicklung statt.

### Ergebnisse

Die statistische Bestandsaufnahme ergab die folgenden zentralen Befunde:

- 2011 waren in Sachsen-Anhalt 42 % der Frauen und 32 % der Männer eines Jahrgangs *studienberechtigt*. Trotz einer steigenden Entwicklung liegt das Land damit deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt (Frauen: 63 %, Männer: 52 %).
- Bei jeweils über 5.000 *Studienanfängerinnen* und Studienanfängern betrug der Frauenanteil 48 %. Der Anteil an den *Studierenden* insgesamt lag bei 49 %. Beide Richtwerte liegen über dem jeweiligen Bundesmittel von 47 %.
- *Studienabschlüsse* werden in Sachsen-Anhalt häufiger von Frauen erworben. Unter den Hochschulabsolventinnen und -absolventen befanden sich 2011 55 % Frauen.
- Gravierende Unterschiede beste-

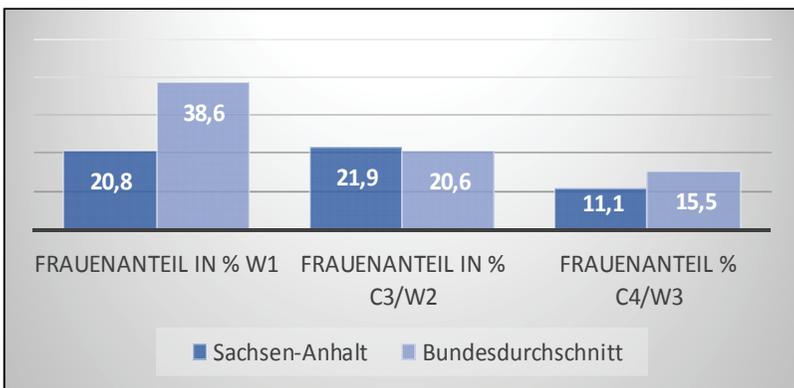
#### Methodik

Es wurde eine Bestandsaufnahme der Gleichstellungssituation, Gleichstellungsaktivitäten und der Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts unternommen. Dazu wurden die Daten der Landesstatistik und des CEWS-Gleichstellungsrankings ausgewertet sowie eine schriftliche Befragung der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen durchgeführt. Einbezogen werden konnten zudem die Ergebnisse früherer HoF-Studien zum Thema. Abschließend wurden Handlungsempfehlungen entwickelt.

hen bei der *Studienfachwahl*. 2010 studierten Frauen mit über 60 % aller Studierenden in den Bereichen der Sprach- und Kulturwissenschaften (71 %), der Humanmedizin und Gesundheitswissenschaften (67 %) sowie Kunst und Kunstwissenschaften (61 %). Der Anteil der männlichen Studierenden lag in den Bereichen Ingenieurwissenschaften (79 %), Sport (69 %) sowie Mathematik und Naturwissenschaften (61 %) deutlich höher.

- Bei den *Promotionen* hat Sachsen-Anhalt einen Frauenanteil von 43,5 % vorzuweisen (2011). Damit bewegt es sich knapp unterhalb des Bundesdurchschnitts von 45 %. Im Vergleich zu den Jahren 2005 und 2011 weist Sachsen-Anhalt in Relation zum Bundesdurchschnitt eine überdurchschnittliche Steigerungsrate auf, so dass sich der Abstand zum Bundesdurchschnitt um einen Prozentpunkt verringerte.
- Auf der folgenden Qualifizierungsstufe der *Habilitationen* lag Sachsen-Anhalt 2011 mit 23 % (absolut 10 von 44) Habilitationen von Frauen unter dem Bundesdurchschnitt von 25,5 %.
- Bei den *Juniorprofessuren* ist ein Absinken des Frauenanteils von 28 % (absolut 5 von 18 in 2005) auf 21 % (absolut 5 von 24 in 2011) zu verzeichnen. Dagegen bewegte sich der Bundesdurchschnitt deutlich aufwärts und stieg von 29 % (2005) auf 39 % (2011).
- Während sich Sachsen-Anhalt bei den *C3/W2-Professuren* über dem Bundesdurchschnitt bewegt, fällt mit 11 % der Anteil in der höchsten Besoldungsgruppe (C4/W3) unterdurchschnittlich aus (Übersicht 45).

*Übersicht 45: Professorinnen nach Besoldungsgruppen: LSA und Bundesdurchschnitt in % (2011)*



Quelle: Statistisches Bundesamt, Personal an Hochschulen 2011, Fachserie 11

Die statistische Bestandsaufnahme zusammenfassend ist zu konstatieren: In Sachsen-Anhalt zeichnet sich gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf auf allen Stufen wissenschaftlicher Qualifizierung und Karriere ab.

Anhaltspunkte, wie Hochschulleitungen und -management Handlungsbedarfe erkennen können, liefert das seit 2003 vorgelegte Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten. Sein wichtigstes Qualitäts- und Leistungskriterium ist die Bewertung des Gleichgewichts der Teilnahme von Frauen und Männern an Studium, wissenschaftlichem Personal und wissenschaftlicher Qualifizierung.

Mit dem Ranking ist zugleich ein längsschnittlicher Vergleich der Positionierung Sachsen-Anhalts im Zeitraum von zehn Jahren möglich. Aus der Gesamtbewertung der Hochschulen nach Bundesländern zeigt sich für Sachsen-Anhalt eine absteigende Entwicklung aus der Spitzengruppe (Wert 1) beim ersten Ranking 2003 in die Schlussgruppe (Wert 3) bei den letzten beiden Fortschreibungen 2011 und 2013. (Übersicht 46)

*Übersicht 46: Position Sachsen-Anhalts im CEWS-Gleichstellungsranking 2003 bis 2013*

	1 = Spitzengruppe		2 = Mittelgruppe			3 = Schlussgruppe
	2003	2005	2007	2009	2011	2013
Berlin	1	1	1	1	1	1
Niedersachsen	1	1	1	1	1	2
Hamburg	1	1	2	2	1	2
Brandenburg	1	1	2	2	2	2
Mecklenb.-Vorp.	1	2	2	2	2	2
Bremen	2	2	2	2	2	2
Hessen	2	2	2	2	2	2
Saarland	2	2	2	2	2	2
Rheinland-Pfalz	2	2	2	3	2	2
Schleswig-Holstein	2	3	2	2	2	2
Bayern	3	2	3	3	2	2
NRW	2	2	3	3	3	2
Sachsen	2	2	3	3	2	3
<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>1</b>	2	3	2	3	3
Baden-Württemb.	3	3	3	3	2	2
Thüringen	2	3	3	3	3	3

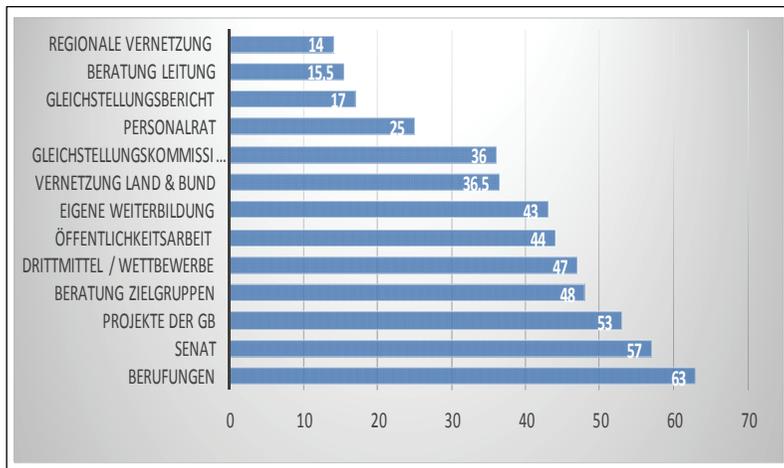
Quellen: CEWS Hochschulranking nach Gleichstellungsaspekten 2003 bis 2013; eigene Darstellung

Hier deuten sich auch Zusammenhänge zur Institutionalisierung der Gleichstellungsbeauftragten an: Bei den weniger gut platzierten Ländern handelt es sich vorwiegend um solche, die wie Sachsen-Anhalt keine hauptberuflichen, sondern nebenberufliche bzw. ehrenamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte haben.

In Sachsen-Anhalt verfügen auch lediglich die zentralen Gleichstellungsbeauftragten der beiden Universitäten über einen eigenen Raum (Gleichstellungsbüro), nicht jedoch die an den Fachhochschulen und dem OvGU-Universitätsklinikum. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen sind auch in den Büros der zentralen Gleichstellungsbeauftragten der Universitäten nicht vorhanden. Zur Unterstützung der Gleichstellungsarbeit trägt die an der OvGU angesiedelte Koordinierungsstelle für Frauen- und Geschlechterforschung (KFFG) bei, die insbesondere die Aufgabe der hochschulübergreifenden Vernetzung wahrnimmt.

Erhoben wurden auch die Aufgabenschwerpunkte der Gleichstellungsbeauftragten. Besonders zeitintensiv sind demnach die Teilnahme an Berufungskommissionssitzungen und anderen Stellenbesetzungsverfahren sowie die Teilnahme am Hochschulsenat einschließlich Mitarbeit in Senatskommissionen. Es folgen als ebenfalls zeitintensiv die Konzeption und Umsetzung von eigenen Projekten der Gleichstellungsbeauftragten sowie die konzeptionelle und inhaltliche Bearbeitung von Anträgen, um Drittmittel für solche Projekte einzuwerben. (Übersicht 47)

*Übersicht 47: Aufgabenspektrum nach Zeitaufwand aller sieben Hochschuleinrichtungen in Stunden pro Monat*



Quelle: Eigene Erhebung

## Handlungsoptionen

Die folgenden fünf Hinweise für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel sind das zusammenfassende Ergebnis der Bestandsaufnahme. Sie können als Empfehlungen für die künftige Gestaltung von Gleichstellung und Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen des Landes gelesen werden:

■ *Genderkompetenz*: Die in Sachsen-Anhalt hochschulübergreifend tätige Koordinierungsstelle für Frauen- und Geschlechterforschung (KFFG) sollte verstetigt und weiterhin aus Landesmitteln finanziert werden. Bei entsprechender Ausstattung mit Arbeitskapazitäten könnte die Koordinierungsstelle künftig auf zwei Gebieten noch stärker wirken: Erstens kann die KFFG zur Steigerung der Strategiefähigkeit bei der Drittmittelakquise der Hochschulen beitragen. Die erfolversprechende Drittmittelakquise setzt inzwischen die Erfüllung von Gleichstellungsstandards, genderkompetente Organisationsanalysen etc. voraus. Zweitens sollte die KFFG bei adäquater personeller und materieller Ausstattung auch hinsichtlich der Vermittlung von Genderkompetenz durch Weiterbildung wirken. Dies betrifft einerseits die Gleichstellungsbeauftragten, andererseits die Stärkung der Genderkompetenz aller Führungskräfte in Hochschulleitungen und -management.

■ *Mindestausstattung*: Ausgehend vom derzeitigen Status Quo wird hier nicht der Hinweis gegeben, hauptberufliche Gleichstellungsbeauftragte zu institutionalisieren, obwohl dies als notwendig zu betrachten ist, nicht zuletzt um zu den gleichstellungspolitisch strategiefähigen Bundesländern aufzuschließen. Für Sachsen-Anhalt ist es bereits ein anspruchsvolles Ziel, eine Mindestausstattung der zentralen Gleichstellungsbeauftragten an allen Hochschulen zu realisieren, insbesondere mit Gleichstellungsbüros. Daneben sollte der Umfang der Freistellung der zentralen und dezentralen Gleichstellungsbeauftragten erhöht werden.

■ *Kaskadenmodell*: Bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Rekrutierung von Wissenschaftlerinnen für Führungspositionen sollten sich die Hochschulen am Kaskadenmodell orientieren. Dabei ist die Bezugsgröße der Frauenanteil in der jeweils niedrigeren Qualifikationsstufe. Die Festlegung von Zielzahlen und ein Monitoring zur Überprüfung der Zielerreichung sind dabei essentiell: Wenn das Verhältnis von Frauen und Männern auf einer Karrierestufe signifikant von dem der jeweils darunter liegenden Stufe abweicht, sollten die Hochschulen festlegen und publizieren, um welchen Anteil dieser Abstand mit welchen Aktivitäten innerhalb eines bestimmten Zeitraums verringert werden

wird. Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sollte sich stärker auf die Postdoc-Phase konzentrieren. Zu empfehlen ist, die aktuellen Angebote ergänzend und verstetigend, ein landesweites *Mentoring-Programm*.

■ *Berufungsverfahren*: Auch die Berufung von Frauen lässt sich entsprechend dem Kaskadenmodell fördern. Dabei gilt zu berücksichtigen, dass in Sachsen-Anhalt der Frauenanteil in der höchsten Besoldungsgruppe (C4/W3) deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Unterstützend sollte die Erstellung von geschlechtergerechten Berufungsleitfäden für interne wie externe Zielvereinbarungen ein Thema sein. Hierzu gehört u.a., dass von den Berufungskommissionen der Nachweis aktiver Rekrutierung von Frauen zu erbringen ist. Das Stimmrecht der Gleichstellungsbeauftragten in Berufungskommissionen sollte wiederhergestellt werden.

■ *Hochschulgovernance*: Gleichstellungsziele und Rahmenbedingungen für die Gleichstellungsarbeit sollten Gegenstände von internen und externen Zielvereinbarungen bzw. der Leistungsorientierten Mittelverteilung (LOM) und im Hochschulgovernance-Konzept der einzelnen Hochschulen sowie auf Landesebene sein. Dafür braucht es hochschulintern verbindliche Zielvereinbarungen mit den Fakultäten hinsichtlich Gleichstellung, so dass LOM-Mittel aufgrund von Gleichstellungskennzahlen auch für Gleichstellungsmaßnahmen verwendet werden. Auch auf der externen Ebene sollten im Rahmen der Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen konkrete und verbindliche Ziele und Aufgaben festgelegt werden. Sie sollten thematisch über die bisherigen Zielvereinbarungen Hochschulen – Land deutlich hinausgehen. Bisher sind nahezu ausschließlich Maßnahmen einer „familienorientierten Hochschule“ (z.B. durch die Teilnahme an Audits) in eher unverbindlichen Formulierungen festgehalten.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Karin Zimmermann: *Für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel. Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens-Anhalts*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013; URL [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Zimmermann\\_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Zimmermann_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf)

☞ Heike Kahlert/Anke Burkhardt/Ramona Myrre: *Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsens-Anhalts: Zwischenbilanz und Perspektiven*, Wittenberg 2008; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_2\\_2008.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2008.pdf)

☞ Robert Schuster: *Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsens-Anhalts und Thüringens*, Wittenberg 2009; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_5\\_2009.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_5_2009.pdf)

# Ein demografiesensibles Hochschulfinanzierungsmodell

Peer Pasternack

*Der Umfang der künftigen Hochschulfinanzierung wird aller Voraussicht nach von einem Umstand abhängen: Wieweit vermögen die Hochschulen zu plausibilisieren, dass sie auch Leistungen erbringen, die das Land als refinanzierungsfähig ansehen kann? Diese Refinanzierungsfähigkeit der Hochschulzuschüsse, die über eine Grundausrüstung hinausgehen, wird über deren direkte und indirekte Effekte innerhalb des Landes dargestellt werden müssen. Ein Hochschulfinanzierungsmodell, das entsprechende Anreize setzt, kann hier unterstützend wirken. Es müsste eine Trennung der Hochschulfinanzierung vornehmen in (a) die Grundausrüstung der Hochschulen und (b) Finanzierungen von kompensatorischen Leistungen, welche die Hochschulen aus regional spezifischen Gründen erbringen.*

Der Zusammenhang zwischen Entwicklung und Finanzierung der Hochschulen erscheint landläufig recht einfach:

- Wo die Hochschulen knapp gehalten werden, gibt es Ausstattungsprobleme, ist es schwierig, gutes Personal zu gewinnen oder zu halten, und infolgedessen sinkt die Qualität.
- Wo die Hochschulen hingegen gut ausgestattet sind, können sie sich dynamisch entwickeln.

Dieser Zusammenhang wird demografisch bedingt in absehbarer Zeit prekär werden: Voraussichtlich wird künftig weniger die Ausstattung die Dynamik bestimmen, sondern die Dynamik der Hochschulen darüber entscheiden, welche Ausstattung zu erlangen ist.

## Ergebnisse

Die öffentliche Diskussion ist zu einem beträchtlichen Teil von der Vorstellung geprägt, dass die Hochschulen zu teuer und zu wenig leistungsfähig seien. Es ließe sich deshalb dort sparen. Angesichts dieser Ausgangslage finden sich zwei typi-

### Methodik

Ausgewertet wurde die öffentliche Debatte über die Hochschulfinanzierung, um deren Argumentationsmuster zu bestimmen. Daraus wurde ein Hochschulfinanzierungsmodell entwickelt, das diese Argumentationsmuster soweit berücksichtigt, wie sie rationale Geltung beanspruchen können

sche Muster, argumentativ für eine angemessene Hochschulfinanzierung zu werben: Zum einen wird auf Konsolidierungsbeiträge verwiesen, die durch die Hochschulen in der Vergangenheit bereits erbracht worden sind. Zum anderen wird die eminente Bedeutung der Hochschulen für die Regionalentwicklung angeführt.

Beide Argumente haben gewisse Schwächen hinsichtlich ihrer Durchschlagskraft:

■ Frühere Konsolidierungsbeiträge sind in der Wahrnehmung von Haushaltspolitikern Beiträge zur Lösung früherer Probleme gewesen. Ihnen fehlt in dieser Wahrnehmung der Bezug zu heutigen bzw. künftigen Haushaltsproblemen.

■ Die Bedeutung der Hochschulen für die Regionalentwicklung hingegen ist nur schwierig in eindeutigen Kausalbeziehungen zwischen Hochschulausgaben und regionalen Effekten abzubilden: Die Wertschöpfungsbeiträge sind überwiegend indirekter Natur und damit recht schwierig den Hochschulen direkt zuzuordnen. In noch einmal erhöhtem Maße gilt dies für sozialräumliche Effekte und für kulturelle Wirkungen der Hochschulen in ihren jeweiligen Regionen.

Daher stellt sich die Frage, ob es einen dritten Weg geben könnte, auf dem sich durchschlagskräftiger argumentieren ließe. Die Argumentationslinie müsste den Hauptnachteil der beiden anderen Wege vermeiden: Sie sind defensive, da abwehrende Argumentationen und setzen voraus, dass ihre Adressaten den Hochschulangelegenheiten bereits grundsätzlich gewogen sind.

Die Alternative zu einer defensiven ist eine offensive Argumentation. Als denkbar erscheint hier: Die Forderung nach angemessener Hochschulfinanzierung wird mit solchen Leistungszusagen verbunden, die auch hochschulfernen Gesprächspartnern in der Politik plausibel machen, dass die überwiesenen Gelder mit einer hohen Eintrittswahrscheinlichkeit regional benötigter Effekte einhergehen.

Ausdrücklich ist dies *kein* Plädoyer für eine allein regionalisierte Ausrichtung einer Hochschule in ihrer Gesamtheit. Vielmehr geht es darum, *den Teil* der Hochschulressourcen, der – z.B. in Folge künftiger, demografisch bedingter Unterauslastungssituationen – reduziert zu werden droht, durch regional wirksam werdende Anstrengungen zu legitimieren – statt ihn zu verlieren. Das würde zwar der kleinere Teil der Hochschulbudgets sein. Doch auf Grund der langfristigen Bindungswirkung einmal eingerichteter Hochschulstrukturen würde der Verlust dieses Budgetanteils die Hochschulen auf Jahre hin faktisch gestaltungsunfähig machen.

In der Sache konzentriert sich die Hochschulfinanzierungsdebatte auf zwei Felder:

- zum einen die Zahl und Auslastung der Studienkapazitäten (regionaler Haupteffekt: angemessene Fachkräfteversorgung des jeweiligen Landes);
- zum anderen die Kompensationsfunktion der Hochschulen für die nur gering ausgeprägte privat finanzierte, wirtschaftsnahe FuE (regionaler Haupteffekt: Sicherung und Ausbau regionaler Innovationsstrukturen).

Daran anschließend lässt sich ein Hochschulfinanzierungsmodell konzipieren, das beides aufnimmt und zugleich berücksichtigt, dass Hochschulen mehr sind als Humankapitalerzeuger für das regionale Innovationssystem.

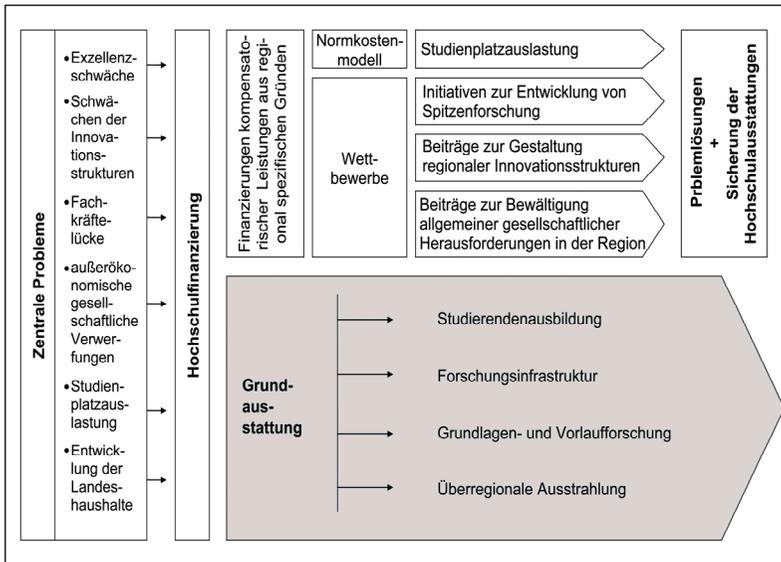
### **Handlungsoptionen**

Der grundlegende Ansatz des alternativen Hochschulfinanzierungsmodells ist: Es wird eine Trennung der Hochschulfinanzierung vorgenommen in (a) die Grundausrüstung der Hochschulen und (b) die Finanzierungen von kompensatorischen Leistungen, welche die Hochschulen aus regional spezifischen Gründen erbringen. Das Modell setzt sich aus fünf Elementen zusammen (Übersicht 48).

*(1) Grundfinanzierung für die Ausbildung von (einheimischen) Studierenden, Forschungsinfrastruktur, Grundlagen- und Vorlaufforschung sowie die Sicherung überregionaler Ausstrahlung:*

- Hierfür ist folgendes zu prüfen: Welche Ausstattungen benötigen die Hochschulen, um in der Lage zu sein, ihre Rolle als Träger einer Infrastruktur und Kultur der akademischen Bildung und Forschung hinreichend wahrzunehmen?
- Orientierungsgrößen zur Ermittlung der Grundfinanzierung müssten sein: der Umfang des Landeshaushaltes, das Bruttoinlandsprodukt, die Steuereinnahmen, die Zahl der landeseigenen Studienberechtigten in Korrespondenz zur Quote derjenigen, die tatsächlich ein Studium aufnehmen, und die Kosten eines Studienplatzes.
- Die so ermittelte Grundfinanzierung deckt diejenige Ausstattung ab, welche eine Hochschule in einer gleichsam Normalsituation beanspruchen kann, um eine angemessene Versorgung der regionalen Studienberechtigten mit Studienplätzen zuzüglich der üblichen Wanderungsgewinne sowie ein Basisniveau der Grundlagen- und Vorlaufforschung zu realisieren.

## Übersicht 48: Demografiesensibles Hochschulfinanzierungsmodell



Die nun folgenden Hochschulfinanzierungsanteile dagegen decken Zusatzleistungen ab, die den besonderen Umständen der Region geschuldet sind.

### (2) Gratifikation der Auslastung der Studienkapazitäten:

■ Die vollständige Auslastung wird allein aus der regionalen Nachfrage bzw. der bisherigen Nachfragestruktur – deren Bedienung mit der Grundfinanzierung (s.o.) abgegolten ist – kaum zu bewerkstelligen sein. Daher müssen die Hochschulen für sich Vorzüge und Alleinstellungsmerkmale definieren und realisieren, die einen dauerhaften Wettbewerbsvorteil gegenüber Hochschulen in anderen Ländern verschaffen, offensiv bundesweit kommunizierbar sind sowie bislang unausgeschöpfte Potenziale an möglichen Studieninteressierten in der eigenen Region mobilisieren.

■ Es liegt nahe, den Auslastungsgrad der Studienplätze über die schlichte regionale Normalversorgung hinaus – operationalisiert z.B. als Sicherung der aktuellen Studierendenzahlen – im Rahmen eines Normkostenmodells zu belohnen. Ein definierter Teil der Hochschulhaushalte wäre also gemäß des tatsächlich erreichten Auslastungsziels zuzuweisen.

■ Die haushalterische Begründung dafür, die Studienplatzauslastung über die einfache Regionalversorgung hinaus finanziell anzureizen, besteht aus zwei Elementen: Zum einen erzeugen zusätzliche Studierende zusätzliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen am Hochschul-

ort. Zum anderen werden damit zukünftige Absolventinnen und Absolventen in die Region gelockt, die mindestens zu einem Teil dazu beitragen werden, die regionale Fachkräftelücke zu verringern.

### *(3) Initiativen zur Entwicklung von Spitzenforschung:*

■ Grundsätzlich geht es in Hochschulen um zweierlei: die Herstellung und Sicherung flächendeckender Solidität zum einen sowie die Sicherung und Ermöglichung einzelner herausragender Leistungszentren zum anderen. Beides wird benötigt. Es ist die Voraussetzung, um eine gut durchmischte Studierendenschaft zu haben, für internationale Kontakte und Kooperationen attraktiv zu sein, in der überregionalen Forschungsförderung hinreichende Statisfaktionsfähigkeit zu erlangen und leistungsfähigen Nachwuchs anzuziehen.

■ Daher sollte ein Hochschulfinanzierungsanteil wettbewerblich für Initiativen, die auf die Entwicklung von Spitzenforschung zielen, verteilt werden. Hier kann an die bestehende Landesexzellenzoffensiv angeknüpft werden. Entsprechende inhaltliche Konzepte können im Erfolgsfall zu Finanzierungen führen, mit denen sich drei zentrale Kontextbedingungen verbessern lassen: (a) die räumlichen, apparativen, bibliothekarischen und personellen Ausstattungen; (b) die Gewinnung von Spitzenpersonal bzw. dessen Halten, d.h. die Bereitstellung entsprechender Ausstattungen; (c) Vernetzungen, indem die Transaktionskosten, die bei Kooperationen jeglicher Art anfallen, finanziert werden.

■ Die haushalterische Begründung dafür, derartige Leistungen der Hochschulen zusätzlich anzureizen, lautet dann: Hochschulfinanzierung, die allein darauf gerichtet ist, eine Basisversorgung sicherzustellen, verfehlt den Charakter des Finanzierungsgegenstandes. Über kurz oder lang würde eine Abwärtsspirale der Qualität in Gang gesetzt werden, die dann auch auf die Erfüllung der sonstigen Hochschulaufgaben negativ durchschlüge.

### *(4) Beiträge zur Gestaltung von regionalen Innovationsstrukturen:*

■ Hierbei geht es um die Kompensationsfunktion der Hochschulen im Hinblick auf die schwach ausgeprägte privat finanzierte FuE. Angesprochen sind damit zumindest drei Aktionsfelder: (a) die kompensatorische Übernahme von FuE-Aufträgen, die andernorts unternehmensintern erledigt werden, (b) das eigenständige Identifizieren von Wissens- und Forschungsbedarfen sowie Unterbreiten entsprechender Angebote, schließlich (c) das Engagement für ein regional vernetztes Wissensmanagement.

■ Das hieße konkret: Es wird ein Anteil der Hochschulfinanzierung, der für die FuE-Kompensationsfunktion der Hochschulen aufzuwenden ist,

kalkulatorisch bestimmt. Dieser Anteil wird vom jeweiligen Land trotz Haushaltsproblemen zur Verfügung gestellt, weil erwartet werden kann, dass damit zu regionalen Entwicklungen beigetragen wird, deren Effekte sich für das Land auch finanziell positiv auswirken. Dieser kalkulatorisch bestimmte Anteil wird wettbewerblich innerhalb des jeweiligen Landeshochschulsystems verteilt. Wettbewerbsgegenstand sind strategische Konzepte, mit deren Umsetzung die Hochschulen zu prägenden Akteuren in den regionalen Innovationsstrukturen werden möchten. Würden die Hochschulen selbst einen solchen Wettbewerb vorschlagen, könnten sie in eine argumentative Offensive gegenüber der Landespolitik gelangen.

■ Die haushalterische Begründung dafür, derartige Leistungen der Hochschulen zusätzlich anzureizen, lautet: Innovationswirkungen, die von den Hochschulen ausgehen und in der regionalen Wirtschaft wirksam werden, führen zu Einnahmenverbesserungen der Landeshaushalte, indem sich das Steueraufkommen erhöht. Der Verzicht darauf würde zugleich dazu beitragen, dass unzulängliche Steuereinnahmensituation zu verstetigen.

*(5) Beiträge zur Bewältigung allgemeiner gesellschaftlicher Herausforderungen in der Region:*

■ Hier steht die Frage: Was können die Hochschulen über ihre Beiträge zu ökonomischer Regionalentwicklung hinaus zur Lösung akuter und künftiger gesellschaftlicher Probleme beitragen?

■ Hierfür könnte ebenfalls eine wettbewerbliche Verteilung eines definierten Hochschulhaushaltsanteils erfolgen. Dieser zielte auf strategische Konzepte, mit denen die Hochschulen zu prägenden Akteuren sozialer Innovationsprozesse in der Region werden möchten. Die Adressaten wären in diesem Falle vorrangig die Sozial- und Geisteswissenschaften.

■ Die haushalterische Begründung dafür, solche Leistungen der Hochschulen zusätzlich anzureizen, lautet: Die wissenschaftliche Aufklärung über Ursachen bestehender und entstehender gesellschaftlicher Verwerfungen erzeugt Chancen, lösungsorientiert mit ihnen umgehen zu können. Dies senkt nicht nur die politischen Kosten, die bei Problemlösungsverzicht anfallen würden. Vielmehr verringert es auch die finanziellen Kosten, welche der öffentlichen Hand für nachsorgende Problemverwaltung (statt vorsorgender Problemvermeidung) entstehen würden.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack: *Demografiesensibel und Regionalbezüge fördernd. Ein Modell für die künftige Hochschulfinanzierung in Ostdeutschland*, in: ders. (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschule & Bildung in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsgesellschaft, Leipzig 2013, S. 497-510

# EU-Strukturfonds und wissenschaftliche Einrichtungen

## Regionale Finanzierungschancen und -hindernisse

Jens Gillessen | Isabell Maue

*In welchem Ausmaß sich Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen bei der Verwirklichung der Strategie „Europa 2020“ einbringen können, wird wesentlich durch die konkrete Ausgestaltung der neuen EU-Förderperiode bestimmt. Die EU-Strukturfonds zielen darauf ab, zusätzliche Aktivitäten der Mitgliedstaaten und Regionen anzuregen. Ihre Nutzung erfordert deshalb, dass letztere einen finanziellen Eigenanteil beisteuern. Um diesen Anteil zu organisieren, bedarf es vor allem zweierlei: mit den neuen Regularien souverän umzugehen und bisherige Kofinanzierungserfahrungen auszuwerten.*

Die europäischen Regionen arbeiten derzeit an regionalen Innovationsstrategien intelligenter Spezialisierung, die die Strategie „Europa 2020“ regional implementieren. Damit bietet sich die Aussicht, Mittel der EU-Strukturfonds auch für Projekte und Strukturen an und im Umfeld von wissenschaftlichen Einrichtungen regional verfügbar zu machen, namentlich für die „Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation“ sowie „Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen“. Umstandslos allerdings gelingt dies nicht.

### Ergebnisse

Für die Wissenschaftspolitik und -verwaltung der Länder stellt sich die Herausforderung, innovative Wege zu finden, wie Stärken im Hochschul- und Forschungsbereich im Einklang mit den EU-Zielen weiter ausgebaut werden können. Die wissenschaftlichen Einrichtungen wiederum stehen vor der Herausforderung, Ideen zu entwickeln, wie sie neuartige Beiträge zu den jeweiligen Schwerpunkten der regionalen Entwicklung leisten können.

#### Methodik

Ausgewertet wurden die neuen Regelungen der einschlägigen EU-Fonds EFRE und ESF für die Förderperiode 2014-2020 sowie zentrale Texte zum EU-Beihilferecht. Dabei galt die besondere Aufmerksamkeit den Chancen von und Hindernissen für wissenschaftliche bzw. hochschulische Förderanliegen in demografisch geschwächten Regionen wie Sachsen-Anhalt. Aufbereitet wurden in diesem Zusammenhang auch Fallbeispiele erfolgreicher wissenschaftsbezogener Strukturfondsförderungen

Eine besonders wichtige Rolle kommt absehbar den Hochschulen in strukturschwachen und den sog. Übergangsregionen zu. Aufgrund der internationalen Ausrichtung des wissenschaftlichen Funktionssystems sind Hochschulen prädestiniert, ihren Sitzregionen Zugang zu globalen Informationsbeständen zu verschaffen und regionale Akteure in internationale Netzwerke einzubinden.

Dabei treten einige Schwierigkeiten eigener Art zutage, mit denen ein produktiver Umgang gefunden werden muss:

■ Die EU-Strukturfonds zielen darauf ab, innovative Aktivitäten in den Mitgliedstaaten zu stimulieren. Ihre Nutzung erfordert deshalb, dass aus den profitierenden Regionen heraus zur Finanzierung der geförderten Vorhaben ein finanzieller Eigenanteil aufgebracht wird. Trifft dort Strukturschwäche mit demografischer Schwächung und Abwanderung zusammen, kann es sich schwierig gestalten, diesen Eigenanteil zu organisieren.

■ In Deutschland wird diese Schwierigkeit durch das System der Hochschulfinanzierung tendenziell verschärft. Da im Unterschied zu anderen Ländern keine Studiengebühren erhoben werden, obliegt die Hochschulfinanzierung dauerhaft vorrangig der öffentlichen Hand.

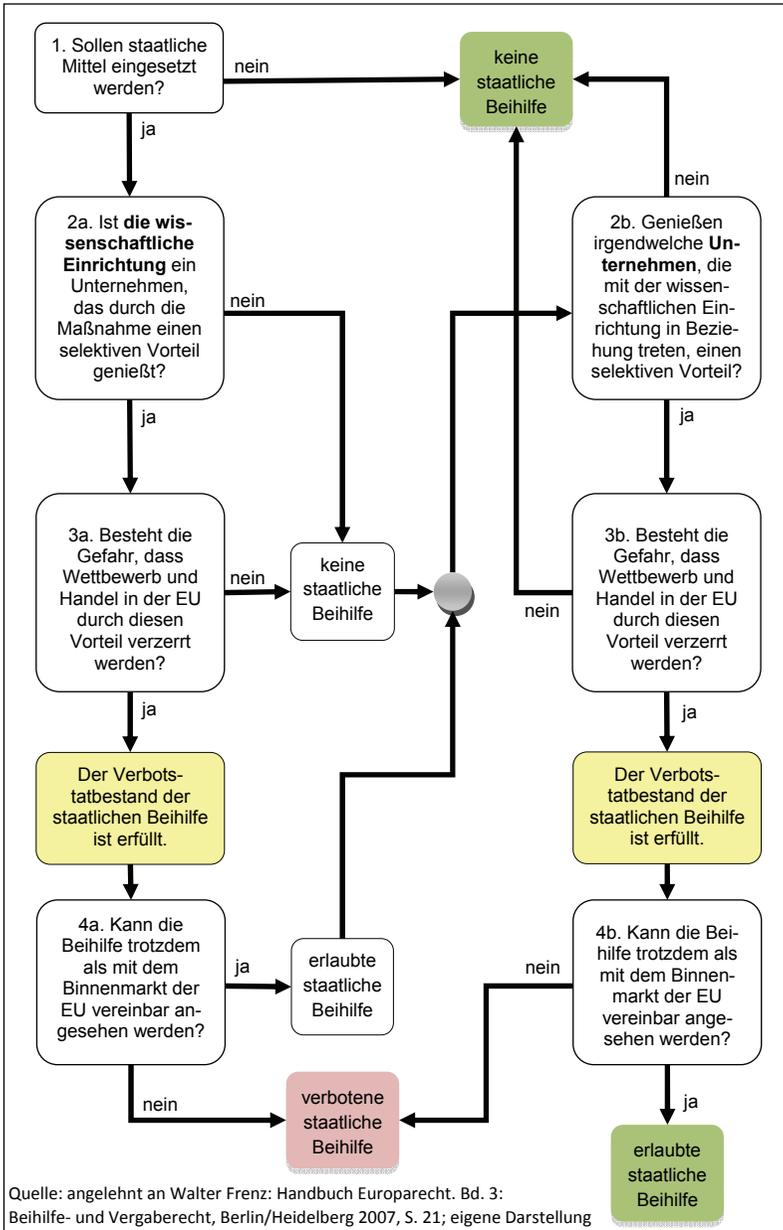
■ Die Absicht, EU-Strukturfondsmittel einzusetzen, stellt die regionalen Entscheidungsträger regelmäßig vor vielfältige rechtliche Hürden und Unwägbarkeiten, deren Einschätzung und Bewältigung einen hohen administrativen Arbeitsaufwand erzeugt. Dies betrifft insbesondere das grundsätzliche Verbot staatlicher Beihilfe bei einer gleichzeitigen Vielzahl von Verbotsausnahmen. In welcher Weise eine Fördermaßnahme betroffen ist, hängt von Details der Maßnahmenausgestaltung ab. Daher entzieht sich der Implementierungsprozess jeder strikt seriellen Strukturierung.

In welchem Ausmaß sich Hochschulen und andere wissenschaftliche Einrichtungen bei der Verwirklichung von „Europa 2020“ einbringen können, wird nicht zuletzt durch die konkrete Ausgestaltung der Regularien der neuen Förderperiode 2014-2020 bestimmt. Hierzu ist eine ganze Reihe von aktuellen Entwicklungen zu verzeichnen:

■ Sämtliche EU-Struktur- und Investitionsfonds sollen in einem *Gemeinsamen Strategischen Rahmen* (GSR) integriert werden. Dieser formuliert einheitliche Regelungen für die Fonds. Durch deren bessere Koordinierung sollen Synergien erzielt und intelligente Spezialisierung effektiver gefördert werden. Elf sog. Thematische Ziele beziehen sich u.a. auch auf Wissenschafts- und Technologieentwicklungen:

- Stärkung von Forschung, Technologieentwicklungen und Innovation
  - Verbesserung der Nutzung und Qualität von IKT
  - Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU
  - Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in allen Wirtschaftsbranchen
  - Klimawandelanpassung incl. Risikoprävention und -management
  - Förderung der Ressourceneffizienz
  - Förderung von Nachhaltigkeit im Verkehr
  - Investitionen in Bildung, Ausbildung und Berufsbildung für Kompetenzen und lebenslanges Lernen
- Jeder Mitgliedstaat erarbeitet gemeinsam mit regionalen Partnern und im Dialog mit der EU-Kommission eine *Partnerschaftsvereinbarung* zu „Europa 2020“.
- Sogenannte *Multifondsprogramme* können den koordiniert-komplementären Einsatz erleichtern. Gemeint sind Operationelle Programme (OP), die die regionale Planung für mehrere Strukturfonds zusammenfassen.
- Darüber hinaus sollen Synergien mit anderen Strategien und Instrumenten der EU begünstigt werden, im wissenschaftlichen Kontext etwa mit „*Horizont 2020*“, dem Forschungsrahmenprogramm 2014-2020. So können Mittel aus „*Horizont 2020*“ künftig mit Strukturfondsmitteln kombiniert werden. Dies kann jedoch in keinem Fall die regionalen Kofinanzierungsanteile senken oder ersetzen.
- Für die Förderung im Forschungsrahmenprogramm gelten anspruchsvolle Exzellenzkriterien, die zu regional sehr unausgewogenen Bewilligungen führen. Deshalb sollen mit koordinierterem Einsatz von „*Horizont 2020*“ und GSR-Fonds auch forschungsschwächeren Regionen „*Stufenleitern zur Spitzenforschung*“ gebaut werden.
- Geeignete Felder zum koordinierten Einsatz von „*Horizont 2020*“- und Strukturfondsmitteln sollen im Rahmen der Erarbeitung nationaler und regionaler *Strategien intelligenter Spezialisierung* ausfindig gemacht werden.
- Die sog. *Finanzinstrumente* des EFRE – Unterstützungen in Form von Darlehen, Bürgschaften, Beteiligungsinvestitionen, beteiligungsähnlichen Investitionen oder Risikoteilungsinstrumenten – sollen im Hinblick auf ihre „*Hebelwirkung*“ künftig begünstigt werden.
- Eine Steigerung der Effizienz der Förderung verspricht sich die Europäische Kommission von einer Verstärkung der Kontrollmechanismen. Erstmals soll ein systematisches *Leistungs- und Erfolgsmonitoring* eingeführt werden, unter Umständen mit Rückzahlungspflichten.

Übersicht 49: Beihilferechtliches Prüfschema bezüglich wissenschaftlicher Einrichtungen



## Handlungsoptionen

Der sog. Kofinanzierungssatz – also die Höhe des Mittelanteils, den die Strukturfonds zu einer bestimmten Prioritätsachse eines Operationellen Programms maximal beisteuern – ist dem einschlägigen OP zu entnehmen. Generell gilt dabei, dass die Kofinanzierungssätze um so niedriger festzusetzen sind, je stärker die Wirtschaft des betroffenen Mitgliedstaats bzw. der Region bereits entwickelt ist. Vorbehaltlich etwaiger Einschränkungen im OP kommen für wissenschaftliche bzw. hochschulische Vorhaben in Deutschland als Finanzierungsquellen folgende Akteure am ehesten in Betracht:

- der Bund, z.B. durch Programme der Wissenschaftsförderung,
- die Bundesländer; hier vor allem die Haushalte der für Wissenschaft, Wirtschaft, Arbeit und Soziales zuständigen Landesministerien,
- die Kommunen, in denen wissenschaftliche Einrichtungen ansässig sind,
- die Bundesagentur für Arbeit, die häufig Gegenfinanzierungen im Rahmen von ESF-geförderten Maßnahmen zur Qualifikation von Arbeitnehmern erbringt,
- die Hochschulen,
- die außeruniversitären Forschungseinrichtungen,
- andere Bildungs- und/oder Forschungseinrichtungen,
- Fördervereine, Stiftungen und
- schließlich auch Wirtschaftsunternehmen oder -verbände.

Personal- und Sachausgaben, z.B. von Hochschulen bzw. Forschungseinrichtungen, können als regionaler Eigenanteil angerechnet werden, wenn sie in das Vorhaben tatsächlich eingebracht werden – d.h. für andere Tätigkeiten zeitgleich nicht zur Verfügung stehen und von Mitteln für andere Tätigkeiten klar abgrenzbar sind.

Bei allen Finanzierungsquellen gleichermaßen zu beachten ist, dass mitgliedstaatliche bzw. regionale Mittel, soweit sie sich ihrerseits wiederum aus EU-Mitteln speisen, nicht als Eigenanteile eingebracht werden können. Zuwendungen von Dritten an die EU-geförderten Projekte können als regionaler Eigenanteil anerkannt werden, wenn sie bereits im ursprünglichen Finanzierungsplan des Fördervorhabens vorgesehen sind. Nachträglich empfangene Zuwendungen mindern den Förderbedarf und führen zur (auch nachträglichen) Kürzung der Zuschüsse aus den Strukturfonds.

Dieselbe Problematik besteht auch im Hinblick auf durch das Fördervorhaben selbst erwirtschaftete Nettoeinnahmen:

- Vorhaben im Wissenschafts- und Hochschulbereich sind häufig in der Lage, eigene Einnahmen zu generieren, z.B. durch Erhebung von Studiengebühren für Angebote der wissenschaftlichen Weiterbildung. Diese können jedoch nicht als regionale Gegenfinanzierung des EU-Förderanteils geltend gemacht werden.
- Diese Regel gilt allerdings nicht für ausschließlich durch den ESF unterstützte Maßnahmen, Maßnahmen mit förderfähigen Gesamtkosten von weniger als einer Million Euro und De-minimis-Beihilfen.
- Zudem sind etwa Teilnehmerbeiträge, die unmittelbar zur Deckung tatsächlich anfallender und klar benennbarer Kosten erhoben werden, unproblematisch.

Im Grundsatz verbieten die EU-Verträge die Gewährung staatlicher Beihilfen. Das betrifft auch Zuschüsse aus den EU-Strukturfonds. Für Vorhaben, die an wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen angesiedelt sind, können in vielen Fällen jedoch Ausnahmeregelungen geltend gemacht werden. Es lässt sich eine Vielzahl von Gründen dafür ins Feld führen, dass wissenschaftliche Einrichtungen nicht als selektiv Begünstigte im Sinne des EU-Beihilferechts gelten. Liegt keine selektive Begünstigung vor, so greift das Verbot staatlicher Beihilfe nicht.

Selektive Vorteile können sich, auch wenn sie einmal festgestellt sind, auf der Beurteilungsstufe der Wettbewerbsverzerrung immer noch als beihilferechtlich harmlos erweisen. Mit Hilfe der De-minimis-Verordnung kann in einer breiten Klasse von Fällen die Erfüllung des Verbots tatbestands „staatliche Beihilfe“ aber vermieden werden – jedenfalls dann, wenn der selektive Vorteil auf Seiten Dritter zu lokalisieren ist.

Fazit: Bezüglich des grundsätzlichen Verbots der Gewährung staatlicher Beihilfen, das auch Zuschüsse aus den EU-Strukturfonds betrifft, können (auch) für Vorhaben an wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen in vielen Fällen Ausnahmeregelungen geltend gemacht werden. Im Vorfeld genügende Rechtssicherheit zu erlangen erscheint dann schwierig, wenn mit der konkreten Maßnahme die klassischen Hochschulaufgaben Forschung und Lehre oder der auf den Technologietransfer konzentrierte Innovationsbegriff der EU überschritten werden sollen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Jens Gillissen/Isabell Maue (Hg.): *Knowledge Europe. EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen*. Unter Mitarbeit von Peer Pasternack und Bernhard von Wendland, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2014; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/Handreichungen/HoF-Handreichungen5.pdf>

# Bedarflagen in schrumpfenden Regionen und Hochschulaktivitäten

## Wege zur Strategieentwicklung trotz hemmender Umstände

Justus Henke | Romy Höhne | Peer Pasternack  
Sebastian Schneider | Steffen Zierold

*Hochschulen werden bereits heute vielfältig regional wirksam, z.T. über schlichte Anwesenheitseffekte, teils über die Profilierung und Ausweitung ihrer Aktivitäten in Lehre und Forschung, z.T. durch aktive Mitgestaltung ihrer Umfeldbedingungen, also Aktivitätseffekte. Zugleich gibt es eine Reihe von hemmenden Umständen und Risikofaktoren, die dem entgegenstehen. Diese sollten nicht ignoriert, sondern prozessiert werden. Als vorteilhaft dafür erweist sich eine strategische Systematisierung des regional bezogenen Hochschulhandelns.*

Das wesentliche Entwicklungsziel in den demografisch herausgeforderten Regionen kann mit einer Solidarpaktformulierung gefasst werden: „selbsttragende Entwicklung“. Diese hat, so lässt sich ergänzen, zwei zentrale Voraussetzungen: wirtschaftliche Stabilität und soziale Stabilität. Zu beiden wiederum tragen auch die Hochschulen bei:

■ **Wirtschaftliche Stabilität** zielt auf Eigenfinanzierung der Region, angemessene Beschäftigungsquote, Produktivität und Innovation. Sie wird insbesondere benötigt, um die Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte zu verbessern. Sie erfordert eine Steigerung des technisch-technologischen Innovationsgeschehens.

■ **Soziale Stabilität** umfasst politische, demografische und sozialräumliche Stabilität. Ihrer bedarf es vor allem, um die öffentlichen Ausgaben für nachsorgende Problembearbeitungen zu begrenzen. Soll vorbeugende Problemvermeidung statt nachsorgender Problembearbeitung bewerkstelligt werden, sind soziale Innovationen erforderlich.

### **Methodik**

Es wurden eine Vollerhebung der regionalbezogenen Aktivitäten der ostdeutschen Hochschulen sowie 34 Experteninterviews mit Hochschul- und regionalen Akteuren durchgeführt, deren Ergebnisse systematisiert sowie quantitativ und qualitativ ausgewertet

## Ergebnisse

Obgleich die Hochschulen bereits eine ganze Reihe Aktivitäten unternehmen, mit denen sie aktiv spezifische Herausforderungen des demografischen Wandels und der Regionalentwicklung bearbeiten, werden die diesbezüglichen Potenziale noch nicht ausgeschöpft. Dem liegt eine Reihe von hemmenden Umständen und Risikofaktoren zugrunde:

- Die Hochschulen und ihr Personal sind überbeansprucht, da die Einrichtungen strukturell unterfinanziert sind.
- Mit regionalem Engagement lässt sich regionale Reputation erwerben. Die wissenschaftliche Gemeinschaft belohnt jedoch nur überregionale Reputation.
- Organisationseigenheiten der Hochschulen stehen einem verstärkten regionalen Engagement entgegen. Insbesondere besteht eine nur geringe Durchgriffsfähigkeit von Leitungsebenen auf die Arbeitsebene.
- Regionale Engagements werden bislang unzulänglich finanziell gefördert. Wo solche Förderungen zu erlangen sind, ist dies in der Regel mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden.
- Schließlich besteht eine Reformmüdigkeit an den Hochschulen, die aus einem reformerischen „Overkill durch Parallelaktionen“ (Ada Pellet) resultiert. Das schwächt die Aufnahmefähigkeit für neue Aufgaben.

Die Probleme, die sich im Alltag des Hochschulhandelns auftun und der Übernahme zusätzlicher Aufgaben entgegenstehen können, sollten nicht ignoriert, sondern prozessiert werden. Chancen, mit ihnen produktiv umzugehen, bieten sich mit strategischer Systematisierung des regional bezogenen Hochschulhandelns.

Grundsätzlich erzeugen Hochschulen in ihren jeweiligen Sitzregionen Effekte, die auf ihre reine Existenz zurückzuführen sind, also *Anwesenheitseffekte*. Unter direkten Anwesenheitseffekten von Hochschulen lassen sich insbesondere die Einkommenseffekte durch Personalausgaben, Umsatzeffekte der Leistungsnachfrage von Hochschulen und die regionalökonomischen Wirkungen des Konsums von Hochschulangehörigen fassen. Durch die nachgelagerte Wiederverausgabung von Ausgabe/Einnahme-Wirkungen innerhalb der Region werden zusätzlich indirekte Einkommens- und Beschäftigungseffekte induziert.

Über die Profilierung und Ausweitung ihrer Aktivitäten in Lehre und Forschung sowie durch aktive Mitgestaltung ihrer Umfeldbedingungen gehen die regionalen Wirkungen von Hochschulen aber weit über schlichte Anwesenheitseffekte hinaus. Qua eigenständiger Beiträge zur

Entwicklung ihrer Sitzregion können Hochschulen auch eine ganze Reihe von *Aktivitätseffekten* entfalten. Ein Beispiel zeigt Übersicht 50.

*Übersicht 50: Exemplarische Ableitung hochschulischer Aktivitäten aus regionalen Handlungserfordernissen*

Demografischer Wandel und Regionalentwicklung			Hochschulbeiträge zur Regionalentwicklung im demografischen Wandel	
Herausforderung	Handlungsfeld	Bedarfslage	Zieldefinition	Maßnahmen zur Zielerreichung
1	2	3	4	5
Alterung der Bevölkerung	Lebensqualitätssteigerung für Senioren	Gestaltung von Übergängen aus dem Berufsleben in den Ruhestand	Erfahrungssicherung und generationenübergreifender Wissenstransfer	<ul style="list-style-type: none"> <li>• curriculare Angebote, die auf Betriebsnachfolge vorbereiten</li> <li>• entsprechende Ausrichtung des Praktikums-geschehens</li> </ul>
		Generations-dialog	Seniorenbildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Seniorenuniversität</li> <li>• Studienmöglichkeiten für Senioren im Rahmen des Normalangebots</li> </ul>
		Absicherung des medizinischen/ pflegerischen Bedarfs	Gesundheit	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Supramaximalversorgung für multimorbide Patienten durch Universitätsklinik</li> <li>• Regional kontextualisierte Forschung zu einschlägigen Themen</li> </ul>

## Handlungsoptionen

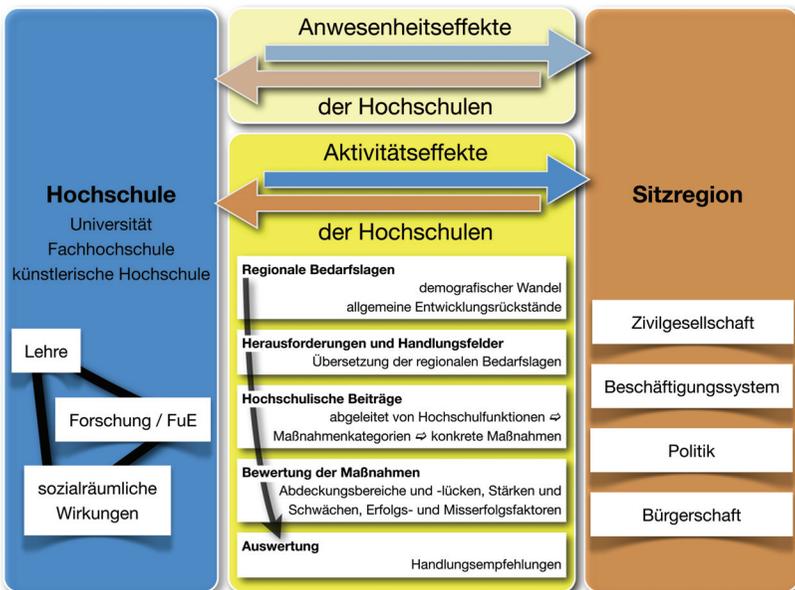
Um die regionalen Herausforderungen auf die (möglichen) Hochschulaktivitäten zu beziehen, lassen sich diese in einem mehrstufigen Verfahren einander zuordnen. In einer systematischen Ableitungskaskade erweist sich dann die folgende Mehrschrittigkeit als vorteilhaft:

- Um mit den Herausforderungen der demografischen Schrumpfung und gedämpften Leistungsfähigkeiten der Regionen umzugehen, lassen sich die wesentlichen Handlungsfelder identifizieren (Übersicht 50, Spalten 1 und 2).
- Innerhalb dieser sind die konkreten Bedarfslagen in den Regionen zu bestimmen (Spalte 3). Hieraus lassen sich bestehende Bedarfslücken identifizieren, indem Anpassungsnotwendigkeiten und Anpassungsaktivitäten gegenübergestellt werden. Auf die Bedarfslagen und -lücken können u.a. die Hochschulen reagieren – wie dies auch heute schon vielfach geschieht.

- Um regionale Bedarfslagen auch hochschulseitig bearbeiten zu können, sind die Ziele zu definieren, die Hochschulen in dieser Hinsicht verfolgen können (Spalte 4).
- Anschließend lassen sich konkrete Maßnahmen bestimmen, mit denen die Hochschulen entweder bereits auf die jeweilige Zielerreichung hinwirken oder die über das bisher bereits Geschehende hinaus von den Hochschulen umgesetzt werden könnten (Spalte 5).

Indem die Hochschulbeiträge noch nicht an jeder Hochschule gleichermaßen ausgeprägt sind, formulieren sie auch Handlungsanforderungen. Um diese, ihre Umsetzungsbedingungen und -wahrscheinlichkeiten einschätzen zu können, sollten schlussendlich Stärken und Schwächen der bisherigen Hochschulaktivitäten, Hindernisse und Erfolgsfaktoren eingeschätzt werden.

Übersicht 51: Ableitungsmodell: Regionale Herausforderungen, Handlungsfelder, Bedarfslagen und hochschulische Lösungsbeiträge



Zum Weiterlesen:

☞ Justus Henke/Romy Höhne/Peer Pasternack/Steffen Zierold: *Regionale Bedarfslagen und Hochschulaktivitäten. Wege zur Strategieentwicklung trotz hemmender Umstände*, in: Peer Pasternack (Hg.), *Jenseits der Metropolen. Hochschule & Bildung in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, S. 145-171.



# **Zeitgeschichte als Ressource**

# Zwischen Tradition und Reflexion

## Wie die sachsen-anhaltischen Hochschulen ihre jüngere Geschichte aufarbeiten

Daniel Hechler | Peer Pasternack

*Den ostdeutschen Hochschulen wurde und wird immer wieder attestiert, sich nur unzureichend mit ihrer eigenen Vergangenheit in der DDR auseinanderzusetzen: Sie hätten während des politischen Umbruchs 1989 abseits gestanden und auch in den Jahren danach kaum etwas unternommen, um ihre Rolle in der DDR glaubhaft und kritisch zu untersuchen. Durchweg fehle der Wille zur Aufarbeitung. Diese Kritiken formulieren allerdings primär einen Eindruck, nicht das Ergebnis einer Analyse.*

Sieben der acht staatlichen Hochschulen Sachsen-Anhalts existierten – zum Teil über Vorgängereinrichtungen – bereits vor 1990: die Universitäten in Halle und Magdeburg, die Kunsthochschule Burg Giebichenstein sowie die Fachhochschulen Anhalt und Merseburg und die FH der Polizei in Aschersleben. Daneben bestanden auch die Evangelische Kirchenmusikhochschule Halle und die Theologische Hochschule Friedensau bereits in der DDR. (Übersicht 52)

*Übersicht 52: Hochschulen mit Bezug zur SBZ/DDR-Geschichte in Sachsen-Anhalt*

Hochschule	Gründung	Integrierte bzw. Vorläufereinrichtungen	Besonderheiten
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	1502 Wittenberg, 1694 Halle	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Pädagogische Hochschule Halle-Köthen „N.K. Krupskaja“</li> <li>• Technische Hochschule Leuna-Merseburg (Teilintegration)</li> </ul>	Namensverleihung 1933
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	1993	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Technische Universität „Otto von Guericke“</li> <li>• Pädagogische Hochschule „Erich Weinert“</li> <li>• Medizinische Akademie</li> </ul>	Namensverleihung 1961
Burg Giebichenstein – HS f. Kunst u. Design Halle	1879	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 1958 Verleihung des Hochschulstatus als Hochschule für industrielle Formgestaltung</li> </ul>	
Evangelische HS für Kirchenmusik Halle	1926	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 1993 Verleihung des Hochschulstatus</li> </ul>	

Hochschule	Gründung	Integrierte bzw. Vorläufer-einrichtungen	Besonderheiten
Hochschule Anhalt	1991	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Technische Hochschule Köthen</li> <li>• Hochschule für Land- und Nahrungsgüterwirtschaft Bernburg</li> <li>• Pädagogische Hochschule „Wolfgang Ratke“ Köthen</li> </ul>	3 Standorte: Bernburg, Dessau, Köthen
Hochschule Harz	1991	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Neugründung ohne Vorläufer</li> </ul>	2 Standorte: Halberstadt, Wernigerode
Hochschule Magdeburg-Stendal	1991	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ingenieurschule für Bauwesen</li> <li>• Fachschule für Chemie</li> <li>• Ingenieurschule für Wasserwirtschaft</li> <li>• Ingenieurschule für Maschinenbau und Elektrotechnik</li> <li>• FH Altmark in Gründung</li> </ul>	2 Standorte: Magdeburg, Stendal
Hochschule Merseburg	1992	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Technische Hochschule „Carl Schorlemmer“ Leuna-Merseburg (Teilintegration)</li> </ul>	
Fachhochschule der Polizei Aschersleben	1997	<ul style="list-style-type: none"> <li>• seit 1951 befanden sich in den ehemaligen Wehrmachtsartilleriekasernen Polizei-Ausbildungseinrichtungen, zuletzt eine Offiziersschule des DDR-Innenministeriums</li> </ul>	(verwaltungs-)interne Hochschule
Theologische Hochschule Friedensau	1899		HS der Siebenten-Tags-Adventisten

Die grundlegenden Daten zeigen: Es kann kein prinzipielles Desinteresse oder überwiegende Inaktivität der Hochschulen Sachsen-Anhalts im Hinblick auf ihre Zeitgeschichte konstatiert werden. Einige Schlaglichter:

*Übersicht 53: Publikationen und Qualifikationsschriften zur Zeitgeschichte von Hochschulen in Sachsen-Anhalt*

Hochschulen	Publikationen, Qualifikationsschriften		
	intern veranlasst	davon jahrestagsbezogen	extern veranlasst
MLU Halle-Wittenberg	38	26	21
OvGU Magdeburg	10	4	20
Burg – HS f. Kunst u. Design Halle	3		1
Ev. HS für Kirchenmusik Halle	1	1	
Hochschule Anhalt	1	1	
Hochschule Magdeburg-Stendal	1	1	
Hochschule Merseburg	2	2	1
FH der Polizei Aschersleben	1		
Theologische Hochschule Friedensau			1
Gesamt Sachsen-Anhalt	57	35	44
Gesamt Ostdeutschland	511	264	307

Seit 1990 sind 57 selbstständige Publikationen erschienen, in denen sich die sachsen-anhaltischen Hochschulen auf Eigeninitiative mit ihrer Zeitgeschichte auseinandersetzen (Übersicht 53). Ebenso sind an den Hochschulen zehn Ausstellungen erarbeitet und gezeigt worden (Übersicht 54).

*Übersicht 54: Ausstellungen der sachsen-anhaltischen Hochschulen mit Bezügen zur eigenen Zeitgeschichte*

Hochschule	Ausstellung	Jahr
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	„EMPORIUM. 500 Jahre Universität Halle-Wittenberg“	2002
	„Von der Universität in den Gulag – Studentenschicksale im sowjetischen Straflager Workuta 1945 bis 1955“	2003
	„Archivalien - Unikate und Zimelien. 60 Jahre Universitätsarchiv“	2007
	„Ohnmacht und Erneuerung. Die friedliche Revolution an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Ausstellung über den Prozess der Veränderungen an der Universität vom Sommer 1989 bis zum Frühling 1990“	2009
Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg	Ausstellung „'... und daß der Mensch was lernen muß'. Bildung und Erziehung in DDR-Schulen“ (im Kunsthistorischen Museum, in Kooperation mit Inst. f. Erziehungswissenschaft)	1999
	„Guerickes Erben. 50 Jahre Hochschulstandort Magdeburg – 10 Jahre Otto-von-Guericke-Universität“	2003
Burg – Kunsthochschule Halle	„Burg Giebichenstein. Die Hallesche Kunstschule von den Anfängen bis zur Gegenwart“	1993
Hochschule Harz	„Eine Villa im Wandel der Zeiten“ [Geschichte der Rektorsvilla in Wernigerode]	2010
HS Merseburg	Fotografieausstellung „50 Jahre Hochschule in Merseburg“	2005
	„Dick Aufgetragen“ [Ausstellung von Gemälden der Kunstsammlung der früheren TH Leuna-Merseburg „Carl Schorlemmer“]	2011

Zugleich wird allerdings in den letzten Jahren eine gewisse Aversion gegenüber der publizistischen Begleitung hochschulbezogener Konfliktthemen sichtbar – die Universitätsjournale und Webseiten werden zunehmend als primär für die Imagebildung zuständig betrachtet. Dementsprechend zielen sie häufig auf die Vermittlung einer positiven Identität. Verwundern kann es dennoch, dass nur vier von den sieben Hochschulen, welche bereits in der DDR existierten, die DDR-Zeit in ihrer Online-Geschichtsdarstellung thematisieren. (Übersicht 55)

So fehlt auf der hochschulzentralen Homepage der Martin-Luther-Universität eine Darstellung zur Universitätsgeschichte. Die Zeit des Nationalsozialismus kann in Publikationen als gut aufgearbeitet gelten, wenn auch die Umstände der Namensgebung 1933 keinen Widerhall auf

*Übersicht 55: Zeitgeschichtliche Bezüge in den Internet-Selbstdarstellungen der ostdeutschen Universitäten*

Hochschule	Angabe Gründungsjahr	Angabe Vorgänger-einrichtungen	eigenständige Geschichtsdarstellung	Chronologie / Fließtext	NS		SBZ / DDR		
					Thematisierung	Kennzeichnung des Diktaturcharakters	Thematisierung	Kennzeichnung des Diktaturcharakters	
<b>MLU Halle-Wittenberg</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	-	-	-	-	-	-	
<b>OvGU Magdeburg</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	-	-	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	-	
<i>Zum Vergleich:</i>									
<b>FSU Jena</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	F	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
<b>Humboldt-Univ. zu Berlin</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	C+F	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
<b>Universität Leipzig</b>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	C+F	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

direkt,  indirekt, - nicht angegeben,  keine Vorgängereinrichtung  
C = Chronologie, F = Fließtext

der Homepage finden. Eine vergleichbar systematische Darstellung für die DDR-Zeit fehlt hingegen. Eine gewisse Besonderheit stellen Qualifikationsschriften zur Repression und den Aktivitäten der Staatsicherheit sowie eine Ausstellung zu 20 Jahren Systemwechsel an der Universität dar. Deutlich im Vordergrund steht die Fabrikation einer positiven historischen Traditionslinie jenseits der Zeitgeschichte. Positiv vermerkt werden kann, dass es einen Online-Professorenkatalog gibt.

Auch an der Otto von Guericke-Universität gibt es Einzelinitiativen, doch diesen steht eine eher sporadische Wahrnehmung der Zeitgeschichte auf der Ebene der Gesamtuniversität gegenüber. Immerhin gibt es zwei jubiläumsbezogene Gesamtdarstellungen zur Hochschulgeschichte, von denen eine partiell mit zeitgeschichtlich-kritischem Zugriff hantiert. Allerdings schlagen sich diese geschichtspopularisierenden Ansätze nicht in der Online-Präsentation nieder. Positiv zu erwähnen ist dort hingegen die zeitgeschichtlich aussagekräftige Website des Universitätsarchivs.

Jenseits der Universitäten finden Auseinandersetzungen mit der Zeitgeschichte der eigenen Einrichtung an der Burg Giebichenstein (sehr ausgreifend), der Hochschule Merseburg (punktuell) und der Fachhochschule der Polizei in Aschersleben (angesichts der geringen Größe beachtenswert) statt.

Die unternommene Tiefensondierung zu den Hochschulaktivitäten, die eigene Zeitgeschichte aufzuarbeiten, zeigt:

■ Die Aktivitäten sind zwar durchwachsen und in der Regel wenig systematisch, zugleich aber auch durchaus weit gefächert. Ein generelles Desinteresse kann nicht konstatiert werden, eher ein erratisches Vorgehen, eine vergleichsweise hohe Jubiläumsabhängigkeit und die Schwierigkeit, Kontinuität aufrecht zu erhalten. Einschränkungen ergeben sich z.T. auch aus äußeren Umständen wie Ressourcenverfügbarkeit, dem (Nicht-)Vorhandensein historischer Expertise oder Problemen, Basisdaten zu generieren, z.B. zu Repressionsopfern in der DDR.

■ Die wichtigsten Auslöser für Selbsterkundungen der eigenen Zeitgeschichte durch die Hochschulen waren in den letzten über 20 Jahren anstehende Hochschuljubiläen. Daneben, aber nicht dominant finden sich auch anlassfreie Geschichtsaufarbeitungen.

■ In (meist jubiläumsbedingt erscheinenden) Gesamtdarstellungen der Geschichte einzelner Hochschulen gelingen bisher nur im Ausnahmefall sowohl problembewusste als auch perspektivenreiche Darstellungen, die zeitgeschichtliche Ambivalenzen und Konflikte ausdrücklich nicht glätten, sondern aushalten.

■ Auf den Homepages aller Hochschulen steht die Etablierung einer möglichst langen positiven Traditionslinie deutlich im Vordergrund. Ist eine Traditionslinie jenseits der Zeitgeschichte unerreichbar, so wird auf geschichtliche Bezugnahmen mangels Attraktivität dessen, was dargestellt werden könnte, weitgehend verzichtet.

■ Große Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Hochschultypen. Eine Konzentration der hochzeitgeschichtlichen Aktivitäten ist an den Universitäten festzustellen. An den Fachhochschulen finden sich zeitgeschichtliche Selbstthematizierungen nur selten.

Insgesamt lassen sich drei Zugangsweisen der Hochschulen zu ihrer Zeitgeschichte identifizieren, wobei die erste und die zweite Varianten durchaus auch gemeinsam vorkommen:

■ Dominant ist die *Nutzung der Geschichte als Traditionsquelle und der Geschichtspolitik für das Hochschulmarketing*: Geschichte wird genutzt, um ein positives Bild nach außen hin und um positive interne Integrationseffekte zu erzeugen oder zu verstärken. Beides geschieht meist über Traditionsstiftung bzw. Traditionserhalt, d.h. eine selektive Nutzung von positiv bewerteten Elementen der Hochschulgeschichte.

■ Auch vorkommend ist *Geschichte als Aufarbeitung und Selbstaufklärung*: Hierbei können sich Motive, die hohen wissenschaftlichen wie ethischen Ansprüchen entspringen, mit solchen Motiven vereinigen, die institutionenpolitischer Gegenwartsbewältigung dienen. Die anspruch-

volle Integration zeithistorischer Selbstaufklärung in das Hochschulleben wird insbesondere dann erkennbar, wenn Jubiläen zum Anlass für Selbstirritation werden.

■ Selten vorkommend ist (vollständige) *zeitgeschichtliche Abstinenz*: Gegenwart und Zukunft werden betont bei gleichzeitiger Vermeidung, aus der Geschichte herrührende Schatten auf der Institutionsgeschichte zu thematisieren oder damit zusammenhängende Konflikte auszutragen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Daniel Hechler/Peer Pasternack: *Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte*, Akademische Verlagsgesellschaft, Leipzig 2013

☞ Peer Pasternack/Daniel Hechler: *Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013; auch unter <http://www.hof.uni-halle.de/journal/texte/Handreichungen/HoF-Handreichungen1.pdf>



# Die Universität Halle und die Franckeschen Stiftungen nach 1945

Jan-Hendrik Olbertz

*1945/46 wurden die Franckeschen Stiftungen in die Martin-Luther-Universität eingegliedert und verloren damit ihre rechtliche Selbstständigkeit. In gewissem Maße hielt die Universität zwar den Stiftungsgedanken und die Traditionen der Schulstadt wach, doch die Handlungsspielräume waren inhaltlich wie organisatorisch entschieden eingeengt. Fortan waren die Stiftungsgebäude eng mit den universitären Erziehungswissenschaften verknüpft. 1991 konnte die Selbstständigkeit der Stiftungen wieder hergestellt werden, und es begann eine bis heute andauernde Aktualisierung dieses historischen Erbes.*

Das Ende des Hitlerregimes 1945 fällt nahezu unmittelbar mit dem Ende der Selbstständigkeit der Franckeschen Stiftungen zusammen. In der Sowjetischen Besatzungszone wurden das öffentliche Schulwesen und der Hochschulsektor unter die Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) gestellt. Das Schicksal der Franckeschen Stiftungen wurde vor allem durch eine Verfügung der Präsidialregierung vom 4. Dezember 1945 besiegelt, wonach die Stiftungen in ihrer Gesamtheit als Pädagogisches Institut der Universität anzugliedern waren.

Zunächst gab es um die Zukunft der Franckeschen Stiftungen noch harte Auseinandersetzungen mit der Stadtverwaltung. Doch am 20. September 1946 folgte eine Verordnung, der zufolge die Stiftungen als „Franckesche Stiftungen, Pädagogisches Institut der Martin Luther-Universität Halle-Wittenberg“ zum Bestandteil der Universität erklärt wurden. Durch diese Verfügung bestätigte die Provinzialregierung die Stiftungen als *Landesinstitution* (bzw. Teil einer solchen). Dadurch, so die Hoffnung in Halle, könne das Stiftungsziel im Rahmen der Universität zumindest partiell aufgehoben und weiterverfolgt werden.

Die Stiftungen wurden jedoch nicht einfach von der Universität verinnahmt – in gewisser Beziehung begaben sie sich auch unter ihren Schutz. Dennoch mussten sie für dieses Überlebenskonzept einen hohen Preis zahlen: den Verlust der rechtlichen Selbstständigkeit. Inhaltlich blieben sie in gewissem, wenn auch bescheidenem Maße erhalten. Der Stiftungsgedanke und die Traditionen der Schulstadt wurden durch die Universität und ihre Pädagogische Fakultät bzw. die spätere Sektion Er-

ziehungswissenschaften wach gehalten, aber ihre Handlungsspielräume waren inhaltlich wie organisatorisch entschieden eingeengt. Wirklich eigenständige Entwicklungswege blieben für Jahrzehnte versperrt.

Praktische Voraussetzungen für den Vollzug der ‚Vernunftsehe‘ mit der Universität, zugleich auch inhaltliche Basis für die künftige Zusammenarbeit, erwachsen zunächst aus zwei neuen Fakultätsgründungen, die sogar in einem gewissen inhaltlichen Kontext mit den Stiftungen standen: der Arbeiter-und-Bauernfakultät (ABF) mit ihren Vorläufern in Gestalt der Vorstudieneinrichtungen sowie der Pädagogischen Fakultät. Beide fühlten sich – auf je eigene Weise – dem Ort verpflichtet bzw. veranlasst, in einen Diskurs mit der Stiftungsidee zu treten und an dieser damit, keinesfalls immer gewollt, in gewisser Weise auch festzuhalten.

Vor diesem Hintergrund lautete die Forderung, begabten Jugendlichen auch aus unteren sozialen Schichten und ohne Reifezeugnis den Zugang zur Hochschule zu eröffnen. Zu den entscheidenden Umstrukturierungen des universitären Fakultätsgefüges nach dem Ende des Krieges gehörte daher zunächst die Eröffnung der sog. Vorsemester für Arbeiter- und Bauernstudenten. Sie erfolgte am 3. Mai 1946, und 1949 erhielten alle Vorstudienanstalten als „*Arbeiter-und-Bauern-Fakultät*“ den Status regulärer Fakultäten.

Diese Einrichtungen vereinigten Elemente von Volksschule, Oberschule und Universität. Zielgruppe waren gemäß ihrer Funktion junge Leute, für die sonst bis auf wenige Ausnahmen nur die Abschlüsse von Volks-, maximal Mittelschulen erreichbar gewesen wäre. Sie richteten sich also vor allem an Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien, aber auch Kriegsheimkehrer, die ihre schulische Bildung durch den Krieg hatten unterbrechen müssen.

In Halle zog die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät 1951 in die Franckeschen Stiftungen. Dort fand sie 1952 in einem eigens errichteten Neubau (Haus 47) ihr endgültiges Domizil.

Die Vorsemester bzw. die ABF verstanden sich nicht nur als Ausbildungsstätten, sondern – vielleicht in erster Linie – auch als Orte der Erziehung:

- Sie dienten unter anderem dazu, „Kader“ heranzubilden, die später führende Positionen besetzen und dort im Sinne der Regierung agieren würden.
- Erziehungsziele waren das „richtige Bewusstsein“ (antifaschistisch, prosowjetisch, später sozialistisch), politische Zuverlässigkeit, Arbeitsbereitschaft, Disziplin, Kollektivgeist und schließlich ein allgemein „anständiger“ Lebenswandel, insbesondere im Hinblick auf den

Umgang mit dem anderen Geschlecht. Zugleich ging es immer wieder um Höflichkeit und Ordnung, eine zum revolutionären Pathos oft nicht recht passende Biederkeit.

- Bevorzugte Erziehungsmethode war der Wettbewerb der Studiengruppen. Schon Ende der 40er Jahre kam nach sowjetischem Vorbild eine ungeahnte Wettbewerbs- und „Selbstverpflichtungsbewegung“ auf. „Stoßbrigaden Vorsemester“ wurden gebildet, die in ständigen Arbeitseinsätzen den Wiederaufbau der Betriebe vorantrieben. Kampfprogramme wurden aufgestellt, Selbstbekenntnisse abgelegt, Versammlungen abgehalten.

Wie immer man zu der politischen und ideologischen Inanspruchnahme der Vorstudieneinrichtungen steht – in der SBZ und der frühen DDR hatten sie entscheidenden Anteil an der Überwindung des Bildungsmonopols von Angehörigen der Ober- und Mittelschicht. Fast ein Viertel der Absolventen aller Vorstudienanstalten, die anschließend ein Hochschulstudium aufnahmen, sind an den Vorseestern bzw. der ABF der halleischen Universität zur Hochschulreife geführt worden. Halle beherbergte damit die größte derartige Institution in der SBZ/DDR.

Neben der Vorstudienanstalt gehörte die am 1. Oktober 1946 eröffnete *Pädagogische Fakultät* zu den universitären Neugründungen nach dem Ende des Krieges. Auch ihr Aufbau stand in einem engen Zusammenhang mit dem Ziel der Heranbildung eines neuen, bald sozialistischen Nachwuchses für den Schulbereich. Die politische Bedeutung, die man der neuen Fakultät zumaß, ist durchaus mit jener der ABF vergleichbar. Den Studierenden wurde per SMAD-Befehl eine Reihe von Privilegien zugestanden, z.B. eine generelle Gebührenbefreiung und die Bevorzugung bei der Stipendienvergabe.

Mit der Gründung der Pädagogischen Fakultät der Martin-Luther-Universität schien sich zunächst die alte Sehnsucht demokratischer Schulreformer nach einer akademischen Ausbildung auch für die Volksschullehrer zu erfüllen. Die Fakultät begann mit 200 Studierenden. Alle Lehrerstudenten besuchten die Vorlesungen und Seminare zur „Allgemeinen Erziehungs- und Unterrichtslehre“ und absolvierten neben ihrer methodischen und schulpraktischen Ausbildung diverse Berufspraktika. Anfang der 50er Jahre gehörte die Fakultät zahlenmäßig zu den größten Fakultäten der Universität.

Mit dem Wachstum der Fakultät wuchsen auch die Auseinandersetzungen mit dem Partei- und Staatsapparat. Sie resultierten aus der politischen Funktionalisierung der Fakultät und der Reglementierung ihrer An-

gehörigen. Das stieß bei vielen Professoren und Mitarbeitern der Pädagogischen Fakultät auf Widerstand:

- Der Professor für Geschichte der Erziehung und Pädagogik, Albert Reble, widersetzte sich den ideologischen Vorgaben, erfüllte damit „die in ihn gesetzten Erwartungen“ nicht und kehrte der SBZ den Rücken.
- Gleiches gilt für den Bildungssoziologen Max Gustav Lange, Direktor des Soziologischen Instituts und Herausgeber der Zeitschrift „pädagogik“.
- Hans-Herbert Becker, Professor für Didaktik und Methodik, wurde des Revisionismus bezichtigt und verließ nach jahrelangen Auseinandersetzungen 1958 mit nahezu allen seinen Mitarbeitern die DDR.
- Der Psychologe Friedrich Winnefeld konnte sich nur unter schwierigsten Bedingungen an der Fakultät halten, er trat 1953 aus der SED aus, ging aber aus einigen Konflikten mit der Partei- und Staatsgewalt sogar gestärkt hervor.

*Übersicht 56: Saniertes Hauptportal der Franckeschen Stiftungen 2009*



Im September 1955 ist die Pädagogische Fakultät wieder aufgelöst und als „Institut für Pädagogik“ in die Philosophische Fakultät eingegliedert worden. Mit der sog. III. Hochschulreform Ende der 60er Jahre ging das Institut für Pädagogik in die neue „Sektion Erziehungswissenschaften“ über, die bis 1990 bestand.

Erst am 18. September 1991 konnte das neugegründete Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt die Rechtswidrigkeit und damit Unwirksamkeit der Auflösung der Franckeschen Stiftungen und ihrer Eingliederung in die Universität feststellen. Auf dieser Grundlage gab die Landesregierung den Stiftungen per Beschluss vom 13. Juli 1993 ihre Eigenständigkeit als Stiftung öffentlichen Rechts zurück.

Bis 1997/1998 wurden dann die Institute des neu aufgebauten Fachbereichs Erziehungswissenschaften der Martin-Luther-Universität im Herzen der Franckeschen Stiftungen zusammengeführt. Für die Zusammenarbeit zwischen Universität und Franckeschen Stiftungen nach 1945 ist allerdings nicht allein die Pädagogische Fakultät bzw. die spätere Sektion Erziehungswissenschaften von Bedeutung. Neben dem Engagement der meisten Universitätssektionen bzw. -fakultäten, die im Rahmen der Lehrerbildung ihre unterrichtsmethodischen Wissenschaftsbereiche in den Stiftungen unterhielten und auf vielfältige Weise mit dem historischen Ort kooperierten, müssen auch die nach 1990 neu in die Stiftungen eingezogenen Universitätseinrichtungen Erwähnung finden.

Sie sind fester Bestandteil sowohl des universitären als auch des stiftischen Erneuerungs- und Entwicklungskonzepts. Dazu gehört insbesondere die Theologische Fakultät mit ihrer Bibliothek. Als weitere Einrichtungen der Universität beleben heute das Exzellenznetzwerk „Aufklärung – Religion – Wissen“, das Interdisziplinäre Zentrum für die Erforschung der Europäischen Aufklärung, das Interdisziplinäre Zentrum für Pietismusforschung, das Leopold-Zunz-Zentrum, das Seminar für Judaistik/Jüdische Studien, das Zentrum für Schul- und Bildungsforschung und das Seniorenkolleg die Stiftungen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Jan-Hendrik Olbertz: *Die Universität Halle und die Franckeschen Stiftungen nach 1945*, in: Ralf-Torsten Speler (Hg.), *Die Universität zu Halle und Franckens Stiftungen*, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 1998, S. 129-148

# Vor allem Arbeit

## Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1945-1990

Peer Pasternack

*Von 1947 bis 1949 hatte es an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU) bereits ein Institut für Soziologie gegeben, doch eine eigentliche Institutionalisierung des Faches gelang erst 1963 mit der Gründung einer eigenen Forschungsgruppe. 1976 startete ein eigenständiger Diplomstudiengang, wobei im jährlichen Wechsel mit der Universität Leipzig immatrikuliert wurde. Damit war Halle einer von drei Standorten, an denen in der DDR Soziologen und Soziologinnen ausgebildet wurden. Neben dem Wissenschaftsbeereich Soziologie wurde an mehreren Einrichtungen der halleischen Universität soziologisch gearbeitet, so etwa zur Literatur-, Medizin- und Sportsoziologie.*

Soziologie in Halle unmittelbar nach dem Ende des 2. Weltkriegs verbindet sich mit zwei Namen, die allerdings eine im engeren Sinne soziologische Wirkung erst entfalteten, nachdem sie Halle verlassen hatten.

Zum 1.9.1947 war *Max Gustav Lange* als ordentlicher Professor für Soziologie und zum Direktor des Instituts für Soziologie an der Staats- und Rechtswissenschaftlichen Fakultät berufen worden. In seiner (kurzen) halleischen Zeit befasste er sich vor allem mit ideengeschichtlichen, bildungstheoretischen und pädagogischen Fragen, was auch dadurch gefördert wurde, dass er zugleich Chefredakteur der Zeitschrift „pädagogik“ war. Bereits 1949 wechselte Lange an die Pädagogische Hochschule Potsdam.

Interesse als Soziologe weckte er indes vornehmlich nach seinem Verlassen der DDR 1951: 1953 bildete er mit Ernst Richert und Otto Stammer an der DDR-Abteilung des FU-Instituts für politische Wissenschaft in West-Berlin eine Arbeitsgruppe „Neue Intelligenz“. Diese gelangte frühzeitig zu der These, dass die kommunistischen Herrschaftssysteme nicht monolithisch-starre, sondern historisch-dynamische Gebilde seien und band dies argumentativ an das „Problem der ‚neuen Intelligenz‘“. Diese werde für die Wirtschafts- und sonstige Planung benötigt, doch zugleich Sorge die Lösung des „Intelligenzproblems“ für eine Umgestaltung des totalitären Systems, denn: Die Erfordernisse der Wirtschafts- und Verwaltungspraxis seien wichtiger als die Logik der gesellschaftlichen Perspektive.

Damit wurde früh vorweg genommen, was in den 60er Jahren durch Peter Christian Ludz prominente Meinung werden sollte. Ein seinerzeit viel zitiertes Buch Langes war „Totalitäre Erziehung“ (1954), 1955 folgte „Wissenschaft im totalitären Staat“, und aus dem Nachlass erschien ein Jahr nach seinem Tod noch eine „Politische Soziologie“ (1964).

Ähnlich wie bei Lange verhielt es sich mit einem anderen soziologisch relevanten Hochschullehrer: *Leo Kofler*. Er hatte Anfang Dezember 1947 seine Habilitationsschrift „Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“ eingereicht und wurde bereits am 5. März 1948 zum Professor für Geschichtsphilosophie an die MLU berufen. Die Berufung erfolgte gegen den Widerstand der Fakultät. Offizielle Begründung: „Seine gesamte Zielsetzung ist theoretisch-soziologisch, nicht geschichtlich-soziologisch“. Inoffiziell gefiel die marxistische Orientierung Koflers nicht.

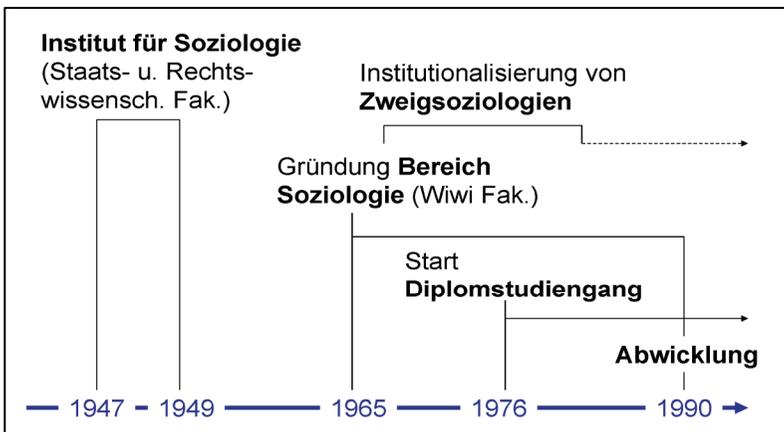
Bereits nach zwei Jahren war er aber auch bei der SED nicht mehr gelitten. Im Februar 1950 trat er aus der SED aus und verließ die Universität, um sich ein halbes Jahr später in den Westen abzusetzen. Dort wurde er ein bedeutender Analytiker und Kritiker des stalinistischen Bürokratismus (wie auch des sozialdemokratischen Revisionismus). Er legte 1951 die Schrift „Marxistischer oder stalinistischer Marxismus“ und 1952 „Das Wesen und die Rolle der stalinistischen Bürokratie“ vor. Alsbald profilierte er sich dann mit scharfsinnigen soziologischen Analysen der westlichen Gesellschaften.

Im akademischen Betrieb der Bundesrepublik blieb er als unorthodoxer Marxist randständig. Ähnlich wie Max Gustav Lange hatte Kofler seine wirkliche Bedeutsamkeit als soziologischer Analytiker weniger in seiner (kurzen) Hallenser Zeit erlangt, sondern in den anschließenden Jahren in Westdeutschland.

In den 50er Jahren gab es keine soziologische Forschung und Lehre an der MLU. 1963 nahm die Soziologie einen neuen Anlauf zu ihrer Halle-schen Institutionalisierung, indem eine „Kommission für konkret-soziologische Forschung“ gegründet wurde. Diese befasste sich vor allem mit universitätsinternen Studentebefragungen. Politisch wurde in dieser Zeit die Notwendigkeit soziologischer Forschung dadurch erkannt, dass ein Bedarf an rationalen Grundlagen gesellschaftlicher Systemoptimierung entstand.

So nahm Anfang 1965 eine „Soziologische Abteilung“ ihre Arbeit auf. Sie hielt zunächst soziologische Ergänzungsveranstaltungen für Studierende anderer Disziplinen ab. Später umgegründet zum „Wissenschaftsbereich Soziologie“ an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, verantwortete die Einrichtung 1968 bis 1974 Nebenfachstudien für Stu-

Übersicht 57: Zentrale Daten zur Entwicklung der Soziologie in Halle zwischen 1945 und 1990



dierende der Wirtschaftswissenschaften. 1976 schließlich startete der Diplomstudiengang Marxistisch-leninistische Soziologie. Seit 1973 wurden zudem Postgradual- und Weiterbildungsstudien für Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie angeboten.

Die Lehrpläne wurden zentral erstellt und galten für alle drei Soziologie-Studienorte Leipzig, Berlin und Halle (sowie für den Fernstudienstandort Rostock). Halle war in Gestalt des Wissenschaftsbereichsleiters *Rudhard Stollberg* aber prominent in die Erarbeitung der Lehrpläne eingebunden. Die zentralen Studienbereiche im Diplomstudium waren Geschichte der Soziologie bzw. Klassiker der Soziologie, Theorie der Soziologie, Methodik der soziologischen Forschung, Arbeits-, Industrie- und Betriebssoziologie sowie diverse Zweigsoziologien.

Rudhard Stollberg hatte die Leitung des Wissenschaftsbereichs von 1965 bis 1990 inne. Die Personalausstattung bestand aus ihm als Leiter/Professor, zwei DozentInnen, drei bis vier unbefristeten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und einer wechselnden Anzahl befristeter wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen.

Die Forschung des Wissenschaftsbereichs hatte ein grundsätzliches und durchgehendes Hauptthema: das Verhältnis der Menschen zur Arbeit. Dabei wurde insbesondere die Kollektivität der Arbeit als Quelle individueller Anerkennung betrachtet – dies vorzugsweise im Kontrast zur Hausarbeit von Frauen. Das Forschungsprogramm fand sich durch zahlreiche Projekte in den Bereichen Arbeits-, Industrie- und Berufssoziologie (AIBS) untersetzt. Arbeitsmotivation, Schichtarbeit, Arbeitsverhalten

oder das „Kulturell-technische Niveau der Werktätigen“ waren entsprechende Forschungsthemen.

Politisch wurden vom Wissenschaftsbereich Soziologie Beiträge zur Optimierung von Arbeitsprozessen in der Industrie erwartet. Vollständig pflegeleicht waren die MLU-Soziologen dabei nicht, wie man auch in der westdeutschen DDR-Forschung wahrnahm: „Der Hallenser Arbeitssoziologe Rudhard Stollberg blieb der *einzig*e, der ... grundsätzliche Kritik an der Schichtarbeit wagte.“ (Voigt 1986: 160, Herv. i. Orig.)

Die arbeits- und industriesoziologische Forschungsorientierung prägte auch die Lehre und das Studium in Halle. Seit 1971 unterhielt der Wissenschaftsbereich ein Lehrlabor im VEB Mansfeld Kombinat. Durch dieses hatten die Studierenden die Möglichkeit eigener arbeits- und betriebssoziologischer Forschungen und waren unmittelbar in die Realisierung des Forschungsprogramms des Wissenschaftsbereichs eingebunden.

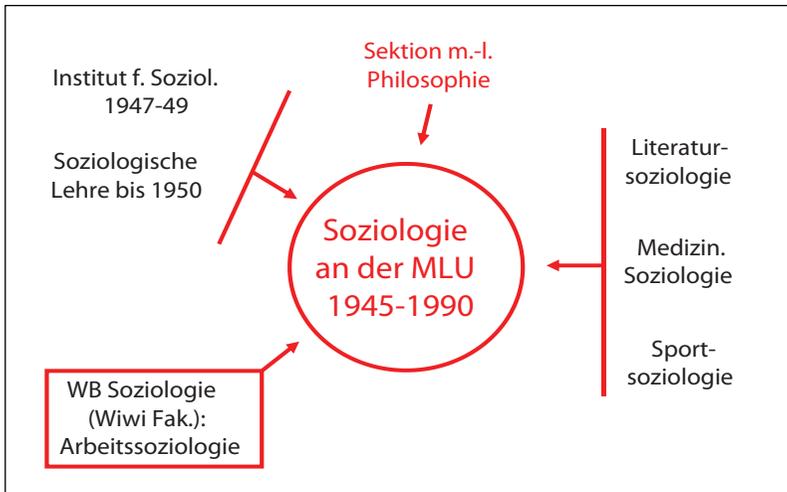
Zudem zeigte sich der AIBS-Schwerpunkt des halleschen Soziologiestudiums darin, dass in diesem Bereich auch die studienbegleitenden Praktika zu absolvieren sowie, im Regelfall, die Diplomarbeiten zu schreiben waren. Mit dieser Schwerpunktsetzung waren die Lehrinhalte zugleich konkrete Berufsvorbereitung für den beruflichen Einsatz als betriebliche Koordinatoren der Arbeit in der Industrie oder in der soziologischen Forschung.

Die Hallesche Arbeitssoziologie war vor allem empirisch orientiert und arbeitete eher theorieentlastet: Zu den interessanteren Kontroversen etwa zum Arbeitsbegriff oder zur Entfremdung kamen die Beiträge vornehmlich aus philosophischen Instituten, insbesondere in Berlin, nicht aus der Arbeitssoziologie in Halle, aber auch nicht aus dem Zentralen Forschungsinstitut für Arbeit (ZFA) Dresden.

Hierin zeigte sich eine Besonderheit soziologischen Arbeitens in der DDR: Allgemeine Soziologie oder soziologische Gesellschaftstheorie gab es so nicht, da deren Gegenstände in der Systematik der Wissenschaften dem Historischen Materialismus als einer Teildisziplin der marxistisch-leninistischen Philosophie zugewiesen waren. Infolgedessen entstanden auch in Halle entsprechende Arbeiten nicht in der Soziologie, sondern an den Sektionen Marxistisch-leninistische Philosophie bzw. Marxismus-Leninismus.

Daneben wurde auch an anderen Bereichen der Universität soziologisch gearbeitet. So hatte die Literatursoziologie eine dauerhafte zweiköpfige Bastion an der Sektion Germanistik und Kunstwissenschaften. Die Sportsoziologie wurde durch einen Wissenschaftler an der Sektion Sportwissenschaften (mit)vertreten. An den Bereichen Sozialhygiene und

*Übersicht 58: Soziologische Aktivitäten an der Universität Halle-Wittenberg zwischen 1945 und 1990*



Marxistisch-leninistische Ethik der Medizinischen Fakultät wurde unter anderem Medizinsoziologie betrieben.

Insoweit lassen sich zusammenfassend für die Nachkriegsjahrzehnte bis 1990 an der Universität Halle-Wittenberg drei Stränge soziologischen Arbeitens festhalten, die jeweils unterschiedlich institutionell beheimatet waren:

- Gesellschaftstheorie im Sinne einer Allgemeinen Soziologie im Bereich der Philosophie bzw. der ML-Sektion (1947–1990);
- Wissenschaftsbereich Soziologie mit eigenem Studiengang und Konzentration auf Arbeits-, Industrie- und Berufssoziologie, wobei auf Grund curricularer Notwendigkeiten auch über AIBS hinausgehende Themenfelder wie Soziologiegeschichte und soziologische Methoden abzudecken waren (1965–1990);
- Bindestrich-Soziologien an Fachsektionen (Mitte der 60er Jahre – 1990).

*Literatur*

Voigt, Dieter (1986): Schichtarbeit und Sozialsystem. Zur Darstellung, Entwicklung und Bewertung der Arbeitszeitorganisation in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR, Studienverlag Dr. Norbert Brockmeyer, Bochum

Zum Weiterlesen:

☞ Peer Pasternack/Reinhold Sackmann (Hg.): *Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts*, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2013

☞ Christin Fischer/Peer Pasternack/Henning Schulze/Steffen Zierold: *Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Dokumentation zum Zeitraum 1945 – 1991*. Anhang zu: Pasternack/Sackmann: Vier Anläufe..., URL [http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/vier-anlaeufe/anhang\\_buch.pdf](http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/vier-anlaeufe/anhang_buch.pdf)



# Zentrale Peripherie

## Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1817

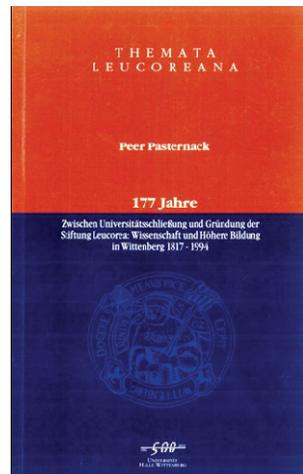
Jens Hüttmann | Peer Pasternack

*Seit dem Ende des 16. Jahrhundert lassen sich in Wittenberg zwei Linien wissenschaftlicher und wissenschaftsnaher Aktivitäten unterscheiden: die reformationsbezogenen und die nicht auf die Reformation bezogenen. Wittenberg hatte sein städtisches Leben gleichermaßen als Erbe-Verwalter des großen Höhepunkt seiner Geschichte wie als ‚ganz normale‘ Stadt mit jeweils aktuellen und in die Zukunft gerichteten Interessen zu gestalten. Diese Doppelgleichheit schlug sich auch in wissenschaftsbezogenen Aktivitäten nieder.*

1815 war dem preußischen König infolge der Territorialbereinigungen des Wiener Kongresses das zuvor sächsische Wittenberg zugefallen. Daraufhin hob er 1817 unter anderen die Wittenberger Universität Leucorea faktisch auf – administrativ vollzogen als Vereinigung mit der Friedrichs-Universität zu Halle/Saale. Es sollte 177 Jahre dauern, bis wieder universitäres Leben in die Stadt zurückkehrte.

Gerade an Orten, denen die traditionellen Agenturen der Wissenserzeugung, -speicherung und -vermittlung abhanden gekommen sind, lässt sich zweierlei ergründen: Welche neuen Formen der Institutionalisierung erzeugten mit welchen Wirkungen die Großtrends der Verallgemeinerung von Rationalisierung und Verwissenschaftlichung des gesellschaftlichen Lebens im 19. und 20. Jahrhundert? In welcher Weise partizipierten periphere Orte – im Unterschied zu den Metropolen – an der rasanten, vor allem industrialisierungsbedingten Verbreiterung von Qualifikationsanfordernissen und Bildungsbedürfnissen?

Der Verlust der Universität im Jahre 1817 hatte vielfältige Auswirkungen auf Wittenberg. Die zerschossene, durch den Krieg und die napoleonische Besetzung verarmte Stadt hatte zunächst – neben ei-



ner starken, neu angesiedelten preußischen Garnison – nicht mehr viel zu bieten. Erst später kam es zu verkehrstechnischen und industriellen Entwicklungen, die der Stadt auch neue Perspektiven eröffneten.

Eine genaue Betrachtung lässt jedoch eine durchaus beträchtliche Fülle an wissenschaftlichen und wissenschaftsnahen Betätigungen auch ohne Universität entdecken. Teils waren diese durch Institutionen verstetigt, teils vollzogen sie sich als – z.B. jubiläumsbedingte – Einzelaktivitäten. (Übersicht 59) Wird diese Fülle einer Betrachtung hinsichtlich ihrer Aktivitätsmodi unterzogen, so lässt sich festhalten:

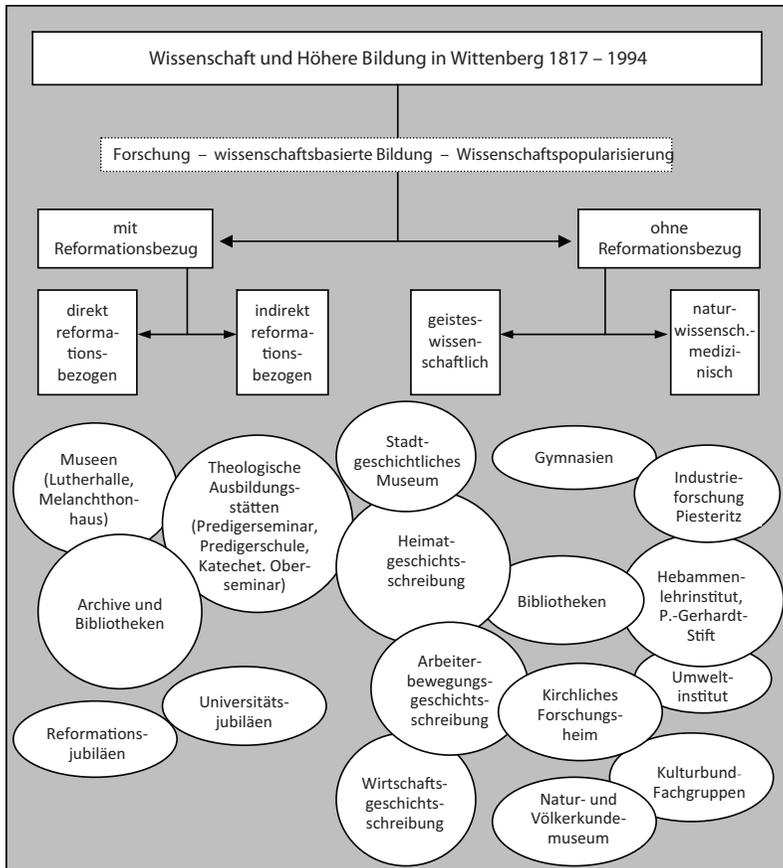
■ *Forschung* fand sich in Wittenberg in zweierlei Grundformen: Auch ohne den universitären Hintergrund vor Ort gab es die professionalisierte Suche nach historischer Erkenntnis, nach naturwissenschaftlichem System-, technischem Produkt- und technologischem Verfahrenswissen. Daneben war insbesondere die naturkundliche und stadt- bzw. regionalhistorische Freizeitforschung sehr ausgeprägt.

■ Das Vorkommen *Höherer Bildung* war in Wittenberg sehr durchgewachsen. Seit 1817 arbeitet das Evangelische Predigerseminar in der Postgraduierenausbildung, eine königliche Ausgleichsgabe für die abgezogene Universität. Im weiteren gab es wissenschaftsbasierte Bildungsaktivitäten in Gestalt eines Hebammenlehrinstituts (1837-1904), gibt es sie auch heute noch durch die Krankenpflegeschule, und daneben wurden an der Piesteritzer Betriebsakademie in den DDR-Jahrzehnten Fachschulingenieure ausgebildet. Darüber hinaus ist das Paul-Gerhardt-Stift als Akademisches Lehrkrankenhaus in der Facharztausbildung aktiv.

■ *Wissenschaftspopularisierung* wird durch Museen und Ausstellungen betrieben und hat auch durch die naturkundliche Freizeitforschung ein Standbein. Sie wurde in Wittenberg ergänzt durch die Arbeit des Kirchlichen Forschungsheimes, das sich im Laufe seiner Existenz (1927-2004) vom naturwissenschaftlich-theologischen Gespräch zur Wissenschaftskritik vorarbeitete.

■ Als Wittenberger Besonderheit erweist sich das Ausmaß des organisierten *Gedenkens*. Fest etablieren konnten sich die Reformationsfeierlichkeiten als Bestandteil bürgerlicher Festkultur. Insbesondere das 19. Jahrhundert mit seinem wachsenden historischen Interesse, aber auch der Instrumentalisierung des „deutschen Luther“ durch das Kaiserreich brachte eine Vermehrung der Jubiläen, die sich im 20. Jahrhundert fortsetzte. Diese zahlreichen Jubiläen bescherten und bescheren der Stadt entsprechende Feierlichkeiten, Ausstellungen und Tagungen.

*Übersicht 59: Wittenberg als Bildungs- und Forschungsstandort im 19. und 20. Jahrhundert: Systematisierung*



Immerhin: Zwar hatte es nach 1817 in Wittenberg kein akademisches Leben im engeren Sinne gegeben, sehr wohl hingegen fanden Wissenschaft und wissenschaftsnahe Aktivitäten in beachtenswertem Umfang statt. Wittenberg hatte mit der Universität zweifelsohne etwas Gewichtiges verloren, doch alsbald hat die Stadt aus sich heraus auch wieder Eigenes entwickelt und Kräfte aus anderen Quellen geschöpft. Dabei kamen ganz unterschiedliche Gründe zum tragen.

Teils waren es praktische Gründe, bspw. solche der technologisch-industriellen Innovation, teils strukturpolitische Gründe, die zur Ansiedlung



nichtuniversitärer Forschungs- und Bildungseinrichtungen führten. Kulturelle Motive bildungsbürgerlicher Distinktionsbedürfnisse spielten eine Rolle, vor allem aber auch reformationshistorische Gründe, die sich etwa im Vorhandensein überregional bedeutender Archive unabweisbar materialisierten. Schließlich war es die zunehmende Verwissenschaftlichung zahlreicher gesellschaftlicher Bereiche, die sich niederschlug in sozial verbreiteten Bildungsbedürfnissen, verstärkten Notwendigkeiten der Wissenschaftspopularisierung und einer Ausweitung von Freizeitforschungsaktivitäten.

Insofern werden in der Entwicklung der Stadt auch allgemeine Modernisierungsentwicklungen erkennbar. So lagen bspw. nur 100 Jahre zwischen dem Zeitpunkt, zu dem die traditional organisierte Universität und der an ihr das „höchste Lehramt“ ausfüllende Professor das Leitbild des erkenntnissuchenden Akademikers bestimmte, und dem Zeitpunkt, zu dem das Bild des Forschers nun vom Chemiker und Verfahrenstechniker in den anwendungsorientierten Forschungsabteilungen der Piesteritzer Chemiewerke geprägt wurde. Hier haben wir einen sinnfälligen, an einem Ort verdichteten Ausdruck eines grundstürzenden Kulturwandels, der sich in bis dahin ungekannter Geschwindigkeit vollzog: Er veranschaulicht die Modernisierungswirkungen der Industrialisierung für den Bereich der Wissenschaft.

Der eigentliche historische Standortvorteil Wittenbergs indes scheint mehr von außen und als Reaktion auf entsprechendes externes Interesse denn von innen immer wieder aktualisiert worden zu sein. Wittenberg war mit dem Verlust der Universität etwas abhanden gekommen, das sich ohne den unmittelbaren akademischen Hintergrund nur noch sehr mühsam und im Laufe der Jahrzehnte immer weniger reproduzieren ließ: die Bedingungen für die Erhaltung und insbesondere intergenerationelle Aufrechterhaltung eines starken intellektuellen Milieus.

Daher wurde Wittenberg ein Referenzort, auf den man sich andernwärts bezog, den man nutzte, um Bedürfnisse nach Authentizität zu be-

friedigen, von dem selbst aber authentische Impulse nach außen oder innen nur in geringem Maße ausgingen. Als zwar Provinz-, aber auch Industriestadt konnte sich Wittenberg den auch wissenschaftsbezogenen Wirkungen der Modernisierung nicht entziehen. Doch die durchaus zahlreichen Einzelaktivitäten verdichteten sich nicht zu einer übergreifenden Milieuprägung.

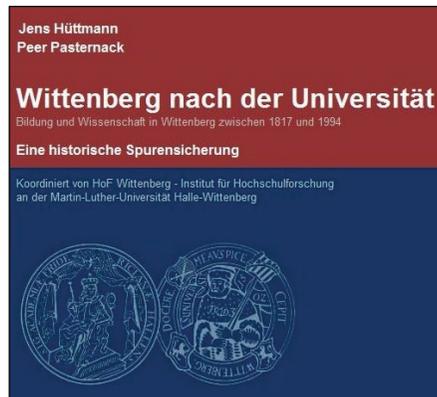
Mit dem Systembruch 1989/90 wurde unter anderem der Möglichkeitsraum geöffnet, um an eine Universitätswiedergründung denken zu können. Ab 1992 wurde diese Idee auch ernsthaft in der städtischen Öffentlichkeit ventiliert. 1994 erfolgte die Gründung der Stiftung Leucorea, d.h. eine Universität Wittenberg wurde nicht neu errichtet: Dafür bestand angesichts des Halbkranzes von Universitäten ringsherum kein hinreichend belegbarer Bedarf. Aber es entstand mit der Stiftung Leucorea ein eigenständiger Standort für wissenschaftliche Forschung. Dieser eröffnete in Verbindung mit der Martin-Luther-Universität in Halle (Saale) Möglichkeiten, universitäres Leben in Wittenberg neu zu entfalten.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack: *177 Jahre. Zwischen Universitätschließung und Gründung der Stiftung Leucorea: Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817 – 1994*, Stiftung Leucorea, Wittenberg 2002

☞ Jens Hüttmann/Peer Pasternack (Hg.): *Wittenberg nach der Universität. Eine historische Spurensicherung*, Wittenberg 2003, URL <http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/index.html>

☞ Jens Hüttmann/Peer Pasternack (Hg.): *Wissensspuren. Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1945*, Drei-Kastanien-Verlag, Wittenberg 2004



# Ein sperriger Intellektueller

## Otto Kleinschmidt am Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg (1927-1953)

Peer Pasternack | Antje Schober

*1927 war in Wittenberg ein „Forschungsheim für Weltanschauungsfragen“ gegründet worden, das bis 2004 als „Kirchliches Forschungsheim“ (KFH) existierte. Die Einrichtung, gegründet von der Kirchenprovinz Sachsen, sollte sich dem Dialog zwischen Naturwissenschaften und Theologie widmen – mit dem Ziel, den Christen klarere Durchblicke durch die evolutionstheoretischen Thesen und Gedankengebäude zu verschaffen, welche zur Begründung des Atheismus herangezogen wurden. Seine prägende Figur war Otto Kleinschmidt, der das Forschungsheim durch drei politische Systeme hindurch leitete.*

Eine Dauerausstellung zur Urgeschichte des Menschen suchte seit 1929 Durchblicke durch die evolutionstheoretischen Thesen und Gedankengebäude zu schaffen. Gestaltet worden war sie vom Gründer und Leiter des Forschungsheimes, der das Haus dann bis 1953 leiten sollte: Otto Kleinschmidt (1870-1954).

Kleinschmidt war Theologe und Pfarrer, Ornithologe und Entomologe, begabter Tierzeichner und Präparator, zoologischer Systematiker, Weltanschauungspublizist, Ausstellungsmacher, Herausgeber mehrerer Schriftenreihen und Dozent am Evangelischen Predigerseminar Wittenberg. Für seine Formenkreislehre, den eigenständigen Entwurf einer neuen zoologischen Systematik, hatte er 1923 die medizinische Ehrendoktorwürde der Universität Halle erhalten. Die Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina wählte ihn 1926 zu ihrem Mitglied.

Seit 1927 war Kleinschmidt als Provinzialpfarrer in Wittenberg tätig. Neben seiner Tätigkeit als Forschungsheimleiter predigte, traute, taufte und konfirmierte er in Wittenberger Kirchen. Publizistisch war er außerordentlich aktiv. Neben theologischen Schriften verfasste er insbesondere ornithologisch-naturwissenschaftliche Studien, publizierte von Wittenberg aus die vogelkundliche Zeitschrift „Falco“, die Monografienreihe „Berajah“ und begründete 1949 die bis heute erscheinende populärwissenschaftliche „Neue Brehm Bücherei“.

Das Wittenberger Forschungsheim leitete Kleinschmidt durch drei politische Systeme hindurch. Sowohl zu den Nationalsozialisten als auch

den Kommunisten suchte er 1933 bzw. nach 1945 Anknüpfungspunkte. In beiden Fällen ergaben sich alsbald unüberbrückbare Differenzen. Kleinschmidt erscheint als das, was landläufig eine schillernde Figur genannt wird.

2004 bis 2007 sichtete und ordnete das Institut für Hochschulforschung im Auftrag der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt den damals in Wittenberg lagernden Nachlass von Otto Kleinschmidt (und bereitete ihn damit zugleich für die professionelle Archivierung vor: 2009 konnte das Konvolut in das Archiv der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina in Halle überführt werden). Die zeitweilige Affinität Kleinschmidts zum „wissenschaftlichen“ Rassismus um 1933 war Gegenstand einer 2005 am HoF erarbeiteten Magisterarbeit (Schober 2005). Anschließend übernahm es das Institut, die Vorbereitung einer Ausstellung zu Leben und Werk Kleinschmidts wissenschaftlich zu begleiten. Diese Ausstellung wurde 2007 aus Anlass des 80. Gründungsjahrestages des Kirchlichen Forschungsheimes gezeigt. In diesem Zusammenhang war HoF auch Mitveranstalter der Tagung „Zwischen Biologie und Bibel. Der neue Streit um die Evolution und das Beispiel Otto Kleinschmidts“, die im Oktober 2007 in Wittenberg stattfand.

Unter Ornithologen hat Kleinschmidt bis heute einen exzellenten Ruf als Vogelkundler, Vogelzeichner und Präparator. Sein Singvogel- und sein Raubvogelbuch werden bis in die Gegenwart als Reprints neu aufgelegt. Zugleich sah sich Kleinschmidt, von der Ausbildung her Theologe, als übergreifender Systematiker und dilettierte als Anthropologe. Den Dialog zwischen Naturwissenschaften und Theologie betrieb er eher kämpferisch: „Kein neuen Fundamente! Die alten sind gut, und alles, was echt evangelisch war, hat sich auf sie gegründet. Ein Glaube, der aus den festesten Tatsachen heraus geboren ist, hat eine wissenschaftliche Begründung, Rechtfertigung oder gar Entschuldigung nicht nötig.“ (Kleinschmidt 1929: 5f.)

Andererseits betonte er die Verbindung von Religion und Naturwissenschaft. Die Naturwissenschaft komme dann der Religion entgegen, wenn sie Ordnung und Harmonie in der Natur aufweise und damit geeignet sei, die religiöse Aufmerksamkeit auf das dahinter verborgene Göttliche zu lenken. Kleinschmidts wissenschaftliche Arbeit beinhaltete den Versuch, naturwissenschaftliche Erkenntnisse in eine christliche Weltanschauung zu integrieren.

Bereits im Jahr 1900 hatte Kleinschmidt eine neue zoologische Systematik entwickelt, wenngleich ihm die allgemeine Zustimmung der Fachwelt dafür versagt blieb: Seine sog. Formenkreislehre nahm vorweg, was heute polytypische Art oder Superspezies genannt wird. In den Fol-

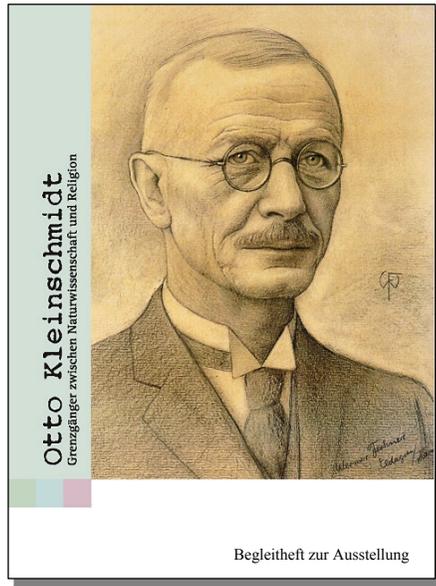
gejahren übertrug er seine vorrangig ornithologisch gewonnenen Erkenntnisse auf die gesamte Tierwelt und überführte sie schließlich in rassenkundlerische Aussagen über den Menschen.

Zwar wirken die Kleinschmidtschen Klassifikationsversuche menschlicher Ethnien aus heutiger Sicht befremdlich, doch bewegten sie sich damals, in den 1920er Jahren, durchaus noch im Rahmen des seinerzeitigen nachdarwinischen Mainstreams. Vordergründige Hierarchisierungen von menschlichen ‚Rassen‘ fanden sich hier nicht. 1933 allerdings hat Kleinschmidt dann seine Ansichten ins Rassistische radikalisiert.

„Blut und Rasse“ und „Kurzgefaßte deutsche Rassenkunde“ hießen nun seine Publikationen: Die „Rassen stehen auf verschiedenen Entwicklungsstufen“, und der „natürliche Vorrang der deutschen Rasse“ müsse anerkannt werden. „Rassen und Nationen“ galten Kleinschmidt als „Gottes Gartenbeete“, woraus er folgerte, die evangelischen Christen hätten „die Pflicht, eugenische Bestrebungen zu beachten, und die Betonung von ‚Rasse und Blut‘ dankbar zu begrüßen“. (Kleinschmidt 1933: 12, 20f.)

Ebenso hatte Kleinschmidt 1933 eine klare Antwort auf die Frage „Wie haben wir uns heute als evangelische Christen zur Judenfrage zu stellen?“. „Nicht jeder Antisemitismus ist von vornherein unchristlich.“ Am Ende stand die imperative Frage: „Wann wachen die germanischen Völker, wann die weißen Rassen auf zu Rassenbewußtsein, das sie zur Rassentreue verpflichtet und verbündet?“ (Kleinschmidt 1933a: 20-23)

Der Charakter dieser Schriften war der vorherrschenden politischen Linie angepasst. Allerdings konnte Kleinschmidt auch damit nicht reüssieren, sondern wurde vielmehr heftig angegriffen. Doch letztlich ging es bei diesem Konflikt nur um einen Begriffsstreit. Offiziell habe man von nordischer, dinarischer, ostischer, westischer Rasse etc. zu sprechen,



nicht jedoch – wie Kleinschmidt es tat – von einer „deutschen Rasse“, die ein Zweig der germanischen Rasse sei, die er wiederum neben anderen einer nordischen Rasse zuordnete. Denn: „Es gibt eine deutsche Sprache, ein deutsches Volk und dergleichen, rassisch jedoch ist Deutschland ein Rassengemisch“, wie das Rassepolitische Amt der NSDAP am 24.10. 1934 in einem Rundschreiben an die Gauleitungen verkündete (zit. nach Saller 1961: 84).

Briefe im Kleinschmidt-Nachlass belegen, dass Kleinschmidt bis Ende 1934 in Kontakt zu verschiedenen NS-Dienststellen stand, um für seine Rassenschriften zu werben. 1933 hatte ihn der Kampfbund für deutsche Kultur (KfdK) zum Vertrauensmann für den Stützpunkt im Kreis Wittenberg ernannt. Der KfdK, eine Art Kulturorganisation der NSDAP, wurde von Alfred Rosenberg geleitet. Nach 1934 publizierte Kleinschmidt zum Thema Rassenkunde keine Beiträge mehr. Der Fall zeigt, dass keine grundsätzliche Gegnerschaft zur nationalsozialistischen Weltanschauung nötig war, um mit dem NS-Regime in Konflikt zu geraten.

Insgesamt war Kleinschmidt wissenschaftlich eher ein Außenseiter. Seine Sonderstellung resultierte aus eigenwilligen Interpretationen der Menschheitsentwicklung, da er trotz seiner Darwinismuskritik Evolutionsgedanken und soziobiologische Theoreme in seine Rassenkunde übernahm.

Eine Außenseiterrolle kam Kleinschmidt daneben aber auch durch seinen wissenschaftlichen Status – er bewegte sich deutlich außerhalb institutionalisierter Zusammenhänge – und Habitus zu. Seine Teilhabe an wissenschaftlichen Diskursen erfolgte größtenteils über eigene Medien. Diese dienten ihm als Sprachrohr für seine eigene Begriffssystematik, seine biologischen Theorien und weltanschaulichen Überzeugungen. Gleichzeitig war die Reichweite dieser Veröffentlichungen aus finanziellen und organisatorischen Gründen begrenzt.

Seine wissenschaftliche Isolation hatte er in der Institutionalisierung seiner Arbeit als Leiter des Kirchlichen Forschungsheimes teilweise überwinden können. Die evangelische Kirche und die Stadt Wittenberg hatten Kleinschmidt dafür einen Raum geschaffen, der sich zwar auf einen provinziellen Rahmen begrenzte, gleichzeitig aber auch einen gewissen Schutz bot.

Im Zuge der Entnazifizierung nahm Kleinschmidt 1946 zu seiner Person und zum Kirchlichen Forschungsheim Stellung. In der Beantwortung eines von der Stadt Wittenberg zugesandten Fragebogen verwies er auf den „antifaschistischen Schauraum“ des Forschungsheimes, den er im Rahmen der nach Kriegsende eröffneten Ausstellung „Der faschistische Wahn vor dem Forum der befreiten Wissenschaft“ eingerichtet hatte. Al-

lerdings fehlte darin eine Auseinandersetzung mit seinen eigenen Schriften von 1933.

1946 trat Kleinschmidt in die CDU ein, kandidierte dann auf der SED-Liste für die Stadtverordnetenversammlung Wittenberg, trat nach entsprechenden Konflikten mit der CDU aus der Partei aus und wurde als Parteiloser gewählt. Ein Jahr später trat er nach politischen Differenzen mit der SED wieder zurück. Er leitete noch bis 1953 das Kirchliche Forschungsheim, bevor dann sein Sohn dessen Leitung übernahm.

Mit der Berufung Hans-Peter Gensichens zum neuen Leiter im Jahre 1975 begann ein neuer Aufschwung des Forschungsheimes. In den 70er und 80er Jahren wurde es zum Kommunikations- und Vernetzungszentrum der staatsunabhängigen Umweltbewegung in der DDR. 2005 übernahm die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt das Forschungsheim. Die neugegründete „Forschungsstelle Ökologische Bildung und Beratung“ der Akademie setzt seither dessen Tradition und Arbeit fort.

#### *Literatur*

Kleinschmidt, O[tto] (1929): Führer durch die Schausammlungen des Forschungsheims für Weltanschauungskunde in Wittenberg, Verlag des Forschungsheims für Weltanschauungskunde, Wittenberg

Kleinschmidt, Otto (1933): Blut und Rasse. Die Stellung des evangelischen Christen zu den Forderungen der Eugenik. Unter Zugrundelegung eines am 18. April 1933 auf der zweiten Konferenz evangelischer Akademiker in Hannover gehaltenen Vortrags, Verlag Martin Warneck, Berlin

Kleinschmidt, Otto (1933a): Kurzgefaßte deutsche Rassenkunde, Armanen-Verlag, Leipzig

Saller, Karl (1961): Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda, Progreß-Verlag, Darmstadt

#### *Zum Weiterlesen:*

☞ Antje Schober: *Otto Kleinschmidt – Theologe, Naturwissenschaftler, Rassenkundler*. Magisterarbeit, Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig, Leipzig 2005, URL [http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/A\\_Schober\\_MA.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/A_Schober_MA.pdf)

☞ Matthias Kopischke/Michael Beleites/Thorsten Moos/Peer Pasternack: *Otto Kleinschmidt. Grenzgänger zwischen Naturwissenschaft und Religion. Begleitheft zur Ausstellung*, Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2007; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/Ausst\\_Heft\\_O\\_Kl.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/Ausst_Heft_O_Kl.pdf)

☞ *Otto Kleinschmidt – ein sperriger Intellektueller*, in: Jens Hüttmann/Peer Pasternack (Hg.), *Wittenberg nach der Universität. Eine historische Spurensicherung*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2003, URL <http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/frame16.html>

# Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town

## Die „sozialistische Chemiarbeiterstadt“ Halle-Neustadt

Peer Pasternack

*Halle-Neustadt, errichtet von 1964 bis 1989, kann als prototypische Plattenbaustadt in Ostdeutschland gelten: Wie ein Großteil der vergleichbaren Planstädte und -siedlungen, so hat auch Halle-Neustadt ein Vierteljahrhundert seiner bisherigen Existenz in der DDR und unterdessen fast ein weiteres Vierteljahrhundert im vereinigten Deutschland zugebracht. Beides hatte Folgen, die der dramatische Einschnitt der Jahre 1990ff. unübersehbar machte: Halle-Neustadt verwandelte sich in rasend kurzer Zeit vom Prototyp der geplant expandierenden sozialistischen Stadt in der DDR zum Prototyp der ungeplant schrumpfenden Stadt in Ostdeutschland.*

In der DDR war Halle-Neustadt das größte Stadtbauprojekt gewesen. Die einzige DDR-Neuplanung einer ganzen Großstadt gewesen zu sein, ihr Modellcharakter für den gesamten DDR-Wohnungsbau und die lange Bauzeit von 1964 bis 1989: Das begründet die Singularität dieses Projekts.

Am Anfang hatten zwei Probleme gestanden, die nicht allein DDR-typisch waren: Wohnungsmangel und unzulängliche Wohnqualität. Angesichts dessen wurde die Lösung der Wohnungsfrage zu einem Kernpunkt des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik erhoben. Sowohl ökonomische Gründe als auch das Gleichheitsversprechen des Sozialismus führten dazu, dass genormte Lösungen den Wohnungsmangel beheben und die Wohnqualität erzeugen sollten. Dies wurde seinerzeit nicht als defizitär empfunden, sondern als gerecht. Plausibilität gewinnt das, wenn man sich die Wohnsituation der Bevölkerungsmehrheit zwanzig Jahre nach dem Kriegsende vergegenwärtigt.

Der Aufbau Halle-Neustadts wurde mit einer gleichsam zivilreligiösen Aufrüstung verbunden. Recht markante Vorstellungen, die in Bezug auf die Stadt – d.h. für sie, in ihr, durch und über sie – produziert wurden, verdichteten sich in den DDR-Jahren zu einem städtischen Ideenhaushalt. Halle-Neustadt sollte vieles sein: sozialistische Stadt, Chemiarbeiterstadt, Modell für den Städtebau in der DDR, Großstadt, Stadt der Jugend. Also: *sozialistische Chemiarbeiter-Modellgroßstadt der Jugend.*

Die Rekonstruktion des Ideenhaushalts ergibt eine Kombination von kleinem Glück mit großen Ansprüchen. In den Absichten – nicht zwin-

gend auch in der Umsetzung – und den Ideen, die das Realgeschehen überwölbten, verbanden sich:

*Übersicht 60: Ideenhaushalt Halle-Neustadts*

<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Funktionalismus, Rationalität, Typisierung und Planung, kurz: Modernität</li> <li>▪ Funktionstrennung, Weite, Licht und grüne Stadt</li> <li>▪ Perfektion und Effizienz der Ressourcenbewirtschaftung sowie optimale Organisation familiären und kommunalen Lebens</li> <li>▪ Chemie als Basis einer individuellen wie gesellschaftlichen Wohlstandsverheißung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ soziale Gleichheit und Glücksversprechen</li> <li>▪ Gemeinschaftlichkeit, Nachbarschaft und Kollektivität</li> <li>▪ sozialistische Lebensweise mit der Übereinstimmung von gesellschaftlichen und individuellen Interessen sowie normgeleiteter Bedürfnisbefriedigung</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Arbeitsethos und Bildungsoptimismus</li> <li>▪ historische Einbettung in die Tradition der kommunistischen Arbeiterbewegung und sozialistische Kulturrevolution</li> <li>▪ Sinnlichkeit und Steigerung architektonischer Aussagen durch Kunst, also ästhetisch vermittelte Weltaneignung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Zeitersparnis und Freizeitgewinn</li> <li>▪ Freizeitwert und Aufenthaltsqualität der Stadt</li> <li>▪ großstädtischer Charakter</li> <li>▪ Gegenentwurf zu Alt-Halle</li> <li>▪ Planbarkeit pulsierenden urbanen Lebens</li> </ul>
<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Familienorientierung und Frauenemanzipation</li> <li>▪ Neuer Mensch bzw. allseitig entwickelte sozialistische Persönlichkeit</li> <li>▪ (systemverträgliche) Partizipation der Einwohner</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Modellhaftigkeit der Stadt</li> <li>▪ Überlegenheit im Systemwettbewerb, Gewissheit des „unaufhaltsamen Sieges“ des Sozialismus und Zukunftsoptimismus</li> </ul>

Dieser Ideenhaushalt wurde im Zeitverlauf politisch und alltagsweltlich bewirtschaftet: beginnend bei den Bedeutungen, die Halle-Neustadt als einer zu verwirklichenden Idee von politischer Seite angesonnen worden waren, über die Penetration und Persistenz dieser ideologischen Maximalversorgung im damaligen Alltagsbewusstsein und heute im Gedächtnis seiner Alt-Einwohner/innen, dann die Idee der 2000er Jahre, die Teilstadt im Zuge der IBA „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ durch kreative Impulse von außen neu erfinden zu lassen, bis hin zu den anhaltenden Schwierigkeiten der heutigen (halleschen) Stadtpolitik, ein tragfähiges Leitbild für Halle-Neustadt zu entwickeln.

Nach 1990 hatte das alte Leitbild nicht mehr gegriffen, da der tragende gesellschaftspolitische Bezugsrahmen entfallen war. Allenfalls historische Bedeutung konnte ihm noch zugeschrieben werden. Im übrigen schien das symbolische Feld – abgesehen von alltagskulturell verankerten, weitgehend nostalgischen Zuschreibungen – leer und also neu beschreibbar:

■ Das implizite DDR-Leitbild war die *eindeutige Stadt* gewesen, eine architektonisch wie kulturell gebändigte Stadt. Die zugrundeliegende Stadtkonstruktion zielte darauf, Deutungsoffenheiten, konkurrierende Deutungen, Normenkonflikte, alternative Optionen, Paradoxien, Dilemmata oder Zielkonflikte systematisch auszuschließen. Eine strikte Funktionalität erstreckte sich auf die stadträumliche Gestalt und die praktischen Lebensvollzüge der in ihr lebenden Menschen. Derart sollte der Neue Mensch entstehen.

■ Der Versuch, im Rahmen der IBA Stadtumbau (2002-2010) neue leitbildfähige Ideen für die (seit 1990) Teilstadt zu erzeugen, litt nicht unter einem Mangel an kreativen Ideen. Er blieb aber dennoch stecken: in der temporären Wahrnehmung und Inszenierung der *Stadt als Ereignis*. Das narrative Feld wurde neu formatiert, aber es gelang nicht, dieses auch neu zu beschreiben. Es blieb dabei, Heterogenität künstlich zu induzieren. Die inzwischen tatsächlich vorhandene Heterogenität – sozial und ethnisch – dagegen konnte nicht leitbildfähig formuliert werden. Die Teilstadt verbleibt einstweilen im Stadium des Diffusen.

*Übersicht 61: Stadtwappen Halle-Neustadt*



Die eine Stadtkonstruktion war intentionalistisch und vollzog sich in einem kybernetischen Modus; die andere war situationistisch und vollzog sich in einem kreativen Modus. Erstere zielte auf die Realisierung eines „sozialistischen Wohnkonzepts“ und einer „sozialistischen Lebensweise“; letztere zielte auf einen produktiven Umgang mit der schrumpfenden Stadt. Während die eine von 1964/65 bis 1989 Geltung hatte, prägte die andere in den 2000er Jahren das Nachdenken über Halle-Neustadt:

■ *Intentionalistisch* war die dominierende Stadtkonstruktion in den DDR-Jahrzehnten insofern, als die Stadt ein exemplarisch gedachter Bestandteil eines Gesellschaftsprojekts gewesen ist, das sein Ziel kannte und das zur Zielerreichung gewillt war, jegliche Irritationen als irrelevant zu ignorieren oder ggf. aus dem Weg zu räumen – statt sie zu bearbeiten.

*Kybernetisch* war der Modus, in dem dies umgesetzt wurde, insofern die Stadt als ein selbstreguliertes System geplant und gebaut wurde, in welchem funktionale Eindeutigkeiten das störungsfreie Voranschreiten zum sozialistischen Leben und Streben ermöglichen sowie steuernde Interventionen politischer oder ideologischer Natur gleichsam algorithmisch in Abläufe und Selbstbild der Stadt implementiert werden. Eine Stadt-Mensch-Kopplung war angestrebt, in der durch die Stadtmorphologie und das Institutionengefüge verhaltenssteuernde Nachrichten an die Bewohner/innen übertragen werden, welche sich dann in den determinierten Regelkreisen bewegen.

■ *Situationistisch* vollzog sich die Stadtkonstruktion in den 2000er Jahren, da der abrupte Wandel von der wachsenden zur schrumpfenden Stadt auf strategische Rat- und Hilflosigkeit traf. Das strategische Defizit wurde, um überhaupt etwas zu tun, mit einem taktischen situationsbezogenen Aktionismus gefüllt.

Der Modus dessen war ein *kreativer*: Jede Idee ist erlaubt, damit überhaupt Ideen zustande kommen. Vor allem junge Architekten, Künstler und Soziologen, typischerweise in gemischten Teams, wurden auf die Stadt angesetzt, um sie symbolisch zu rekonstruieren. Da vor der Problemfülle des aktuellen Halle-Neustadts die administrativen Routinen versagen, wurde nahezu ungehemmt etwas zugelassen, das kommunale Administrationen üblicherweise nur in sehr eingehegten Varianten prototypieren: Kreativität ohne Auflagen.

Bis 1989 war die Stadt überdeterminiert, insofern sie ideell und symbolisch überversorgt wurde. Die Einwohnerschaft nahm dies als Bestätigung einer privilegierten Wohnform hin. Im übrigen aber lebte sie vornehmlich neben den überfordernden Ansprüchen, die der Stadt politisch angesonnen wurden.

Fernseher, Kleingarten oder die mühevoll Individualisierung der Plattenbauwohnungen – das vor allem bestimmte die Freizeit vieler Neustädter. Doch war auch die Toleranz gering, wenn es um Abweichungen von gängigen Üblichkeiten ging. Ob lange Haare bei männlichen Jugendlichen, öffentlicher Unmut gegen die unübersehbare Umweltverschmutzung durch die Chemiewerke oder Wehrdienstverweigerung: So etwas war den meisten Neustädtern eher suspekt. Das bekamen vor allem die

zahlreichen Jugendlichen zu spüren. Für deren Entfaltung bot die Stadt kaum Freiräume.

Individualismus wurde nur in den beengenden Grenzen des sozialistischen Systems geduldet, etwa als Erfindertum für die „Messe der Meister von morgen“ (MMM) oder als „Junger Mathematiker“ in der „Station Junger Techniker und Naturforscher“. Die wenigen Jugendklubs betrieb die Staatsjugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ). Die Schulen waren vergleichsweise gut ausgestattet und vermittelten erfolgreich Grundlagenbildung. Doch zugleich waren sie, wie überall in der DDR, politische Disziplinaranstalten. Renitenz wurde streng geahndet mit Sanktionen, Ausschluss aus der FDJ und Verweigerung weiterführender Bildung.

Nach 1989 setzte sich die Bewirtschaftung des realsozialistischen Ideenhaushalts postmortal fort. Zum einen aktivierten die Bewohner/innen die materiell bestätigungsfähigen Ideen – Modernität, grüne Stadt usw. – zur Stabilisierung zufriedenstellender Selbstkonzepte gegen eine Abwertung von außen. Zum anderen durchläuft das vormals sozialistische Halle-Neustadt beständig neue Deutungsschleifen. Die situationistischen Belebungsversuche, auf neue Ideen für den Stadtteil zielend, blieben unterm Strich aber Episoden.

Auf eine einheitliche Bewertung lassen sich die Urteile über Halle-Neustadt nicht bringen: Halle-Neustadt polarisiert vielmehr, nicht erst nach 1989, sondern von Beginn an. Es war dauerhaft Idee und Experiment, Lebensort und Provokation. Der industrielle Plattenbau brach gründlich mit der Vorstellung von der gewachsenen Stadt. Neuankömmlinge in der Stadt, die lange Zeit zudem eine Großbaustelle war, waren hin und her gerissen zwischen dem seinerzeit ungewöhnlichen Wohnkomfort und der etwas spröden Anmutung der Betonhäuser. Auswärtige konnten sich meist nie recht vorstellen, dass man sich inmitten dieser Architektur heimisch fühlen könne.

Die Architekten fochten Dauerkämpfe aus, um die Typenbauten durch sogenannte Sonderlösungen attraktiver zu machen. Die Bauleiter schlugen sich mit unzulänglichen Zulieferungen herum und suchten fortwährend, die Baustellenorganisation in den Griff zu bekommen. Künstler beschwerten sich, immer erst dann, wenn alles schon beschlossen sei, zur Aufhübschung herangezogen zu werden.

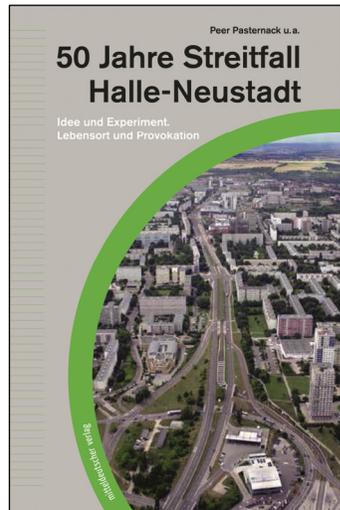
Das Stadtzentrum sollte der gestalterische Höhepunkt werden, blieb aber in seinem zentralen Teil bis weit in die 90er Jahre eine Brache. Da der geplante Kulturpalast nie gebaut wurde, hatte die Hochkultur dauerhaft keine Heimstatt in Halle-Neustadt. Die Magistrale erwies sich in der umgesetzten Form als Fehlplanung.

Halle-Neustadt war Dauer-Großbaustelle und sich entwickelnde Stadt. Dann war es ein Problemstadtteil, der sich wieder einigermaßen stabilisierte. Die Stadt war gebraucht worden für 90.000 Menschen, und der Stadtteil wird heute gebraucht für 45.000. So wie es in der DDR kaum möglich gewesen wäre, derart viele Menschen anderweitig mit akzeptablem Wohnraum zu versorgen, so wäre es auch heute nicht möglich, die 45.000 Einwohner/innen außerhalb der Neustadt angemessen zu beherbergen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Peer Pasternack: *Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town. Der Ideenhaushalt Halle-Neustadts*, Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 2012. Auch unter <http://www.sozioogie.uni-halle.de/publikationen/pdf/1202.pdf>

☞ Peer Pasternack u.a.: *50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation*, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2014



# Die Offene Arbeit in den Evangelischen Kirchen der DDR

## Fallbeispiel Halle-Neustadt

Sebastian Bonk | Florian Key | Peer Pasternack

*Die Offene Arbeit war ein innerhalb des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR entwickelter Ansatz einer akzeptanzbasierten Jugendarbeit. Er reagierte auf vor allem zwei Umfeldbedingungen: einerseits eine religionsferne Mehrheitsbevölkerung, andererseits ein politisch normiertes und normierendes Bildungs- und Erziehungssystem. In diesem Kontext zielte die Offene Arbeit darauf, Freiräume für Selbsterfahrung, weltanschauliche und kulturelle Horizonterweiterung, politische Diskussionen und Selbstermächtigung zu schaffen. Einer ihrer zentralen Orte war von 1977 bis 1983 die Evangelische Kirchengemeinde Halle-Neustadt.*

1977 suchte die Evangelische Gemeinde Halle-Neustadt einen Jugenddiakon. Die Aufgabe übernahm der 24-jährige Thüringer Lothar Rochau. Mit der Idee der Offenen Arbeit (OA) im Gepäck wollte er die kirchliche Jugendarbeit in der Gemeinde revolutionieren: offene Kirchentüren und ein offenes Ohr für jedermann. Am Rande der wachsenden Chemiarbeiterstadt wuchs ein bis dahin unbekannter Freiraum.

Die Offene Arbeit war ein neuartiger und kreativer Ansatz der evangelischen Jugendarbeit in den 1970er Jahren. Die Öffnung einer Jungen Gemeinde versprach die uneingeschränkte Aufnahme aller, die kamen. Radikal wurde das Modell einer *Kirche für andere* erprobt. Der Schutz der Kirche ermöglichte Gespräche ohne Vorbehalte und die vorurteilsfreie Annahme jedes Menschen. In den praktizierenden Kirchen bildete sich ein Freiraum für Heranwachsende – egal ob Christ oder nicht.

Die Gemeindeleitung gestand dem Diakon das Beschreiten unkonventioneller Wege für den Aufbau einer Jungen Gemeinde zu. Und unkonventionell entwickelte sich die Offene Arbeit in Halle-Neustadt – bald geläufig als OA. Dem Mangel an Räumlichkeiten etwa half die Herrichtung eines alten Bauwagens für die OA-Abende ab. Dieser stand fortan auf dem Gemeindegelände für die Jugendarbeit zur Verfügung.

Es wurde ein erstaunliches, in mehreren Hinsichten gänzlich unerwartbares staatsfernes Angebot an Jugendliche und junge Erwachsene

etabliert. Dessen Besonderheit wird nachvollziehbar, wenn man sich zweierlei vergegenwärtigt:

■ Die anderen Zentren der Offenen Arbeit – so in Halle (Altstadt), Leipzig, Karl-Marx-Stadt, Jena, Erfurt, Berlin und einigen weiteren Städten – waren in alten, d.h. baulich und sozialstrukturell gewachsenen Städten angesiedelt. Solche erzeugen und ermöglichen jenseits politischer Steuerung des städtischen Lebens auch Sektoren der Autonomie. Für Städte ist es konstitutiv, dass gewachsene stadträumliche Strukturen und ihre symbolische Inbesitznahme es Individuen und Gruppen ermöglichen, Kontrollansinnen auszuweichen – je nach Kontrolldichte mehr oder weniger. Da sich gewachsene Städte unabhängig vom Gesellschaftssystem immer nur begrenzt bändigen lassen, war auch in der DDR die übliche Heterogenität von Altstadtbevölkerungen durch die typische Mischung aus Konformität und Nichtkonformität gekennzeichnet.

■ Anders in den DDR-Planstädten. In diesen waren von vornherein keine Freiräume für – aus Sicht des sozialistischen Systems – deviante Aktivitäten gegeben: Diese Städte waren vielmehr funktional so gebaut, dass sie Normenkonformität fördern. Abweichungen von den vorgegebenen Normen des sozialistischen Lebens sollten systematisch ausgeschlossen werden. Die Normerwartungen waren besonders hoch, und in die Normbefolgung wurde beträchtliche Aufmerksamkeit und Aktivität investiert. In einer solchen Stadt für Jugendliche und junge Erwachsene ein Angebot der Offenen Arbeit zu installieren, war eine besondere Herausforderung, traf aber auch auf besonderes Interesse – wie auch auf besondere politische Aufmerksamkeit.

Vor diesem Hintergrund ergab es sich, dass die Offene Arbeit in Halle-Neustadt einen sehr eigenen und singulären Charakter tragen musste und trug. Es war ein Angebot in einer Stadt, die auf Grund ihrer Entstehungs- und Besiedlungsgeschichte im Vergleich mit anderen DDR-Städten besonders intensiv durch politischen und kulturellen Konventionalismus charakterisiert war. Auf viele Jugendliche in Halle-Neustadt wirkte zudem die uniforme Erscheinung der Stadt als Teil einer Zurichtung auf eine uniforme Haltung.

Dass Halle-Neustadt seiner Jugend auch andere Möglichkeiten hätte bieten müssen, machte der Erfolg der Offenen Arbeit offenkundig. Keine Mehrheit der Neustädter Jugendlichen und jungen Erwachsenen sammelte sich dort, aber eine relevante Minderheit. Das MfS folgte der Entwicklung von Beginn an argwöhnisch. Nach seinen Schätzungen sammelten sich in der OA bereits im ersten Jahr bis zu 150 Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 15 bis 25 Jahren.

Mit viel Engagement entstand ein Alltagsbetrieb aus Seelsorge und praktischer Hilfe mit Sprechstunden, gemeinsamen Abenden, Hauskreisarbeit, Wochenendausflügen, Besuchen anderer Zentren der Offenen Arbeit und Rüstzeiten. Besonders beliebt wurde der offene Freitagabend im Bauwagen – mit Diskussionen bei Rockmusik und Bier.

Die Offene Arbeit Halle-Neustadt war in ein DDR-weites Netzwerk eingebunden, das sie mit ähnlichen Strukturen in anderen Städten verband. Seit 1978 veranstaltete die OA, anfangs noch zweimal im Jahr, eigene Gemeindefeste, die auch zu überregionalen Ereignissen wurden – die *Werkstattage*. Wie das MfS aufgeschreckt vermerken musste, erfuhren sie rasch und viel Zulauf und erbrachten der Offenen Arbeit in Halle-Neustadt Renommee weit über die Grenzen des Bezirkes Halle hinaus. Die *Werkstattage* wurden zum festen Bestandteil der Reisebewegungen in der republikweiten Szene – erkennbar an jungen Leuten in Parka, Jeans, Jesuslatschen und mit langen Haaren.

Übersicht 62: *Werkstattage in der Halle-Neustädter Kirche, Frühjahr 1979*



Wer anreiste, konnte ein Wochenende lang den Ausnahmezustand vom grauen Alltag der allgegenwärtigen Bevormundungen durch den Staat erleben. Offenheit und Authentizität prägten den Umgang miteinander. Die *Werkstattage* boten zudem der DDR unliebsamen Künstlern eine Bühne. Die Liedermacherin Bettina Wegner, außerhalb der Kirchen bereits mit Auftrittsverbot belegt, hatte 1979 in Halle-Neustadt einen ihrer seltenen

DDR-Auftritte, bevor sie 1983 in die Bundesrepublik ausreiste. Die Mischung des Programms der Werkstatttage ließ bei den TeilnehmerInnen vorübergehend das Gefühl von Freiheit aufkommen.

Von Veranstaltung zu Veranstaltung wuchsen die Besucherzahlen stetig. Bereits zu den 4. *Werkstatttagen* konnten über 450 Teilnehmer auf dem kleinen Passendorfer Kirchengelände verzeichnet werden. Im Mai 1980 dann platzte die Kirche bei den 5. *Werkstatttagen* mit ca. 700 Teilnehmern aus allen Nähten. So kamen zum inzwischen gewachsenen Unmut in der Gemeindeleitung über den fortwährenden Ärger mit dem Staat pragmatisch drängende Sorgen hinzu.

*Übersicht 63: Werkstatttage in der Halle-Neustädter Kirche, Frühjahr 1980*



Die bewusste Erweiterung der bisherigen konventionellen Formen kirchlicher Jugendarbeit hatte zu massiven Störungen des herkömmlichen Gemeindelebens geführt. Zugleich gelang es dem Staat, beinahe unmerklich, die aufgetretenen innerkirchlichen Befindlichkeiten auf die Person des Jugenddiakons zu fokussieren. Dazu wurden durch das MfS ein dichtes IM-Netz gespannt und fortwährend mehr oder weniger freiwillige Gespräche staatlicher Stellen mit Kirchen- und Gemeindevertretern genutzt. Damit wurde die Frage nach der Zukunft der Offenen Arbeit vor Ort zu einer Frage nach dem Verbleib des Jugenddiakons im Amt gewandelt.

Der Konflikt mit der Gemeinde über den Politisierungsgrad dieser Arbeit weitete sich auf den Kirchenkreis aus und führte schließlich 1983 zu Rochaus Entlassung. Anschließend, nicht mehr durch den Status des

kirchlichen Mitarbeiters geschützt, wurde er inhaftiert, zu drei Jahren Haft verurteilt und später in die Bundesrepublik abgeschoben. Die Szene, die sich um die Offene Arbeit herum gebildet hatte, zog nach Halle-Altstadt. Ein Teil verließ frustriert die DDR.

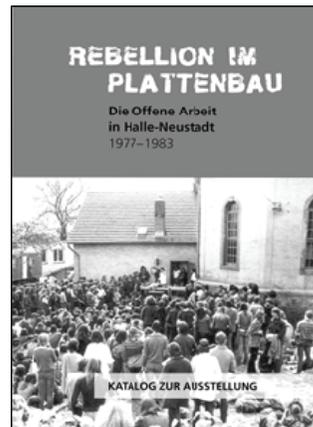
Von 1977 bis 1983 hatte es einen für Halle-Neustadt einmaligen Freiraum des offenen Diskutierens gegeben. Ein Resultat des staatlichen Vorgehens gegen dieses Angebot bestand darin, dass anschließend keine Stelle mehr für eine solch unkonventionelle Jugendarbeit in der Kirchengemeinde Halle-Neustadt vergeben wurde.

Ein anderes Resultat war: Wo sich fortan in Halle politische Opposition regte, waren ehemalige OAler aus Halle-Neustadt stets zugegen. So auch im Jahr der friedlichen Revolution 1989, etwa bei der Aufdeckung des Wahlbetruges im Mai oder der ersten Montagsdemonstration im Herbst. Am 26. Oktober des Jahres mussten staatliche Vertreter auf einer freien Bürgerversammlung auch ihnen das erste Mal Rede und Antwort stehen. Das System fiel zusammen.

*Zum Weiterlesen:*

☞ Sebastian Bonk/Florian Key/Peer Pasternack: *Rebellion im Plattenbau. Die Offene Arbeit in Halle-Neustadt 1977–1983. Katalog zur Ausstellung*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2013; auch unter [http://oa-halle-neustadt.de/wp-content/uploads/Brosch%C3%BCre\\_OA-HaNeu.pdf](http://oa-halle-neustadt.de/wp-content/uploads/Brosch%C3%BCre_OA-HaNeu.pdf)

☞ <http://oa-halle-neustadt.de>





# Schluss

# Restriktionen und Potenziale

## Resümee

Peer Pasternack

Anfang der 2000er Jahre waren die Hochschulstrukturen in Sachsen-Anhalt konsolidiert. Den Umbau seit 1990 hatte man zu einem mehr oder weniger gelungenen Abschluss gebracht. Dann folgte allerdings keine Phase der Beschaulichkeit, sondern die Bologna-Reform und die ersten Folgen des demografischen Wandels. Die eine mit reformbedingten Mehrkosten, die, wie in allen Bundesländern, nicht erstattet wurden. Die anderen mit tatsächlichen und prognostizierten Einnahmемinderungen im Landeshaushalt. Parallel nahmen die Studierendenzahlen deutlich zu.

Ein optimales Maß der Ausstattung von Regionen oder Bundesländern mit Hochschulkapazitäten gibt es nicht:

- Zum einen gibt es keine prinzipiellen gesellschaftlichen Sättigungsgrenzen für Leistungen in Lehre und Forschung. Praktisch jeder Intensitätsgrad solcher Leistungen kann gesellschaftlich absorbiert werden, und sei es z.B. mit einem Hochschullehrer-Studierenden-Verhältnis von 1:1.

- Zum anderen haben die Länder keine Pflicht zur Unterhaltung von Hochschulen in einem bestimmten Umfang. Denn Hochschulen sind keine im engeren Sinne staatliche Pflichtaufgabe: Es gibt eine Schulpflicht, die zur Unterhaltung öffentlicher Schulen in angemessenem Umfang benötigt, aber keine Hochschulpflicht.

Daher ist die Selbstausrüstung eines Landes mit Hochschulbildung und Forschung immer Gegenstand permanenter Aushandlungsprozesse. Hierbei wiederum haben Hochschulen ein schwer zu händelndes Kommunikationsproblem:

- Die meisten Ergebnisse ihrer Tätigkeit in Forschung und Lehre kommen in vergleichsweise langen Wellen zustande. Deren misslichste Eigenschaft ist: Sie überschreiten größtenteils die zeitlichen Horizonte einzelner Legislaturperioden.

- Da die vorhandenen Haushaltsmittel fortwährend begrenzt sind, ergeben sich naturgemäß Verteilungskonflikte zwischen den einzelnen Handlungsfeldern. Finanzierungen in anderen Bereichen erscheinen häufig handfester und in ihren Effekten (vermeintlich) vorhersagbarer als hochschulische Anliegen.

■ Zudem befassen sich die meisten politischen Akteure nicht unmittelbar mit Hochschulpolitik (sondern mit Gesundheit, Soziales, Landwirtschaft usw.). Ihnen erscheinen Hochschulgelder vor allem als eine Unsicherheitsfinanzierung.

Eine langfristige Hochschulentwicklung aber ist nur möglich, wenn genau das berücksichtigt wird: In Forschung und Lehre sind kurzfristige Effekte überwiegend nicht möglich und langfristige Effekte nicht mit Sicherheit vorhersagbar.

Unausgeschöpfte Potenziale liegen indes im Bereich der Hochschuleffekte für regionale Entwicklungen. Dabei geht es nicht allein um Anwesenheitseffekte, die sich aus dem schlichten Da-Sein der Hochschulen ergeben, sondern auch um expizite Aktivitätseffekte. Hier agiert die Wissenschaft noch nicht immer sehr glücklich: Sie neigt dazu, vornehmlich auf die planetarische Bedeutung ihrer Aktivitäten zu verweisen. Das verführt in der Politik dazu, den Umkehrschluss zu ziehen: regional wohl nicht so bedeutsam.

Hier dürfte es nötig sein, dass sich die Hochschulen stärker als das, was sie (auch) sind, auch inszenieren: eines der wichtigsten Verödungshemmnisse in demografisch herausgeforderten Räumen. Eine Aufforderung zur Selbstregionalisierung ist das aber nicht: Die regionale Wirksamkeit von Hochschulen ist dann am aussichtsreichsten, wenn diese ihre Region an die überregionalen Kontaktschleifen der Wissensproduktion und -verteilung anschließen. Dazu wiederum sind die Hochschulen wie keine andere Institution in ihren Regionen in der Lage.

All das wird nicht leichter dadurch, dass sich auch fürs Sparen durchaus Gründe entdecken lassen, nämlich acht:

- Seit 2009 bereits sind die Zuschüsse aus dem Solidarpakt rückläufig. Bis 2020 werden sie auf null abschmelzen.
- Im Rahmen der EU-Strukturförderung müssen die ostdeutschen Länder und Kommunen demnächst fünfzigprozentige Gegenfinanzierungen leisten. Bisher waren es 25 Prozent.
- Der demografische Wandel bewirkt sinkende Einwohnerzahlen. Daraus folgen geringere Zuweisungen aus dem pro-kopf-bezogenen Länderfinanzausgleich.
- Die Löhne sind im Osten niedriger, und die Arbeitslosigkeit ist höher. Das erzeugt geringere Einkommenssteuereinnahmen.
- Die Produktivität und damit die Wirtschaftsleistung liegen ein Viertel unter dem westdeutschen Durchschnitt. Das bewirkt auch bei anderen Steuern niedrigere Einnahmen.

- Sonderprogramme des Bundes im Wirtschafts- und Wissenschaftsbe-  
reich sind nicht auf Dauer zu stellen.
- Das 2009 verabschiedete Wachstumsbeschleunigungsgesetz mindert  
die Steuereinnahmen aller Länder.
- Schließlich wird ab 2020 die Schuldenbremse in Kraft treten. Sie un-  
tersagt den Ländern die Nettokreditaufnahme.

Zugleich muss Sachsen-Anhalt sowohl interne Potenziale mobilisieren als auch externe Potenziale gewinnen, wenn es sich nicht abhängen lassen will. Diese Potenziale sind vor allem drei: Fachpersonal, Investitionen und Netzwerkeinbindungen. Für zwei davon sind die Hochschulen unentbehrlich: akademisch ausgebildete Fachkräfte und Netzwerke. Was die Fachkräfte betrifft, geht es um zweierlei: Studierende von außerhalb ins Land zu holen und junge Leute im Lande zu halten, weil sie in Wohnortnähe ihren Wunschstudienplatz vorfinden.

So finden mittlerweile zahlreiche westdeutsche Studienanfänger nach Sachsen-Anhalt. Nur dadurch konnten die Einbrüche in den studienberechtigten Alterskohorten überkompensiert werden, die infolge der geringen Geburtenraten nach 1990 entstanden waren. Auch wenn es sich dabei größtenteils um Überlaufeffekte handelt, da die westdeutschen Hochschulen derzeit übervoll sind: Anders als noch zu Beginn der 2000er Jahre erzeugt die Vorstellung, ‚im Osten‘ studieren zu sollen, bei jungen Leuten aus westdeutschen Regionen offenkundig nicht mehr flächendeckend allergische Reaktionen.

Von diesen wiederum bleiben 43 Prozent nach dem Abschluss da: ein beachtlicher Klebeffekt. Keines der Rückholerprogramme, die ehemalige Einwohner zur Rückkehr bewegen sollen, hat eine solche Erfolgsquote. Mit anderen Worten: Die Hochschulen sind inzwischen das erfolgreichste Instrument zur Dämpfung des demografischen Wandels. Eine angemessene Antwort auf dessen Herausforderungen besteht daher weniger in einer restriktiven als vielmehr einer expansiven Bildungspolitik.

# Sämtliche HoF-Studien zu Sachsen-Anhalt

## Studium und Lehre

Heidrun Jahn: *Duale Fachhochschulstudiengänge. Wissenschaftliche Begleitung eines Modellversuches*, Wittenberg 1997. 22 S.

Dirk Lewin: *Die Fachhochschule der anderen Art. Konzeptrealisierung am Standort Stendal. Zustandsanalyse*, Wittenberg 1998. 44 S.

Irene Lischka: *Entscheidung für höhere Bildung in Sachsen-Anhalt. Gutachten*, Wittenberg 1998. 43 S.

Dirk Lewin: *Auswahlgespräche an der Fachhochschule Altmark. Empirische Untersuchung eines innovativen Gestaltungselements*, Wittenberg 1999. 61 S.

Heidrun Jahn: *Berufsrelevanter Qualifikationserwerb in Hochschule und Betrieb. Zweiter Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung dualer Studiengangsentwicklung*, Wittenberg 1999. 35 S.

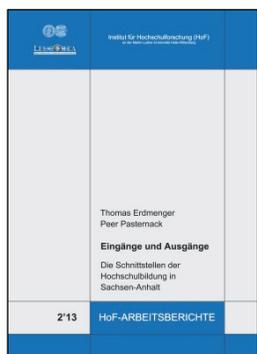
Irene Lischka: *Studierwilligkeit und Arbeitsmarkt. Ergebnisse einer Befragung von Gymnasiasten in Sachsen-Anhalt*, Wittenberg 1999, 104 S.

Dirk Lewin: *Studieren in Stendal. Untersuchung eines innovativen Konzepts. Zweiter Zwischenbericht*, Wittenberg 2000. 127 S.

Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt / HoF Wittenberg (Hg.): *Ingenieurausbildung der Zukunft unter Berücksichtigung der Länderbeziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas*, Wittenberg 2001. 83 S. ISBN 3-9806701-3-9.

Heidrun Jahn: *Dualität curricular umsetzen. Erster Zwischenbericht aus der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuches an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, Wittenberg 1998. 40 S.

Heidrun Jahn: *Duale Studiengänge an Fachhochschulen. Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung eines Modellversuchs an den Fachhochschulen Magdeburg und Merseburg*, Wittenberg 2001. 58 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_3\\_2001.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2001.pdf)



Reinhard Kreckel / Dirk Lewin: *Künftige Entwicklungsmöglichkeiten des Europäischen Fernstudienzentrums Sachsen-Anhalt auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme zur wissenschaftlichen Weiterbildung und zu Fernstudienangeboten in Sachsen-Anhalt*, Wittenberg 2002. 42 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_2\\_2002.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2002.pdf)

Irene Lischka: *Zur künftigen Entwicklung der Studierendenzahlen in Sachsen-Anhalt. Prognosen und Handlungsoptionen*, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel, Wittenberg 2006. 52 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_2\\_2006.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2006.pdf)

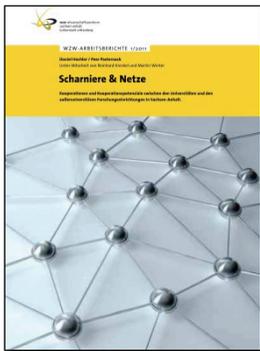
Martin Winter: *PISA, Bologna, Quedlinburg – wohin treibt die Lehrerausbildung? Die Debatte um die Struktur des Lehramtsstudiums und das Studienmodell Sachsen-Anhalts*, Wittenberg 2007. 58 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_2\\_2007.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2007.pdf)

Sarah Schmid / Justus Henke / Peer Pasternack: *Studieren mit und ohne Abschluss. Studienerfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt*, Halle-Wittenberg 2013. 77 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_1\\_2013.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2013.pdf)

Thomas Erdmenger / Peer Pasternack: *Eingänge und Ausgänge. Die Schnittstellen der Hochschulbildung in Sachsen-Anhalt*, Halle-Wittenberg 2013. 101 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_2\\_2013.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2013.pdf)

## Forschung

Peer Pasternack / Ursula Rabe-Kleberg: *Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt. Eine Bestandsaufnahme*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, Wittenberg 2008. 81 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_1\\_2008.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2008.pdf)



Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Scharniere & Netze. Kooperationen und Kooperationspotenziale zwischen den Universitäten und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt*, unt. Mitarb. v. Reinhard Kreckel und Martin Winter, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 107 S., ISBN 978-3-943027-02-0. Online unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW\\_Arbeitsberichte\\_1\\_2011.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW_Arbeitsberichte_1_2011.pdf)

Uwe Grelak / Peer Pasternack (Red.): *Zukunftsgestaltung im demographischen Umbruch. Impulse und Handlungsoptionen aus Sicht der WZW-Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“*, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg

2011, 68 S. Online unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW\\_Reihe\\_Nr7.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW_Reihe_Nr7.pdf)

Justus Henke / Peer Pasternack: *Die An-Institutslandschaft in Sachsen-Anhalt*, WZW Wissenschaftszentrum Wittenberg, Lutherstadt Wittenberg 2012, 36 S. Online unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Zielvereinbarung/2012/UAG\\_AI/121025\\_Bericht\\_An-Institute\\_in\\_ST.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Zielvereinbarung/2012/UAG_AI/121025_Bericht_An-Institute_in_ST.pdf)

Jens Gillessen / Peer Pasternack: *Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt*, Halle-Wittenberg 2013, 124 S. ISBN 978-3-937573-34-2. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_3\\_2013.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf)

Peer Pasternack / Isabell Maue (Hg.): *Lebensqualität entwickeln in schrumpfenden Regionen. Die Demographie-Expertisen der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt*, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2013, 166 S., ISBN 978-3-943027-10-5. Online unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW\\_Reihe\\_Nr11.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW_Reihe_Nr11.pdf)

Benjamin Köhler/Isabell Maue/Peer Pasternack: *Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demografie*, Halle-Wittenberg 2014, ISBN 978-3-937573-44-1. Online unter: [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Demografie/HoF\\_AB/01\\_Demografie\\_FLK\\_LSA\\_DINA5.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Demografie/HoF_AB/01_Demografie_FLK_LSA_DINA5.pdf)

## Wissenschaftlicher Nachwuchs, Hochschulpersonal, Gleichstellung

Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Frauenkarrieren und -barrieren in der Wissenschaft. Förderprogramme an Hochschulen in Sachsen-Anhalt im gesellschaftlichen und gleichstellungspolitischen Kontext*, Wittenberg 2005. 156 S.

Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der Hochschule Merseburg (FH)*, Wittenberg 2005. 51 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_1b\\_2005.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1b_2005.pdf)

Uta Schlegel / Anke Burkhardt / Peggy Trautwein: *Positionen Studierender zu Stand und Veränderung der Geschlechtergleichstellung. Sonderauswertung der Befragung an der*

 	
Uta Schlegel Anke Burkhardt	
<b>Auftrieb und Nachhaltigkeit für die wissenschaftliche Laufbahn</b>	
Akademierrinnen nach ihrer Förderung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt	
4'07	HoF-ARBEITSBERICHTE

 	
Heike Kahleit Anke Burkhardt Ramona Myrthe	
<b>Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsen-Anhalts</b>	
Zwischenbilanz und Perspektiven	
2'08	HoF-ARBEITSBERICHTE

 	
Robert Schuster	
<b>Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens</b>	
5'09	HoF-ARBEITSBERICHTE

Hochschule Harz (FH), Wittenberg 2005. 51 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_1a\\_2005.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1a_2005.pdf)

Uta Schlegel / Anke Burkhardt: *Auftrieb und Nachhaltigkeit für die wissenschaftliche Laufbahn: Akademikerinnen nach ihrer Förderung an Hochschulen in Sachsen-Anhalt*, Wittenberg 2007. 47 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_4\\_2007.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_4_2007.pdf)

Teresa Falkenhagen: *Stärken und Schwächen der Nachwuchsförderung. Meinungsbild von Promovierenden und Promovierten an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, Wittenberg 2008. 123 S. Online unter [www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_3\\_2008.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2008.pdf)

Heike Kahlert / Anke Burkhardt / Ramona Myrrhe: *Gender Mainstreaming im Rahmen der Zielvereinbarungen an den Hochschulen Sachsens-Anhalts: Zwischenbilanz und Perspektiven*, Wittenberg 2008, 119 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_2\\_2008.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_2_2008.pdf)

Robert Schuster: *Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens*, Wittenberg 2009, 80 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_5\\_2009.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_5_2009.pdf)

Karin Zimmermann: *Für einen genderkompetent gestalteten Kulturwandel. Bestandsaufnahme zur Gleichstellungsarbeit an den Hochschulen Sachsen-Anhalts*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Wittenberg 2013. 40 S. URL [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Zimmermann\\_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Zimmermann_Gleichstellungsarbeit-LSA-online.pdf)

## Demografischer Wandel & Regionalentwicklung

Peer Pasternack / Axel Müller: *Wittenberg als Bildungsstandort. Eine exemplarische Untersuchung zur Wissensgesellschaft in geografischen Randlagen*, Wittenberg 2005. 156 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_7\\_2005.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_7_2005.pdf)

Peer Pasternack (Hg.): *Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen*, Akademische Verlagsgesellschaft, Leipzig 2010, 547 S. ISBN 978-3-931982-51-1. Online unter <http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Relativ-prosperierend.pdf>



Yvonne Anger / Oliver Gebhardt / Karsten König / Peer Pasternack: *Das Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt (WZW) im Schnittpunkt von Anspruchsgruppen aus Wissenschaft, Poli-*

ik, *Wirtschaft und Öffentlichkeit*, Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2010, 111 S. Online unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW\\_Reihe\\_Nr5.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW_Reihe_Nr5.pdf)

Peer Pasternack / Thomas Erdmenger: *Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt*, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 134 S., ISBN 978-3-943027-03-7. Online unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW\\_Arbeitsberichte\\_2\\_2011.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Arbeitsberichte/WZW_Arbeitsberichte_2_2011.pdf)



Uwe Grelak / Peer Pasternack (Red.): *Zukunftsgestaltung im demographischen Umbruch. Impulse und Handlungsoptionen aus Sicht der WZW-Expertenplattform „Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt“*, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 68 S. Online unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW\\_Reihe\\_Nr7.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW_Reihe_Nr7.pdf)

Klaus Friedrich / Peer Pasternack (Hg.): *Demographischer Wandel als Querschnittsaufgabe. Fallstudien der Expertenplattform „Demographischer Wandel“ beim Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt*, Universitätsverlag Halle, Halle (Saale) 2012, 312 S. ISBN 978-3-86977-051-2. Online unter <http://www.universitaetsverlag-halle-wittenberg.de/default/new-books/demographischer-wandel-als-querschnittsaufgabe.html?SID=amn83oe792nqvte30n4pp546i1>

Steffen Zierold: *Stadtentwicklung durch geplante Kreativität? Kreativwirtschaftliche Entwicklung in ostdeutschen Stadtquartieren*, Halle-Wittenberg 2012, 63 S. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_1\\_2012.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_1_2012.pdf)

Jens Gilllesen / Peer Pasternack: *Zweckfrei nützlich: Wie die Geistes- und Sozialwissenschaften regional wirksam werden. Fallstudie Sachsen-Anhalt*, Halle-Wittenberg 2013, 124 S. ISBN 978-3-937573-34-2. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab\\_3\\_2013.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/ab_3_2013.pdf)

Peer Pasternack (Hg.): *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlaganstalt, Leipzig 2013, 572 S. ISBN 978-3-931982-83-6.

Peer Pasternack / Isabell Maue (Hg.): *Lebensqualität entwickeln in schrumpfenden Regionen. Die Demographie-Expertisen der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt*, WZW Wissen-

schaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2013, 166 S., ISBN 978-3-943027-10-5. Online unter [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW\\_Reihe\\_Nr11.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Dokumente/Publikationen/WZW_Reihe_Nr11.pdf)

Benjamin Köhler/Isabell Maue/Peer Pasternack: *Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demografie*, Halle-Wittenberg 2014, ISBN 978-3-937573-44-1. Online unter: [http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Demografie/HoF\\_AB/01\\_Demografie\\_FLK\\_LSA\\_DINA5.pdf](http://www.wzw-lsa.de/fileadmin/wzw-homepage/content/dokumente/Demografie/HoF_AB/01_Demografie_FLK_LSA_DINA5.pdf)

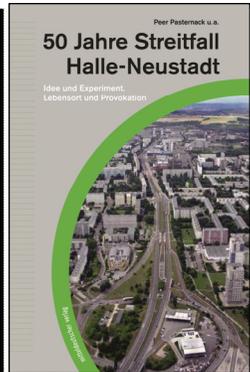
Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Die Bildungs-IBA. Bildung als Problembearbeitung im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 504 S.

## Regionale Zeitgeschichte

Peer Pasternack: *Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1945 – 1994*, Wittenberg 2001. 45 S. Online unter <http://www.hof.uni-halle.de/cms/download.php?id=18>

Jens Hüttmann (Hg.): *Wittenberg nach der Universität. Ausstellungskatalog*, unt. Mitarb. v. Stefanie Götze und Peer Pasternack, Wittenberg 2002. 35 S. Online unter <http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/ausstellungskatalog.pdf>

Peer Pasternack: *177 Jahre. Zwischen Universitätsschließung und Gründung der Stiftung Leucorea: Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817 – 1994*, Stiftung Leucorea, Wittenberg 2002, 122 S. ISBN 3-933028-53-1. Online unter [http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/177\\_jahre.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/177_jahre.pdf)



Jens Hüttmann / Peer Pasternack (Hg.): *Wittenberg nach der Universität. Eine historische Spurensicherung*, Institut für Hochschulforschung, Wittenberg 2003, 77 S., URL: <http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni>

Jens Hüttmann / Peer Pasternack (Hg.): *Wissenspuren. Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1945*, Drei-Kastanien-Verlag, Wittenberg 2004, 414 S. ISBN 3-933028-85-X.

Antje Schober: *Otto Kleinschmidt – Theologe, Naturwissenschaftler, Rassenkundler. Magisterarbeit*, Institut für Kulturwissenschaften der Universität Leipzig/Institut für Hochschulforschung (HoF), Leipzig/Wittenberg 2005, URL [http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/A\\_Schober\\_MA.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/A_Schober_MA.pdf)

Matthias Kopischke / Michael Beleites / Thorsten Moos / Peer Pasternack: *Otto Kleinschmidt. Grenzgänger zwischen Naturwissenschaft und Religion. Begleitheft zur Ausstellung*, Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2007; auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/Ausst\\_Heft\\_O\\_Kl.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/wb-nach-der-uni/download/Ausst_Heft_O_Kl.pdf)

Peer Pasternack: *Zwischen Halle-Novgorod und Halle-New Town. Der Ideenhaushalt Halle-Neustadts*, Institut für Soziologie der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Halle (Saale) 2012, 112 S. Online unter <http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/pdf/1202.pdf>

Sebastian Bonk / Florian Key / Peer Pasternack (Hg.): *Rebellion im Plattenbau. Die Offene Arbeit in Halle-Neustadt 1977–1983. Katalog zur Ausstellung*, Halle-Wittenberg 2013, 48 S. ISBN 978-3-937573-35-9. Online unter [http://oa-halle-neustadt.de/wp-content/uploads/Brosch%C3%BCre\\_OA-Ha\\_Neu.pdf](http://oa-halle-neustadt.de/wp-content/uploads/Brosch%C3%BCre_OA-Ha_Neu.pdf)

Peer Pasternack / Reinhold Sackmann (Hg.): *Vier Anläufe: Soziologie an der Universität Halle-Wittenberg. Bausteine zur lokalen Biografie des Fachs vom Ende des 19. bis zum Beginn des 21. Jahrhunderts*, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2013, 256 S. ISBN 978-3-95462-070-8.

Christin Fischer / Peer Pasternack / Henning Schulze / Steffen Zierold: *Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg: Dokumentation zum Zeitraum 1945 – 1991*. Anhang zu: Pasternack/Sackmann: Vier Anläufe..., 53 S., URL [http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/vier-anlaeufe/anhang\\_buch.pdf](http://www.soziologie.uni-halle.de/publikationen/vier-anlaeufe/anhang_buch.pdf)

Peer Pasternack u.a.: *50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation*, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2014, 608 S. ISBN 978-3-95462-287-0.

## Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1:	HoF-Schwerpunktthema und Einzelthemen .....	10
Übersicht 2:	Zentrale Herausforderungen in den demografisch schrumpfenden Regionen .....	153
Übersicht 3:	Kennziffern: LSA-Hochschulen im überregionalen Vergleich ...	14
Übersicht 4:	Die sachsen-anhaltische Hochschullandschaft .....	15
Übersicht 5:	Öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in Sachsen-Anhalt .....	16
Übersicht 6:	Modell lokaler Hochschulwirkungen .....	22
Übersicht 7:	Bildungsthemen innerhalb der IBA Stadtumbau .....	30
Übersicht 8:	IBA-Projekt Bildungszentrum Bestehornpark, Aschersleben .....	32
Übersicht 9:	IBA-Bildungsstädte und Wissenschaftseinrichtungen: Kooperationsstatistik .....	36
Übersicht 10:	Mit Beteiligung der Hochschule Magdeburg-Stendal: Initiierung einer Kommunalen Bildungslandschaft in Stendal .....	37
Übersicht 11:	Kein IBA-Bau-, aber -Ansiedlungsprojekt: Europäisches Romanik Zentrum, An-Institut der Universität Halle in Merseburg .....	38
Übersicht 12:	Halle-Neustadt: Grünzug am Tulpenbrunnen .....	42
Übersicht 13:	Halle-Neustadt: Wohngebiet West .....	44
Übersicht 14:	Mitteldeutsches Multimediazentrum (MMZ) Halle (Saale) .....	48
Übersicht 15:	Designhaus Halle (Saale) .....	50
Übersicht 16:	Wissenslandschaft Wittenberg .....	54
Übersicht 17:	Ziele und notwendige Maßnahmen, gegliedert nach Finanzbedarf .....	57
Übersicht 18:	Nutzung der Kooperationsinstrumente in Sachsen-Anhalt .....	681
Übersicht 19:	Kooperationsdichte zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen .....	63
Übersicht 20:	Umsetzungsstufen zur intensivierten Nutzung der Kooperationspotentiale zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen .....	66
Übersicht 21:	An-Institutslandschaft Sachsen-Anhalt .....	68
Übersicht 22:	Struktur- und Leistungsdaten der An-Institute im Überblick .....	68
Übersicht 23:	Analysemodell: Regionale Relevanz der Geistes- und Sozialwissenschaften .....	74
Übersicht 24:	Zentrale Daten Geistes- und Sozialwissenschaften in LSA .....	75
Übersicht 25:	Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt: Institutionen (2008) .....	81
Übersicht 26:	Drittmittleinwerbungen der Bildungsforschung in Sachsen-Anhalt 2002-2007 .....	83

Übersicht 27:	Wissenschaftliche Einrichtungen in Sachsen-Anhalt mit demografierelevanten Forschungsaktivitäten.....	86
Übersicht 28:	Anzahl der demografierelevanten Projekte nach Institutionentyp und Fächergruppen.....	87
Übersicht 29:	Demografierelevante Forschungsprojekte nach Themenbereichen und Fächergruppen .....	87
Übersicht 30:	Forschungsprojekte im Verhältnis zu den Handlungsfeldern im demografischen Wandel lt. Handlungskonzept der Landesregierung .....	88
Übersicht 31:	Wissensplattform für die Region: Arbeitsmodell .....	94
Übersicht 32:	Entwicklung der Schulabgänger/innen allgemeinbildender Schulen in Städten Sachsen-Anhalts.....	97
Übersicht 33:	Hochschulspezifische Kennziffern für Sachsen-Anhalt .....	98
Übersicht 34:	Heterogenität in den ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen in Sachsen-Anhalt in Prozentzahlen .....	109
Übersicht 35:	Studentische Heterogenität in Brückenkursen berücksichtigten .....	109
Übersicht 36:	Berechnung der Studiererfolgsquoten .....	119
Übersicht 37:	Maßnahmen zur Reduzierung von Studienabbrüchen.....	119
Übersicht 38:	Gründe internationaler Absolvent/innen für einen Verbleib in Deutschland und die Abwanderung.....	123
Übersicht 39:	Stufenprogramm zur Entwicklung von regionalen Hochschule-Praxis-Netzwerken .....	130
Übersicht 40:	SWOT-Analyse mitteldeutsche Hochschulen.....	136
Übersicht 41:	Erfolgsbilanz in Hochschulwettbewerben 2006-2009.....	140
Übersicht 42:	Lehre und Studium: Spitzenpositionen sachsen-anhaltischer Hochschulen in gesamtdeutschen Rankings.....	141
Übersicht 43:	Platzierungen der sachsen-anhaltischen Fachhochschulen im Studienranking von CHE/Zeit .....	141
Übersicht 44:	Gesamtauswertung der Leistungsvergleiche zur Forschung an sachsen-anhaltischen Universitäten .....	142
Übersicht 45:	Professorinnen nach Besoldungsgruppen: LSA und Bundesdurchschnitt in % (2011).....	147
Übersicht 46:	Position Sachsen-Anhalts im CEWS-Gleichstellungsranking 2003 bis 2013 .....	148
Übersicht 47:	Aufgabenspektrum nach Zeitaufwand aller sieben Hochschuleinrichtungen in Stunden pro Monat .....	149
Übersicht 48:	Demografiesensibles Hochschulfinanzierungsmodell.....	155
Übersicht 49:	Beihilferechtliches Prüfschema bezüglich wissenschaftlicher Einrichtungen.....	161
Übersicht 50:	Exemplarische Ableitung hochschulischer Aktivitäten aus regionalen Handlungserfordernissen.....	166

Übersicht 51:	Ableitungsmodell: Regionale Herausforderungen, Handlungsfelder, Bedarfslagen und hochschulische Lösungsbeiträge .....	167
Übersicht 52:	Hochschulen mit Bezug zur SBZ/DDR-Geschichte in Sachsen-Anhalt .....	170
Übersicht 53:	Publikationen und Qualifikationsschriften zur Zeitgeschichte von Hochschulen in Sachsen-Anhalt.....	171
Übersicht 54:	Ausstellungen der sachsen-anhaltischen Hochschulen mit Bezug zur eigenen Zeitgeschichte.....	172
Übersicht 55:	Zeitgeschichtliche Bezüge in den Internet-Selbstdarstellungen der ostdeutschen Universitäten.....	173
Übersicht 56:	Saniertes Hauptportal der Franckeschen Stiftungen 2009.....	179
Übersicht 57:	Zentrale Daten zur Entwicklung der Soziologie in Halle zwischen 1945 und 1990 .....	183
Übersicht 58:	Soziologische Aktivitäten an der Universität Halle-Wittenberg zwischen 1945 und 1990 .....	185
Übersicht 59:	Wittenberg als Bildungs- und Forschungsstandort im 19. und 20. Jahrhundert: Systematisierung .....	189
Übersicht 60:	Ideenhaushalt Halle-Neustadts .....	198
Übersicht 61:	Stadtwappen Halle-Neustadt .....	198
Übersicht 62:	Werkstattage in der Halle-Neustädter Kirche, Frühjahr 1979 ...	205
Übersicht 63:	Werkstattage in der Halle-Neustädter Kirche, Frühjahr 1980 ...	206

## **Autorinnen und Autoren**

**Sebastian Bonk** M.A., Historiker, seit 2012 freier Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkt: Offene Arbeit in den Evangelischen Kirchen der DDR. eMail: sebbonk@gmx.net

**Martina Dömling** M.A., Sozialwissenschaftlerin, seit 2012 freie Mitarbeiterin des Instituts für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Willkommenskultur an Hochschulen und Integration internationaler Studierender in regionale Arbeitsmärkte, Berufungsverfahren. eMail: martina.doemling@hof.uni-halle.de

**Thomas Erdmenger** M.A., Soziologe, 2011-2013 Forschungsreferent am WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt Wittenberg und Fellow am HoF. Arbeitsschwerpunkt: Hochschule und Region.

**Jens Gillessen**, Dr. phil., Philosoph und Sozialwissenschaftler, seit 2012 Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung (HoF) und Lehrbeauftragter für Philosophie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Arbeitsschwerpunkte am HoF: Studium im demografischen Wandel, Geistes- und Sozialwissenschaften in gesellschaftlichen Kontexten. eMail: jens.gillessen@hof.uni-halle.de

**Uwe Grellak** M.A., Germanist, seit 2011 freier Mitarbeiter des Instituts für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Bildung im demografischen Wandel. eMail: uwe.grellak@hof.uni-halle.de

**Daniel Hechler** M.A., Politikwissenschaftler, seit 2007 Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung (HoF) und Redakteur der Zeitschrift „die hochschule“. Arbeitsschwerpunkte: Hochschulorganisationssoziologie, Hochschule im urbanen Raum. eMail: daniel.hechler@hof.uni-halle.de

**Justus Henke**, Mag. rer. soc. oec., Volkswirt, seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Studien-erfolg und Studienabbruch in Sachsen-Anhalt, Hochschulentwicklung im Kontext des demografischen Wandels. eMail: justus.henke@hof.uni-halle.de

**Romy Höhne**, Dipl.-Pol., 2011-2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkt: Bildung und Wissenschaft im demografischen Wandel.

**Jens Hüttmann**, Dr. phil., Politikwissenschaftler, 2001-2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF), seit 2008 bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, dort seit 2009 Leiter des Arbeitsbereichs schulische Bildungsarbeit. eMail: j.huettmann @stiftung-aufarbeitung.de

**Florian Key** M.A., Historiker, seit 2012 freier Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkt: Offene Arbeit in den Evangelischen Kirchen der DDR. eMail: florian.key@student.uni-halle.de

**Isabell Maue** M.A., Kulturwissenschaftlerin, seit 2012 Projektmitarbeiterin am WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt und seit 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkt: Hochschulentwicklung im Kontext des demografischen Wandels. eMail: isabell.maue@hof.uni-halle.de

**Jan-Hendrik Olbertz**, Prof. Dr., 1992-2002 Professor für Erwachsenenpädagogik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 1996-2000 Direktor des Institut für Hochschulforschung (HoF), 2000-2002 Direktor der Franckeschen Stiftungen Halle (Saale), 2002-2010 Kultusminister des Landes Sachsen-Anhalt, seit 2010 Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin. eMail: praesident@uv.hu-berlin.de

**Peer Pasternack**, Prof. Dr., Politikwissenschaftler und Soziologe, seit 1996 am Institut für Hochschulforschung (HoF), Direktor des Instituts. Arbeitsschwerpunkte: Hochschulpolitik, Hochschulorganisation, Qualitätssicherung und -entwicklung, akademische Bildung, ostdeutsche Wissenschaftszeitgeschichte, Bildung und Wissenschaft in demografisch herausgeforderten Regionen. eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de; <http://www.peer-pasternack.de>

**Sarah Schmid** M.A., seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Third Mission von Hochschulen, Weiterbildungsangebote. eMail: sarah.schmid@hof.uni-halle.de

**Sebastian Schneider** M.A., seit 2012 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Hochschulentwicklung im Kontext des demografischen Wandels, Kopplungen von Hochschul- und Regionalentwicklung. eMail: Sebastian.schneider@hof.uni-halle.de

**Antje Schober** M.A., Kulturwissenschaftlerin, 2004-2005 studentische Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF).

**Susen Seidel** M.A., seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF)/Transferstelle „Qualität der Lehre“. Arbeitsschwerpunkte: Heterogenität an Hochschulen, Lehr-Lern-Arrangements und Wissensmanagement. eMail: susen.seidel@hof.uni-halle.de

**Franziska Wielepp** M.A., seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF)/Transferstelle „Qualität der Lehre“. Arbeitsschwerpunkte: Heterogenität an Hochschulen, Lehr-Lern-Arrangements. eMail: franziska.wielepp@hof.uni-halle.de

**Steffen Zierold**, Dipl.-Soz., seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Kopplungen von Hochschul- und Regionalentwicklung in Schrumpfungregionen, kultur- und kreativwirtschaftliche Entwicklungen im Kontext der Stadtentwicklung. eMail: steffen.zierold@hof.uni-halle.de

**Karin Zimmermann**, Dr. phil., Soziologin, von 2008 bis 2013 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Hochschulforschung (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Lehr- und Personalstrukturen sowie Gleichstellung an Hochschulen. eMail: karin.zimmermann@hof.uni-halle.de

## Schriftenreihe „Hochschulforschung Halle-Wittenberg“

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Die Bildungs-IBA. Bildung als Problembearbeitung im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 504 S.

Reinhard Kreckel / Karin Zimmermann: *Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 277 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 571 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 505 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen nach der Föderalismusreform*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2011, 368 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 547 S.

Eva Bosbach: *Von Bologna nach Boston? Perspektiven und Reformansätze in der Doktorandenausbildung anhand eines Vergleichs zwischen Deutschland und den USA*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 182 S.

Roland Bloch: *Flexible Studierende? Studienreform und studentische Praxis*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 336 S.

Reinhard Kreckel (Hg.): *Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 400 S.

Anke Burkhardt (Hg.): *Wagnis Wissenschaft. Akademische Karrierewege und das Fördersystem in Deutschland*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 691 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2007, 471 S.

Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Inklusion in Hochschulen. Beteiligung an der Hochschulbildung und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und in den USA (1950-2000)*. Lemmens Verlag, Bonn 2007, 148 S.

Peer Pasternack: *Qualität als Hochschulpolitik? Leistungsfähigkeit und Grenzen eines Policy-Ansatzes*. Lemmens Verlag, Bonn 2006, 558 S.

Anke Burkhardt / Karsten König (Hg.): *Zweckbündnis statt Zwangsehe: Gender Mainstreaming und Hochschulreform*. Lemmens Verlag, Bonn 2005, 264 S.

Reinhard Kreckel: *Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung*. Lemmens Verlag, Bonn 2004, 203 S.

Irene Lischka / Andr  Wolter (Hg.): *Hochschulzugang im Wandel? Entwicklungen, Reformperspektiven und Alternativen*. Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 302 S.

Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack / Reinhard Kreckel (Hg.): *Qualität – Schlüsselfrage der Hochschulreform*. Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 341 S.

Barbara M. Kehm / Peer Pasternack: *Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2001, 254 S.

Peer Pasternack (Hg.): *DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem HoF Wittenberg*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2001, 315 S.

Peter Altmiks (Hg.): *Gleichstellung im Spannungsfeld der Hochschulfinanzierung*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2000, 107 S.

Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in SBZ/ DDR/Ostdeutschland 1945-1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990-1998*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 567 S.

Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack (Hg.): *Profilbildung – Standards – Selbststeuerung. Ein Dialog zwischen Hochschulforschung und Reformpraxis*, hrsg. unt. Mitarb. v. Gertraude Buck-Bechler und Heidrun Jahn. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 291 S.

Peer Pasternack: *Demokratische Erneuerung. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989-1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 427 S.

Heidrun Jahn / Jan-Hendrik Olbertz (Hg.): *Neue Stufen – alte Hürden? Flexible Hochschulabschlüsse in der Studienreformdebatte*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1998, 120 S.

Peer Pasternack / Tim Hutschenreuter (Red.)

## **HoF-Lieferungen**

**Die Buchpublikationen des  
Instituts für Hochschulforschung  
Halle-Wittenberg (HoF)**

Halle-Wittenberg 2013, 88 S.  
ISBN 978-3-937573-41-0

Auch unter [http://www.hof.uni-halle.de/dateien/01\\_hof\\_buecher\\_katalog\\_2013.pdf](http://www.hof.uni-halle.de/dateien/01_hof_buecher_katalog_2013.pdf)



*Peer Pasternack (Hrsg.)*

## **Relativ prosperierend**

### **Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen**

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010; 547 Seiten; ISBN 978-3-931982-51-5; € 33,00

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen stellen in sozioökonomischer Hinsicht die leistungsstärkste Großregion Ostdeutschlands dar. Gemeinsam bezeichnen sich die drei Länder als „Region Mitteldeutschland“ und untermauern dies durch diverse länderübergreifende Kooperationen. Zusammen haben sie neun Millionen Einwohnerinnen und Einwohner. Innerhalb Ostdeutschlands lässt die mitteldeutsche Region am ehesten erwarten, bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahre 2019 in die Nähe des

zentralen Solidarpaktsziels gelangen zu können: selbsttragende Entwicklungen. Gleichwohl ist die Entwicklung auch in den mitteldeutschen Ländern eine fragmentierte. Während sich einige Leistunginseln herausbilden und stabilisieren, besteht gleichzeitig eine Anzahl von Problemzonen.



*Daniel Hechler / Peer Pasternack*

## **Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image**

### **Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte**

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 507 S. ISBN 978-3-931982-75-1. € 29,00.

Den 54 ostdeutschen Hochschulen wird häufig attestiert, sich nur unzureichend mit ihrer eigenen Vergangenheit in der DDR auseinanderzusetzen. Nicht nur während der politischen Umbrüche 1989 hätten sie abseits gestanden. Vielmehr sei auch in den Jahren danach kaum etwas unternommen worden, um ihre Rolle in der DDR glaubhaft und kritisch aufzuklären. Durchweg fehle der Wille zur Aufarbeitung. Solche Kritiken formulieren Eindrücke, nicht die Ergebnisse von Analysen. Eine solche wird hier vorgelegt.

Die genauere Prüfung ergibt ein differenzierteres Bild. So haben die Hochschulen seit 1990 über 500 Bücher zu ihrer DDR-Geschichte veröffentlicht und fast einhundert Ausstellungen veranstaltet. Angesichts dessen lässt sich kaum davon sprechen, dass eine allgemeine zeitgeschichtliche Inaktivität grassiere. Probleme gibt es gleichwohl.

Die häufigsten Anlässe für entsprechende Initiativen sind Hochschuljubiläen, Skandalisierungen mit zeitgeschichtlichem Bezug und starkes persönliches Engagement einzelner Akteure. Das ist ein Teil der Erklärung, warum die Kontinuität zeithistorischer Aktivitäten wenig ausgeprägt ist. Eine weitere Erklärung ist, dass Darstellungen der Hochschulgeschichte typischerweise als Bestandteil der Imagebildung aufgefasst werden. Daher werden Konfliktthemen häufig abgeblendet. Ein dritter Teil der Erklärung schließlich liegt im Organisationscharakter der Hochschulen.



Peer Pasternack (Hg.)

## Jenseits der Metropolen

Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 571 S.

ISBN 978-3-931982-83-6. € 33,00

Einerseits demografische Schrumpfung, fragmentierte Entwicklungen der Regionen und die Verminderung finanzieller Spielräume, andererseits die beiden zentralen politischen Ziele „selbsttragende Entwicklung“ und „gleichwertige Lebensverhältnisse“: So lassen sich die zentralen Rahmenbedingungen der Regionalentwicklung in Ostdeutschland – alsbald aber auch in anderen Regionen – beschreiben. Fragt man vor diesem Hintergrund nach den Entwicklungschancen dieser Regionen, sind zwei zentrale Komponenten einzubeziehen: wirtschaftliche Stabilität und soziale Stabilität. Die wirtschaftliche Stabilität erfordert eine Steigerung des technisch-technologischen Innovationsgeschehens, und die gesellschaftliche Stabilität erfordert soziale Innovationen.

Diese Innovationen werden wesentlich über wissenschaftliche Entwicklungsfaktoren und vornehmlich über endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen sein. Die regionalen Hochschulen sind die institutionell stabilsten Agenturen der Wissensgesellschaft. Indem sie sich auf die Herausforderungen ihres Umfeldes einlassen, können sie zu einem zentralen Verödungshemmnis in den demografisch herausgeforderten Regionen werden.

Im Mittelpunkt des HoF-Forschungsprogramms stehen seit einigen Jahren raumbezogene Fragen der Hochschul- und Bildungsentwicklung in demografisch herausgeforderten Regionen. Im Zuge der Entfaltung dieser Forschungslinie sind zahlreiche Einzeluntersuchungen realisiert worden. Deren verstreut oder bisher noch nicht publizierte Ergebnisse werden nun in diesem Sammelband kompakt zusammengefasst.



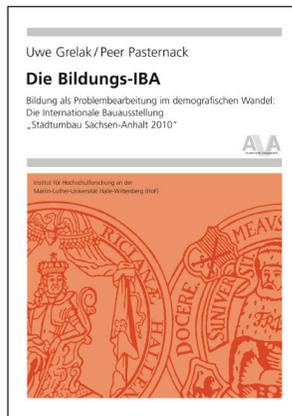
*Uwe Grelak / Peer Pasternack*

## **Die Bildungs-IBA**

Bildung als Problembearbeitung im demografischen Wandel:  
Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“

Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 508 S.  
ISBN 978-3-931982-86-7. € 29,90

Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“ (2002–2010) war ein Experiment von bundesweiter Bedeutung, das auch in internationalen Fachkreisen Beachtung gefunden hat: Die IBA zielte darauf, der Herausforderung schrumpfender Städte zu begegnen, indem diese Städte selbst exemplarische Antworten entwickeln. Insgesamt 19 Städte hatten sich an der IBA beteiligt. 15 dieser Städte entwickelten dafür lokale Profile, die auf Bildungsfragen entweder fokussiert waren oder diese explizit einbezogen. Sie hatten erkannt: Den weniger vorhandenen Menschen müssen unter Schrumpfungsbedingungen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll. Diese 15 Städte werden hier untersucht.



Die IBA Stadtumbau wollte innovativ sein, also noch nicht Mehrheitsfähiges ausprobieren. Sie hatte keinen Masterplan, sondern wollte Planungen, vor allem Umplanungen, anregen. Die IBA sah sich als Labor und war als Experiment angelegt. Experimente zeichnen sich durch Ergebnisoffenheit aus: Sie können gelingen oder nicht gelingen. Dass einige der IBA-Projekte nicht zustandekamen oder abgebrochen werden mussten, dass es Planungs- und Umsetzungsprobleme gab, ist insoweit wenig verwunderlich. Sowohl das Gelingen als auch das Scheitern brachten in jedem Fall Erfahrungen, von denen vergleichbare Projekte und Prozesse profitieren können. Indem Versuche begonnen worden waren, die dann fallweise gelangen oder misslingen, hat sich jedenfalls gezeigt, dass die IBA tatsächlich ein ergebnisoffener Prozess war.